

würde es für viel zweckmäßiger halten, wenn man zunächst den Geschäftsbericht des Vorstands diskutiert und dann als einen besonderen Punkt „Das Ergebnis des Reichstagswahlen“ auf die Tagesordnung setzt. Nach den so verschiedenartigen Auseinandersetzungen über diese Frage erwarten die Parteigenossen eine Klärung der Meinungen. Deshalb bitte ich um Annahme des Antrags 1. Bebel und Wollmar werden wohl bereit sein, die Referate zu übernehmen.

Bebel: Ich glaube kein Amtsgeheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß die Vorschläge Singers auf Grund einer sehr eingehenden Beratung der Parteileitung im Verein mit der Kontrollkommission gemacht worden sind, und zwar haben wir uns dazu verstanden im Interesse der möglichsten Abkürzung der Verhandlungen auf der einen und größtmöglicher Klarheit auf der andern Seite. Wenn Timm befürchtet, daß bei irgend wem die Absicht bestehe, die Erörterung der Differenzen, wie sie in den letzten Wochen in der Presse und in zahlreichen Versammlungen diskutiert worden sind, auf dem Parteitag zu kurz kommen zu lassen, so befindet er sich in vollständigem Irrtum. Im Gegenteil, wir wollen eine gründliche, sehr gründliche Aussprache herbeiführen. In dem Bericht des Parteivorstands ist die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern bereits aufgeworfen, ebenso die Polenfrage und eine Reihe anderer Fragen. Wir sagten uns, wenn wir den ganzen Vorstandsbericht in extenso mit all diesen speziellen Fragen zugleich zur Debatte stellen, und der eine redet über das, der andere über jenes, der dritte wieder über etwas anderes, so haben wir eine ganz zerfahrene Debatte. Und deshalb schlagen wir vor, diejenigen Punkte, die eine zusammenhängende Erörterung erheischen, besonders zu behandeln. Dann kommen alle Beteiligten zu ihrem Recht und wir haben eine klare Sachlage. Es würde sich höchstens noch um die Erörterung der Differenz zwischen dem „Vorwärts“ und mir handeln können. Wir haben uns aber gesagt, die Frage wird nach der gegenseitigen Aussprache, die erfolgt ist und nachdem wir uns drüben Aufklärung gegeben ist, vielleicht viel kürzere Zeit den Parteitag beschäftigen, als die meisten meinen. (Hört! hört!) Die Sache wird ziemlich schnell erledigt, aber es ist bei der eigenartigen Natur des Falles doch erwünscht, ihn speziell zu erörtern. Ich bitte Sie also dringend, den Vorschlag von Singer anzunehmen. Nun ist ja meines Erachtens eigentlich keine weitere Meinungsverschiedenheit zwischen Timm und Singer, als daß Timm bei der Reichstagswahl die Vizepräsidentenfrage und die Taktik im allgemeinen mit erörtert wissen will. Wir haben lange darüber beraten; es wurde der Vorschlag gemacht, die Reichstagswahl an sich, ihre Einwirkung auf die künftige Taktik und Haltung der Fraktion zu erörtern. Aber wir sagten uns, daß das gar nicht möglich ist, ohne daß man gleichzeitig auf die Vizepräsidentenfrage zu sprechen kommt. Nun ist ja bei mir und vielen anderen die Auffassung vorhanden, daß die Vizepräsidentenfrage eine Frage der allgemeinen Taktik der Partei ist, und so lag es auf der Hand, nachdem wir den parlamentarischen Bericht der Fraktion erledigt haben, auf die Reichstagswahl, ihre Ergebnisse, ihre Folgen und Wirkungen überzugehen und bei dieser Gelegenheit die Vizepräsidentenfrage zu erörtern. Das ist durchaus logisch und vernünftig. Bezüglich der Referenten habe ich bereits öffentlich erklärt, daß ich der Meinung bin, wir brauchen keinen Referenten zu ernennen. Ich weiß nicht, wie Wollmar darüber denkt, aber ich bin auch jetzt noch der Meinung, und wenn ich nicht irre, waren wir auch bei der heutigen Vespredung alle der Ansicht, daß es nicht notwendig sein wird, spezielle Referenten zu ernennen. Es kann ja vielleicht sein, daß man, um einen Abschluß herbeizuführen, im gegebenen Moment dazu übergeht, zu bestimmen, daß von jeder Seite nur noch einer redet. Das weiß ich nicht. Dagegen werden wir die einleitenden Referate dadurch sparen können, daß wir bei diesem Punkt die Zeitbeschränkung aufheben. Das ist dringend nötig. Also, ich glaube, Sie tun gut, wenn Sie die Vorschläge Singers auch nach dieser Richtung hin annehmen.

Hiermit schließt die Debatte.

Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Parteitag erhebt die Vorschläge Singers zum Beschluß.

Zum Antrag 5 bemerkt

Singer: Ich weiß nicht, ob der Antragsteller wünscht, daß das Resultat der Konferenz der preussischen Delegierten wieder dem Parteitag mitgeteilt werden soll. Ist das nicht der Fall, so ist der Antrag gegenstandslos durch die Mitteilung, daß diese Konferenz im Anschluß an den Parteitag stattfinden soll.

Dr. Duard-Frankfurt a. M.: Im Namen der Frankfurter Genossen lamm ich erklären, daß wir mit dem Vorschlag Singers einverstanden sind.

Singer: Dann ist auch dieser Antrag erledigt.

Die Tagesordnung lautet also:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. a) Allgemeines. b) Kasse. c) Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse. d) Differenz zwischen Bebel und der „Vorwärts“-Redaktion. e) Polenfrage.
2. Bericht der Kontrolleure.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
4. Taktik der Partei. a) Reichstagswahlen. b) Vizepräsidentenfrage. c) Die revisionistischen Bestrebungen.
5. Maifeier.
6. Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904.
7. Anträge zum Programm und Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure sowie des Ortes des nächsten Parteitages.

Damit ist die Tagesordnung der Vorversammlung erledigt.

Schluß 8¼ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 14. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen.

Singer: Nach den Bestimmungen des sächsischen Vereinsgesetzes fordere ich die Mitglieder auf, den Saal zu verlassen. (Geht fort.) In Uebereinstimmung mit dem überwachenden Beamten erkläre ich, daß diese Aufforderung für alle Sitzungen des Parteitages gilt und nicht mehr wiederholt werden wird.

Wobor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich die Aufgabe, namens des Parteitages die zu unsren Verhandlungen erschienenen Delegierten der ausländischen Bruderparteien zu begrüßen. Wir haben auf allen unsren Parteitagen die Ehre und die Freude, so liebe Gäste anwesend zu sehen. Ich heiße sie, wie stets, so auch hier in Dresden herzlich und brüderlich willkommen. Wir sind stolz darauf, daß unsre Parteitage zahlreich von ausländischen Bruderparteien besichtigt werden, und ich weiß mich einig mit jedem Mitglied des Parteitages, wenn ich von dieser Stelle aus und in den Tagen, wo die Vertreter der deutschen Partei zum erstenmal nach den Wahlen versammelt sind, sämtlichen Bruderparteien unsren warmsten Dank ausspreche für die vielfachen Beweise der Solidarität, die sie uns im letzten Wahlkampf bewiesen haben. (Bravo!) Die sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt haben uns in diesem schweren Kampf nicht nur materiell unterstützt, nein: noch wertvoller und freudiger sind von uns empfangen worden die Beweise der Solidarität, der Sympathie, der Freude, die sich ausgedrückt haben in den Zuschriften, die wir nach unsrem Siege erhalten haben. Diese Beweise

der Solidarität zeigen aufs neue, daß der Kampf, den wir in Deutschland führen, von unsrer Bruderpartei angesehen wird als ein Kampf, der geführt wird für den Sozialismus der ganzen Erde, im Interesse aller sozialistischen Parteien, gleichgültig, welchem Lande sie angehören. Dies Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität hat die deutsche Partei immer befeuert, und dafür, daß dies Gefühl seitens der ausländischen Parteien gelegentlich unsres Wahlkampfes in so vollendeteter Weise zum Ausdruck gekommen ist, dafür spreche ich im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands unsern wärmsten Dank aus. Die ausländischen Genossen werden, wie immer, so auch den diesjährigen Verhandlungen mit Interesse folgen. Wir sind sicher, daß ihre Wünsche sich mit den unsrigen einig; daß unsere Verhandlungen dem Wohle und der Befreiung des deutschen, und damit auch des internationalen, des Proletariats aller Länder dienen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Anwesend sind die Genossen Adler und Starck von der Parteileitung der österreichischen Gesamtpartei, Genosse Bernerstorfer als Vertreter des parlamentarischen Verbandes der österreichischen Reichsratsfraktion, Genosse Remec als Vertreter der tschechisch-slawischen Parteileitung, Genosse Taf vom Parteivorstand der holländischen Partei, die Genossen Askew und Jones als Vertreter der Sozialdemokratischen Föderation Englands, der Genosse Wilshire als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Amerikas.

Adler-Wien: Werte Genossen und Genossinnen! Wenn ich hier im Auftrage der österreichischen Sozialdemokratie die Aufgabe habe, Sie zu begrüßen, so möchte ich eigentlich in ein Wort zusammenfassen, was wir in den letzten Monaten mit Euch und für Euch empfunden haben. Sie wissen ja längst, daß die österreichische Sozialdemokratie mit der deutschen eins ist durch Geschichte, durch Sprache, in einer vielleicht noch engeren Weise als jede andre. Aber Sie können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, was die Wirkung Ihres Sieges bei den Reichstagswahlen bei uns in Oesterreich war. Ihre Wahlerfolge und ich darf sagen auch die Art, wie Sie sie errungen haben, waren für uns ein politisches Ereignis ersten Ranges weit über die persönlichen Sympathien innerhalb unsrer Partei hinaus. Am Morgen nach der Wahl haben wir in Wien die Arbeiterschaft in einer Aufregung, einer Freude, einem Jubel gesehen, wie wir sie nicht größer hätten haben können, wenn wir so glücklich gewesen wären, solche Siege zu erringen. Ich will von Oesterreich nicht lange sprechen, um nicht mir und Ihnen die Freude zu verderben, aber das muß ich Ihnen doch anführen: Wir leben in Oesterreich in so schwieriger und komplizierten Verhältnissen, daß wir genötigt sind, den eigentlichen Inhalt unsrer Arbeit, den proletarischen Kampf fortwährend zu unterbrechen, um den Boden flüden zu helfen, auf dem sich alles vollzieht. Wir leben in einem Lande, dessen Existenz fortwährend in Frage gestellt ist, wo alle Verhältnisse schwankend und unsicher sind und wo nichts sicher ist als eben diese Unsicherheit, in einem Staate, der, man könnte meinen, in Liquidation begriffen ist; aber niemand ist da, der Liquidator sein möchte, und wenn Oesterreich einmal stirbt: I a c h e n d e Erben wird es nicht haben. Das ist die ungeheure Schwierigkeit, in der wir stehen, daß bei uns der Klassenkampf durchaus nicht klare Fortn haben kann, durchaus nicht die klassische Form, die er in Deutschland hat. Aber gerade in diesen Wirrnissen ist es uns ein Trost, eine Hoffnung und, ich kann sagen, eine Richtschnur, wenn wir sehen, wie in Deutschland das Proletariat und seine Vertretung, die Sozialdemokratie, in gerader Linie, ohne zu weichen und zu wanken, den Weg geht, den ihm die Geschichte vorgezeichnet und der zum Siege führt. Das ist für uns ein Trost und sehr oft ein Beispiel, denn es ist für uns notwendig, daß wir davor bewahrt bleiben, über die Fragen des Tages, die für den Staat Lebensfragen, für uns aber nur mittelbar von Bedeutung sind, unsere eigentliche geschichtliche Aufgabe zu vergessen. Wir kommen hierher nicht allein um Sie zu beglückwünschen, sondern auch um zu lernen. Wir kommen hierher, um von der deutschen Sozialdemokratie zu lernen, wie man realpolitische sozial-

demokratische Politik macht — Realpolitik in jenem großen Sinne, der nicht nur die kleinen parübergehenden Erscheinungen des Tages als real ansieht, sondern als wichtigsten Realismus die Wurzeln betrachtet, aus der die ganze Bewegung entspringen ist. Ich kann hier nicht sprechen, ohne an den geistigen Vortrag Webels zu erinnern, der die Zeit unmittelbar nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes gestreift hat. Damals haben wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Oesterreich an die Aufhebung des Sozialistengesetzes die Hoffnung, die Meinung, die Phantastie — können wir heute sagen — geknüpft, daß eine durchgreifende Aenderung der Politik der herrschenden Klassen sich anbahne. Wir erlitten uns an diesen Irrtum. Wenn wir nicht ernstlich für ihn büßen mußten, so nur deshalb, weil wir an der prinzipiellen Grundlage der Partei, an der Grundleitungsgrundlage für jede proletarische Politik festgehalten haben, weil wir zurückgegangen sind auf diesen Gedanken und hinter dem Schein der Tagespolitik das Wesen des Klassenkampfes erkannt haben. (Bravo!)

Sie sind in Dresden, das vorigemal waren Sie in München, so kommen Sie uns immer näher. (Geisterkeit.) Sie werden begreifen, daß sehr viel Oesterreicher sehr gern hier wären, und ich wundere mich nur, daß nicht Extrazüge aus Nordböhmen eingelegt worden sind. (Geisterkeit.) Wenn Sie so in unsrer Nähe sind, dann kommt es am allerersten uns zum Bewußtsein, wie glücklich Sie hier sind, obgleich Sie in Sachsen sind (Geisterkeit), wie leicht Sie es haben und wie schwer wir, wie kümmerlich, wie undankbar der Boden ist, den wir bearbeiten. Ihre wertkätige Sympathie hat uns immer begleitet. Hoffentlich bleibt sie uns. Für uns können Sie nichts mehr tun, als wenn die deutsche Sozialdemokratie bleibt, was sie ist, sich selbst getreu und für immer. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne begrüße ich den deutschen Parteitag und die deutsche Sozialdemokratie! (Bravo!)

Remec überbringt die Grüße der tschechisch-böhmischen Partei und brüdt seine Freude aus über den Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie, der auch für die ausländischen Genossen eine Stärkung und Kräftigung des Selbstbewußtseins bedeutet. (Beifall.)

Taf-Amsterdam: Im Auftrage des Parteivorstandes und im Namen der holländischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie herzlichst. Wir gratulieren Ihnen zu Ihrem glänzenden Siege, der nicht nur für Deutschland, sondern für das gesamte internationale Proletariat, an dessen Spitze Ihr, deutsche Brüder, marschiert, einen Sieg bedeutet und der zugleich der beste Beweis ist nicht nur für die Kraft unsres Prinzips, sondern auch für die Mächtigkeit Ihrer jetzt so vorzüglich bewährten Taktik. Hoffentlich werden auch wir in Holland bald sagen können, daß nicht nur das Ziel gut war — das wissen wir alle — sondern daß auch die Mittel und Wege gut gewesen sind. Wir in Holland stehen vor einer sehr kräftigen Reaktion. kaum zwei Jahre haben wir eine liberale Regierung und schon sind die Rechtsliberalen und die Mittelstehenden mit dem Regiment ihrer alten Feinde sehr zufrieden. So vereinigt sich die Bourgeoisie sehr rasch zu einer reaktionären Masse. Der Massenstreik dieses Jahres hat diesen Prozeß stark gefördert, wenn auch der Streik sonst nicht in allen Teilen erfreulich war. Wir standen vor einer Aufgabe, der wir nicht gewachsen waren. Und jetzt? Die Regierung und die Eisenbahnkompagnien haben nach ihrer Angst während des Streiks den Sieg gefeiert mit harten Maßregelungen, und noch jetzt laufen die christlichen Leute mit der Hungerpeitsche durchs Land, sie peitschen den Familienvater aus der Werkstatt und lassen ihn mit Frau und Kind verhungern. (Bewegung.) Diese Opfer des bürgerlichen Hasses haben Sie, deutsche Brüder, mit reichen Spenden aus Ihrer schon so in Anspruch genommenen Kasse unterstützt. Dafür unseren besten und verbindlichsten Dank! Die Internationalität ist für uns kein leeres Wort. Das nächste Jahr werden wir in Amsterdam die Ehre und die Freude haben, das internationale Proletariat zu empfangen. Unser

Stadt ist kein Paris oder London, aber unsre Herzen werden sich nicht weniger den ausländischen Genossen öffnen. So mögen Sie denn, wenn auch nicht zu drei Millionen — das wäre uns wohl zu viel (Geisterleit) — aber doch in großer Zahl nach Amsterdam kommen. Wir werden unsrer bestes tun, es Ihnen dort angenehm und bequem zu machen. (Bravo!) Doch genug! Ich bin hietzer gekommen, um einen Brudergruß auszusprechen, und wenn auch unsrer erster und letzter Gedanke stets das internationale Proletariat ist, so sei es mir doch erlaubt, zu Anfang dieser großen Parteivoche einen Gruß zuzurufen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Lebhafte Weisfall.)

Jones-London (übersezt von Genossen Ledebour): Ich komme zu diesem Kongress im Auftrage der englischen Sozialdemokratie. Es ist allerdings ein nationaler Kongress, aber er hat eine internationale Bedeutung für das kämpfende Proletariat der ganzen Welt. Aus England habe ich ja keine guten Nachrichten zu bringen. Wir in England sind noch eine kleine Partei. Die Engländer gehen langsam vorwärts, aber wenn sie einmal vorwärts gehen, so weichen sie auch keinen Schritt wieder zurück. Die englische Arbeiterbewegung befindet sich jetzt in einem Uebergangsstadium. Mehr und mehr dringen die Ideen der revolutionären Sozialdemokratie in die Gewerkschaftsbewegung Englands hinein. Von Jahr zu Jahr verstärkt sich innerhalb der großen Gewerkschaftsbewegung der sozialistische Gedanke, und bei den nächsten Wahlen hoffen die englischen Sozialdemokraten zusammen mit den ihnen nahestehenden Arbeiterorganisationen 70 bis 80 Arbeiterlandkandidaten aufzustellen, darunter eine große Zahl ausgesprochener Sozialdemokraten. Bei einem großen Teil dieser Kandidaten dürfen wir auf den Sieg hoffen. Es wird hoffentlich einmal die Zeit kommen, wo die englischen Arbeiter, die bisher auf ökonomischem Gebiet im Vordergrund gestanden haben, auch politisch die Vorhut der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt bilden werden. Wir in England haben zu kämpfen mit den sogenannten „respektablen“ Klassen, und der große Mangel der englischen Arbeiterbewegung ist, daß diese Sucht nach „Respektabilität“ in den früheren Jahrzehnten auch vielfach in die Arbeiterklasse eingedrungen ist, und sie zu gefügigen Werkzeugen der Kapitalisten und ihrer politischen Handlanger gemacht hat. Die englische Regierung ist klug genug, die Arbeiter nicht, wie es auf dem Kontinent und besonders in Deutschland geschieht, zu strafen mit allerhand kleinlichen Schikanen; sie glaubt, daß es nicht notwendig ist, Schafen Maulkörbe vorzulegen, die Schafe gehorchen doch dem Kommando des Schäfers, aber die revolutionären Sozialdemokraten Englands hoffen doch, aus den Schafen mit der Zeit wirkliche Menschen zu machen. Es war ein großer Tag, als die Siegesnachricht aus Deutschland nach England drang und in einer gewaltigen Volksversammlung die Londoner Arbeiter ihrem Jubel über diesen Sieg Ausdruck gaben. Ich hoffe, daß die deutschen Sozialdemokraten einmal einen gleichen Sieg der englischen Sozialdemokratie werden feiern können. Die größte Ehre für England ist es, daß es jahrzehntelang Männern wie Marx und Engels ein Asyl gewährt hat. (Bravo!) Was auch späterhin für Verbrechen, für schamlose Vergewaltigungen auf internationalem Gebiete von der englischen Regierung begangen worden sind, dieser Lichtblick in der Geschichte Englands soll dem Lande nie vergessen werden. (Bravo!) Wir hatten in den letzten Jahren den verbrecherischen Krieg in Südafrika, und jetzt erleben wir, daß der rampantierte Erzengel Luzifer II., Jos Chamberlain (Geisterleit), auf dem die Hauptschuld an diesem Kriege lastet, den englischen Arbeitern einzureden versucht, daß es keine Interessensunterschiede zwischen Kapital und Arbeit gebe, und daß er die kommunistische Bewegung durch seine schützrückerischen Versuche einzudämmen sucht. Gerade in den Kämpfen gegen diese Bestrebungen wird die sozialdemokratische Bewegung in England neue Kräfte gewinnen. Ich bin gekommen, um die Grüße dieser jungen sozialdemokratischen Bewegung Englands zu bringen; wir sind keine Reformpartei, wir sind ein Flügel der revolutionären, internationalen Sozial-

demokratie, und wir hoffen, daß unsrer großen Sache schließlich der Sieg in der ganzen Welt zu teil werden wird! (Lebhafte Weisfall.)

Wiltshire-New-York (übersezt von Genossen Ledebour) überbringt die Grüße der Parteigenossen aus den Vereinigten Staaten und aus Kanada. Die ökonomischen Verhältnisse in Amerika bebingen eine langsamere Entwicklung des sozialistischen Gedankens. Aber auch darin bereitet sich ein Wandel vor. Die industrielle Entwicklung ist eine derartige, daß die kapitalistische Methode die neuer Schwierigkeiten und Probleme nicht mehr zu bewältigen vermag; es wird deshalb über kurz oder lang nötig sein, den Sozialismus in Amerika zu adoptieren. Jetzt schon sieht man, wie die sozialistische Bewegung bei uns Fortschritte macht; wir hoffen, bei den nächsten Wahlen auf unsren Präsidentschaftskandidaten eine Million Stimmen zu vereinen (Weisfall); bei der letzten Wahl waren es nur 800 000. Den deutschen Parteigenossen möchte ich den Rat geben, den amerikanischen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Deutschen sind es ja gewöhnt — ich erinnere nur an Kautsky — scharfe kritische Sonde an die ökonomische und politische Entwicklung aller Länder zu legen. Wir stehen in Amerika vor einer Krise, die sich u. a. auch darin äußern wird, daß Amerika, statt wie bisher Eisen aus Deutschland zu beziehen, ungeheure Massen von Eisen und Eisenprodukten nach Europa verschiften wird. Das wird dann auch wieder die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, besonders in Deutschland erschüttern. Genau wie in andren Ländern wird auch in Amerika die persönliche Freiheit durch den Kapitalismus zerstört. Amerika gilt als ein freies Land, aber es hat nicht einmal eine vollkommen freie Presse; nur die Methode ist etwas raffinierter, mit der man gegen die Presse vorgeht. Zum Beispiel gebe ich eine Monatschrift heraus, für die plötzlich der Zeitungsstempel, der in Amerika von allen Zeitungen erhoben wird, unter nichtigem Vorwande verachtacht wurde; das hätte für mich eine monatliche Mehrausgabe von 30 000 M. bedeutet. Um das zu vermeiden muß ich jetzt die Zeitschrift, die nach wie vor in New-York geschrieben wird, in Kanada drucken und dann von dort in die Vereinigten Staaten verschicken lassen. So wird bei uns die Presse vom Kapitalismus und seinen Handlangern bekämpft. Ich überbringe also den deutschen Genossen unsre herzlichsten Grüße und Glückwünsche. (Weisfall.)

Einger: Es sind Telegramme eingelaufen von den Genossen des nördlichsten Böhmens, der Parti socialiste français, der Independent Labour Party London, dem Leicester Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei, dem Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei in Newcastle, dem Bureau socialiste international, der Sozialdemokratische Federation London, von dem Genossen Friedrich Lehner, London. (Lebhafte Weisfall.) Genosse Lehner läßt es sich nie nehmen, dem Parteitag Grüße zu übersenden; wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß die Parteitage noch recht lange in der Lage sind, die Grüße dieses Parteiveteranen in Empfang zu nehmen. (Weisfall.) Weiter sind Glückwünsche eingelaufen von der russischen revolutionären Partei, von armenischen Genossen aus London, von 35 000 für das Allgemeine Wahlrecht in Budapest versammelten Arbeitern (Weisfall), von der Redaktion des „Zetra“ im Namen der russischen Sozialdemokratie, den Parteigenossen in Würzburg, dem Arbeiter-Sängerbund Hamburg und Umgegend, dem Bezirk 136 Hamburg, dem Sozialdemokratischen Verein Herford, den Parteigenossen von Neßfchau, von Dames aus Litz, von den Parteigenossen von Bremerhaven, vom Sozialdemokratischen Verein in Mündenheim, vom Genossen Baumgarten-München, von den Hafenarbeitern in Bremerhaven, von einer polnische-sozialdemokratischen Versammlung in Altona, von Stralsunder Parteigenossen, vom Wahlverein Johanngeorgenstadt, von Oskar Behr-Zimmerman, von mehreren Genossen in Langenbielau und in München, von Radfahrern in Arnstadt, Erfurt und Jöhershausen, von den tabakalen Pforzheimer Parteigenossen. (Geisterleit.)

Die Straßburger Genossen haben uns das Resultat der dort stattgehabten Bezirkstagswahlen mitgeteilt. Es sind abgegeben worden 2883 Stimmen und zwar für Behrotes 1342 Stimmen, für die liberale Partei 886 Stimmen, für die demokratische Partei 626 Stimmen. Es hat also eine Nachwahl stattgefunden. Die Mitteilung schließt mit den Worten: „Es geht vorwärts trotz Köhler.“ (Weisau.) Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein. Erster Punkt derselben ist der

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Ueber den allgemeinen Teil referiert

Pfannkuch: Die allgemeinen Aufgaben des Parteitages bestehen in dem Ausbau der Organisation und der Betreibung einer planmäßigen Agitation. In verflochtenen Jahre hatten wir hauptsächlich den Kampf gegen den Polltarif zu führen und die Agitation für die Reichstagswahlen zu betreiben. In dem Kampf gegen den Polltarif hat Berlin die erste Stelle eingenommen, aber auch die Genossen im Lande haben außerordentliches in diesem Kampfe geleistet. Die Vorarbeiten für die Reichstagswahl und die planmäßige Leitung der Agitation war unsere Aufgabe. Zur Unterstützung der Agitation hat sich in allen Provinzen des Reiches die Einrichtung eingebürgert, im Herbst jedes Jahres einen Agitationskalender herauszugeben. Derselbe wird in immer steigender Auflage von den Provinzialkomitees verbreitet, aber die Parteileitung empfindet meist den metallischen Nachgeschmack. (Weiterleit.) Das gilt namentlich für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, aber auch für die Rheinprovinz, von der man schließlich doch annehmen sollte, daß sie auf eignen Füßen steht und die Kosten für die Herausgabe eines Agitationskalenders tragen könnte und müßte. Es ist in vielen Provinzen ja bereits eine Vesserung eingetreten, die Parteileitung braucht nicht mehr wie bisher die sämtlichen Kosten für die Herstellung und Verbreitung zu übernehmen, sondern die Genossen haben es dahin gebracht, daß sie einen Teil der Kosten selbst bestreiten können.

Die Reichstagswahlen sind von der Parteileitung bereits seit Ende letzten Jahres vorbereitet worden. Im März rüsteten wir uns schon, um dem Bedürfnis nach Rednern gerecht zu werden. Viele Genossen waren der Ansicht, daß die 58 bisherigen Reichstags-Abgeordneten als die eigentlichen Träger der Wahl-agitation, die sie auch über ihre heimatlichen Bezirke hinaus zu betreiben hätten anzusehen seien. Diese Ansicht, so begrifflich sie ist, kann doch nicht als allgemein stichhaltig gelten. Bereits im März richtete die Parteileitung eine Rundfrage an alle Fraktionsmitglieder, ob sie im Stande seien, die Wahlagitation über ihren heimatlichen Kreis und ihre Provinz hinaus zu betreiben. Darauf sind nur acht Antworten eingelaufen. (Hört, hört!) Die übrigen Fraktionsmitglieder haben es wohl als selbstverständlich betrachtet, daß sie über den Rahmen ihrer Heimat hinaus nicht tätig sein könnten, da die Agitation in ihrem eignen Kreise resp. Provinz ihre ganzen Kräfte beanspruchte. Rückhaltlos, ohne Einschränkung, haben sich nur Weibel und Singer der Parteileitung zur Verfügung gestellt, in etwas bedingter Weise auch Ledebour und Kunert. Diejenigen, die sich zur Verfügung gestellt haben, haben für ihre Person fast Uebermenschliches geleistet. Gegenüber manchen Klagen von Genossen bemerke ich, daß die von der Parteileitung getroffenen Agitationsdispositionen natürlich nicht jeder Zeit beliebig geändert werden könnten. Wenn die Genossen immer wieder an uns herangetreten sind, manchmal in Ausdrücken, die die Höflichkeit weit hinter sich ließen (Weiterleit), so haben wir uns dadurch zwar nicht beleidigt gefühlt, aber es beweist das doch, daß wir nicht alles leisten können, was von uns verlangt wurde. Verschiedene Anträge suchen diesen Mängeln abzuhelfen. So gut diese Anträge gemeint sind, so werden sie doch kaum viel an den bestehenden Zuständen ändern können. So verlangen die Parteigenossen in Düsseldorf die Einrichtung einer Centralstelle,

von der aus planmäßig die Aufklärungsarbeit „über alles Wissenwerte“ organisiert werden soll. Schon die allgemeine Form dieses Antrages weist darauf hin, daß hier der Parteileitung eine unausführbare Aufgabe zugemutet wird. In Fürth ist Genosse Segitz ein vortrefflicher Organisator und Agitator. Er wird sich gleich gesagt haben, daß der Parteivorstand die ihm hier überwiesenen Aufgaben nicht lösen kann. Es wird deshalb vorgeschlagen, eine Agitationskommission zu bilden, die dafür zu sorgen hat, daß der praktische Teil unsres Programms den Genossen zum Bewußtsein gebracht und in parlamentarische Anträge gegossen wird. Ja, wenn diese Agitationskommission gebildet werden sollte, so ist sie ein Teil des Parteivorstandes, und da entsteht die Frage: Ist seine Aus-führung möglich? Und diese Ausführung ist nur dann möglich, wenn die geeigneten Personen vorhanden sind. Die Berliner Genossen sollen sie wählen, selbstverständlich ohne auf Berlin beschränkt zu sein. Die Mitglieder der Agitationskommission müßten natürlich bezahlte Parteibeamte sein. Jedenfalls geht aus allen diesen Erwägungen hervor, daß die sofortige Durchführung des Fürther Antrages ein verrihtes Experiment wäre. Aus dem Handgelenk läßt sich dieser Antrag nicht durchführen; erst sind bedeutende Vorarbeiten erforderlich. Der Antrag kann nur als Direktive, als Anregung für die Parteileitung betrachtet werden. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer: Ich möchte den Redner doch darauf aufmerksam machen, daß die Anträge jetzt nicht zur Diskussion stehen. Erst müssen die Antragsteller die Anträge begründen, damit wir wissen, was sie wollen. Nur der allgemeine Teil des Vorstandsberichtes steht jetzt zur Debatte.

Pfannkuch (fortfahrend): Der zweite Teil unserer Agitation richtete sich auf die Betreibung der Reichstagswahl. Wir haben Flugblätter den Genossen zur Verfügung gestellt, so viel als verlangt wurden. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit bitten, daß die Parteileitung mehr als bisher unterstützt wird; die Parteileitung hat von vielen Genossen, speziell Fraktionsmitgliedern, an die sie sich um Einwendung von Manuskripten für allgemein gehaltene Flugblätter wandte, einen ablehnenden Bescheid bekommen, und es hat erst eindringlicher Mahnungen bedurft, um die Aufgabe zu lösen. Doch sie ist gelöst worden. Daß die Parteigenossen aus den Lehren der Reichstagswahl das Gefühl haben, es müsse noch mehr geschehen, dafür sprechen viele Anträge, namentlich diejenigen, die sich auf die Besorgung von Referenten beziehen. Diese Frage ist nicht neu, aber die Aufgabe ist schwer zu lösen. Selbstredend wird jede Parteileitung, wie auch immer sie zusammengesetzt ist, dieser Frage ihre Aufmerksamkeit widmen.

Die Einrichtung der Arbeitersekretariate, die vornehmlich den Gewerkschaften vorbehalten ist, hat auch auf das politische Gebiet über-griffen. Es gingen uns Anträge zu, in verschiedenen Gegenden des Reichs Parteisekretariate einzurichten, namentlich an Orten mit alter Organi-sation. Wenn eine solche Einrichtung notwendig ist, so unserer Meinung nach dort, wo die Bewegung noch jungen Datums ist und noch nicht festen Fuß gefaßt hat. Aber da, wo die Organisation alten Datums ist, haben Agitationskomitees diese Arbeit zu verrichten. Da, wo wir es für nötig halten, z. B. in Königsberg, Posen und Oberschlesien, haben wir Beiträge zu den Kosten der Agitationsleitung hergegeben, und ich glaube, daß der Parteitag hier keine Änderung eintreten lassen wird. Auf gleicher Höhe wie diese Anträge bewegen sich die Forderungen, bezahlte Kolporteurs in einzelnen Gegenden anzustellen. Wo das notwendig war, haben das die Zeitungsverleger bereits getan, teilweise mit Unterstützung der Partei. Unsere Presse hat einen außerordentlichen Aufschwung genommen, nicht etwa, daß neue Zeitungen gegründet sind, was nach unserer Meinung kein Fehler ist, aber das Verbreitungsgebiet der Presse hat zugenommen und die Auflage unsrer Blätter hat einen gewaltigen Aufschwung

zu verzeichnen. Der gedruckte Bericht bringt für verschiedene Zeitungen Ziffern. Dadurch fühlen sich einzelne Parteilorte, die ebenfalls ein Steigen der Abonentenzahlen aufweisen, zurückgesetzt, weil nicht auch sie besonders im Vorstandsbericht aufgeführt sind. Ja, das liegt meistens an unsren Genossen selbst, die ganz von der Gesphogenheit abgekommen sind, der Parteileitung regelmäßige Situationsberichte einzuliefern. Der Genosse Gerisch, der diese Berichte zu bearbeiten hat, wird Ihnen nachher wohl noch sein Leid darüber klagen. Ich will aber nachträglich hier feststellen, daß alle diejenigen, die sich über Nichtausführung beschwert haben, von uns in gleicher Weise anerkannt werden und daß sich alles Lob auch auf sie erstreckt. Hätte nicht jeder seine Schuldigkeit getan, wie hätten wir dann einen so glänzenden Sieg erringen können!

Wir haben diesmal die Abrechnung der „Gleichheit“, der „Neuen Zeit“ und des „Wahren Jacob“ im Vorstandsbericht gegeben und damit die in München laut gewordenen Wünsche erfüllt. Es geht daraus hervor, daß sich die Hoffnungen auf eine Minderung des Defizits der „Gleichheit“ und der „Neuen Zeit“ in erfreulicher Weise erfüllt haben. (Bravo!) Das Defizit der „Gleichheit“ hat sich gegen das vorige Jahr um 1470 M. verringert. Die beiden letzten März-Nummern hatten eine 7000 übersteigende Auflage, und in den beiden anschließenden Monaten ist eine weitere Steigerung auf 8000 Abonnenten eingetreten. (Bravo!) Im nächsten Geschäftsbericht werden wir hoffentlich in der angenehmen Lage sein, dem Parteitag mitzuteilen: die „Gleichheit“ deckt sich.

Eine gleiche Wandlung zum Bessern ist bei der „Neuen Zeit“ eingetreten. Das Defizit gegen das Vorjahr ist um 3000 M. kleiner geworden, einmal durch die Abnahme der Remittenden und dann durch die steigende Auflage. (Bravo!) Im Oktober v. J. wurde eine rührige Tätigkeit für die „Neue Zeit“ entfaltet; 7800 neue Abonnenten wurden gewonnen, so daß sich die Auflage auf 8500 Abonnenten steigerte und sich dort auch gehalten hat. Hoffen wir, daß im laufenden Jahre eine neue Steigerung der Abonnentenziffer eintreten wird. Um daselbe herbeizuführen, haben die Frankfurter Genossen beantragt, alle wissenschaftlichen Organe der Partei zu einem einzigen zu verschmelzen. Ich glaube aber kaum, daß es gelingen wird.

Vom Münchener Parteitag wurde die Parteileitung aufgefordert, § 2 des Organisationsstatuts zu ändern. Aus Anlaß von Vorkommnissen in Bayern mußte ausgesprochen werden, daß der Ausschluß aus einem Wahlverein bezw. aus der örtlichen Organisation der Partei gleichbedeutend ist mit dem Ausschluß aus der Gesamtpartei. Wir glauben mit der Fassung des Antrages 18 den bisher aufgetretenen Mißheiligkeiten begegnen zu können und dem aus einer solchen örtlichen Organisation ausgeschlossenen die Gelegenheit gegeben zu haben, die Partei-Instanzen anzurufen. Ein weiterer Wunsch, die Organisation zu ändern, ist in verschiedenen Anträgen zum Ausdruck gekommen. Der Vorsitzende wird mir wohl gestatten, darüber jetzt einige Worte zu sagen.

Singer: Es ist mir sehr fatal (Heiterkeit), auch hier meine Meinung dahin aussprechen zu müssen, daß augenblicklich nur der Vorstandsbericht zur Diskussion steht. Die Anträge werden später zur Verhandlung kommen. Wenn der Kollege jetzt schon darüber spricht, so kann ich niemand daran hindern, darauf ebenfalls einzugehen.

Krauß: Ich werde mich den Anordnungen des Vorsitzenden selbstverständlich fügen; dazu bin ich ein zu disziplinierter Genosse. (Heiterkeit) und ich will mich nicht der Gefahr aussetzen, noch einmal unterbrochen zu werden.

Wir haben im § 2 unsres Organisationsstatuts die Einrichtung des Schiedsgerichts. Dieses wird nach unserm Antrag, da es auch auf den Ausschluß aus den örtlichen Organisationen Anwendung finden soll, in Zukunft noch öfter von den Parteigenossen angerufen werden als bisher. Die Parteileitung wird selbstverständlich je eher je lieber die Streitigkeiten unter den Parteigenossen

aus der Welt zu schaffen suchen. Jedoch an einen bestimmten Termin gebunden zu sein, innerhalb dem ein beantragtes Schiedsgericht zusammentreten muß, ist eine Aufgabe, die man der Parteileitung nicht aufzulegen darf. In dem Fall, aus dem der vorstehende Wunsch resultiert, sind wir der Meinung gewesen, daß durch die gemeinsame Tätigkeit im Wahlkampfe die Streitfragen an den einzelnen Parteilorten überbrückt werden würden, so daß es unnötig sein würde, ein Schiedsgericht abzuhalten. Darin haben wir uns geirrt. — Sie können versichert sein, daß die Parteileitung glaubt, auch im vergangenen Berichtsjahre nach bestem Ermessen und Gewissen die ihr obliegenden Aufgaben erfüllt und ihre Schuldigkeit getan zu haben. (Beifall.)

Gerisch-Berlin erstattet den

Kassenbericht.

Wenn in früheren Jahren, in denen die Kasse mit einem Defizit abschloß, meine mündlichen Erklärungen zu dem Kassenbericht vielfach auf die Warnung hinausliefen: So kann es nicht mehr weiter gehen, so bin ich diesmal in der außerordentlich angenehmen Lage, versichern zu können: So wie im verflossenen Jahre, so sollte es immer weiter gehen! (Heiterkeit und Beifall.) Die ungeheure Opferfreudigkeit, die die Genossen bewiesen haben, kommt in dem Kassenbericht durchaus nicht voll zum Ausdruck; es ist viel mehr geleistet worden, als wir hier von Seiten der Centralkasse nachzuweisen in der Lage sind. Ich war bemüht, eine vollständige Zusammenstellung aller dieser Leistungen bei den letzten Wahlen herzustellen. Es war mir das bis zur Stunde nicht möglich, da noch verschiedene Landbesteierte fehlen. Ich will nur anführen, daß allein in den zehn schleswig-holsteinischen Wahlkreisen 85 000 M. für die Wahlen ausgegeben wurden (Bravo!), die nicht durch die Centralkasse gegangen sind und infolgedessen nicht im Kassenbericht zum Vorschein kommen.

Nun einige Nichtigstellungen zum Kassenbericht! Auf Seite 38 des gedruckten Berichts befindet sich ein Druckfehler, die Unterstützungen betragen nicht 6262, sondern 18 252 Mark. Im spezialisierten Bericht über die Ausgaben für die Parteipresse befinden sich 1000 Mark für die „Oberfränkische Volkszeitung“. Die Genossen in Hof, wo das Blatt erscheint, erklärten übereinstimmend, daß niemand von ihnen die 1000 Mark bekommen habe, sie seien verschwunden. Die Sache ist durch die Presse gegangen und bedarf deshalb der Aufklärung. Die „Oberfränkische Volkszeitung“ ist früher in Nürnberg gedruckt worden, und als die Hoser Genossen das Verhältnis mit Nürnberg lösten, haben sie, wie das im Leben so oft vorkommt, vergessen, einige Verbindlichkeiten zu regeln, sie standen auf dem Standpunkt, daß Schulden nicht weglassen. (Heiterkeit.) Die Leitung des Nürnberger Geschäfts ersuchte den Parteivorstand, 1000 M. von den Schulden zu übernehmen. Zu derselben Zeit stand aber auch das Nürnberger Geschäft mit den Hoser Genossen in Unterhandlungen über die Regulierung des Abzahlungsmodus, und da meinte die Leitung des Nürnberger Geschäfts, es sei vielleicht nicht angebracht, wenn die Hoser Genossen schon vorher wüßten, daß die Centralleitung dahinter steht, das würde ihren Eifer, abzugeben, nicht erhöhen, sie würden sich aber hinterher um so mehr freuen, wenn sie hören, daß schon 1000 M. abbezahlt sind. So kam es denn, daß die Hoser Genossen erst durch den Geschäftsbericht davon Kenntnis erhielten, daß sich über Nacht ihre Schuldenlast um 1000 M. verringert hatte. (Zuruf: Die Glücklichen! — Heiterkeit.) Die Bochumer Genossen beschwerten sich mit Fug und Recht darüber, daß die Ausgaben für das „Volksblatt“ in Bochum und den „Werkruf“ in Essen zusammengeworfen sind. Es ist nicht klar zu ersehen, wie viel von den 5900 M. Subvention auf jedes dieser Blätter kommt. Auch mir war es fatal, in dieser Form berichten zu müssen, aber mir lagen bei Abfassung des Berichtes die Bücher des Dortmunder Geschäftes nicht vor. Von den 5900 M. entfallen 3000 M. auf den „Werkruf“ in Essen allein, während an dem Restbetrage beide Blätter beteiligt sind.

Noch einige Angaben über das Wachstum der Presse im Berichtsjahre! Leider bin ich da wieder von sehr vielen unserer Parteigeschäfte im Stich gelassen. (Hört! hört!) Es haben keine Berichte eingesandt das Wanter Geschäft — Genosse Jung sagt mir allerdings, der Bericht müsse nach meiner Adresse aus Berlin eingegangen sein — ferner Kassel, Elberfeld, Erfurt, Karlsruhe, München, Solingen, Saarburg. Ich mußte die Zahlen dieser Geschäfte schätzungsweise einstellen. Wenn ich auch glaube, daß ich mit meinen Schätzungen nicht weit von der Wahrheit entfernt bin, so behauere ich doch, daß wir nicht mit bestimmten Zahlen aufwarten können. (Sehr richtig!) Unse Tagespresse — und diese ist ja fast nur noch aus Schlagebene, die kleinere Presse verschwindet mehr und mehr — ist gegenwärtig auf rund 520 000 Abonnenten gekommen, wir haben also die halbe Million stark überschritten. Rechnen wir dazu noch etwa 30 000 Abonnenten der kleineren Presse, so haben wir im ganzen 550 000 Abonnenten, eine ganz respektable Zahl, indes zu den drei Millionen Wählern immer noch nicht das richtige Verhältnis. Ganz besonders müssen wir berücksichtigen, daß wir diese Höhe der Abonnentenziffer dem Wahljahr verdanken. Das zeigt, wie sehr wir vorwärts kommen können, wenn immer so gearbeitet wird. 130 000 neue Abonnenten! Ein solcher Erfolg ist noch nicht vorgekommen. Wir sehen daran, wie tief der Pflug der Wahlagitation eingedrungen ist. Entsprechend dem Anwachsen der Abonnentenziffer ist auch der finanzielle Ertrag der Parteipresse gestiegen. In runder Summe betrugen die Einnahmen der Parteipresse aus Abonnements 3 Millionen Mark, aus Inseraten 1 700 000 M. Auch hier zeigt sich also ein sehr erfreulicher Fortschritt. Nun ist es unsre Aufgabe, das Gewonnene festzuhalten und neue Gebiete zu erobern.

Was die Parteikasse anlangt, so ist nach der Hochflut ja die Ebbe eingetreten. Ich kann nur wünschen, daß die Ebbe nicht zu lange anhält. Stehen uns doch beträchtliche Ausgaben bevor. Besonders möchte ich an die Genossen der Kreise, die bei der letzten Wahl siegreich geblieben sind und einen Abgeordneten nach Berlin entsenden, die Bitte richten, ihrerseits dafür zu sorgen, daß ihr Kreis im nächsten Jahr nicht in der tabellarischen Aufstellung fehlt. Die Genossen brauchen sich nicht zu wundern, wenn im nächsten Jahre die Pubrit der Kosten für den Reichstag erheblich wächst. Genosse Meister schmunzelt schon. (Heiterkeit.) Sorgen wir also dafür, daß wir dem Gewonnenen neue Gewinne beifügen. (Bravo!)

Bericht der Kontrolleure.

Berichterstatter Meister: Die Kontrollkommission hat zunächst die Revision der Kasse und der Geschäftsführung des „Vorwärts“ vorzunehmen. Nirgends waren Monita zu ziehen. Der Kassen- und Buchführung kann nur die vollste Anerkennung ausgesprochen werden. Auch alle Wünsche bezüglich der Geschäftsführung des „Vorwärts“ haben volle Berücksichtigung gefunden. Außer der regelmäßigen Revision der Kasse und der Geschäftsführung des „Vorwärts“ hatten die Kontrolleure noch einige andre Aufgaben zu lösen. Zunächst lag ein Antrag des Genossen Mehring vor, den Ausschluß des Genossen Berthold zu veranlassen. In dieser Angelegenheit hatte bereits ein Schiedsgericht getagt, dessen Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Resultat geführt hatten, wenngleich der Schiedspruch dahin ging, daß sich Berthold große Verfehlungen hat zu schulden kommen lassen. Berthold hat als zeichnender Redakteur der „Zukunft“ die Verantwortung für Sachen übernommen, die zu übernehmen man von einem Parteigenossen nicht hätte erwarten sollen. (Lebhafte Zustimmung.) In einer Reihe von Festen sind namhafte Parteigenossen, denen wir jederzeit die größte Hochachtung entgegengebracht haben und entgegenbringen, in einer so pöbelhaften Weise heruntergerissen worden, daß wir sie, wenn sie von Segnern kommen, als Ausdruck ihrer Wut verachten. Wenn aber jemand, der sich Parteigenosse nennt, die Kühnheit hat und solche pöbelhaften Verunglimpfungen mit seinem Namen zichnet, so waren alle Kontrolleure darin einig, daß eine solche Handlung mit der Ehre eines Parteigenossen nicht vereinbar ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nur auf einen Artikel

der „Zukunft“ will ich aufmerksam machen: „Die Primadonna der Sozialdemokratie“. (Hört! hört!) In diesem Tone waren alle uns vorgelegten Artikel der „Zukunft“ gehalten. Die Kontrolleure waren einig darin, daß eigentlich eine Person, die die Kühnheit hat, sich Parteigenosse zu nennen und solche Artikel zu zeichnen, nicht wert ist, der Partei anzugehören. (Hört! hört! und Zustimmung.)

Das war die einstimmige Ansicht der Kontrolleure. Wenn trotzdem der Antrag auf Ausschluß des Genossen Berthold mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, so war das nur deshalb möglich, weil ein Mitglied der Kontrollkommission fehlte; weil es krank war. Auch die vier Kontrolleure, die gegen den Ausschluß stimmten, waren mit den andern einig darin, daß die Handlungsweise Bertholds unqualifizierbar sei und daß es bedauerlich sei, daß ein Genosse sich zu solchen Handlungen hergegeben hat. (Beifall.)

Die Beschwerde eines Bergmanns gegen die Ablehnung eines Unterstützungsgesuchs durch den Vorstand wurde zurückgewiesen, weil der Beschwerdeführer in reichlicher Weise bereits unterstützt worden war.

Genosse Steinringhaus in Solingen beschwerte sich, daß die Buchhandlung Vorwärts eine Drohkühe, die er geschrieben, nicht verlegen will. Wir haben der Beschwerde nicht stattgegeben, weil die Entscheidung über solche Fragen der Leitung der Vorwärts-Buchhandlung überlassen bleiben muß. Der Beschwerdeführer meinte den Genossen Fischer dann noch persönlich verdächtigen zu sollen; die Drohkühe bekämpfe die Evolutionstheorie und Fischer sei da zu sehr Partei. (Heiterkeit.) Es scheint, daß der Genosse es vielleicht sehr gut meint, aber zum Drohkühenschreiben doch nicht qualifiziert ist.

Eine weitere Beschwerde ist uns von unfren Lieben, altbekannten Freunden aus Mühlhausen und Straßburg zugekommen. (Heiterkeit.) So gern die Parteileitung, Vorstand und Kontrolleure, stets bereit ist, den Beschwerden der Presse in Etsch-Rothringen jedwede Rücksicht entgegen zu bringen, so haben wir uns doch bezüglich dieser Beschwerden noch nicht völlig entscheiden können, weil die Kontrolleure erst noch eine Rücksprache mit den dortigen Vertrauensleuten Böhle und Emmel nehmen wollen. Wir werden aber unsre Entscheidung noch während der Tagung des Parteitages treffen.

Im übrigen habe ich bezüglich der Geschäftsführung den Auftrag, im Namen der Kontrolleure von neuem die Decharge für die Parteileitung und die bei der Geschäftsführung beteiligten Personen zu beantragen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Lehmann-Mannheim: Nur einige Bemerkungen zu dem Bericht bezüglich der Agitation. Gerich hat uns gesagt, daß es um die Parteikasse sehr gut bestellt sei. Man kann also gegenüber unfren Anforderungen nicht mehr einwenden, daß kein Geld da sei. Wir haben in den Industriebezirken jahrzehntelang erfolgreiche Arbeit verrichtet und neue Siege errungen. Aber in den Kreisen Saarbrücken und Ottweiler-St. Wendel ist seit langem nichts gesehen. Es muß dort eine andere Organisation geschaffen werden. 1891 waren diese Bezirke die Hochburg der Bergarbeiter-Bewegung, die damals mit brutaler Gewalt vom preussischen Handelsministerium niedergedrückt worden ist. Als dann am 1. Januar 1893 ein Ukas des Herrn von Berlepsch, den man jetzt den „Minister der Sozialpolitik“ nennt, kam, durch den die Bergleute noch mehr niedergedrückt werden sollten, da flammete die Empörung hoch auf. Seitdem aber liegt die Bewegung im ganzen Kreis Saarbrücken vollständig brach. Wir haben dort nur 1000 oder 2000 Stimmen bekommen, im Wahlkreise Ottweiler-St. Wendel haben wir nicht ganz 100 Stimmen erhalten. Wenn dorthin ein unabhängiger, befähigter Parteigenosse kommt, so wird seine Arbeit gewiß von Erfolg gekrönt sein.

Singer: Auch hier mache ich darauf aufmerksam, daß Anträge, die nicht zur Diskussion stehen, jetzt nicht behandelt werden.

Walter Koburg: Auf jedem Parteitag kommen besonders aus den „Schwarzen Winkeln“, den rückständigen Bezirken, Beschwerden, daß ihnen von der Parteileitung nicht in genügendem Maße Redner zur Verfügung gestellt werden. So geht es auch uns in Koburg. Wir gehören ja nicht zu Süddeutschland, die Norddeutschen wollen auch nichts von uns wissen (Heiterkeit), das kleine Koburger Ländchen weiß eigentlich gar nicht, wo es hin soll. (Heiterkeit.) 1896 haben wir Nebel und Liebknecht dringend gebeten, doch auf diesem historischen Boden der Partei als Redner zu erscheinen. Es war Nebel nicht möglich, und Liebknecht ging später leider dahin, wo es kein Wiedersehen giebt. Die bürgerlichen Parteien haben gerade bei uns herborragende Redner gehabt, während wir völlig in Stich gelassen wurden. In Nürnberg haben sich die Redner nur so verfolgt. (Heiterkeit.) Man darf wohl den Schluß ziehen, daß gewisse freundschaftliche Beziehungen notwendig sind, um diesen oder jenen Parteigenossen zu bestimmen, in einem Wahlkreise zu sprechen. (Oho!) Genosse Singer ist schlant durch Koburg durchgeföhren. (Mufe: Schlant! — Lebhafter Widerspruch und große Heiterkeit.) Wir hätten den ganzen Wahlkampf von höherer Warte führen können, wenn wir einmal einen herborragenden Redner bei uns gesehen hätten.

Gewehr-Eberfeld: Es scheint, daß alle Redner in daselbe Lied einstimmen, daß der Vorstand nicht genug Redner geschickt hat. Ich glaube, daß allerdings eine andere Organisation nötig wäre, da die jetzige Parteileitung das ganze Gebiet nicht so übersehen kann wie es notwendig wäre. Wenn ein Bezirk klagen könnte, so ist es Rheinland-Westfalen. Das liegt gewiß zum Teil an der geographischen Lage; es wird aber doch nötig sein, dort mehr zu tun. Bei den letzten Wahlen hatten wir ja eine gewaltige Stimmzunahme zu verzeichnen; es muß allerdings bemerkt werden, daß auch die Bevölkerungszunahme eine sehr große ist. Durch den Zuzug aus dem Osten haben wir einen besonders schweren Standpunkt. Wir haben uns immer gesagt: wenn es bei den Arbeitermassen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einmal vorangeht, dann wird es schnell gehen. Was die finanzielle Leistung der Genossen in unserem Agitationsbezirk zur diesmaligen Wahl betrifft, so kann sich der Parteivorstand wohl nicht beklagen; der Wahlausfall ist verhältnismäßig gering. Für den Agitationskalender werden wir, denke ich, diesmal die Unterstützung der Centralkasse nicht mehr in Anspruch zu nehmen brauchen.

Richard Fischer-Berlin: Nur ein paar Worte über die Beschwerde von Steininghaus! Der Genosse hatte eine Broschüre geschrieben, um Kartells Schrift „Soziale Revolution“ zu widerlegen. Ich las ein paar Seiten; da ich aber damals gerade mit der Fertigstellung des Jahresabchlusses der Vorwärtsbuchdruckerei beschäftigt war, übergab ich das Manuskript einem Genossen zur Durchsicht, der zu einem Urteil befähigt ist. Er hat es durchgesehen und ist, wie ich aus dem Teil, so aus dem Ganzen zu der Ansicht gekommen, daß der gute Wille wohl vorhanden war, daß aber der Wille im Widerspruch stand zu dem Können. Deshalb erfolgte die Ablehnung. Der Genosse Steininghaus beschwert sich weiter, daß ihm die Gründe der Ablehnung nicht mitgeteilt sind. Fischer habe ich das immer getan und die Folge davon war, daß ich dann lange Briefe bekam, die darin gipfelten, daß ich ein Esel sei. (Heiterkeit.) Nachdem mir das so und so oft gesagt war, habe ich mir gesagt, daß es nicht mehr notwendig sei. (Heiterkeit.) Deshalb habe ich auf die Angabe der Gründe verzichtet.

Adolf Braun-Nürnberg: Von den Genossen, welche die Koburger so gern in ihrem Wahlkreise gesehen hätten, hat in Nürnberg einzig und allein Singer gesprochen; dieser hatte einen notariellen Akt im Interesse unseres dortigen Parteigeschäfts in Nürnberg zu unterzeichnen, er hätte an dem betreffenden Abend gar nicht an einem anderen Orte sein können; ich glaube, Sie können ihm danken, daß er auch diesen Abend für die Partei ausgenutzt hat. Wir in Nürnberg haben den größten Teil unserer Arbeiten selbst ausgeführt. Ja, Segit hat

nicht nur die Agitation in Nordbayern wirksam gefördert, sondern noch mindestens sechs Versammlungen außerhalb Nordbayerns abgehalten, und Südehen hat, was man ihm in Nürnberg sogar zum Vorwurf machte, in Baden, Sachsen und Schlesien gesprochen; selbst die Berliner haben ihn notwendig gebraucht. Sie sehen, daß wir in Bayern mehr abgegeben als wir erhalten haben.

Meuter-Solingen: Daß das Manuskript der Steininghaus'schen Broschüre ohne Kommentar zurückgewiesen ist, war nicht angebracht. Es war nicht zu befürchten, daß wir zurückschreiben würden, Fischer ist ein Esel. Auer und Gerisch wissen ja, daß wir in Solingen sehr höflich sind (Heiterkeit), und wir haben uns in letzter Zeit noch gebessert. (Erneute Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Debatte.

Das Schlußwort erhält

Pfannkuch: Die Parteileitung ist sich bewußt, daß es notwendig ist, auch in Scharaben etwas für die Entwicklung der Partei zu tun. Das wird geschehen, sobald es möglich ist, aber die Ausführung dieser Möglichkeit ist eine Personenfrage. Man muß in der Auswahl derjenigen, die ein so schwieriges Gebiet zu beackern haben, recht vorsichtig sein. Seinerzeit wurde die Notwendigkeit betont, Oberschlesien, Posen, Ost- und Westpreußen zu erobern. Wir sind jahrelang in diesen Provinzen an der Arbeit. In Königsberg haben wir eine gute Organisation und tüchtige Genossen, die sich der Aufgabe der Verbreitung sozialdemokratischer Ideen mit Liebe und Hingabe unterziehen. Aber selbst schon in Westpreußen hapert es. Ich will die Verdienste unserer Genossen in Danzig, Elbing usw. nicht herabmindern, im Gegenteil, ich zolle den Leuten, die unter den schwierigsten Verhältnissen dort arbeiten, meine vollste Anerkennung, aber sie können über das Maß dessen, was sie leisten, nicht hinauskommen. Und wer wollte leugnen, daß eine intensivere Arbeit auch da größere Erfolge zeitigen würde? In Posen haben wir einen die Bewegung leitenden Genossen angestellt, er hat geleistet, was er leisten konnte, ja er hat sich sogar mehr zugemutet, als er zu leisten im stande war, und gerade daraus sind sehr viel Unzuträglichkeiten entstanden. In Oberschlesien hatten wir jahrelang den Genossen Winter, es war ein heroischer Entschluß des Genossen, dort auszuhalten, wir haben es ihm hoch angerechnet und ihn bewundert, er hat seine Kräfte so aufgerieben, daß er — auf wie lange, das steht dahin — einer Erholung bedarf. Man kann nicht befehlen, daß dieser oder jener nach Oberschlesien geht. Wir haben jetzt Ersatz gefunden, Brühns hat sich erboten, die vom Winter eingeleitete Arbeit fortzuführen und sobald er seine Gefängnisstrafe hinter sich hat, wird er sofort die Agitation aufnehmen. Wenn man Anregungen giebt, so muß man auch so freundlich sein, jemand nachzuweisen, der die für einen solchen Posten erforderlichen Eigenschaften besitzt. Solche Genossen müssen den höchsten Anforderungen gewachsen sein. Wird der Parteileitung eine geeignete Persönlichkeit nachgewiesen, so besitzt sie Verständnis genug, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Genosse Walter hat ganz recht, daß hinter jedem Dorf noch eins liegt. Es ist Sitte, daß sobald die Genossen eines Ortes hören, daß bekannte Redner in der Nähe eine Versammlung abhalten, sie diese sofort bitten, auch bei ihnen zu reden. Die Genossen müßten doch einsehen, daß die Tour der Agitatoren von vornherein festgelegt ist. Nebel war vom Tage der Ausschreibung der Wahl an bis zum Stichwahlabend vollständig für jeden Tag besetzt, für Singer war die Tour in drei Perioden in ganz derselben Weise vorgesehen, er hatte in der ganzen Zeit vielleicht eine Ruhepause von fünf bis sechs Tagen. Dazu kam, daß ihm aus Gesundheitsrückichten Ruhe ganz besonders nötig war. Ich habe auch den Kollegen in der Fraktion, die auf das Zirkular des Vorstandes nicht geantwortet haben, nicht etwa irgendetwas den Vorwurf machen wollen, sie hätten sich drücken wollen. Im Gegenteil, es ist der Parteileitung bekannt, daß jeder an seinem Plage das geleistet hat, was er nur leisten konnte. Ich glaube daraus, daß

weitere Beschwerden nicht vorgebracht worden sind, schließen zu können, daß Sie im großen und ganzen mit unsrer Tätigkeit zufrieden sind.

Das Schlusswort erhält Gerisch: Es ist mir inzwischen von Michaelis-Eckart mitgeteilt worden, daß der Bericht über die Erfurter Tribüne eingeschickt ist. Er muß also offenbar unter andre Sachen geraten sein, und ich nehme den Vorwurf gegen die Erfurter natürlich zurück. Was die Gelbbewilligungen des Vorstandes anlangt, so haben wir im Rahmen unsrer Mittel wirklich nicht gezeitigt, so wenig, daß wir jetzt aus vielen Orten Gelder zurückhalten, die nicht gebraucht worden sind. Sehr oft habe ich ja auch im letzten Wahlkampf Telegramme verschickt: „Unbei der gewünschte Betrag; wenn es nicht reicht, folgt mehr.“ Also in der Beziehung werden Beschwerden nicht erhoben werden können.

Entsprechend dem Antrage der Kontrolleure wird hierauf dem Parteivorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Damit ist die Diskussion über den allgemeinen Geschäftsbericht und die Kasse erledigt. Es folgt der Punkt:

Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse.

Hierzu gehören die Anträge 7 bis 10, die genügend unterstützt werden.

Spannung: Ich brauche wohl die Beschwerde, die von den Genossen Dr. Heinrich Braun, Lily Braun, Heine, Göhre und Berthold unterzeichnet, bei dem Parteivorstand eingegangen ist, nicht zu verlesen; sie liegt Ihnen in der Broschüre des Genossen Heinrich Braun gedruckt vor, ebenso die Antwort des Parteivorstandes im Auszug und die aus diesem Anlaß veröffentlichte Deklaration des Parteivorstandes im Bericht des Parteivorstandes. Zum besseren Verständnis muß ich Ihnen den auch im Vorstandsbericht bereits publizierten Briefwechsel, der sich an die Deklaration des Parteivorstandes angeschlossen hat, zur Kenntnis bringen. Es ist an den Parteivorstand ein weiterer Brief der Genossen Braun & eingegangen folgenden Inhalts:

„An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Werte Genossen!

Das Schreiben des Parteivorstandes vom 28. Februar 1908 erinnert uns an die Praxis bürgerlicher Ministerien, indem es sich über Punkte äußert, über die wir ihn nicht gefragt hatten, die Beschwerde aber, die wir wirklich erhoben haben, unbeantwortet läßt.

Wir haben uns lediglich beschwert, weil in Kautskys Artikel in Nummer 10 von Parteigenossen, die unter Namensnennung in nichtsozialdemokratischen Blättern schreiben, behauptet wird, daß sie dadurch gegnerischen Zwecken und Mächten dienten, und weil es so dargestellt wird, als ob sie sich dadurch mit Angriffen gegen die Partei identifizierten, die von anderer Seite in diesen Blättern erhoben worden sind.

Die in dem Artikel „Konzeptionschulzes“ von Franz Wehring in Nr. 10 enthaltenen beleidigenden Insinuationen haben wir in unsrer Beschwerde nicht erwähnt, weil wir Injurien von dieser Seite keine Bedeutung beimessen, so lange sie nicht die Interessen der Partei als solcher gefährden.

Wir haben dem Parteivorstand geschrieben, daß wir in den bezeichneten Stellen des Kautskyschen Artikels eine beleidigende und wahrheitswidrige Unterstellung erblickten, über die wir Beschwerde führten. Der Parteivorstand geht nach ministeriellem Vorbilde über diese einzige Frage, die wir ihm wirklich vorgelegt hatten, mit Stillschweigen hinweg.

Die uns angefordigte und inzwischen veröffentlichte Meinungsäußerung des Vorstandes über die Frage, ob und wann ein Sozialdemokrat in nicht-sozialdemokratischen Blättern schreiben dürfte, haben wir keinen Anlaß gehabt

zu erbitten. Wir hatten schon vorher unsere eigene Meinung darüber, an der wir auch so fest sind, festhalten zu wollen. Berlin, den 8. März 1908. Dr. Heinrich Braun. Lily Braun. Wolfgang Heine. Paul Göhre. A. Berthold, Dr.“ (Sachen.)

Auf diese Zuschrift hat der Parteivorstand folgende Antwort gegeben:

Herrn Dr. Heinrich Braun und Genossen, Berlin.

Werte Genossen!

In Ihrem Schreiben vom 8. März d. J. beschweren Sie sich darüber, daß der Parteivorstand in seiner Zuschrift vom 28. Februar d. J. über die einzige Frage, die ihm vorgelegt wurde, mit Stillschweigen hinweggegangen sei.

Nicht weil wir die „Praxis bürgerlicher Ministerien“ nachahmen — solche Unterstellung hatten wir wirklich nicht erwartet — sondern weil dem, was Sie jetzt als Extrait Ihrer Beschwerde betrachtet wissen wollen, jedwede Unterlage fehlte, haben wir nicht besonders darauf Bezug genommen.

Sie erklären jetzt: Unsere Beschwerde hat sich hauptsächlich gerichtet gegen die Beschwerde Kautskys, daß Parteigenossen, die unter Namensnennung in nichtsozialdemokratischen Blättern schreiben, „dadurch gegnerischen Zwecken und Mächten dienen“, und in zweiter Linie gegen die Darstellung, daß die Betroffenen sich dadurch mit den von anderer Seite in diesen Blättern gegen die Partei erhobenen Angriffen identifizieren.

Weber hat Kautsky das eine behauptet, noch das andre dargelegt.

Um mit dem letzteren zuerst zu beginnen, so hat Kautsky an der Stelle, die einzig in Betracht kommen kann, lediglich erklärt, daß ein Sozialdemokrat, der nach Angriffen, wie sie von Harden gegen unsre Partei geschleudert wurden, noch für Harden schreibt, sich dadurch den Verdacht zuzieht usw. Und bezüglich Ihrer Hauptbeschwerde hat Kautsky nicht, wie Sie schreiben, behauptet, daß die ... „gegnerischen Zwecken und Mächten dienen“, sondern der Satz lautet: „Aber etwas anderes ist es bei Parteigenossen, die offen als Wortführer und Vertreter unsrer Partei auftreten. Wenn sie in der bürgerlichen Presse arbeiten, so tun sie es auch dort als Vertreter der Sozialdemokratie, und es kann uns keineswegs gleichgültig sein, w e l c h e n Zwecken und Mächten sie dort dienen.“ Diese Darlegung enthält so Selbstverständliches, daß sie von jedem Sozialdemokraten bedingungslos vom ersten bis zum letzten Worte gebilligt werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Ihre näher begründete Beschwerde erweist sich mithin als völlig gegenstandslos. Was unsre in der Sache veröffentlichte Meinungsäußerung anbelangt, ist es durchaus gleichgültig, ob Sie eine solche wünschten. Entscheidend war für uns die Frage, ob die Rundgebung gewissen Vorgängen und Erscheinungen gegenüber im Partei-Interesse notwendig sei. (Sehr richtig! Lebhaftige Zustimmung.)

Dies ist die Antwort darauf. Sie haben nun Kenntnis von dem vollständigen Material in dieser Sache. Daß wir richtig verstanden sind, geht aus verschiedenen Pressstimmen der Parteipresse hervor. Beispielsweise kommt das „Hamburger Echo“ in einer längeren Betrachtung zu dem Schluß:

„Wir wenigstens würden uns schon hüten, einem Menschen, von dem wir wissen, daß er für ein gegnerisches Blatt schreibt, vertrauliche Mitteilungen über die Partei zu machen. (Sehr richtig!) Wir sind auch der Meinung, daß Parteigenossen nicht für bürgerliche politische Zeitungen schreiben sollen. Mag auch die Erklärung des Parteivorstandes nicht ganz befriedigen, so wird sie wohl von denjenigen, die es angeht.“ (Sehr richtig!)

Dieser Meinung sind wir auch. Ein Parteigenosse kann nun zu uns, der glaubte, es solle jede Mitarbeiterschaft an der gegnerischen Presse unterbunden werden. Der Vollständigkeit halber bringe ich auch diesen Briefwechsel zur

Berlesung. Der Parteigenosse Richard Calver wandte sich am 3. März 1903 mit folgender Anfrage an den Parteivorstand:

„Die Erklärung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 veranlaßt mich zu folgender Anfrage und Bitte:

Wie dem Parteivorstand bekannt sein dürfte, bin ich seit 1897 Mitarbeiter an der von Dr. Jastrow herausgegebenen Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“, ebenso bin ich Mitarbeiter an der in Verbindung damit erscheinenden Korrespondenz. Da nun die Erklärung des Parteivorstandes nur von der Mitarbeit an „bürgerlichen Prekunternehmungen“ und „bürgerlichen Blättern“ spricht und keine weiteren Unterscheidungen macht, so dürfte daraus in Parteikreisen der Schluß gezogen werden, daß der Parteivorstand sämtliche nichtsozialdemokratischen Organe unter dem Ausdruck bürgerliche Prekunternehmungen zusammengefaßt wissen, daß er also auch die Mitarbeit an wissenschaftlichen Zeitschriften und Organen mit seiner Erklärung getroffen haben wolle.

Ich nehme an, daß es nicht in der Absicht des Parteivorstandes lag, eine solche Deutung zuzulassen zu wollen. Da aber der Vorlaut der Erklärung behäbbar ist, so möchte ich den Parteivorstand bitten, nicht nur mir gegenüber zu erklären, daß die Mitarbeit an wissenschaftlichen Organen durch seine Stellungnahme vom 2. März nicht getroffen werden soll, sondern diese seine Auffassung auch nach außen hin zu dokumentieren, da sonst in denjenigen Parteikreisen, welche die Absicht haben, die Stellungnahme des Parteivorstandes sich zur abschließlichen Richtschnur zu machen, die Erklärung zu großen Mißverständnissen Anlaß geben würde.“

Sie sehen also: Calver wollte sich die Deklaration des Parteivorstandes zur Richtschnur nehmen, während die Beschwerdeführer selber ja erklären, daß sie ihre eigene Meinung haben und sich durch die Deklaration des Parteivorstandes nicht beirren lassen. Der Parteivorstand hat dem Genossen Calver folgende Antwort gegeben:

„Werter Genosse! Ihre Annahme trifft zu. Der Vorstand hat mit seiner Erklärung die Mitarbeit an wissenschaftlichen Zeitschriften und Organen nicht treffen wollen. Von einer speziellen Namhaftmachung ist inbessien abgesehen, da auch der Fall eintreten kann, daß wissenschaftliche oder der Unterhaltung dienende Organe und Zeitschriften die Partei in einer Art und Weise schmähen können, daß es sich für einen Parteigenossen nicht ziemt, an solchen Organen mitzuarbeiten. (Sehr richtig!)

Da derartige Fälle eintreten können, sind wir des weiteren nicht in der Lage, Ihren Wunsch zu erfüllen, nach außen hin die von Ihnen gewünschte Deklaration zu geben. Dagegen bestätigen wir Ihnen gern, daß Ihre Mitarbeit an der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ und der damit verbundenen „Korrespondenz“ zur Zeit völlig einwandfrei ist und ermächtigen Sie, nötigenfalls von dieser Bestätigung geeigneten Gebrauch zu machen.“ (Zustimmung.)

Sie haben gehört, daß das, was die Beschwerdeführer als Grund ihrer Beschwerde angeben, im Artikel der „Neuen Zeit“ nicht enthalten gewesen ist, und deshalb auch eine Retifikation der Redaktion der „Neuen Zeit“ nicht vorzunehmen war. Daß die Deklaration des Parteivorstandes den Genossen, die die Beschwerde eingelegt hatten, nicht erwünscht war, ist selbstverständlich, und daß die Genossen sich auch der Tragweite dieser Deklaration vollständig betraußt waren, darüber giebt die Auslassung, die Genosse Braun dem Parteitag unterbreitet hat, Aufschluß. Genosse Braun sagt da folgendes:

„Das Interesse der Partei würde immer noch weit besser gewahrt sein, wenn wirklich Takt und Verantwortlichkeitsgefühl von Parteischriststellern in ihrer Tätigkeit für bürgerliche Zeitungen tausendmal fehlgegriffen, als wenn nur zu einem Tausendstel das Recht der freien Meinungsäußerung der Parteigenossen eine grundsätzliche Einschränkung erfähre. Wo immer und in welcher Richtung

auch dieses Prinzip angetastet wird, es ist ein unerträgliches Zustand und die Meinungsfreiheit würde hier und überall gefährdet sein.

Der Parteivorstand, zu dem wir volles Vertrauen haben, hat meiner Ansicht nach die Konsequenzen seiner Kundgebung sich nicht völlig klar gemacht. Er im ganzen und jedes einzelne seiner Mitglieder hat so außerordentliche Verdienste um die Partei (Schlächter. *W e h e l* ruft: „Sehr schmeichelhaft!“), daß er ohne im allermindesten seiner Autorität zu verbergen, zugestehen könnte, er habe in diesem Fall einen Irrtum begangen. Sollte er bei nochmaliger Ueberlegung dieser Frage zu dieser Ansicht kommen, so würde er zu seinen vielen Verdiensten um die Partei ein neues fügen, wenn er den Irrtum einfach anerkennt wolle.“ (Lebhafter Widerspruch und große Heiterkeit.)

Man kann ja darüber geteilter Meinung sein. Aber selbst wenn die Deklaration des Vorstandes irgendwie eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung bedeutete, so kann es doch unter Umständen — wie es ja auch im Staatsstreifen der Fall ist, im Interesse der Partei liegen, sich aus Gründen des demokratischen Prinzips einmal eine solche Einschränkung der Meinungsäußerung gefallen zu lassen, wenn vitale Interessen der Partei in Frage kommen. (Sehr richtig!) Nun sagt man, das soll man dem Takt des einzelnen überlassen. Wenn aber doch nach Ansicht des Vorstandes das persönliche Taktgefühl des einzelnen nicht das richtige trifft, so ist es doch das Recht und unter Umständen die Pflicht des Vorstandes, diese Meinung auszusprechen. Was ist denn eigentlich das Verbrechen des Vorstandes? Genosse Braun sagt doch selbst in seiner Broschüre am Schluß von Seite 10 und am Anfang von Seite 11:

„Gegenüber dem bisherigen Zustand, wo es dem persönlichen Takt und dem politischen Verantwortungsgefühl des einzelnen Parteigenossen überlassen blieb, ob und für welches bürgerliche Blatt er etwa schreiben wolle, und in dieser Beziehung keinerlei Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung herrschte, empfiehlt der Parteivorstand — selbstverständlich nur als seine subjektive Meinung, denn eine zwingende Gewalt besitzt er auf Grund unseres Organisationsstatuts nicht — die Anerkennung bestimmter Grundsätze.“

Ja, wenn die Erklärung des Vorstandes nach der Meinung des Genossen Braun nur eine subjektive Meinungsäußerung ist, der eine zwingende Gewalt nicht zur Seite steht, dann weiß ich nicht, warum der Genosse Braun sich so entschieden gegen die Veröffentlichung dieser Deklaration wendet! (Sehr richtig!) Gewiß, kein Mensch ist ohne Fehler. Der Parteivorstand könnte getrrt haben. Aber dem Gefühl der großen, überwiegenden Mehrheit der Partei hat er mit dieser Deklaration Ausdruck gegeben. (Lebhafte Zustimmung.) Daß es Genossen giebt, die dieser Erklärung Folge zu leisten die Absicht haben, geht aus dem Briefe des Genossen Calver hervor. Wenn andre Genossen das anders halten, so ist eben ihr Taktgefühl ein andres; ich siehe durchaus nicht an, auch diesen Genossen den guten Glauben, daß sie im Interesse der Partei handeln, zuzubilligen. Aber ich meine, dem Vorstand kann das Recht nicht bestritten werden, da, wo er es für gut hält, seiner Meinung über Parteifragen Ausdruck zu geben. (Sehr richtig!) Wenn dann in dem Schreiben an den Vorstand noch Nebenwendungen enthalten sind wie die: der Vorstand handle nach Art bürgerlicher Ministerien, so glaube ich, daß der verleiene Briefwechsel ergiebt, daß nicht die leiseste Berechtigung zu einer derartigen Äußerung vorliegt. Aber der Vorstand ist nicht so empfindlich; er kann das vertragen. Ich meine, nachdem solche Dinge passiert waren, hätte die Parteileitung ihre Pflicht veräußt (Sehr richtig!), wenn sie nicht ihrer Meinung öffentlich Ausdruck gegeben hätte (Lebhafte Zustimmung), zumal die Mehrheit der Genossen eine solche Meinungsäußerung längst erwartet und teilweise darum ersucht hatte. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie also, dem Antrag 7 zuzustimmen und damit die übrigen Anträge als erledigt zu betrachten. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt

Segig führt, die Beschränkung der Redezeit für die Diskussion über diesen Punkt aufzuheben. Der Parteitag soll bestehende Differenzen feststellen, eventuell aufheben und beseitigen, aus diesem Grunde hat der Parteitag aus dem Bericht des Vorstandes verschiedene Punkte ausgeschieden, diese speziell zur Diskussion gestellt und für diese soll die Beschränkung der Redezeit aufgehoben werden. Ob der uns jetzt beschäftigende Gegenstand zu diesen Punkten gehört, darüber bestehen Zweifel; nach meiner Auffassung gehört er dazu. (Sehr richtig!) Um die Frage klarzustellen, habe ich meinen Antrag gestellt. Ich bitte Sie, ihn anzunehmen; gerade hier sind die Differenzen ebenso tiefgehend und wichtig wie bei den anderen Punkten. (Beifall.)

Der Antrag Segig wird angenommen.

Singer teilt mit, daß Telegramme von ungarischen Sozialdemokraten in Berlin und von Genossen aus Westerland eingelaufen sind.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eine Anzahl Begrüßungs-Telegramme werden verlesen und dann die Diskussion über den Punkt „Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse“ eröffnet.

Heinrich Braun-Berlin: Ich bin Literat; für die Würde und Bedeutung des schriftstellerischen Berufs habe ich eine tiefe Empfindung, trotzdem, oder richtiger vielleicht gerade deshalb, sind mir literarische Streitigkeiten, Literatengezänk und Literatenpolitik aufs äußerste verhaßt. Nicht meine Schuld ist es, daß die Isthare Zeit des Parteitages mit dergleichen in Anspruch genommen wird. Zu dreivierteln ist der Gegenstand dieses Punktes der Tagesordnung literatengezänkt und zwar literatengezänkt der allergehässigten Art. Es ist aber unumgänglich, daß wir uns jetzt mit der Sache beschäftigen, da es im hohen Maß des Vorstandes nun einmal unwiderlich so beschlossenen ist. Nachträglich scheint allerdings der Vorstand über die ganze Sache ein etwas beklemmendes Gefühl zu haben. (Lachen und Widerspruch. Webel ruft: In keiner Weise!) Ich will Ihnen einen Hinweis geben, der diese Behauptung etwas überzeugender macht. Wäre es anders, dann hätte der Vorstand den Briefwechsel, den ich und einige Genossen mit ihm geführt haben, in den wirklich entscheidenden Punkten in seinem Parteibericht mitgeteilt. Der Parteibericht sagt ausdrücklich: „Die entscheidende Stelle der Beschwerdeschrift lautet“ — und fährt dann fort mit Anführung einer Stelle. Ich glaube, daß folgendes zweifellos zu den entscheidenden Stellen gehört und das findet sich im Bericht nicht: „Die Unterzeichneten möchten wünschen, daß die Angegriffenen nicht genötigt werden, in unüberwindlicher Notwehr zur öffentlichen Antwort zu greifen.“ Unsere Absicht war es, diese Angelegenheit im Rahmen der Kompetenz des Parteivorstandes entscheiden zu lassen, dem die Aufsicht über die Presse zusteht. Ich glaube, es war in keinem Falle notwendig, daß der Vorstand diese Angelegenheit zu einer öffentlichen gemacht hat.

Die Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern ist außerordentlich verwickelt und es ist unmöglich, sie mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten. Es spielen da unzählige Nuancen mit, Inzponderabilien, ganz unberechenbare Dinge erschweren das Urteil. Eins ist sicher, daß wir niemals eine Zeit gehabt haben, seit mehr als 40 Jahren, in der Sozialdemokraten an nichtsozialdemokratischen Blättern nicht mitgearbeitet haben. Und die besten und hervorragendsten unserer Genossen, Marx und Engels, Liebknecht und Bollmar, Bernstein ganz ebenso wie Kautsky haben an nichtsozialdemokratischen

Blättern mitgearbeitet. (Hört, hört!) Aber freilich wird mir eingewandt — und Kautsky hat es ja bereits getan —: Bei den Blättern, an denen diese mitgearbeitet haben, durfte das geschehen. Ebenso hat der Parteivorstand und in Uebereinstimmung mit ihm Herr Dr. Franz Mehring. (Webel ruft: „Herr Dr. Franz Mehring!“) Jawohl, Genosse Webel: Herr Dr. Franz Mehring (Webel ruft: Herr Dr. Heinrich Braun! Großer Lärm.)

Singer: Es ist nicht üblich, Parteigenossen anders als bei ihrem Ehren-titel „Genosse“ anzureden. (Lebhafte Beifall; große Unruhe.) Was Genossen im Privatberuf sind, wissen wir; aber diese Kennzeichnung gehört nicht hierher und war bisher nicht üblich. Ich bitte, auch auf diesem Parteitag es bei der guten alten Gepflogenheit zu belassen. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Heinrich Braun (fortfahrend): Ich gestehe dem Vorsitzenden zu, daß es eine alte, gute Gepflogenheit ist, von den Mitgliedern unserer Partei als „Genossen“ zu sprechen. Aber es giebt Ausnahmen von jeder Regel, und ich gestatte mir hier eine Ausnahme! (Unruhe.)

Singer: Und ich gestatte dem einzelnen Redner nicht, solche Ausnahmen zu machen! (Lebhafte Aufse: Sehr richtig!) Wenn solche Ausnahmen gemacht werden sollen, so hat der Parteitag darüber zu bestimmen. Vorläufig stehen wir auf dem Boden der gefaßten Parteitagsschlüsse, wonach wir uns gegenseitig mit „Genossen“ anzureden haben. Die Redner haben allerdings die Freiheit, einfach den Namen zu nennen. Voraussetzung auf unsren Parteitag ist aber, daß sämtliche Mitglieder Genossen sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Heinrich Braun (fortfahrend): Ich werde vor der mir eingeräumten Freiheit Gebrauch machen und nur den Namen nennen. — Genosse Kautsky ist der Meinung, daß diejenigen bürgerlichen Blätter, an denen er mitarbeitet, einen andren Charakter haben als andre Blätter, an denen andre Parteigenossen mitgearbeitet haben. Diese Blätter sind nämlich keineswegs „hämisch“ und „gehässig“. Er beruft sich da insbesondere auf die „Frankfurter Zeitung“. Ich halte die „Frankfurter Zeitung“, nebenbei gesagt, für das beste deutsche Blatt, aber das ist ja gleichgültig. Ich will nur sagen, daß die Auffassung des Genossen Kautsky in Bezug auf die „Frankfurter Zeitung“ in den Kreisen der Parteigenossen durchaus keine unbefristete ist. Ein Parteigenosse, den Kautsky gewiß sehr respektiert, sagt über die „Frankfurter Zeitung“ folgendes — er spricht über die Bekanntmachung des Vorstandes und sagt: „Diese Bekanntmachung läßt sich meines Erachtens kurz dahin zusammenfassen, daß es bei uns in Deutschland für einen ehrlichen Genossen überhaupt keine Möglichkeit giebt, an einem politischen bürgerlichen Blatte mitzuarbeiten, da sie alle — von der „Frankfurter Zeitung“ bis zur „Kreuz-Zeitung“ — in gehässiger und hämischer Kritik an unsrer Partei Erledliches leisten.“ Der Genosse fügt dann hinzu, daß ihm vielleicht mit Ausnahme der Berliner „Volks-Zeitung“ kein Blatt bekannt sei, auf das obige Voraussetzung nicht im reichsten Maße zuträfe. Man sieht schon daraus, wie außerordentlich schwankend und unsicher die Begriffsbestimmungen eines Blattes sind, an dem man mitarbeiten darf oder nicht. Die Begriffe „gehässig“ und „hämisch“ sind eben Kautskybegriffe. Ein andrer Parteigenosse, dem ich die allergrößte Verehrung zolle, hat an einem bürgerlichen Blatte mitgearbeitet, obwohl es ohne allen Zweifel gehässig und hämisch gegen unsre Partei ausgetreten ist, und zwar mitgearbeitet unter Umständen, die die Sache noch sehr komplizierten. Es handelt sich um die Mitarbeit des Genossen Liebknecht an der „Fadel“. Genosse Dr. Viktor Adler aus Wien hat an seinem eignen Leibe erfahren, daß die „Fadel“ so ziemlich das niederträchtigste und unverdächtigste Blatt ist in Angriffen auf unsre Partei und auf meinen Freund Dr. Adler insbesondere. Nichtsdestoweniger hat Liebknecht an der „Fadel“ mitgearbeitet, und zwar nicht etwa mit einem harmlosen belletristischen Aufsatz, sondern mit einem sehr wichtigen politischen Artikel, obwohl er sich sagen mußte, daß er mit ihm einer Bruderpartei die

allergrößten Verlegenheiten bereiten konnte. (Göt! hör!) Er hat einen Artikel über die Preßfuß-Affäre veröffentlicht, dessen Stellungnahme der französischen Partei damals und noch auf Jahre hinaus ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereitete. Das zeigt Ihnen auch, wie vorichtig und zurückhaltend man in dieser Beziehung urteilen muß. Wie es sicher ist, daß es seit 40 Jahren niemals eine Zeit gegeben hat, in der Sozialdemokraten nicht an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet haben, so ist es noch viel sicherer, daß es keine Zeit gegeben hat, in der Sozialdemokraten weniger an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet haben, als in den letzten Jahren. So gingen seit 40 Jahren die Dinge ihren Gang, und es war wirklich kein dringender Anlaß, gerade mitten im Wahlkampf diese Frage aufzugreifen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Und hier kann ich, so leid es mir tut, dem Parteivorstand einen Vorwurf nicht ersparen. Wenn diese Diskussion und die Erklärung des Parteivorstandes im September erschienen wäre statt im Frühjahr, ich glaube, es wäre auch noch Zeit genug gewesen, und jedenfalls hätte der Parteivorstand eines verhilft, daß Kandidaten mitten im schwierigsten Wahlkampf wegen ihrer höchst harmlosen und gleichgültigen Mitarbeit an bürgerlichen Blättern in der niederträchtigsten Weise angegriffen wurden. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Das ist ein Fall, der in der Geschichte der Sozialdemokratie einzig dasteht. (Gelächter; Auf: Wirklich einzig!) Ja, es ist wirklich einzig, daß Kandidaten mitten im Wahlkampfe in so unerhörter Weise kompromittiert wurden vor ihren Wählern. Ganz besonders kompromittiert wurde Göhre, von mir will ich nicht reden. (Auf: Natürlich nicht!) Nach meiner Meinung ist es richtig, daß wie seit 40 Jahren diese Dinge dem Takt und dem persönlichen Verantwortungsfähigkeitsgefühl des einzelnen überlassen geblieben sind, ohne daß die Partei einen nennenswerten Schaden daran genommen hat, wir es auch künftighin so halten. Und zwar giebt es dafür einen recht guten Grund. Sie können nämlich in Wirklichkeit nichts anderes tun. Alles, was Sie aus Mangel an Rundgebungen in dieser Frage, wie sie beispielsweise der Parteivorstand erlassen hat, trifft daneben. Es ist nicht möglich, dies komplizierte und viel verchlungene Problem begrifflich zu fassen und festzustellen: das ist erlaubt und das ist verboten! Das ist ganz und gar nicht möglich, es giebt nur einen Weg, vielleicht werden wir den noch beschreiten, einen Index aufzustellen! Der Parteivorstand könnte eine Index-Kongregation etablieren und dann alle Vierteljahr neben dem Verzeichnis der Parteiblätter auch ein Verzeichnis derjenigen Blätter veröffentlichen, an denen Sozialdemokraten nicht mehr mitarbeiten dürfen. Vielleicht kommen wir auch noch weiter, er veröffentlicht alle Vierteljahre ein Verzeichnis von bürgerlichen Blättern, die wir nicht mehr lesen dürfen. (Lachen und Zustimmung.) Wir wollen es abwarten. Jedenfalls trifft diese Rundgebung des Parteivorstandes zum größten Teil vorbei. Nach seinen Vorschriften ist es durchaus gestattet, im „Lokal-Anzeiger“, der „Woche“ und dergleichen vortrefflichen Organen mitzuarbeiten; die sind niemals häßlich und gehässig gegen unsre Partei. (Sehr gut! und Gelächter.) Ich bin nun ganz im Gegensatz zu der Ansicht mancher Genossen der Meinung, daß es durchaus unvermeidlich ist, wie es 40 Jahre lang hervorragende Genossen getan haben, sich der bürgerlichen Presse gelegentlich zu bedienen. Bedienen, nicht ihr dienen! Das ist selbstverständlich. Aber das Anmutige bei allen diesen Diskussionen ist ja leider, daß alles wie Kraut und Rüben durcheinander gemengt wird, daß man sich den Anschein gibt, als handle es sich darum, ob ein Sozialdemokrat im Sinne der bürgerlichen Blätter an bürgerlichen Blättern mitarbeiten darf. Das ist selbstverständlich ausgeschlossen. Um Lumpereien kümmern wir uns nicht. Immer nur lautet die Frage, dürfen wir uns der bürgerlichen Presse bedienen, um diejenigen aufzuklären, zu denen sonst die sozialistische Presse nicht dringt? Dieses Problem beantwortete ich dahin, daß wir, soweit es unsre Pflicht gegen die Partei gestattet, auch diese Propaganda betreiben müssen. Freilich, die „Neue

Zeit“ denkt in dieser Beziehung anders. Nach meiner Ueberzeugung besteht kein Unterschied zwischen einer solchen Mitarbeit und dem Fall, daß jemand in eine feindliche Versammlung geht und in dieser Versammlung zu Gegnern spricht. Es ist für mich kein Unterschied, ob ich rückhaltlos vor Zweitausenden meine Meinung zum Ausdruck bringe, oder ob ich ebenso rückhaltlos in einem gegnerischen Blatte zu Zehnen- oder Hunderttausenden spreche (Lachen) . . . Ach, lachen Sie nicht . . . Es ist da gar nichts zu lachen . . .

In Nr. 47 der „Neuen Zeit“ vom 22. August 1903 wird nun gesagt: „Deshalb ist es ein, nicht nur auf einem, sondern auf beiden Seiten hinkender Vergleich, wenn gesagt wird: ja, ein sozialdemokratischer Redner, der in einer gegnerischen Versammlung das Wort ergreift, erntet großes Lob, aber wir Unglücklichen werden getadelt, wenn wir in gegnerischen Blättern die Parteiprinzipien vertreten. Dieser Vergleich würde erst zutreffen, wenn ein sozialdemokratischer Redner in einer gegnerischen Versammlung auf die Weibung hin spräche, daß er das Konzept seiner Rede erst dem gegnerischen Vorsitzenden zur Prüfung einreichte. Ein Parteigenosse, Redner, der sich auf diese Weibung einließ, würde unires Erachtens alles eher in der Partei ernten als großes Lob.“ Hier supponiert die „Neue Zeit“ wie sie es liebt, irgend einen natürlich ganz unmöglichen Fall. Wenn ein Sozialdemokrat in einem bürgerlichen Blatt arbeitet und ihm Artikel zur Veröffentlichung zusendet, so ist es für jeden Sozialdemokraten selbstverständlich unbedingte Voraussetzung, daß der Artikel, so wie er geschrieben wird, gedruckt oder unverändert zurückgegeben wird. (Sehr richtig!) Es giebt in ganz Deutschland kein so unanständiges Blatt, das anders verfahren würde; — ich habe zu viel gesagt: außer der „Leipziger Volkszeitung“! (Große Umrufe!) Außer der „Leipziger Volkszeitung“ . . . Wenn Sie sich die Mühe nehmen wollen, meine Broschüre zu lesen, so finden Sie darin den angemessigen Beweis für die Unanständigkeit der „Leipziger Volkszeitung“.

Ich habe Ihnen kurz meinen sachlichen Standpunkt dargelegt. Die Gelegenheit hat aber auch eine persönliche Seite. Wie ist denn der ganze Streit entstanden? Der ganze Streit nahm seinen Ausgang von dem Artikel Franz Mehrings gegen den Genossen Bernhard in der „Neuen Zeit“. Ohne Franz Mehring hätte nach dem Artikel von Bernhard kein Hahn gekräht. (Sehr richtig!) Genosse Bernhard hatte den Vorzug, ein ganz unbekannter Genosse zu sein und die „Zukunft“ dringt nicht in Arbeiterkreise. (Hoffmann-Hamburg: Doch!) Er, kommt doch ein Exemplar in Arbeiterkreise! . . . (Meister: Das sind ja nur faule Bißer, die Sie da machen!)

Singer: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen.

(Meister: Es ist aber doch wahr!)

Geinrich Braun (fortfahrend): Franz Mehring hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Chamäleon; aber er unterscheidet sich wieder in ganz bestimmter Weise von ihm. Wenn das Chamäleon wütend wird, dann wechselt es die Farbe. Wenn aber Franz Mehring die Farbe wechselt, dann wird er wütend gegen seine früheren Freunde. Einer dieser zärtlich geliebten Freunde war Harden. Kein Wunder, daß Mehring nach der Manier dieses eigentümlichen Chamäleons jede Gelegenheit, auch die unpassendste benutzte, um sich an Harden zu rächen. (Webel: Der Vergleich macht Ihnen Ehre!) Ueber meine Ehre seien Sie ganz unbesorgt. (Webel: Und Sie ebenso über meine!) Lassen Sie mir meine Ehre und ich Ihnen die Ihrige! — Wenn die Sache eine komische Seite hat, so hat sie auch eine sehr ernste Seite. Sie zu behandeln, bin ich herausgefordert durch Franz Mehring und seinen Artikel in der letzten Nummer der „Leipz. Volksztg.“ In diesem Artikel der „Leipziger Volksztg.“ wird mir — auch Genosse Auer ist dabei erwähnt worden, obwohl er mir versichert hat, er wisse nicht, wie das zugehe; es könne ja sein, daß er bei dem Verbot der Volkszeitung ein paar freundliche Zeilen an die Redaktion geschrieben habe — entgegengehalten, daß ich ja Mehring der

Partei zugeführt habe. Ich will den Sachverhalt darstellten. Es tut mir leid, daß ich Sie mit dieser Angelegenheit beschäftigen muß (Unruhe); es ist aber unvermeidlich, nach dem letzten Artikel Mehrings in der „Leipziger Volkszeitung“. Wie kam ich denn dazu, meine Hand dazu zu bieten, daß Mehring wiederum in Beziehungen zur Partei gelangte? Ich gehöre zu den älteren Parteigenossen, und es werden im nächsten Jahre 25 Jahre sein, daß ich wegen Verbreitung verbotener Schriften auf Grund des Sozialistengesetzes als Student in Strassburg in Untersuchung kam. Ich habe deshalb wenige Monate nach Erlass des Sozialistengesetzes die ganze Niederträchtigkeit und Mühserei, mit der die bürgerlichen Parteien und ihre Presse in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes uns verfolgten, uns wie Mörder und Strolche behandelten, selbst durchlebt und erfahren. Sie können sich demnach vorstellen, wie es auf mich gewirkt hat, daß in den Jahren 1886 und 1887 die „Volks-Zeitung“ für uns eingetreten ist. Ich kam, da ich durchaus gerecht zu sein mich bemühe, nichts anderes sagen, als daß in jenen Jahren die „Volks-Zeitung“ mit einer ganz unergleichlichen journalistischen Verbe und außerordentlichen Energie für uns eingetreten ist, und, soweit ich übersehe, war die „Volks-Zeitung“ das einzige Blatt in Deutschland, das mit dieser Energie, mit dieser Rücksichtslosigkeit für die verfolgte Partei eingetreten ist. Kautsky erlaube ich mir zu sagen, daß die „Volks-Zeitung“ damals viel entschiedener sich unsrer annahm, als die „Frankfurter Zeitung“, an der er damals mitgearbeitet hat. Ich hatte gar keine Beziehungen zur „Volks-Zeitung“, aber mich interessierten diese Artikel ganz ungemein. Ich erkundigte mich nach dem Verfasser und hörte zu meinem Erstaunen, daß das Franz Mehring sei, vor dem ich nichts wußte, als daß er die schamlose Geschichte gegen die Sozialdemokratie geschrieben hatte. Ich hatte aus der Leitüre der „Volks-Zeitung“ das Gefühl, daß dieser Mann ernstlich bemüht sei, das an uns begangene Unrecht gut zu machen. Wenn ich mit den Genossen Bebel und Singer damals zusammenkam, geriet natürlich auch die Rede auf die „Volks-Zeitung“ und ich sagte dann beiläufig in Gesprächen... (Bebel ruft: Gar nicht beiläufig, Herr Braun!) Ihnen gegenüber, Genosse Bebel, werde ich stets „Genosse“ sagen, auch wenn Sie mich „Herr Braun“ nennen. (Unruhe. Bebel ruft: Das gehört sich auch so!) Aber von Ihnen gehört es sich nicht, daß Sie mich „Herr Braun“ nennen. (Unruhe.) Das Wort „beiläufig“ war wirklich nur beiläufig gebraucht. Also: ich habe oft und eindringlich mit Bebel und Singer darüber gesprochen und habe wiederholt — nicht beiläufig — gesagt: Gewiß ist diese Geschichte der Sozialdemokratie ein niederträchtiges Werk, aber Mehring bemüht sich, das vergessert zu machen, indem er jetzt fast als der einzige bürgerliche Journalist für die verfolgte Sozialdemokratie eintritt. Ist es nicht, sagte ich, Pharisäismus, nicht vergessen zu wollen? Nun besuchte ich 1887 mit andren Genossen den geheimen Kongreß von St. Gallen, wo ich zum Schriftführer gewählt wurde. Auf diesem Kongreß wurde beschlossen, daß künftighin unter keinen Umständen die Sozialdemokraten bei Stichwahlen für Freisinnige stimmen sollten, wegen deren schändlichen Verhaltens bei der letzten Wahl. Im Hinblick auf diesen Beschluß sagte Singer in seiner Art höhnisch zu mir: „Nun, was wird denn Mehring dazu sagen; der wird nicht übel schimpfen.“ Ich sagte, so weit ich die „Volks-Zeitung“ und Mehring aus der Zeitung kenne, sei ich überzeugt, daß er nichts anderes werde sagen können als: Unter den gegebenen Umständen konnten die Sozialdemokraten keinen andren Beschluß fassen. Darauf wettete Singer mit mir, daß Mehring das nicht schreiben würde. Nach drei oder vier Tagen bestätigte sich meine Voraussage. Im November, Bebel und Singer waren damals aus Berlin ausgewiesen... (Bebel ruft: Ich nicht, das ist ein Irrtum!) Genosse Bebel, das ist doch höchst gleichgültig! (Bebel: Ich sage ja auch, das ist ein Irrtum!) Also die beiden Genossen waren nicht in Berlin; als sie zum Reichstag zurückkamen, trafen wir wieder zusammen. Bebel stellte sich damals etwas

freundlicher zu mir als jetzt. (Bebel: Sehr richtig!) Wir kamen auf die Wette zu sprechen und verabredeten das Souper — um ein Abendessen ging die Wette — für einen bestimmten Abend. Als die Verabredung getroffen war, hatte ich die beispiellose Don Quixoterie, vorzuschlagen, Mehring zu diesem Souper einzuladen. Diese Don Quixoterie beging ich, ohne Mehring je gesehen zu haben, und Bebel und Singer waren so unvorsichtig, ja zu sagen. (Wollmar ruft: Ein teures Souper!) Ich gebe dem Genossen Wollmar recht. (Bebel ruft: Wollmar hat nie solche Soupers, scheint's, gegessen. Heiterkeit.) Ich habe daraufhin Mehring besucht und zu dem Souper eingeladen, an dem er denn auch teilnahm.

Nun muß ich noch eins sagen: Niemand würde ich Mehring aus der tiefen Verachtung, in die er damals vor der ganzen Partei versunken war, herausgezogen haben (Sachen), hätte ich seine Vergangenheit ganz genau gekannt. Niemand würde die Genossen das terroristische Regiment, das Mehring in unsrer Partei sich anmaßt, dulden, wenn sie seine Vergangenheit kenne. (Sehr wahr!) Und nur, weil Sie (zu Mehring!) wie ein Fuchs die Spuren Ihrer Tätigkeit verwischen, ist es möglich, daß Sie sich behaupten; und Ihr Terrorismus tut das übrige dazu. Als literarische Persönlichkeit gleichen Sie einem in Erz gewappneten Ritter, der unüberwundbar scheint, an dem alle Fechterkunststücke vergeblich abprallen. Und doch ist diese Rüstung, in die Sie sich einhüllen, nicht aus Eisen, sondern aus Pappe, und mit Eisenfarbe bloß überstrichen. Ein paar wuchtige Hiebe, und hinter dieser Rüstung erscheint nicht der reuige Sünder, den Sie jetzt vorspielen, sondern in schlotternder Angst (Sachen und Lärm) ein gar nicht bußfertiger Sünder. Sie leben allein von der Lüge. (Große Unruhe.)

Singer: Ich möchte bitten, daß der Redner zur Versammlung spricht und nicht zu einem einzelnen Mitgliede. (Sehr richtig! Koenen ruft: Das ist akademischer Anstand!)

Braun (fortfahrend): Sie behaupten sich nur auf diese Weise. (Zuruf: Beweisen Sie das!) Ich werde es beweisen, gebüden Sie sich, Genosse Stadthagen. (Stadthagen: Ich habe ja kein Wort gesagt!)

Singer: Ich möchte wirklich bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen. Den Redner aber bitte ich im Interesse der Verhandlungen, seinerseits seinen Vortrag nicht gar zu sehr durch Zwiegespräche mit andren zu verlängern. (Zustimmung.)

Braun: Die Zwischenrufe würden mir vollkommen erspart bleiben, wenn Sie die Zwischenrufe verhinderten. Ich habe hier die „Leipziger Volkszeitung“ vom 5. November 1902. Franz Mehring polemisiert darin gegen Parteigenossen — es ist sein vornehmstes Geschäft, gegen Parteigenossen zu polemisieren. Er sagt da:

„Sie beziehen sich auf die in der Partei hinlänglich bekannte Tatsache, daß ich im Jahre 1877, also vor 25 Jahren, eine antisozialistische Schrift veröffentlicht habe. Das bald darauf erlassene Sozialistengesetz belehrte mich eines besseren.“

Und in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 12. September d. J. sagt Franz Mehring folgendes:

„Es ist vollkommen richtig, daß ich in einer Schrift, die nunmehr vor gerade einem Vierteljahrhundert zum letztenmal in dritter Auflage erschien, die Partei heftig und ungerecht angegriffen habe. Durch die Handhabung des Sozialistengesetzes bin ich dann zu andrer Ansicht gekommen.“

Ich sage, daß das eine Lüge ist, und ich sage mit Bebel: Die Zeit des Vertauschens und des gegenseitigen Komödiepiels ist vorbei. (Bebel: Sehr gut!) Hier an dieser Stelle ist das Wort des Genossen Bebel ganz genau am Platze. — Also das Sozialistengesetz und seine Handhabung hat Franz Mehring zu einer andren Ansicht gebracht? Erlauben Sie, daß ich Ihnen zeige, in welcher Weise das Sozialistengesetz Franz Mehring zu einer andren Ansicht über unsre

Partei gebracht hat, nachdem er sie in der schon hinlänglich charakterisierten Geschichte der Sozialdemokratie — ausgesprochen kann man nicht gut sagen — ausgespien hat! Ich habe hier vor mir die „Gartenlaube“ vom Jahre 1880, in der Mehring über die Sozialdemokratie und insbesondere über die Attentate und das Sozialistengesetz sich ausspricht. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich wörtlich vorlese. Sie werden es nicht glauben — (Auf: Lesen Sie doch endlich!). Also hören Sie:

„Endlich aber in faulen und schlechten Naturen weckte die sozialdemokratische Agitation herostratische Gelüste. Die Frechheit, mit welcher sie die Besitzenden und gebildeten Klassen in allen ihren Gliedern als verkommen, die Arbeiter dagegen als edle und reine Menschen darstellen, bezauberte jeden dummen Jungen, der nichts gelernt hatte“ — das sind Sie, Parteigenossen. (Auf: Sie auch!) Ja, ich auch, ich war damals auch Genosse und in den Augen von Mehring ein dummer Junge, weil ich Genosse war — also „bezauberte jeden dummen Jungen, der nichts gelernt hatte und auch nichts lernen wollte, aber begeistert die Aussicht ergriff, durch Vummeln und Schwätzen und öffentlichen Unfug „berühmt“ zu werden. Dieser Größenwahn äußerte sich in mannigfachen Formen und verschiedenen Graden. Die einen ergaben sich den brotlosen Künsten des Agitierens und Kolportierens; die andern wurden „Schriftsteller“, zeichneten als Strohmänner verantwortlich die Zeitungen der Partei und büßten mit harten Geld- und Gefängnisstrafen für die Verleumdungen der Demagogen; die dritten „vermöbelten“, um in ihrer zarten Sprache zu reden, die „wissenschaftlichen“ Größen der „Bourgeoisie“, die vierten suchten sich bemerkbar zu machen durch pöbelhafte Beschimpfungen des Reichsoberhauptes; die fünften schritten vom giftigen Worte zur giftigen Tat, wie Hödel, und, ihm nachahmend, Nobiling. (Hört! hört!)

In diesem Sinne eine schwere Mitschuld des kommunistischen Wählerturns an den Attentaten leugnen zu wollen, ist ganz vergebliches Beginnen. (Hört! hört!) Hödel war sicherlich ein verkommener und verlotterter Wube, ehe er sich der Sozialdemokratie angeschlossen; er wäre es auch nach allem menschlichen Ermessen geblieben, wenn er nie die Partei kennen gelernt hätte, aber so wie er war, wäre er aus eigenem Antriebe eher auf jedes andre Verbrechen verfallen, als auf den Kaiser mord, wenn seine Teilnahme an dem umstürzerischen Treiben nicht herostratischen Größenwahn in ihm gezüchtet hätte.

Die rasche Nachfolge, welche sein Verbrechen fand, die rohen Ausprägungen nichtswürdiger Schadenfreude, die überall aus den Massen hervorbrachen, bewiesen vollends, daß hier ein organisches Leiden vorliege, welches die höchste Aufmerksamkeit der Gesetzgebung erheische.

Die Folge der Attentate war bekanntlich die gesetzliche Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation. Auch das Urteil über diese Maßregel ist arg verwirrt durch der Parteien Gunst und Haß, weit ärger, als an sich notwendig wäre.

Man muß hier nur zwei ganz verschiedene Dinge auseinanderhalten. Der Satz, daß eine geistige Bewegung dauernd niemals durch äußere Mittel niedergehalten werden könne, ist richtig und unanfechtbar, aber wenn man ihn auf das Sozialistengesetz in verurteilendem Sinne anwenden will, so wird man ja doch zunächst nachzuweisen haben, daß die sozialdemokratische Agitation eine geistige Bewegung gewesen ist. (Hört! hört!) Der wissenschaftliche Sozialismus freilich, ebenso wie das Streben der arbeitenden Klassen nach einem höheren Anteil an den Schätzen der nationalen Kultur und des nationalen Wohlstandes, sind geistige Bewegungen; soweit in ihnen geschichtliches Recht enthalten ist, werden sie sich unvorderstehlich durchsetzen, und von einem Verbot sie zu unterdrücken, gilt ganz und voll das Dichterverbot:

„Es war ein eitel und vergeblich Wagnen,
Zu fallen ins bewegte Rad der Zeit.“

Ganz anders steht es mit der sozialdemokratischen Agitation. Sie war ein klüßl berechneter und geplanter Versuch schlauer Demagogen, die bestehende Ordnung der Dinge gewaltsam umzuführen. (Hört! hört!) Sie war die politische Waffe einer politischen Partei; sie förderte mit roh revolutionären Mitteln roh revolutionäre Zwecke. Sich hiergegen zur Wehr zu setzen, die Waffe zu zerbrechen, die nach seinem Herzen gegückt wurde, war nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht des Staates (Hört! hört!), der, wie jeder lebendige Organismus, den Trieb der Selbsterhaltung hat, auf das Recht wie die Pflicht der Nothwehr niemals verzichten kann. Auch der freieste Staat wird offener Aufruhr niederschlagen; ein derartiges Vorgehen ist einfach gleichbedeutend mit seinem Wesen und seinen Zwecken. In diesem Fall hatte die Sozialdemokratie am wenigsten recht, sich über Gewalt zu beklagen.“ — —

So hat das Sozialistengesetz umbildend auf die Ansichten von Mehring gewirkt! (Zu Heil: Trotzdem haben Sie ihn uns gebracht!) Ich habe Ihnen gesagt, daß wenn ich die Artikel genannt hätte — (Webel: Sie haben sie genannt!) Nein. (Webel: Sie haben sie genannt, Sie sagen die Unwahrheit. — Glücke des Vorlesenden. Webel: Das war die Unwahrheit!)

Singer: Ich bitte den Genossen Webel auf das dringendste, derartige Zwischenrufe zu unterlassen! (Webel ruft: Ein Wort zur rechten Zeit!) Er wird im Laufe der Diskussion ja volle Gelegenheit haben, seine Ausführungen zu machen. (Webel: Aber gründlich!) Es kann niemand mehr wie ich den Ernst der Situation empfinden, aber umso mehr möchte ich Sie bitten, auch in diesem Moment die Würde der Partei zu wahren! (Lebhafte Zustimmung.) Die Würde der Partei erfordert eine ruhige, sachliche Verhandlung! Aber gegen die Würde der Partei ist es, wenn wir in dieser Weise wie Schulbuben durcheinander zänkliche Zurne machen. Das gilt von allen, die in dieser Weise eingegriffen haben, und so sehr ich begreife, daß das Temperament des einzelnen da mitpricht, so sehr muß der eiserne Zwang, wo es sich um die Würde der Partei handelt, die einzelnen Temperamente mäßigen. (Sehr gut!) Ich bitte dringend, die Vorträge nicht dadurch zu verlängern, daß in dieser Weise in die Verhandlungen eingegriffen wird. Ich möchte alle Mitglieder des Parteitages auf das entschiedenste bitten, sich davon leiten zu lassen.

Webel: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!

Singer: Nachher!

Dr. Heinrich Braun (fortfahrend): Ich bestreite dem Genossen Webel durchaus das Recht, zu behaupten, daß ich das, was ich hier vorgelesen habe, genannt habe zu der Zeit, als ich mit Webel in St. Gallen und Berlin und vorher und nachher über diese Dinge sprach. Ich kann den Zeugen stellen (Webel ruft wiederholt: Unerhört!), wenn es nötig ist, der mich auf diesen „Gartenlaube“-Artikel vor wenigen Wochen aufmerksam gemacht hat. Er befindet sich im Saale, ich habe aber keine Veranlassung, den Namen zu nennen. (Webel ruft nochmals: Unerhört!)

Sie haben gehört, wie das Sozialistengesetz auf Franz Mehring gewirkt hat, und ich glaube ein Recht gehabt zu haben, zu sagen, daß das, was er in diesen beiden Nummern der „Leipziger Volkszeitung“ gesagt hat, eine Lüge war. Aber Webel ereifert sich ganz unnötig. Das, was ich Ihnen vorgelesen habe, war doch eigentlich eine Kleinigkeit, wie Sie bald sehen werden. (Webel ruft: Ganz richtig!) Es ist doch ganz gut verständlich, daß jemand, unwissend über unsere Partei, über unsere Theorien, in dieser verblendeten Weise spricht, aber das, was ich Ihnen vorgelesen habe, diese Verherrlichung des Sozialistengesetzes, der brutalsten Verfolgungen, die irgend eine Partei der Welt jemals erfahren hat, diese unerhörten Dinge können nicht von einem verblendeten Segner her, sondern von einem Genossen. Dafür werde ich Ihnen den urkundlichen Beweis führen. Ich habe hier das stenographische Protokoll der Reichstagsitzung vom

17. April 1880. Es handelte sich da um eine Debatte über die Handhabung des Sozialistengesetzes; in derselben sagte der Genosse Hasenclever, der leider verstorben ist, in Gegenwart des Genossen Nebel, der in derselben Sitzung das Wort nahm, folgendes — er kam auf die Angriffe zu sprechen, die im Hinblick auf die Artikel der „Gartenlaube“ im Reichstag gegen uns erhoben wurden, und sagte da wörtlich folgendes:

„Das wäre ja nun an und für sich nichts Besonderes, aber dieser Herr Franz Mehring wird von der gesamten liberalen Presse, z. B. von der „Magdeburger Zeitung“ der „Weser-Zeitung“, der „Social-Correspondenz“ für ein großes Lumen in der Sozialdemokratentötere gehalten und auch dafür erklärt. Um solche Leute einmal zu kennzeichnen, und das ist jedenfalls notwendig, will ich Ihnen sagen, warum wahrscheinlich der Mann Sozialistentöter geworden ist. Ich weiß nun wohl, daß er mich nach meinen heutigen Versicherungen verlästern und verleumden wird in der nächsten Zeit, aber ich fürchte mich nicht davor“ — ich kann das dem Genossen Hasenclever nachfühlen — „und mir sind solche Angriffe überhaupt gleichgültig. Für die „Neue Welt“, ein Blatt, welches in der Genossenschaftsdruckerei zu Leipzig erscheint und vor mehreren Jahren gegründet wurde, wurde nach einem Jahre seines Bestehens ein neuer Redakteur gesucht, und weil Herr Franz Mehring, den wir näher kannten, eine leidliche Broschüre geschrieben, auch einen guten Stil hat, ein guter Feuilletonist ist, wie ich gern anerkenne, so hatten wir mit ihm eine Besprechung und fragten ihn, ob er vielleicht Lust habe, die Redaktion der „Neuen Welt“ zu übernehmen. Er war nicht abgeneigt, aber wir konnten bei unsren bestehenden Verhältnissen ihm nicht mehr geben als 800 Taler jährlich; das war ihm zu wenig, er sprach von 1000 Talern; diese konnten und mochten wir ihm nicht zahlen. Als wir so auseinandergingen, wurde Herr Mehring bald darauf Sozialistentöter.“ (Hört! hört!)

Auch das, was ich Ihnen eben vorgelesen habe, war mir zu der Zeit, als ich mit Singer und Nebel über die Tätigkeit des Franz Mehring in der „Volks-Zeitung“ sprach und mich für ihn einsetzte vollkommen neu und unbekannt; ich weiß das erst seit ganz kurzer Zeit.

Nun komme ich zum Schluß. Betrachten Sie einmal die Situation in unsrer Partei und die Tätigkeit dieses Franz Mehring. Nach den ungeheuren Erfolgen, die wir erzielt haben, haben die Gegner außer dem Va-banquo-Spiel eines Staatsreichs nur eine einzige Hoffnung: die Spaltung unsrer Partei. An diesem Urgebirgsstock, den die Sozialdemokratie darstellt, prallen alle Angriffe ab, wie Flintenkugeln von einem Felsen. Nur von innen heraus kann dieser Felsen zer Sprengt werden. Was aber ist die Tätigkeit Franz Mehrings seit Jahren? Ist sie etwas andres als die Verbeugung aller Parteigenossen untereinander (Sehr richtig!), ist sie etwas andres, als die Verbeugung unsrer Partei mit den Bruderparteien im Auslande? Denken Sie an die Lage in Belgien im vorigen Jahre! Damals herrschte die Revolution in Belgien, und jeden Tag stellten die belgischen Genossen ihr Leben aufs Spiel. Und wie benahm sich Franz Mehring? Wie ein Heger, wie ein Schüler! Ganz ebenso verhält er sich der größten sozialdemokratischen Partei Frankreichs gegenüber. Ueber dies Verhalten Franz Mehrings herrscht eine sehr weit verbreitete Unzufriedenheit in unsrer Partei. Auch die ihm Nächstehenden empfinden, wie ich überzeugt bin, ein sehr lebhaftes Unbehagen darüber. Einen einzigen Mann mag es vielleicht in Deutschland geben, der an dieser hegerischen, parteierzweckmäßigen Tätigkeit Franz Mehrings keine Freude haben könnte, das ist der preussische Polizeiminister. (Unruhe.) Deshalb sage ich: als Feind waren Sie (zu Mehring) uns ungefährlich, und ungefährlich würden Sie uns sein, wenn Sie wieder einmal unsrer Feind würden. (Zuruf: Sie auch! —

Geiterkeit.) Aber vor Ihnen als einen gefährlichen, den inneren Bestand unsrer Partei gefährdenden Freund wollen wir uns schützen! (Weisal und Zischen.)

Nebel (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat sich vorhin erlaubt gesehen, auf mehrere Zurufe aus der Mitte des Saales, darunter auch einige sehr laute von mir, zu erklären, daß er diese Zurufe für unstatthaft halte, eine Bemerkung, zu der er selbstverständlich ein Recht hat nach der bisherigen Praxis. Er hat aber weiter hinzugefügt, man solle es unterlassen, sich wie Schulbuben mit Beschimpfungen zu traktieren. Er hat nicht den Namen oder die Namen derjenigen genannt, die er unter dieser Bezeichnung „Schulbuben“ gemeint hat. Aber wenn der Vorsitzende einer solchen Versammlung wie diese einen derartigen Ausdruck gebraucht, so ist es ganz natürlich, daß die Kombinationsgabe der Hörer in Bezug auf die Deutung dieses Wortes, in Bezug auf die Person oder die Personen, die unter dem Ausdruck „Schulbuben“ gemeint sein können, einen sehr weiten Spielraum zuläßt, und ich glaube, eine solche Freiheit in der Deutung eines Ausdrucks des Vorsitzenden sollte der Vorsitzende selbst vermeiden. Aus diesem Grunde bitte ich den Vorsitzenden nachdrücklich, seine Bemerkung dahin beklaren zu wollen, wen er unter dem Ausdruck „Schulbuben“ gemeint hat. (Sehr richtig.)

Singer: Ich hatte mir schon vor der Aufforderung des Genossen Nebel vorgenommen, zu erklären, daß ich, wenn ich den von Nebel kritisierten Ausdruck gebraucht habe, selbstverständlich nur damit meinen konnte, daß es nach außen hin den Eindruck erwecken könnte, als ob der Parteitag eine so wie ich es bezeichnet habe, zusammengesetzte Versammlung wäre. Ich gebe jedoch ohne weiteres zu, daß dieser Ausdruck besser unterblieben wäre. (Sehr wahr!) Ich gehöre durchaus nicht zu den Menschen, die nicht einmal ein Wort sagen können, das sie später lieber als nicht gesagt ansehen würden. (Bravo!) Aber in der Sache möchte ich meine Aufforderung wiederholen, unsre Verhandlungen nicht durch Zwischenrufe und persönliche Apostrophierung der Redner aufzuhalten. Der Stoff, den wir behandeln, bietet genug Veranlassung zur Erregung; wir brauchen durch eine derartige Erörterungsart diese Erregung nicht noch zu steigern. Ich hoffe, daß dieser kleine Zwischenfall damit erledigt ist und daß jeder die Wiederholung solcher Vorgänge vermeidet.

Geriß: Ich habe keine Lust, mich für meine Person in den von Braun angeschnittenen Streit zu mischen. Ich habe an diesem Abendessen nicht teilgenommen. (Geiterkeit. — Nebel: Das war sehr gut!) Ich habe uns Wort gebeten, um die Gründe darzulegen, die den Parteivorstand zu seiner Rundgebung veranlaßt haben. Es wäre gewiss viel wünschenswerter gewesen, wenn eine solche Rundgebung gar nicht erst nötig gewesen wäre, wenn die Parteigenossen aus ihrem Lattgefühl selbst das Richtige träfen. Es schien aber, als wenn gerade in der letzten Zeit dies Lattgefühl doch bei verschiedenen Parteigenossen verlagert hätte. Ganz besonders wurde die Frage aktuell durch das Schiedsgericht gegenüber dem Genossen Dr. Vertbold. Da standen die Schiedsrichter vor der Frage, ob Parteigenossen, die in dieser Weise für die gegnerische Presse tätig sind, noch zur Partei gehören können. Nach der bisherigen Praxis konnte der Vorstand diese Frage nicht verneinen. Insofern hat Braun den Sachverhalt ganz richtig dargestellt. Was in unsrer Lage haben eine Reihe hervorragender Parteigenossen an gegnerischen Organen mitgearbeitet. Ich gebe auch zu, daß der Vorstand keine einwandfreie Form für seine Entscheidung gefunden hat. Wenn der Parteitag eine bessere Form findet, so werden wir das mit Freuden begrüssen. — Ich möchte noch einige Irrtümer richtig stellen, die Meister heute unterlaufen sind.

Singer: Ich möchte bitten, das jetzt nicht zu tun. Es findet sich vielleicht dazu noch eine Gelegenheit.

Hoffmann-Hamburg: Die Ausführungen des Genossen Braun sind in zwei Teile zu trennen. Der eine Teil, der als sachlich gelten kann, beschäftigte sich mit unserem Thema, der andre aber gehörte gar nicht hierher. (Sehr richtig!) Braun hat es in ganz geschickter Weise verstanden, den Speiß umzulehren, so daß er nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger aufgetreten ist. Er hat Ausgrabungen veranstaltet und uns Geschichten hier erzählt, die ich nicht gekannt habe, die aber ein Teil der älteren Genossen längst schon gekannt haben. (Sehr richtig!) Wenn wir aber im Vorleben eines jeden einzelnen vor 25 Jahren nachgraben wollten, wohin kommen wir dann? Ich habe hier im Auftrag der Hamburger Parteigenossen Protest dagegen einzulegen, daß so viel Parteigenossen fortwährend die Streittag führen, daß vor jedem Parteitag ein Zankapfel hineingerollt wird. (Bravo!) Die Genossen in Hamburg haben das endlich satt! Sie wollen endlich einmal, daß diese Streitereien aufhören. (Bravo!) Aus dem Grunde haben wir einen bestimmten Antrag angenommen, nicht auf Grund des Mehrings'schen Artikels. Unter unseren Hamburger Parteigenossen giebt es einzelne, die die „Zukunft“ lasen. Auf Grund dieser Kenntnis wurden wir angeregt, zu dem Artikel „Parteimoral“ Stellung zu nehmen. Ist denn wirklich für unsre Schriftsteller kein anderer Platz vorhanden, wenn sie über Parteifragen schreiben wollen, als ein gegnerisches Blatt? (Sehr wahr!) Auch uns Hamburgern hat die „Zukunft“ einmal einen Stein in den Weg gerollt. Als die Wogen wegen der Genossenschaftsbewegung hoch gingen, da hat die „Zukunft“ einen Artikel von dem Großkaufmann May gebracht unter dem Titel: „Die rebaktionäre Partei“, der Zwietracht in unsre Reihen tragen sollte. Wenn man das Bedürfnis hat, seine Meinung kundzugeben, dann soll man vor die Parteigenossen treten und nicht vor Franktireure, die mit uns liebäugeln. Deshalb stehen wir ganz auf dem Standpunkt des Vorstandes. Wir haben ja mit der Zeit verschiedene Erfahrungen gemacht. Wir bekommen immer mehr Zulauf aus andren Kreisen (Zuruf: „Salon-Sozialisten“); während das Gros der Parteigenossen von der Pöde auf gebiet und so den Sozialismus in sich aufgenommen hat, fangen diese Elemente ihre Parteitätigkeit damit an, daß sie Führerrollen übernehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist verkehrt: sie wollen führen, und sollten selbst noch geführt werden (Lebhafte Zustimmung); sie suchen in der Partei unterzukommen, werden als Redakteure untergebracht, das gefällt ihnen nicht, sie werden dann freie Schriftsteller. Wir verlangen aber, daß die Leute, die zu uns kommen, die Brücken zur bürgerlichen Gesellschaft hinter sich abbrechen, damit sie mit uns und für uns wirken. (Lebhafte Beifall.) Mit Vorliebe bringt die sogenannte parteilose Presse Artikel bekannter Sozialdemokraten, dadurch aber wird unsre Presse geschädigt. So können wir nicht Abonnenten gewinnen und schädigen uns selbst. Ich bitte Sie deshalb, die These des Vorstandes anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Kautsky: Braun hat mit dem Bedauern darüber begonnen, daß es sich hier um ein Litteratengezänk handelt. Auch ich bedaure das, aber ich glaube, daß Braun selbst dazu Ursache gegeben hat. Er zwingt auch mich zu einigen persönlichen Ausführungen. Vor allem muß ich dagegen protestieren, daß man die Sache so hinstellt, als ob es sich um einen Privatstreit zwischen Mehring und Harden handelt. Davon kann gar keine Rede sein. Der Bernhardsche Artikel, der die Ursache zu der Anregung wurde, war mir früher bekannt als Mehring, ich las ihn und war ganz entsetzt darüber. (Sehr richtig!) Ich sagte mir: Das wird ja von Tag zu Tag toller, jetzt fangen die Herren noch an, unsre Parteimoral zu kritisieren und alles auf den Kopf zu stellen. (Sehr richtig!) In dem Artikel wurde gesagt, daß die Führer der Partei privatim ganz anders denken und sprechen, als sie öffentlich reden. Bernhard sagt darin, die Führer haben das Recht, vor den Massen, die ja nur Herdentiere, nur unreife Kinder sind, anders zu sprechen als sie denken, weil sie die Massen führen müssen, also gewissermaßen

ihre Schulmeister sind. (Hört! hört!) Gegen diese Moral wandte ich mich, ich forderte Mehring aus, dagegen zu schreiben. Ich also bin der Urheber dieses ganzen Litteratengezänkes, und nicht Mehring. Es wird mir vorgeworfen, die „Neue Zeit“ hätte sich dadurch vergangen, daß sie die Frage vor den Wählern aufgriff und Genossen während des Wahlkampfes angriff. Ich bin mir der Verantwortlichkeit voll bewußt, die ein solcher Posten mit sich bringt, ich weiß sehr wohl, daß man die Partei sehr schädigen kann, wenn man einen Genossent vor der Wahl angreift, aber gerade die Nähe des Wahlkampfes war für mich entscheidend. Wenn diese Moral von Bernhard unwidersprochen in die Welt gegangen wäre, dann hätten unsre Gegner das Recht, vor die Massen zu treten und zu sagen: „Was wollt Ihr denn? Hier steht es ja, daß die Führer das selbst nicht glauben, was sie Euch vorerzählen! Niemand hat sich dagegen ausgesprochen, das ist eine unwiderprochene Wahrheit.“ (Sehr richtig!) Gerade wegen der Nähe des Wahlkampfes mußte dagegen protestiert, es mußte gezeigt werden, daß die Partei nicht so über Moral denkt, wie Bernhard es dargestellt. Es wird gesagt, die Meinungsfreiheit sei gefährdet (Zustimmung), wenn man den Genossen bestimmte Blätter verbietet, für die sie schreiben dürfen. Nein, hier handelt es sich nicht um eine Frage der Meinungsfreiheit, sondern um eine Frage der öffentlichen Heiligkeit, und da hat die persönliche Freiheit gewisse Grenzen. Stellen Sie sich vor, ein Genosse hätte den Geschmack, auf einen Misthaufen zu steigen und von hier aus zum Publikum reden zu wollen; hätten wir da nicht das Recht, zu sagen, suche dir eine reinlichere Tribüne aus? Wäre dadurch die Meinungsfreiheit gefährdet? Sicherlich nicht. (Heiterkeit, Beifall und Ruf: Sehr geistreich!) Dann wird gesagt, die „Zukunft“ schreibe auch nicht anders als andre bürgerliche Blätter, für die Diebstech, Marx, Engels und meine Beuigkeit geschrieben haben. Ich bin anderer Meinung. Die „Zukunft“ hat eine Reihe von Artikeln gebracht, die weitaus das überschreiten, was andre bürgerliche Blätter über die Sozialdemokratie bringen. Ich erinnere nur an den Artikel von Professor Jöst aus dem Jahre 1894 über russische Gefängnisse, in dem Jöst gegen Keiman polemisiert und diesem seine Sympathie für die russischen Sozialisten vorwirft. In diesem Artikel werden die russischen Sozialisten als gemeine Verbrecher bezeichnet; es wird gesagt, unsre Genossinnen sind gemeine Dirnen, Prostituierte, die Kassen erbrechen und Geld stehlen, um damit ihre Zuhälter bezahlen zu können. (Lebhafte Hört! hört!) Als ich diesen Artikel las, wurde ich von einer Empörung ergriffen, sie sich nicht beschreiben läßt. Wir haben viele Anschuldigungen seitens der bürgerlichen Presse erfahren, aber ich kenne keinen Artikel, der so niedrig und pöbelhaft ist wie dieser. Und da kommt Edmund Fischer und sagt: Was da steht, steht wo anders auch! Er sieht keinen Grund ein, warum Sozialdemokraten nicht für das Blatt des Herrn Harden schreiben sollen. Ich bin anderer Meinung, ich habe das als eine tödliche Beleidigung empfunden für die Partei; nach meiner Ansicht kann mit einem Blatt, welches uns so beleidigt, kein Sozialdemokrat Gemeinschaft haben. (Sehr richtig!) Wenn solche Differenzen in der Partei vorhanden sind über das, was die Würde eines Sozialdemokraten erheischt, dann ist es wohl Aufgabe des Parteitag's, hier ein Wort zu reden und denjenigen Genossen, die es nicht wissen, deutlich zum Ausdruck zu bringen, wie die Masse denkt. (Sehr richtig!) Nun hat Heinrich Braun noch Mehring auf das bitterste angegriffen, er hat geglaubt, ihm einen tödlichen Schlag zu versetzen. Er hat uns Dinge vorgelesen, über die wir alle seiner Zeit sehr empört waren, ja, wenn es jemals einen Mann in der deutschen Sozialdemokratie gegeben hat, der gehäßt war, so war es Franz Mehring. Merkwürdig aber ist es, daß gerade Heinrich Braun heute so erbittert gegen ihn ist; das, was er vorgelesen hat, erinnert mich lebhaft an die Nummern der „Zukunft“, in denen noch Harden vor ganz kurzer Zeit die Sozialdemokratie angegriffen hat, als sie den Kampf gegen den Brotwucher führte. Wie Braun daraus zu dem Schluß kommt, daß die Genossen das Recht

ziehung in der Werkstatt dazu kommen. Nun soll ein Bourgeois, der uns ganz verständnislos gegenübersteht, plötzlich durch einen Artikel in unsre Gedankenwelt eingeführt werden! Aus den bürgerlichen Kreisen können Sozialisten nur durch systematische Arbeiten, durch wissenschaftliche Werke, die Werke von Marx, Engels, Lassalle usw. gewonnen werden, aber nicht durch einzelne Artikel, besonders nicht durch so oberflächliche Artikel, wie sie einzig und allein Garden für seine „Zukunft“ aufnimmt. Einen Augen kann ich mir also von solchen Arbeiten nicht versprechen. Der Schaden aber, den sie anrichten, ist sehr groß, wenn das Empfinden für die Würde der Partei dabei verloren geht. Ich hoffe daher, daß die große Mehrheit des Parteitagcs dem Vorschlage des Vorstandes zustimmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Edmund Fischer: Ich bin kein Literat und habe mit dem „Literatengezänk“ garnichts zu tun. Für bürgerliche Blätter habe ich nie eine Zeile geschrieben, ja ich habe mich schon jahrelang darüber aufgehalten, daß hervorragende Genossen von uns so oft für bürgerliche Zeitungen schreiben. Die Resolution des Vorstandes hat auch meinem Gefühl zum Teil Ausdruck gegeben. Ich bin aber empört — und habe daraus nie einen Hehl gemacht — daß dieser ganze Wortschrei lediglich aus einer persönlichen Differenz des Genossen Mehring entstanden ist. Kautsky tat so, als wenn die Frage jetzt plötzlich brennend geworden wäre. Das ist nicht der Fall. Ich habe vor zehn Jahren schon in der „Wissenschaftlichen Zeitung“ in der sogenannten wissenschaftlichen Beilage manchmal Artikel gefunden von Genossen, die gleichzeitig an der „Neuen Zeit“ mitarbeiteten. Da hat sich Kautsky nicht gerührt. (Zuruf: Beweis: Für die wissenschaftliche Beilage!) Ja, die gehört aber doch auch zur „Wissenschaftlichen Zeitung“. Nach dem Genossen Wechsel ist es also zulässig, für den wissenschaftlichen Teil der „Wissenschaftlichen Zeitung“ zu schreiben. Warum denn nicht für den wissenschaftlichen Teil der „Zukunft“? (Lachen.) In derselben „Wissenschaftlichen Zeitung“ wird im Hauptblatte die Sozialdemokratie auf das niederträchtigste beschimpft; für die Beilage dürfen aber Genossen schreiben! Warum sollen denn nicht, wenn Garden uns im Leitartikel angreift, im späteren Teil des Blattes wissenschaftliche Artikel von Genossen erscheinen? (Lachen.) Ich habe aber auch garnicht gefunden, daß die „Neue Zeit“ sonst so sehr auf „Reinlichkeit“ hielt. Ich erinnere an den Fall Hans Leuß. Leuß war antisemitischer Abgeordneter, der zu Zuchthaus verurteilt wurde wegen eines Meineides, den er, wie Mehring angibt, aus edlen Motiven geleistet hatte. Mag sein; aber die Frau seines Freundes hatte er nicht aus edlen Motiven verführt. Jedenfalls hatte er abgewirksam und kam dann zu Mehring, der ihm ein Loblied sang, daß er eine starke demokratische Ader habe usw. Leuß durfte für die „Neue Zeit“ schreiben. Zu gleicher Zeit schrieb er Artikel für den „Zeitgeist“ des „Berliner Tageblatts“ (Zuruf: Auch für die „Welt am Montag“), da hat man absolut nicht von „Reinlichkeit“ gesprochen, Genosse Kautsky! (Sehr gut!) Da mußte die Reichstagsfraktion einschreiten, um diesem Empfinden für Reinlichkeit Rechnung zu tragen. Ich war entriistet über die Sache, besonders aber waren es auch sogenannte Revisionisten, die sich dafür ins Zeug legten, daß reinliche Verhältnisse hergestellt wurden. (Zuruf: Heine!) Jawohl, Heine hat am allerentschiedensten gegen Leuß gesprochen. Die Genossen haben sich übrigens damals nicht nach Revisionisten und alter Richtung geschieden, sondern ganz unabhängig von dieser Gruppierung. Also Veranlassung zum Eingreifen hätte für den Vorstand früher schon vorgelegen, aber da geschah nichts. Wahrscheinlich schrieb Leuß nicht revisionistisch und so wurde er mit Freunden aufgenommen und Kautsky hat ihm keine Karenzzeit auferlegt. Das ist der Grund, weshalb ich mich empörte, als dann Mehring seine Angriffe auf die „Zukunft“ unternahm. Ich habe mit der Sache, die hier in Frage steht, persönlich garnichts zu tun, ich kannte bisher den Genossen Bernhard nur flüchtig, ich habe keine Verbindung mit einem der in Betracht kommenden Genossen gehabt, ich bin ganz

selbstständig vorgegangen. Den Genossen Berthold kenne ich nicht, ich hätte gewünscht, daß er nicht Genosse wäre, wie mir das von manchen Genossen vielleicht lieber wäre. Ich war aber empört, daß seit dem Artikel von Professor Adler in der „Zukunft“ der Kampf gegen die „Zukunft“ geführt wurde. Vorher durfte man für die „Zukunft“ schreiben, da hat man nichts gesagt. (Zuruf: Wer hat denn damals dafür geschrieben?) Ich nenne Paul Ernst. (Zuruf: Ist nicht Sozialdemokrat!) Er war es aber damals. (Zuruf: Außerdem Ströbel!) Das weiß ich nicht; ich weiß aber, daß Ströbel ebenso wie Schönlanke für die Wiener „Zeit“ geschrieben hat. Mag sein, daß die „Zeit“ anfändiger ist als die „Zukunft“, aber in der Polemik gegen die Sozialdemokratie war sie ebenso geschäftig wie die „Zukunft“. Die ganze Sache datiert von dem Artikel Adlers in der „Zukunft“ gegen Mehring. Als dieser Artikel erschien, fragte mich ein Arbeiter: Haben Sie die Artikel gelesen? Wie ist das denn möglich! Das müßte die ganze Parteipresse abdrucken! Daß Berthold die „Zukunft“ verantwortlich gezeichnet hat, will ich nicht billigen; es wäre mir lieber gewesen, wenn er ausgeschlossen worden wäre. Ich bin vielleicht etwas voreingenommen gegen Mehring; das rührt von der Zeit her, wo er 1891 die Broschüre „Kapital und Presse“ schrieb. Daß derselbe Genosse bald darauf beauftragt wurde, die Geschichte der Sozialdemokratie zu schreiben, das habe ich nie verstanden. Ich bin überzeugt, wenn die Arbeiter die Laufbahn von Mehring kannten, dann würden sie meine Enttäuschung teilen. (Sehr richtig!) 1889 war er doch bereits Redakteur eines demokratischen Blattes gewesen, als er dann Renegat wurde. Er ging damals von der demokratischen „Zukunft“ zur konservativen „Spenerischen Zeitung“ über, allerdings als Feuilleton-Redakteur, kam zur Sozialdemokratie, wurde nicht Redakteur der „Neuen Welt“, ging zur konservativen „Post“ und arbeitete für die „Staatsbürger-Zeitung“, „Weser-Zeitung“, „Gartenlaube“. Ich hatte diesen Winter von dem „Gartenlaube“-Artikel gehört und habe ihn kürzlich einmal nachgesehen. Da sagte ich mir: Das ist doch ebenso, wie Max Lorenz es macht! Wenn jetzt mit einem Male die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern so wichtig ist, dann wollen wir doch auch mal die Frage entscheiden: Was tun wir, wenn der Max Lorenz mal wieder kommt? (Sehr gut!) Was Mehring tat, war schlimmer als was Lorenz tut, denn heute ist die Partei stark, damals aber hatten wir die Zeit der härtesten Verfolgung, als er als Renegat uns so angriff und in der Parteipresse der hervorragendste Vertreter der Gefinnungslumperei genannt wurde. Also Mehring hat aus rein persönlichen Gründen diese Sache aufgegriffen und eine Staatsaktion daraus gemacht. Ich habe, obgleich ich stets nur eine bescheidene Tätigkeit hatte, nie für ein bürgerliches Blatt geschrieben, aber trotzdem stimme ich dem Antrage des Vorstandes nicht zu, weil er zu Ungerechtigkeiten führt. Es werden dadurch die getroffen, die man nicht treffen will. Wir haben eine ganze Reihe armer Parteigenossen, deren journalistische Laufbahn damit begann, daß sie Verichte für bürgerliche Blätter schrieben. Die meinen Sie hier nicht, aber die treffen Sie! Das sind oft die ernstesten und besten Parteigenossen, und ich kann Ihnen eine Reihe tüchtiger, ultraradikaler Genossen nennen, an denen niemand etwas auszusetzen hat, die ebenfalls für bürgerliche Blätter Verichte geliefert haben. Es mutet einen komisch an, daß man gerade in der „Leipziger Volkszeitung“ diese Frage so breit getreten sieht. Mehring ist ja schon geschilbert worden; der zweite Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ war, nachdem er bei einer Reihe von Parteiblättern Redakteur gewesen war, freier Schriftsteller und hat in bürgerlichen Zeitungen gegen die Parteigenossen geschrieben. (Hört! hört!) Kautsky sagte, ich träte dafür ein, daß man für die „Zukunft“ schreiben dürfe. Das tue ich nicht; ich sage nur: wenn man für die „Zukunft“ nicht schreiben darf, dann soll man es für kein bürgerliches Blatt dürfen. Man kann diese Frage nicht durch einen solchen Beschluß festlegen. Hier muß von Fall zu Fall entschieden

werden, wie es in dem Fall Berthold geschah, dann kann gerechter verfahren werden. Wenn Sie jetzt diese Frage auf einmal für so wichtig halten und die Verdienste des Genossen Mehring so feiern, dann würde ich — mit diesen Worten will ich schließen — nichts dagegen haben, wenn nach sechs oder sieben Jahren Max Lorenz wieder zu uns käme, er dann sofort Redakteur der „Neuen Zeit“ würde. (Beifall und Lachen.)

Beier-Leipzig: Wenn irgend jemand die Sache auf das persönliche Gebiet hinübergespielt hat, so war es Edmund Fischer. Er hat aus ganz bestimmten Gründen auch den zweiten Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ in die Sache hineingezogen. Mit einem Max Lorenz, der seinerzeit in die Partei gekommen ist um ihr zu dienen, und nun das, was er erfahren, im Sinne der Gegner verwendet, kann man weder Mehring noch unsren zweiten Redakteur vergleichen. Es war ein großer Demagogenhieb von Fischer, zu erklären, er sei nur so hineingezogen in die Affäre. Er sei empört gewesen. Spielt denn die Geschichte seit heute und gestern, daß Fischer den Artikel im „Armen Teufel“ noch gerade in der letzten Minute bringen mußte, jenen Artikel, in dem er vom Parteitag den Ausschluß von Mehring, — denn dieser ist mit Max Lorenz gemeint — verlangt? Warum war denn Fischer nicht gleich damals empört, als die „Neue Zeit“ gegen den Artikel „Parteimoral“ in der „Zukunft“ polemisierte? Als der Artikel in der „Neuen Zeit“ erschien, war es Pflicht von Fischer, sich zu empören (Heiterkeit) und das, was er heute sagt, aufs Tapet zu bringen. (Sehr richtig!) Dem Genossen Heinrich Braun kam es von Anfang an lediglich darauf an, Mehring von dem Blatt zu beseitigen, das immer noch auf unser Prinzip gehalten hat. Er wollte seiner Zeit die Leipziger absolut zwingen, nicht etwa Mehring zu entlassen, wohl aber ihn zur unveränderten Aufnahme der Braunschen Erklärung zu veranlassen. Dann aber wäre Mehring gegangen, und das lag einzig und allein im Wunsche derjenigen, denen er im Wege ist. Wenn hier geschimpft wird, daß Mehring früher das Buch über die Sozialdemokratie und den Artikel in der „Gartenlaube“ geschrieben hat, so kann ich nur sagen, daß wir uns diese Dinge genau ansehen haben, ehe Mehring zu uns kam. Die Arbeiter, die mit Mehring zu tun hatten, wußten, was los war; sie haben sich aber gesagt, daß bei Mehring eine ganz naturgemäße Entwicklung stattfand. (Auf: Zweimal gemauert!) Ähnlich sieht es mit Jäch. Ich lobe mir die Leute, die sich von rechts nach links entwickelt, mehr als diejenigen, die sich umgekehrt entwickeln. (Sehr richtig!) Wir kennen ja die Leute, die früher nicht radikal genug tun konnten und schließlich beim Genossenschaftsfeiern endeten. (Sehr richtig!) Wir können nur wünschen, daß der Vorschlag des Parteivorstandes alleseitig anerkannt wird, vor allem aber, daß das Proletariat in Zukunft stets nach dem dritten Satz der Erklärung handelt. Haben früher die Dinge bei verschiedenen Parteigenossen vielleicht ähnlich gelegen wie heute, so kann es doch jetzt nicht mehr so weiter gehen. Der Artikel über Parteimoral stellt die Arbeiter als eine Hummelherde hin. (Sehr richtig!) Webel ruft: Das ist das Ärgste, was geschrieben ist! das muß verschwinden, selbst auf die Gefahr hin, daß einer Anzahl von Literaten in unserer Partei der Brotkorb höher gehängt werden müßte. (Beifall.)

Mara Berlin: Es ist gesagt worden, die Resolution des Parteivorstandes über die Mitarbeiterschaft einzelner Genossen an der „Zukunft“ habe eine tiefgehende Erregung in Parteikreisen hervorgerufen. Eine Erregung gewiß, es fragt sich nur, in welchem Sinne und in welchen Kreisen. (Sehr gut!) Wenn man davon spricht, daß diese Resolution in den weitesten Kreisen Entrüstung erregt habe, so verwechselt man den breiten Ozean unseres Parteilebens mit dem Glase Wasser einer kleinen Anzahl von schriftstellerisch tätigen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.) In jenem Glase Wasser nur hat sich ein Sturm der Entrüstung ob bedrohter Meinungsfreiheit erhoben. Im großen Ozean unseres Parteilebens

haben sich auch Wellen der Entrüstung gekräuselt, aber nur darüber, daß überhaupt eine solche Resolution notwendig wurde. (Sehr richtig!) Man war darüber empört, daß der Parteivorstand es nötig hatte, in der mildesten und schonendsten Form, die er wählen konnte, einzelne Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß es für ihre schriftstellerische Tätigkeit Grenzen giebt, die sie kraft der Moral, kraft des politischen Meinlichkeitsempfindens als Parteigenossen nicht überschreiten dürfen. (Sehr wahr!) Nun hat man hier meiner Ansicht nach den Versuch unternommen, den wahren Kernpunkt der Streitfrage vollkommen zu verschleiern (Sehr richtig!). Man hat es so dargestellt, als ob es sich lediglich um ein Aleratengegäng zwischen Mehring und Gardens handele. Das ist durchaus unzutreffend. Wenn aber irgend jemand dazu beigetragen hat, diese ganze Diskussion von der Höhe einer grundsätzlichen Auseinandersetzung auf das Niveau von Aleratengegäng herunterzubringen, dann waren es die Genossen, die mit allerletzt Kleinlichem, persönlichem — ich möchte fast sagen Altweibergerede (Heiterkeit) hierher gekommen sind, alte Erinnerungen von Soupers usw. ausgegraben haben, die mit der Sache nichts zu tun haben. (Sehr gut!) Für uns liegt die Frage nicht so: Wie steht Gardens zu Mehring, sondern wie steht Mehring und seine „Zukunft“ zur Partei? Unter diesem Gesichtswinkel haben wir zu prüfen, ob es Parteigenossen erlaubt sein kann, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Bei der Behandlung der Sache muß einmal berücksichtigt werden der konkrete Einzelfall der Mitarbeiterschaft an Gardens „Zukunft“ und dann die allgemeine Frage, ob es im Parteinteresse wünschenswert ist, daß hervorragende schriftstellerisch tätige Genossen einen Teil ihrer Kraft der gegnerischen Presse widmen. Ich habe nicht nötig, alle jene Beschuldigungen gehässiger Art zurückzuweisen, die gegen Mehring erhoben sind, das hat Kautsky in der glänzendsten Weise getan. Ich will nur hinzufügen, daß die Genossen, die uns hier unterhalten haben mit jenen, den älteren Parteigenossen wohlbekannteren Auszügen aus alten Mehringischen Schriften von 1879 und 1880, viel besser tun würden, uns zu unterhalten mit den glänzenden Ausführungen über die sozialistische Gedankenwelt, die Mehring in seinem Vorwort zum Nachlaß von Marx und Engels, und in andern Werken noch gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung.) Dann würden die Genossen ganz anders urteilen und auch begreifen, daß niemand, der diese Werte liebt, die Auffassung von Braun teilen kann, als sei Mehring zu uns gekommen, ein abscheulicher Lügner, dessen Bekehrung nicht existiert gewesen sei. Nein, daraus gewinnen wir die Überzeugung, daß der sozialistische Gedanke in Mehring eine solche lebendige Kraft gewonnen hat, daß er durchaus als einer unvorerufenster, überzeugten Kämpfer in Reich und Glied mit uns steht, und daß wir nicht das Recht haben, seine jetzige Gefinnungstreue zu bezweifeln. (Sehr richtig!) Was den konkreten Fall der Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ betrifft, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß es für Genossen unzulässig ist, für diese Zeitschrift auch nur eine Zeile zu schreiben. Schädlich wird das durch vorliegendes Material bewiesen. Ich greife davon nur einzelnes heraus. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, in welcher bubenhafter Weise die russischen Freiheitskämpfer in der „Zukunft“ geschilbert sind. Wenn es je in der Geschichte der Befreiungskämpfer aller Länder Männer und Frauen gegeben hat, die es verstanden haben, die Größe des antiken Helden mit der Selbstlosigkeit des christlichen Märtyrers zu bereichern, dann sind es die russischen Revolutionäre gewesen. (Stürmischer Beifall.) In einem Organ, das diese Männer und Frauen, die zu den Besten und Besten aller Länder und Zeiten gehören, deren Werten gegenüber wir alle das Gefühl haben müssen: Zieh' keine Schuhe aus, der Boden, wo du stehst, ist heilig — in einem Organ, wo diese Leute so beschimpft werden, muß es nicht nur für einen Sozialisten, sondern für jeden anständigen Menschen unendlich sein, zu schreiben. (Stürmischer Beifall.) Nun ist gesagt, daß trotz alledem die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ gestattet sein müsse, weil sie von erheblicher

Bedeutung sei im Hinblick auf die Aufklärung der bürgerlichen Gesellschaft über die sozialistische Ideenwelt. Wie unbegründet diese Auffassung ist, beweist die eine Tatsache, daß in Genosse Gardens „Zukunft“ (Große Feiertage) — ich nehme diesen Ausdruck selbstverständlich als eine Realinjurie gegen den Parteitag feierlich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück (Erneute Feiertage) — was ich sagen wollte, war das Folgende: Wie unbegründet die Auffassung ist, daß Sozialdemokraten durch die Mitarbeit an der „Zukunft“ eine Umwälzung in der Auffassung bürgerlicher Kreise herbeiführen können, bezeugt die „Zukunft“ selbst, die sich seit langen Jahren der Mitarbeiterschaft hervorragender Parteigenossen erfreut (Webel: Und Genossinnen!) Diese Zeitschrift konnte nach den großen Kämpfen um den Postarif erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion das Parlament in eine Kutschschwemme verwandelt hätte. (Hört! hört!) Sie sehen also, wie erzieherisch die Mitarbeit von Genossen (Webel: Und Genossinnen!) an der „Zukunft“ gewirkt hat! Und ist es möglich, durch die Artikel in der „Zukunft“ tatsächlich in unsere Gedankenwelt einzuführen? Ich verneine das, denn alle jene Artikel, die dort von einzelnen Parteimitgliedern erschienen sind, führen im großen und ganzen nicht in unsere Gedankenwelt hinein (Sehr richtig!), sie machen vielmehr die Leser nur mit den Liebhabereien einzelner schreibender Genossen bekannt. (Zustimmung.) Es ist z. B. nicht eine Parteimeinung, sondern eine Beleidigung der Partei, wenn Bernhard dort die Auffassung verteidigt, wir hätten eine Wissenschaft mit doppeltem Boden, eine für die blinden Hödur der Massen und eine für die Wissenden, die sie sich mit Augurenläckeln heim Vextopf sagen, um mit Herrn Garden zu reden. (Zuruf: Ober beim Wein!) Und der Artikel über die Religion des Kaisers steht meiner Ansicht nach in direktem Gegensatz zu unserer Auffassung der Religion als Privatangelegenheit. Soweit es sich um die religiöse Auffassung des Kaisers als Persönlichkeit handelt, haben wir nicht mit untersuchender Hand in seine ganz persönlichen Anschauungen hineinzugreifen. Wir haben sie zu respektieren, wie die jeder anderen Persönlichkeit. Eine Ausnahme wäre nur zulässig, wenn es sich um eine religiöse Auffassung von entscheidender wissenschaftlicher Bedeutung handelte. Da dies keineswegs der Fall ist, können wir es den höflichen Lakaien der Bourgeoisie überlassen sich mit der Religion des Kaisers zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Sobald aber die Religion des Kaisers aufhört, Privatangelegenheit zu sein und Einfluß auf die Gestaltung unseres politischen Lebens zu gewinnen strebt, wird die Auseinandersetzung mit ihr zum politischen Kampf. Er muß unsererseits in unserer eigenen Presse geführt werden. Am allerwenigsten darf es in der „Zukunft“ geschehen. Die mehr oder weniger persönliche Fronde gegen den Kaiser ist ja der Sportsartikel, mit dem die betriebame Firma ihre besten Geschäfte macht. (Lebhafte Zustimmung.) Auch eine Reihe anderer Artikel der „Zukunft“ sind nicht geeignet, in die sozialistische Ideenwelt einzuführen. Die „Zukunft“ des Herrn Garden steht uns direkt gegenüber, sie steht in Bezug auf ihre Tendenz, ihren Charakter nicht höher als die „Wache“ oder der „Local-Anzeiger“, sie ist genau so ein parteiloses, d. h. charakterloses, dem Geschäft gewidmetes Unternehmen wie jene Blätter. (Sehr richtig!) Wir haben die Organe dieser sogenannten parteilosen Presse zu bewerten unter dem Gesichtswinkel, auf den schon Lassalle hingewiesen hat, indem er sagte, sie sind Selbstschlagemaschinen für den Bourgeois. Er sagte: „Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Statuen fabrizieren oder Tuche oder an der Börse spielen. Aber daß man um schnöden Gewinnes willen alle Braunen des Volksgeistes vergiftet und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Nöhren freibezogen, — es ist das höchste Verbrechen, daß ich fassen kann.“ Lassalle hat damit bereits auf die andre Seite dieser parteilosen Presse hingewiesen. In dem Jahrhundert Darwins geht es nicht mehr an, die Masse der Sklaven des Kapitals, die Ausgebauteten und Enterbten, lediglich durch das Wort des Priesters in der Kirche in geistiger Verdummung zu erhalten. Die parteilose Presse ist das ins

Laitsche übersehte Gegenstück der Kirche. Sie hat genau dieselbe Mission wie die Kirche im Dienste der Bourgeoisie zu erfüllen, nämlich das Klassenbewußtsein des wehrfähigen Volkes zu vergiften. (Sehr wahr!) Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist jene Presse noch viel gefährlicher für unsere Bestrebungen als die Presse bestimmter feindsüchtiger Parteivrichtungen. Gegen die Gedankengänge, die der Geistliche im Talar heibringen will, können sich die Massen sehr leicht schützen, der Geistliche steht an bestimmter Stelle und trägt gleichsam die Uniform seines Amtes. Aber die parteilose Presse kommt unter der Maske des falschen Freundes in die Kreise der Arbeiter. Wir erklären es, und die ganze Parteipresse erklärt es wieder und wieder für eine unserer wichtigsten Aufgaben, die bürgerliche Presse jeder Schattierung, insbesondere die parteilose, aus jedem Arbeiterheim hinauszubringen. Wir rechnen es dem einzelnen Genossen als Schimpf an, wenn er durch sein Abonnement jene Presse unterstützt. Können wir da den schreibenden Genossen die Ausnahmestellung zubilligen, daß sie durch ihre Mitarbeiterschaft die parteilose Presse interessant und pikant machen und dazu beitragen, sie in manche Kreise einzuschmuggeln, wohin sie ohne die Mitarbeiterschaft der Genossen nicht gelangen würde? (Sehr gut!) Auch unter diesem Gesichtswinkel können wir uns nur der Resolution des Parteivorstandes anschließen. Aber es kommt für die Entscheidung in dieser Frage noch ein letzter, zwingender Grund in Betracht. Die Frage der Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Organen ist eine Frage der Taktik. Sie hängt zusammen mit unserer Gesamtaufassung, wie wir als Sozialdemokraten zur bürgerlichen Gesellschaft stehen. Es scheint, daß in den Kreisen der Genossen, die die Mitarbeiterschaft befürworten, eine eigenartige Auffassung vorhanden ist über unser Verhältnis zur bürgerlichen Welt überhaupt. Das Ganze läuft im Grunde genommen auf die Frage hinaus: Können wir uns mit der bürgerlichen Welt vertragen, können wir sie durch Ueberredung und gute Manieren zu uns herüberziehen oder müssen wir die bürgerliche Welt überwinden? Das wird ja bei der Frage der Taktik eingehend erörtert werden. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß ich die gekennzeichnete Auffassung für irrig halte. Meiner Meinung nach bedingt dies das Wesen des Klassenkampfes, das über unsere Taktik entscheidet. Wenn die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent, das man aufwendet, um vielleicht mal diesen oder jenen Bourgeois überreden zu können, daß wir nicht so schlimme Gesellen sind, als früher angenommen wurde, wenn man, so sage ich, die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent auf die Revolutionierung der Massen verwenden würde, so würde man statt anderthalb flauen Genossen aus der Bourgeoisie Hunderttausende von wirklichen Kämpfern gewinnen. (Stürmischer Beifall; Hände klatschen.)

Abolf Hoffmann - Berlin: Nach den Ausführungen von Edmund Fischer und Heinrich Braun müßte man annehmen, daß auf unserer Tagesordnung stände: Die Sünden von Mehring, Braun und Genossen. Das eigentliche Thema ist vollständig verschoben. Sie sind auf den Kern der Sache nicht eingegangen, und sie können es wirklich dem Parteitag nicht verkübeln, wenn er annimmt, man hat die Ausgrabungen aus Mehrings Schriften nur gemacht, um seine eigne Sache zu bemänteln und das, was eigentlich in Frage steht, nicht zum Austrag kommen zu lassen. Es wird kein einziges Mitglied des Parteitages geben, das nicht das, was Mehring früher geschrieben hat, tief bedauert und beurteilt, aber als Sozialdemokraten, die wir doch die Menschen erziehen wollen, dürfen wir nicht einem Sünder, der Buße getan hat, den Weg versperren. Und daß Mehring Buße getan hat, beweist doch wahrlich seine „Geschichte der Sozialdemokratie“. Noch weniger können wir sagen: weil Mehring und andre gesündigt haben, deshalb haben auch wir das Recht, für alle Zeit zu sündigen. Es besteht doch ein Unterschied zwischen damals und heute. Unserer Partei stehen heute eine ganze Reihe von Blättern zur Verfügung. Wir brauchen

heute nicht so zu verfahren, wie früher in diesem oder jenem Fall. Es handelt sich nicht nur um die Mitarbeiterenschaft, sondern auch um die Frage, ob ein Genosse Redakteur an einem gegnerischen Blatte sein kann und ob er als solcher berechtigt ist, Ehrenämter in der Partei zu bekleiden. Wir wissen ja, daß Bernhard nicht nur Mitarbeiter der „Zukunft“, sondern auch Redakteur der „Berliner Morgenpost“ ist. (Bernhard: Handelsredakteur.) Das weiß ich, das hätte ich auch selbst gesagt. Bernhard hat in Berlin versucht, als Redner für die Partei aufzutreten; ich glaube ihm, daß er dazu aufgefordert war, aber umso notwendiger war das Vorgehen des Vorstandes. Wohin soll es denn sonst kommen? Bernhard tritt als Redner auf und bei der Unvernunft eines großen Teiles unserer Genossen, die leider sehr schnell bei der Hand sind mit der Vergabung von Mandaten, würde er vielleicht bald auch Reichstags-Kandidat, vielleicht sogar Reichstags-Abgeordneter werden und das wäre für die „Morgenpost“ ein vorzügliches Geschäft. (Sehr gut!) Die arbeitenden Genossen, die von früh bis spät in Fabrik und Werkstatt zu tun haben, um ihre Familie zu ernähren, agitieren nach Feierabend und des Sonntags für unsere Presse. Sie suchen neue Abonnenten zu gewinnen, aber da wird ihnen entgegengehalten, das ist in Berlin tatsächlich passiert — ich kann die Zeugen dafür beibringen — es handelt sich um Genossen, die an einem Sonntag ein Flugblatt verteilen, und am nächsten Sonntag die Leute zum Abonnement veranlassen wollen, und man sagte: „Die „Morgenpost“ ist billiger als der „Vorwärts“ und dafür schreiben ja auch Sozialdemokraten wie Göhre u. a., wir haben also nicht nötig, den „Vorwärts“ zu halten. (Hört! hört!) Das ist durchaus logisch; wenn ein Redakteur der „Morgenpost“, sei es auch nur ein Handelsredakteur, öffentlich für die Sozialdemokratie auftritt, ohne daß die geschäftliche Leitung der „Morgenpost“ etwas dagegen hat, so sagt sich die große Masse: das ist ein Beweis dafür, daß die „Morgenpost“ der Sozialdemokratie recht freundlich gegenüber steht. Das erschwert unsere Agitation ungeheuer, es erschwert die Verbreitung unserer Presse, und wenn ein Parteitag das länger duldet, so beschuldigt er sich an den Arbeitern, die jedes Opfer bringen um für unsere Presse zu agitieren. (Sehr richtig!) Bernhard ist ja hier. Ich begrüße es mit Freuden, daß er auch ein Mandat hat, ich glaube von Breslau-Land. Durch welche Verwandtschaft er es erhalten hat, entzieht sich meiner Kenntnis. (Weiterer und Sehr gut!) Berlin hat es abgelehnt, ihn als Delegierten hierher zu entsenden. Gerlich hat gezeigt, wie unsere Parteipresse zugenommen hat, aber wenn die Quertreibereien von dieser Seite in den letzten Jahren nicht gewesen wären, dann hätten wir noch größere Fortschritte gemacht.

Welche Artikel sind es denn, die von der bürgerlichen Presse aufgenommen werden? Ich gebe zu, auch wenn Genosse Webel sich zu einem solchen Artikel verstehen würde, so würde der Artikel wohl hin und wieder einmal als Reklame aufgenommen werden. Aber im allgemeinen nimmt die bürgerliche Presse vor allem solche Artikel auf, mittels deren man der Sozialdemokratie Knüttel zwischen die Beine werfen kann. Das ist der Kernpunkt. Durch diese Tätigkeit gewisser Koch-Genossen wird uns die Agitation ganz außerordentlich erschwert. Denken Sie mal darüber nach, wieviel Zeit wir in Agitationsversammlungen verschwenden müssen mit der Widerlegung der Verdrehungen, die uns mittels dieser Artikel entgegengehalten werden. Die landräthlichen Kreisblätter schlagen die Artikel nach allen Regeln der Kunst aus, tun ein übriges an Verdrehungen hinzu. Läßt sich mal ein redemutiger Gegner in unseren Versammlungen sehen, was bringen da die Gegner immer zuerst vor? Die Artikel der Genossen Göhre, Heine, v. Wolmar usw. Die werden uns vorgehalten. Und statt daß wir unsere prinzipiellen Ideen, unser Programm, gegenüber dem Gegner vertreten könnten, müssen wir uns mit der Abwehr dieser Artikel beschäftigen. Das schadet uns ungemein. Braun sprach von seinem „tiefen Empfinden“. Ich bin auch der

Meinung: wenn wir dieses Vorgehen sehen, dann überkommt einem ein tiefes Empfinden des Ekels (Lebhafte Zustimmung) gegen dies Treiben, mit dem man sich immer wieder beschäftigen muß. Die freien Schriftsteller schreiben über Vereinträchtigung der Meinungsfreiheit, wenn sie sich dem Rahmen des Parteiprogramms einfügen sollen. Wie geht es denn bei diesen Artikeln meist zu? Die Genossen wollen ihre Artikel los werden; weil sie in der Parteipresse vielleicht keinen genügenden Absatz finden, wenden sie sich an die gegnerische Presse. Wenn man dann einen vermögenden Gönner findet, so gründet man eine neue Zeitung. (Sehr gut!) Dann muß dieselbe interessant gemacht werden. Doch davon später. Da halt man nur Liebknecht aus dem Grabe hervor, um uns zu beweisen, daß er auch mal Torheiten gemacht hat. Aber Liebknecht nahm ja nicht in Anspruch, unfehlbar zu sein. Er hat ja den Satz ausgesprochen „Die Dummheiten sind dazu da, daß sie gemacht werden“. Aber jetzt scheinen Sie dieselben alle allein machen zu wollen. Wenn Braun doch endlich mal, statt den Fehlern des alten Liebknecht nachzuspüren, etwas von seinem Geist profitieren wollte! Das tut ihm not! Braun sprach von dem Indez, der die Konsequenz des Vorstandsantrages sei, und meinte, dann müßte man auch das Lesen gegnerischer Blätter verbieten. Das ist aber doch etwas ganz anders! Bürgerliche Blätter lesen wir zu dem Zwecke, um Material gegen unsere Feinde zu sammeln. Das ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht. Wenn aber Sozialdemokraten für diese Blätter schreiben, dann verwirren sie die große Masse, verwirren sie die unzufriedenen Wähler, die eben zu uns gekommen sind, hindern sie das Vordringen unserer Presse in diese Kreise. Recht kurios fand ich die Souper-Geschichte, die Braun hier erzählt hat. Es wäre von großem Vorteil, wenn er noch nachfragen wollte, was es bei diesem Souper gegeben hat. (Geisterzeit.) In der Provinz werden wir jetzt schon in wenigen Tagen von Soupers lesen, die die Führer abhalten. (Sehr richtig! Unruhe.) Da werden diese Dinge alle aufgeführt werden, die man hier — die Genossin Zeitlin sagte ganz richtig: als alter Weiberflathsch — in die Debatte geworfen hat. (Beifall.) Damit werden wir uns lange herumzuschlagen haben. Es ist durchaus berechtigt, davon zu sprechen, wie schnell manche Leute, die zu uns kommen, Führervollen übernehmen. Ich bin der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß der Parteitag da einmal eine Grenze zieht für die Aufstellung von Reichstags- und anderen Kandidaten. Es ist gar nicht lange her, da hatte sich der Parteitag mit einem Antrage — ich glaube aus Teltow-Beeskow — zu beschäftigen, den der Genosse Zubeil vertrat. Der Antrag verlangte, daß mehr Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden sollten. Der Antrag wurde auf meinen Vorschlag den Wahlkreisen zur Berücksichtigung überwiesen. Leider haben die Wahlkreise ihn sehr wenig berücksichtigt, sondern sie waren nur zu geneigt, alte, verdiente, ein Menschenalter kämpfende Genossen herauszubringen und dafür Doktoren hineinzubringen. (Lebhafte Beifall und Widerspruch bei Heinrich Braun.) Da wird immer gesagt, ich ginge gegen die Akademiker los. Die Akademiker achte ich hoch — Liebknecht war auch einer — die zu uns kommen, um mit uns zu arbeiten, aber nicht, um uns fortwährend Knüttel zwischen die Beine zu werfen und den Kommandeur bei uns zu spielen. (Beifall.) Wenn wir eine Karezzeit einführen, so würde das gar nichts schaden; sie wäre im Gegenteil sehr am Plage. Es ist Zeit, daß wir diesen Genossen endlich einmal sagen: Wendet Euer Gehirnshmalz doch einmal dazu an, den Gegner zu kritisieren. Dann sollten Sie mal sehen, wie schnell Ihnen die Presse der Gegner verschlossen würde. Aber wenn Sie so fortgesetzt indirekt der Partei am Zeuge sitzen. (Zuruf Bernhards: Wer tut das?) Gegen Sie (zu Bernhard) sich doch nicht auf. Sie haben an allernächsten Ursache dazu: ich erinnere nur an Ihren „Zukunft“-Artikel „Partei-Moral“, und da fragen Sie noch, wer das tut? Also nochmals wenden Sie Ihr Gehirnshmalz dazu an, die Gegner zu bekämpfen; wenn Sie das nicht können,

dann ist es besser — ich spreche das ganz offen aus — Sie verschonen uns mit Ihrer Gegenwart. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Rischen). Wertwirdig war es, was Heinrich Braun von „Spaltung“ sprach. Sehen Sie doch mal hin zu den arbeitenden Genossen und fragen Sie mal, wie es mit der „Spaltung“ steht! (Große Heiterkeit.) Meinen Sie, daß die Sozialdemokratie sich spalten wird, wenn ein paar Genossen von ihren Nachschönen abgekölltelt werden? (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Zu solchen Vermutungen kann man nur kommen, wenn man keine Ahnung davon hat, wie man in den Kreisen der Arbeiter denkt, was die große Masse der arbeitenden Bevölkerung, die zu uns stehen, bewegt. Versuchen Sie es doch mal mit der Spaltung und sie werden erleben, daß die Genossen „links schwenkt“ machen und Sie als Führer ohne Truppen mit langen Gesichtern davonziehen. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Ich bin bis zu einem gewissen Grade mit dem Vorschlage des Parteivorstandes nicht einverstanden, weil mir dieser Vorschlag lange nicht weit genug geht. Aber es kommt hier nicht auf die Gestaltung einer formalistisch unansehnlichen Form an, sondern auf den Inhalt, der bei gutem Willen unter Parteigenossen schwerlich mißverstanden werden kann. Wenn wir den Vorschlag des Vorstandes akzeptieren, so ist das das allermindeste, was wir im Interesse unserer Partei verlangen müssen. Die Notwendigkeit, darüber ein klares Wort zu sprechen, ist bewiesen durch die Ausführungen Edmund Fischers und Heinrich Brauns. Nach dem von Stamfuch verlesenen Schriftwechsel muß man sagen: es giebt wohl innerhalb der bürgerlichen Parteien nirgends ein Schriftstück, das so sehr einen klaren Sachverhalt auf den Kopf zu stellen versucht wie jenes, in dem dem Vorstand vorgeworfen wird, er habe mitten in den Wahlkampf in unehörtlicher Weise eingegriffen, er habe die Art eines bürgerlichen Ministeriums angenommen, auf die eigentliche Beschwerde nicht zu antworten, und in dem schließlich behauptet wird, die Meinungsfreiheit werde unterbunden. Das ist das Unerhörteste, was man sich denken kann. Dagegen schreibt man für ein Organ wie die „Zukunft“, in dem die Partei auf das geschäftigste beschimpft wird, ein Organ, das nicht nur für jeden Sozialdemokraten, sondern für jeden anständigen Mann verächtlich ist, ein Organ, das herumlungert auf den Vorhöfen irgend einer Stelle, wo man glaubt, irgend etwas Sensationelles ergattern zu können und das vielleicht auch hin und wieder zu irgend einem Parteigenossen Beziehungen sucht und findet und Abfluß für seine Zusammenraffungen findet. Für ein solches verächtliches Organ aber schreibt man Artikel, die weder als sozialdemokratisch noch als moralisch, sondern als abgrundtief unrein bezeichnet werden müssen. Genosse Bernhard ist ja wohl ein organisierter Genosse, ob Braun es ist, weiß ich nicht. (Lauter Brauns.) Er sagte, er sei 25 Jahre in der Partei. Ich habe verschiedentlich in denselben Wahlkreisen getobt wie er. Dort war er nicht organisiert (hörl. hört!), ob er es jetzt ist, weiß ich nicht. Sie sagen, Sie seien 25 Jahre in der Partei. Sie hätten einmal Untersuchungshaft gehabt (Lachen), ein andermal an einem Souper teilgenommen, das Sie nicht bezahlt haben (Große Heiterkeit), — nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Sie daran erinnere, daß Sie bezüglich Ihrer Parteitätigkeit in den weitesten Kreisen unbekannt sind, freilich nicht bezüglich Ihrer Person, die man ja sieht, so oft Sie vorgestellt werden. (Große Heiterkeit.) Die „Neue Zeit“ hat gegen den Zukunftsartikel das, was gesagt werden mußte, in der liebenswürdigsten, gelindesten Weise gesagt. Wenn diesem Artikel der „Neuen Zeit“ gegenüber die Beschwerde von Genossen eingereicht ist, so ist das ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, wie er schwerer in der Partei noch nicht vorgekommen ist. Sie machen es wie die Reaktionäre, die, indem sie sagen, sie wollten die Freiheit schützen, die Freiheit unterdrücken. In demselben Augenblick, wo Sie uns verhindern wollen, Ihre Dummheiten, Ihre gegen das Programm, den Fakt, gegen den Fortbestand der sozialdemokratischen Parteibewegung verstoßende Handlungsweise niedriger zu hängen, sagen Sie: das darf

in der „Neuen Zeit“ nicht gesagt werden, das ist Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wir beschweren uns! Wenn der Vorstand dann sagt: „Zu diesem Ergebnis sind wir gekommen“, dann kommen Sie mit dem höhnenenden, hochfahrenden, überhebenden Ton, der in Ihrer Beschwerde angeklagen ist. Es ist auch eine von Ihnen selbst gar nicht geglaubte Entrede, wenn Sie sagen, der Vorstandsbefehl sei gerade mitten in den Wahlkampf hineingekommen. Mitten in den Wahlkampf hinein ist ja Ihre Beschwerde gekommen! Sollte der Vorstand etwa mit der Veröffentlichung so lange warten, bis es Ihnen genehm war? Ich bedaure nur, daß der Vorstand nicht gleich im März auch Ihre Beschwerde veröffentlicht hat. Dann wären verschiedene Wahlkreise vielleicht doch noch anderer Ansicht über die Persönlichkeit ihrer Kandidaten geworden. Auf Ihr böses Gewissen weist auch die Art und Weise Ihrer Verteidigung hin. Hier kommt erst Braum und nachher, ihm lebhaft sekundierend, wenn auch nicht ganz auf demselben Standpunkt, Edmund Fischer, und zeigt, daß Braum vielleicht eine gewisse Fähigkeit hat, nachträgliche Detektivarbeit zu verrichten (Sehr gut!), aber doch so, daß man seinen Mitteilungen gegenüber außerordentlich vorsichtig sein muß. Was seine Beschwerde gegen Wehring anlangt, soweit es Tatsachen sind, so wüßte ich keinen einzigen Genossen, der es verstehen könnte, wie man einem Genossen, der sich so schwer zur sozialdemokratischen Ueberzeugung durchgearbeitet hat, aus seiner früheren Ueberzeugung einen Strich zu drehen versuchen kann. Es ist der Reiz auf die geistlichen Fähigkeiten des andren, der sie immer und immer wieder zu ihrem Vorgehen gegen Wehring veranlaßt! Es ist auch unwahr, daß Wehring die Sache ins Rollen gebracht habe. Dieselbe Frage ist bereits früher angeschnitten worden in dem Falle des Genossen Bernhard. Es handelte sich damals in Berlin darum, ob Bernhard, der an der „Morgenpost“ oder an der „Welt am Montag“ Handelsredakteur war und auch für die „Zukunft“ schrieb, als Referent von der Agitationskommission verzeichnet werden könne. Die Agitationskommission war einstimmig der Ansicht, daß unmöglich jemand in ihrer Referentenliste verzeichnet werden könne, der an einer feindlichen Zeitung tätig sei, sei es die „Morgenpost“, die „Zukunft“ oder der „Sozial-Anzeiger“ oder die „Woche“, die alle unter den Vorstandsbefehl fallen. Es sind dies alles genau ebenso schmutzige Blätter, die auf die Verdummung der großen Menge hinarbeiten, in ihrer Gesamtheit parteifeindlich sind und sich hier und da auch einmal einen Sozialdemokraten gegen Geld kapern, damit das Blatt für Manche ein bißchen interessant aussteht. Ist das eine Arbeit, die ein Sozialdemokrat übernehmen darf? Nein, das ist eine Arbeit, die, mit klarem Bewußtsein unternommen, mindestens an Parteiberrat grenzt und die uns unter allen Umständen abhalten muß, einem solchen Genossen einen Vertrauensposten zu geben.

Nun wird gesagt: Was wollt Ihr denn? Seid doch froh, wenn wir in so klüßsinnigen Blättern wie in der „Zukunft“, in denen so hunds-gemeine Artikel gegen die Sozialdemokratie stehen und deren einziger Charakter in der Konsequenz der Reaktion liegt, sozialdemokratische Artikel schreiben; dadurch bekommen nichtsozialdemokratische Leser auch einmal etwas von einem Sozialdemokraten zu lesen. Ich habe Bernhard bereits bei einer früheren Zusammenkunft mehrerer Genossen darauf hingewiesen, daß er sich darin täuscht. Es werden schon Zweifel hervorgerufen durch persönliche Zusammenkünfte etwa zwischen Garden, über dessen Charaktermängel kaum bei einem anständigen Menschen ein Zweifel bestehen kann, und irgend einem Genossen. Es kommt da ein Artikel der „Zukunft“ vom 6. Dezember vorigen Jahres in Betracht, der während der Zollkampagne geschrieben worden ist. Ein Mann, der oft sozialdemokratisch gestimmt hat, den ich aber nicht zu den Genossen rechne, weil er nicht organisiert ist, der aber wohl im großen ganzen sozialdemokratische Empfindung hat, sagte zu mir: „Ich habe da neulich Garden in einer Weintheipe zusammen gesehen mit Vollmar.“ Ich erwiderte: „Nun, sie werden ein Glas Wein zusammen

getrunken haben.“ — „Nein, das nicht allein.“ — Mit Bezug auf den betreffenden Artikel der „Zukunft“ fragte mich dann der Mann: „Ist denn bei Ihnen so ein Streit zwischen Nebel und Wollmar?“ In dem betreffenden Artikel wurde in der besten reaktionären Art gegen unsere Bekämpfung des Zolltarifs vorgegangen. Da heißt es: „Die Hauptschuld trägt der alte Herr Nebel.“ So war früher immer von dem „alten“ Liebtnecht, die Rede, der nicht mehr zurechnungsfähig sein sollte. Der Artikel fährt fort: „In Lübeck hatte er auf dem Parteitage gesagt, wenn er König wäre, hätte er dem Verfasser des Tarifs mit Fußtritt die Tür gewiesen. Eine hübsche demokratische Auffassung von den zwischen Herrscher und Helfer wünschenswerten Verhältnissen. Später im Reichstag enthielt er den Ortus, in den er den Entwurf samt dessen Urhebern hinabstößt würde. Er verhielt einen Volksaufstand und geberdete sich, als müsse die deutsche Welt untergehen, weil der Kornzoll wieder so hoch werden sollte, wie er bis in die Meientage des Capribismus gewesen war. Auch ein überzeugter Freihändler müßte eine Taktik tadeln, die mit Prophezeiungen und Prahlereien so unvorsichtig vorgeht.“ Das wird von Nebel gesagt. Gleich darauf kommt die Entschuldigung für Wollmar. „Herr v. Wollmar hat gesagt, seine Partei wolle nur hindern, daß in einem sterbenden Reichstag die Entscheidung über den Zolltarif falle. Nach den Wahlen werde sie, auch wenn die „Volksstimme“ für den Tarif gesprochen habe, auf jedes Mittel der Obstruktion verzichten. Selbst dieses verständigste aller vorgebrachten Argumente besichtigt nur auf den ersten Blick.“ Der betreffende Herr sagte mir: „Das ist doch ein offener Widerpruch: der eine wird gelobt, der andre getadelt.“ Ich erwiderte: „Haben Sie denn nicht in den Zeitungen gelesen, daß Wollmar ebenfalls vorgeworfen worden ist, er habe geprahlt, daß dieser Vorturf sich sonst überall gegen die ganze Sozialdemokratie richtete?“ Er meinte trotzdem, er verstände die Sache doch nicht, worauf ich noch hinzufügte: „Glauben Sie doch nicht, daß da irgendwas eingewirkt worden ist; vielleicht, daß Harden etwas hat hören wollen.“ Hier sehen Sie die Wirkung der Art und Weise, mit der Sie nichtsozialistische Kreise gewinnen zu können glauben. Nein, es werden in solchen Blättern nicht sozialistische Anregungen gegeben, sondern es werden immer nur zwei verschiedene Richtungen, die in der Partei herrschen sollen, gegeneinander ausgespielt. Ich halte es übrigens für die größte Ehre, auf die hundsfüßigste, gemeinste Weise angegriffen zu werden von Männern wie Wittkowski-Harden, und ich bedauere, daß es Menschen giebt, die es sich beinahe zur Ehre anrechnen, von solchen Menschen gelobt zu werden. Bezüglich der „Morgenpost“ ist gesagt, Bernhard sei dort nur Handels-Redakteur. Glaubt denn Bernhard, wir müßten nicht, daß die Beziehungen zwischen dem Handels- und dem politischen Teil die allernächsten sind? Sie (zu Bernhard) sind engagiert worden, um diesem Blatte, einer Art zweiten „Sozial-Anzeigers“, eine Folie zu geben. Sie sind es nicht allein; eine ganze Reihe von Genossen veröffentlicht dort unter ihrem Namen Artikel. Ich verstehe nicht, wie Sie die Zumutung stellen können, man solle Männer, die an gegnerischen Blättern redaktionelle oder sonstige Stellen einnehmen, in Vertrauensposten berufen können. (S e l: Wie soll man Vertrauen zu Ihnen haben!?) Glauben Sie wirklich, daß eine Mehrzahl von Fraktionsgenossen sich finden würde, die solchen Genossen gegenüber vertrauliche Dinge offenbarte: Männern, die in ständiger Fühlung mit der feindlichen Presse stehen? Oder umgekehrt: Glauben Sie, in der konservativen Partei würde jemand als Abgeordneter geduldet werden, der Handelsredakteur oder sonst etwas des „Vorwärts“ wäre? Soviel Hochachtung aber die andern Parteien vor sich haben, soviel sollten wir Sozialdemokraten uns allermindestens zutrauen. Es ist geradezu eine Infamie, der Sozialdemokratie zuzutrauen, daß sie mit Redakteuren feindlicher oder der Verbummung dienender Blätter zusammenarbeiten soll.

Braun hat mich durch die Art und Weise seines Vortrags, durch die erregten Entgegnungen auf nicht gefallene Zwischenrufe an die Theresie Humbert erinnert. (Heiterkeit.) Ich habe bei ihm nur den Dosenknopf bemerkt. (Große Heiterkeit.) Nicht einen Dosenknopf haben Sie zur Erhärtung Ihrer Beschwerden über die Einschränkung der Meinungsfreiheit vorbringen können. Hier soll offenbar unter dem Vorwand, der Meinungsfreiheit eine Gasse zu bahnen, die Meinungsfreiheit in der Partei unterdrückt werden zu Gunsten derer, die sich bürgerlichen Parteien annähern wollen. Das sind diejenigen, die glauben, die Revisionisten zu sein; sie sind aber nur die Genasführten der bürgerlichen Parteien. Genosse Braun sprach von Spaltung, man kann aber „spalten“ in verschiedener Art. Seitens der Regierung und eines Teils der bürgerlichen Klassen wird einmal dadurch zu spalten gesucht, daß man nur einer bestimmten besser situierten Klasse von Arbeitern, einem neuen Mittelstand oder auch weiteren Klassen keine Konzessionen macht. Die Gegner können ferner durch Geld oder Lobsbehebungen Spaltungen versuchen. Wenn die sogenannten „Revisionisten“ immer wieder in der bürgerlichen Presse als die geistigen Größen gepriesen, die andern dagegen als ausgesprochene Dummköpfe bezeichnet werden, so ist leider auch einigen Parteigenossen der Rest von Eitelkeit noch nicht so weit geschwunden, daß sie sich dadurch nicht einfangen ließen. (Sehr richtig.) In der „Zukunft“ hat Bernhard übrigens nicht nur Artikel über den Handel, sondern auch politische Artikel geschrieben. Bei der „Welt am Montag“ war er früher hin und wieder einmal gezwungen, selbst verantwortlich zu zeichnen. So hat er verantwortlich gezeichnet die Nummer vom 14. Oktober 1901, worin es von Birchow heißt: „Wir, die wir mit ihm nach wie vor unerschütterlich auf dem Standpunkte stehen, daß nur der Liberalismus im alten, echten Sinne die Welt erlösen kann, wir, die mit ihm die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der heute noch herrschenden sozialistischen Erwartungen teilen, wir können seine Stellung wohl verstehen.“ (Bernhard ruft: Der Artikel ist von Dr. Franz Oppenheimer unterzeichnet!) Ja, Sie haben diesen Artikel des Dr. Oppenheimer verantwortlich vertreten, weil Sie zeichnen mußten aus Anlaß einer Erklärung; die notwendig geworden war wegen eines früheren Artikels, den Sie ebenfalls in der „Welt am Montag“ abgelagert hatten und den Ihnen kein sozialdemokratisches Blatt hätte abnehmen dürfen wegen seines rein persönlichen Charakters. Man sieht also, sie kommen früher oder später in die Verlegenheit, entgegen den Parteiprinzipien handeln zu müssen. Sie mußten verantwortlich zeichnen, weil von ihnen in der Nummer eine Erklärung stand, durch die Sie veranlassen wollten, daß Sie angeklagt würden wegen des „Gemeindefumpf“-Artikels. So stimmt es doch? In der „Welt am Montag“ standen dann die Artikel von „Gello“, d. i. Herr v. Gerlach — ich weiß nicht, wo er jetzt steht. (Heiterkeit.) Erst war er Christlichsozial, wurde dann Nationalsozial, dann beinahe Mitglied der Freisinnigen Vereinigung. (Heiterkeit.) Nun, solche Wandlungen werfe ich niemand vor, aber in diesen Artikeln wurde fortwährend auf eine Reihe von Genossen herumgeschimpft, so auf den Behngebote-Hoffmann im Gegensatz zu Heine. Heine ist natürlich immer der Kavalier (Heiterkeit), während Hoffmann seine ganze Bedeutung der „volksverblödenden Schundliteratur“ verdanken sollte, die in seinem Verlag erscheint. Heine und Bernstein werden in dem Artikel gelobt. Alle anderen sind ganz dumme Kerle. Daß Herr v. Gerlach mich besonders ins Herz geschlossen hat und meint, ich wolle die Meinungsfreiheit wie ein Papst unterdrücken, hat mich sehr gefreut. Ich hätte ein Lob von jener Seite sehr unangenehm empfunden. Hier, in der „Welt am Montag“, wurde also immer auseinander gelobt; ich weiß nicht, ob der eine oder andre Artikel von Ihnen geschrieben ist (zu Bernhard), ich traue es Ihnen zu. Wenn aber die Genossen draußen hören, Heine sei mit Bernhard bekannt, so müssen sie sich doch sagen, daß diese Auseinanderlobung ein noch viel bedenk-

höheres Gefühl erhält und daß eine ganze Reihe intimer Dinge durch solche Beziehungen bekannt werden können. Ich habe objektiv dargelegt, weshalb solche Genossen keine Vertrauensstellungen bekleiden dürfen. Viele Wählkreise würden Bernhard und so weiter den Stuhl vor die Tür gesetzt haben. Aber das verlangt nicht einmal der Parteivorstand. Seine Entscheidung bedeutet das mindeste, das im Interesse einer Vermeidung einer inneren Spaltung erforderlich ist. Solchen Duffiders muß einmal deutlich erklärt werden, daß ihr Benehmen gegen die Parteicheure verstößt. Deshalb bitte ich dringend, diesen Vorstandsbefehl anzunehmen. (Bravo!) Der heute von Pfannkuch verlesene Brief muß selbst den Vertrauensduseligsten überzeugen, daß jene etwas ganz anderes wollen, als was die Sozialdemokratie bisher wollte: Sie sind eins mit der „Zukunft“, der „Morgenpost“ und was sonst an vorkämpfenden „Unparteilichkeit“ uns gegenübersteht. Sie haben selbst erklärt, daß sie die Moral mit dem doppelten Boden haben; dem dummen Volke gegenüber soll nur so getan werden, als ob wir alles für richtig erachteten — (Zuruf Bernhards) ich nehme an, daß der Artikel so bekannt ist, daß Sie (zu Bernhard) froh sein sollten, wenn ich ihn hier nicht verlese (Zuruf: Verlesen Sie ihn doch wirklich!), für den einzelnen aber gelte die Jesuitenmoral: der Zweck heiligt das Mittel. Das wird dort in eifrigster Weise als das Wesen der sozialdemokratischen Taktik hingestellt. So etwas wollen und dürfen wir uns nicht gefallen lassen! (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Diskussion vertagt.

Singer: Genosse Victor Adler hat zu einer persönlichen Erklärung ums Wort gebeten, da Braun in seinem Vortrag ihn mit Namen erwähnt hat. Wir sind es unstrem lieben Gast schuldig, ihm die Möglichkeit zu geben, das zu erklären, was er für notwendig hält. (Allseitige Zustimmung.)

Victor Adler-Wien: Ich bedauere es außerordentlich, in dieser Diskussion das Wort nehmen zu müssen. Da aber Braun mich ausgerufen hat, so muß ich sprechen, zumal es sich um eine Sache handelt, die in Oesterreich passiert ist. Liebknecht hat wirklich in der „Fackel“ eine Reihe Artikel veröffentlicht, die uns unangenehm waren; es handelte sich nicht allein um den Drehfus-Prozess, sondern es war auch ein Artikel über die Döbstruft in Deutschland dabei. Aber ich bin es Liebknecht schuldig, die Kraft des gegen ihn erhobenen Vorwurfs abzuschwächen. Eine so schwere Schädigung, wie Braun sie von diesen Artikeln für die österreichische Partei behauptet hat, war es nicht. Die „Fackel“ ist einfach eines jener Blätter, wie die „Zukunft“, die auf Originalitätshäckerlei und Sensation basieren und die unter dem Vorgeben, sozialistische Ueberzeugungen in bürgerlichen Kreisen verbreiten zu wollen, tatsächlich ihre Ware unter sozialistischer Marke in Arbeiterkreise und uns nahestehende Kreise zu bringen hoffen. Es haben für die „Fackel“ — wir konnten es nicht hindern, es werden uns aber die Vorgänge in Deutschland zur Warnung dienen — österreichische Parteigenossen mit ihrem vollen Namen geschrieben. Liebknecht konnte also meinen, wir hätten gegen dieses Organ keinen Einstand. (Hört! hört!) Man braucht also Liebknecht nicht so schwer damit zu belasten. Ich erlaube mir hinzuzufügen: Wenn selbst ein Mann wie Liebknecht einen Fehler begehen konnte, so ist es wohl nicht notwendig, auf den Schluss hinzuweisen, der sich für mich und für Oesterreich daraus ergibt. Wenn selbst ein Liebknecht fehlen konnte, so scheint mir das kein Argument dafür zu sein, daß eine richtunggebende Regel für die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht aufzustellen sei. (Sehr richtig.)

Singer teilt mit, daß Genosse Jensen aus Kopenhagen, der von der dortigen Gemeindeverwaltung zu den Verhandlungen des Städtetages delegiert war, seine Begrüßung des Parteitagess schriftlich fixiert hat, da er Dresden bereits wieder hat verlassen müssen. Außerdem sind wieder eine große Anzahl Begrüßungs-telegramme eingegangen, darunter von den Budapester revolutionär-sozialistischen Studenten, von der Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns, der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Vertretung der Sozialdemokratie Rußlands-Polens und Litauens. — Schluß der Sitzung 7 Uhr abends.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag den 15. September. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und begrüßt den inzwischen erschienenen Genossen Dr. Studer, Schweizerischen Nationalrat, Vertreter der Schweizer sozialdemokratischen Partei.

Studer-Schweiz: Parteigenossen! Da Sie bereits mitten in Ihren Verhandlungen stehen, will ich Sie nicht lange aufhalten; aber die herzlichsten Grüße und aufrichtigsten Wünsche möchte ich Ihnen im Namen der Schweizer sozialdemokratischen Partei übermitteln. Aus dem Fernbleiben von Schweizer Vertretern von Ihren letzten Parteitagen könnten Sie vielleicht schließen, daß wir in der Schweiz kein Interesse an Ihrer Arbeit nähmen. Um diese Ansicht nicht aufkommen zu lassen, hat mich die schweizerische Parteileitung hierher entsandt, und es freut mich, gerade in Dresden, der Hauptstadt Sachsens, das Sie bei den letzten Reichstagswahlen so glänzend erobert haben, Sie begrüßen zu können. Wir in der Schweiz haben Ihren Wahlkampf mit der größten Spannung verfolgt, als ob es unser eigener Kampf gewesen wäre. Diese Wahlen waren für uns ein höchwichtiges Ereignis, vom internationalen Standpunkt aus. Denn wo haben wir größere Aussicht, daß unsere Forderungen verwirklicht werden können, wo haben wir eine sicherere Friedensgarantie gegenüber dem Militarismus und den enormen Rüstungen, als in den drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen Deutschlands? Ihr Wahlsieg hatte aber auch unmittelbare Bedeutung für uns Schweizer Genossen. Der Einfluß der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands auf unsere Parteiverhältnisse ist viel größer als auf die anderer Länder. Hat sich doch ein großer Teil der deutschen Arbeiterbewegung auf Schweizer Boden abgespielt und ist doch umgekehrt die Schweizer Arbeiterbewegung in ihren Anfängen ein Teil der deutschen gewesen. In der Schweiz haben hervortragende deutsche Sozialdemokraten gelebt; das Zentralorgan hat während der Zeit des Sozialistengesetzes bei uns eine Zukunft gefunden und der „Sozialdemokrat“ ist in vielen tausend Exemplaren über die Grenze nach Deutschland gebracht worden. In der Schweiz macht ja die Sozialdemokratie nur langsam Fortschritte, aber wir wollen in gleichem Schritt und Tritt mit Ihnen als gute Kameraden für die gemeinsamen Ziele kämpfen. (Beifall.) Wir haben erst sieben Abgeordnete, Sie sieben Duzend, und diese sieben Duzend werden uns nicht schlafen lassen. Es geht auch bei uns vorwärts und wir werden, wie ich hoffe, immer mehr brauchbare Vertreter der internationalen Sozialdemokratie werden. (Lebhafter Beifall.)

Singer verliest eine Reihe von Glückwunschtogrammen, u. a. von 20 000 in Brinn bei einer Versammlung für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht versammelten Arbeitern und dem allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission

Gruenwaldt-Hamburg: Es sind 320 Teilnehmer am Parteitag vorhanden, darunter 263, die Mandate von Genossen in Händen haben, und 57, die als Reichstags-Abgeordnete, Kontrolleure, Mitglieder der Redaktion des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, kurz auf Grund des Organisationsstatuts das Recht zur Teilnahme haben. Die Genossin Lily Braun läßt sich entschuldigen; sie ist durch Krankheit eines Kindes am Erscheinen vorläufig verhindert. Der Kommission lagen verschiedene Proteste vor. Ein Protest aus Düsseldorf verlangt, daß die Mandate der Genossen Grimpe und Kemper für ungültig erklärt werden. In Düsseldorf sind zwei Strömungen vorhanden; es giebt dort ein lebhaftes Parteigegent. Der Protest macht geltend, daß die beiden Delegierten in einer Mitglieder-versammlung des sozialdemokratischen Vereins gewählt worden seien und nicht in

einer allgemeinen Parteiverammlung, zu der auch die Parteigenossen Zutritt gehabt hätten, die, ohne Mitglieder des Wahlvereins zu sein, doch für die Partei tätig sind und Sammelkassen vertreiben. Am 17. August 1902 ist in Düsseldorf beschlossen worden, den Zutritt zu Parteiverfassungen allen denen zu gestatten, die Gelder zu Parteizwecken sammeln oder eine agitatorische Tätigkeit entfalten. Ein späterer Beschluß hat das dahin abgeändert, daß nur organisierte Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins und solche Genossen, die durch den Besitz von Parteibüchern nachweisen, daß sie zahlende Mitglieder sind, Zutritt zu den Parteiverfassungen haben sollen. Die Mandatsprüfungskommission hat den Düsseldorfser Protest zurückgewiesen. . . (Stunde des Vorliegenden.)

Singer: Im Interesse der Klärung dürfte es sich empfehlen, zuerst über die unangefochtenen Mandate abzustimmen und dann über die Proteste im einzelnen zu verhandeln und abzustimmen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

314 Mandate sind unangefochten.

Sie werden einstimmig für gültig erklärt.

Grünenwaldt-Hamburg: Die Kommission beantragt, die Mandate für Grimpe und Kremser für gültig zu erklären, da sie durchaus richtig zu stande gekommen sind. Die Organisation ist allein maßgebend.

Der Parteitag erklärt hierauf die Düsseldorfser Mandate für gültig.

Grünenwaldt: Ein zweiter Protest liegt aus Posen vor gegen die Wahl des Genossen Gogowski und der Genossin Luzemburg als Delegierte, weil sie in einer Versammlung gewählt worden sind, zu der nicht alle Genossen geladen waren. Die Kommission beantragt, beide Mandate für gültig zu erklären, da es bei den eigenartigen Verhältnissen in Posen nicht möglich war, die Wahl anders zu vollziehen.

Der Parteitag erklärt die beiden Mandate für gültig.

Grünenwaldt: Genossen aus Danzig protestieren gegen die Wahl des Genossen Schwarz, der im Besitze von zwei Mandaten ist, das eine für den Wahlkreis Graudenz-Strasburg, das zweite für den Wahlkreis Thorn. Die Kommission beantragt, das Mandat für Graudenz für ungültig zu erklären, weil es von Leuten herrührt, die zur Ausstellung eines Mandats nicht berechtigt waren. Schwarz erklärt, daß später noch eine Versammlung im Kreise stattgefunden habe und daß dort seine Wahl in ordentlicher Weise vollzogen worden sei. Hierfür fehlt aber noch der Nachweis; wird er erbracht, so könnte später noch das Mandat für Graudenz für gültig erklärt werden. — Das Mandat für Thorn hat die Kommission für gültig erklärt, obgleich auch hier gewisse Bedenken vorliegen.

Der Parteitag erklärt hierauf das Mandat des Genossen Schwarz für Graudenz für ungültig, für Thorn aber für gültig.

Grünenwaldt: Weiter lag ein Protest vor gegen das Mandat der Genossin Jung vom Niederbarnimer Kreise. Die Kommission beantragt, dies Mandat für gültig zu erklären, spricht aber den Wunsch aus, daß die Frauen mehr mit der Organisation der Männer Hand in Hand arbeiten und von dem Rechte, selbständig Delegierte auf den Parteitag zu schicken, nicht in rigoroser Weise Gebrauch machen möchten.

Freiwaldt-Niederbarnim: Die Genossen in Niederbarnim haben das Mandat der Genossin Jung angefochten, weil die Art und Weise, wie es zu stande gekommen ist, bisher nicht üblich war. Das Mandat ist nur von einem Bezirksführer unterschrieben und die zusammengestoppelte Versammlung war nicht als Kreisversammlung einberufen. Wenn das in Zukunft so weiter geht, damit können ja aus den 120 Orten unseres Kreises vielleicht 120 weibliche Delegierte herbeikommen. (Heiterkeit.) In Anbetracht der wirklich schwachen Organisation der Frauen in unserem Kreise will ich mich aber dem Antrage der Kommission anschließen in der Hoffnung, daß in Zukunft solche Proteste nicht mehr nötig sind.

Frau Jhrer: Wir haben nichts anderes getan, als daß wir uns auf den Boden der uns durch das Organisationsstatut der Partei verliehenen Rechte gestellt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ueber diesen Rahmen sind wir nicht hinausgegangen. Die Genossen von Niederbarnim sollen nicht denken, daß die Frauen nur zur Arbeit gut sind, von der Repräsentation aber ausgeschlossen bleiben müßten. Da im Niederbarnimer Kreise keine Frau als Delegierte vorgeschlagen wurde, hatten wir das gute Recht, zu wählen. Was den Besuch der Versammlung betrifft, in der Genossin Jung gewählt wurde, so wird frehwalbt ja wissen, daß die Männer-Versammlungen auch nicht besser besucht sind. Die Anfechtung ist so kleinlich, daß die Kommission ohne weiteres das Mandat für gültig erklärt hat. Ich bitte Sie, das Gleiche zu tun. (Beifall.)

Der Parteitag erklärt das Mandat der Genossin Jung für gültig.

Grünenwaldt: Der Kommission war ein Mandat des Genossen Bernhard aus Breslau-Land unterbreitet. Das Mandat ist so zu stande gekommen, daß 21 Unterschriften in Breslau-Land gesammelt worden sind, die der Vertrauensmann abgestempelt hat. Die Motivierung ist beigelegt, daß in Breslau-Land kein Versammlungslokal sei, wo die Wahl hätte vorgenommen werden können. Die Kommission hat festgestellt, daß in Neumarkt im Kreise Breslau-Land eine eigne Organisation der Parteigenossen besteht und daß dort die Versammlung hätte abgehalten werden können. Aber abgesehen davon: Breslau-Land liegt um Breslau herum. (Große Heiterkeit.) Was ich eben gesagt habe, bezweifeln Sie doch nicht. (Erneute Heiterkeit.) Auf dem Lande um Breslau herum haben die Genossen kein Versammlungslokal, während der Wahlzeit gingen sie nach Breslau und hielten dort eine Versammlung ab. Das wäre auch jetzt möglich gewesen, wenn man einen Delegierten nach dem Parteitag schicken wollte. Die Kommission rügt, wie solche Wahlen gemacht werden; sie sieht die Wahl für gemacht, für nicht mit Recht zu stande gekommen an und beantragt das Mandat für ungültig zu erklären.

Älbe-Breslau: Die Anfechtung des Bernhardschen Mandates giebt mir erwünschte Gelegenheit, auch dem Genossen Hoffmann-Berlin zu antworten, der gestern schon auf dieses Mandat angespielt hat. Der Sachverhalt ist folgender: Vor zwei Wochen traf ein Brief an den Genossen Bruhns ein, worin Bernhard sagte: Ich interessiere mich außerordentlich für diesen Parteitag, weil die Mitarbeiterfrage an bürgerlichen Blättern auf ihm erörtert wird. Ich möchte Gelegenheit haben, mich auf dem Parteitage persönlich zu verteidigen. Im zweiten Wahlkreis in Berlin bin ich bei der Delegation mit 113 gegen 130 Stimmen unterlegen. — So etwa lautete der Brief. Genosse Bruhns war im Gefängnis, er konnte dem Verlangen nicht nachkommen und so ging ein Duplikat des Briefes an die Redaktion der „Volkswacht“. In Breslau war die Delegiertenwahl bereits gewesen. Da am folgenden Sonntag die Genossen im Landkreise Breslau zusammenkamen, trug ein Mitglied der Redaktion die Sache ihnen vor und fragte sie, ob sie Lust hätten, dem Genossen Bernhard eine Vertretung seiner Angelegenheit vor dem Parteitage zu ermöglichen. Mit der Frage der Mitarbeit haben wir uns nicht beschäftigt. Die Strömungen berührten uns nicht, wir wollten nur Bernhard die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. (Zuruf: Das ist auf jedem Parteitage auch ohne Mandat möglich gewesen.) Die Genossen in Breslau-Land haben eine lose Organisation mit einem Vertrauensmann an der Spitze. Erst kurz vor der Wahl haben die Genossen in Neumarkt einen Wahlverein gegründet, der 70 Mitglieder hat. Uebrigens habe ich eben einen Brief von dem Vertrauensmann aus Neumarkt erhalten, worin es heißt: Hierdurch zur Mitteilung, daß sich noch gestern zirka 50 Genossen mit der Übergabe des Mandats an Bernhard einverstanden erklärt haben. Gleichzeitig wird der Wunsch an Genossen Bernhard gerichtet, die Einführung einheitlicher Mitgliedsarten zu unterstützen. Ich erkenne das Monitum wegen der Nichtabhaltung einer

Versammlung als richtig an. Das Mandat ist aber auch so auf legalem Wege zu hande gekommen. Wird Bernhard sowieso zu seiner Verteidigung zugelassen, so ist sein Mandat erledigt.

Wolf Hoffmann-Berlin: Lööbe hat am besten gegen die Gültigkeit des Bernhardschen Mandats gesprochen. Jedenfalls haben wir alle Ursache, mit dieser Art Mandatsmacherei aufzuräumen. (Lebhafte Zustimmung.) Derartige Mandatsmacherei ist sehr bedenklich, besonders wenn man erklärt, den Genossen Bernhard gar nicht gekannt zu haben.

Gmund Fischer: Derartige Mandate sind im Laufe der letzten Jahre sehr viel ausgegeben worden. Ich habe es immer abgelehnt, jemand ein Mandat zu verschaffen, der erklärte, er wolle auf eigene Kosten zum Parteitag gehen. Ich bin auch einverstanden, daß in Zukunft solche Mandate strikte abgelehnt werden. Wenn Sie aber mit Bernhard anfangen, dann setzen Sie sich mit vollem Recht dem Vorwurf aus, daß Sie aus dem Grunde jetzt so vorgehen, weil es sich um Bernhard handelt. (Lebhafte Widerspruch.)

Singer: Ich muß es zurückweisen, wenn Mitgliedern des Parteitags andere Motive untergeschoben werden, als sie selber anführen. Ich bitte für die Folge derartiges zu unterlassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Löbe-Dreslau: Ich wollte noch hinzufügen, daß Bernhard doch nicht so unbekannt war. Er hat in Berlin, in Dresden, in Leipzig als Referent gesprochen.

Wels-Berlin: Die Mandatsprüfungs-Kommission ging von dem Grundsatze aus, daß die Zusammensetzung des Parteitages auch der Würde der Partei entsprechen muß. Genosse Hermann Werner von Berlin II hat mir mitgeteilt, daß Bernhard, als er dort durchgefallen war, erklärt hat: Um ein Mandat zum Parteitag ist mir nicht bange. Das kann ich jederzeit haben! (Lebhafte Aufse: Hört! hört! Wibel ruft: Parteimoral! Große Feiterkeit.) Ja, das ist wirklich eine merkwürdige Parteimoral, sich durch Weitemschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft ein Mandat zu verschaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hoffmann-Berlin: Es handelt sich bei dem Mandat Bernhards doch nicht bloß darum, daß er sich hier verteidigen soll; er hat damit doch auch bei allen andren Fragen Stimmrecht und kann sich an der Debatte beteiligen. Die Genossen von Breslau-Land wissen ja aber gar nicht, welcher Ansicht Bernhard in den strittigen Parteifragen ist. Vielleicht sind sie gegenteiliger Meinung. Dann aber würde der Wille des Wahlkreises verälscht zum Ausdruck kommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Bernhard-Berlin: Ich will nicht für mein Mandat sprechen, sondern nur den persönlichen Vorwurf zurückweisen, daß ich mir durch Weitemschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft das Mandat verschafft hätte. Wenn einer in der Partei keine Weitemschaft hat, dann bin ich es. Es wird behauptet, ich hätte gesagt: Ach, ein Mandat, darum ist mir nicht bange. Genosse Wels ist falsch unterrichtet. Ich glaube, er meint folgendes: Ich habe seiner Zeit erklärt, daß ich mich um ein Mandat nach Dresden bewerben würde, daß ich es aber für einen Bruch der Organisation hielte, wenn ich mit diesem Wunsch nicht zunächst an meinen Kreis treten würde. Durch eine unglückliche Verkettung der Umstände konnte das erst in der Parteiversammlung geschehen, in der die Delegierten gewählt wurden. Dort habe ich eine große Minorität auf mich vereint und bin nur mit 17 Stimmen Differenz unterlegen. Dann habe ich allerdings geglaubt, daß ich mich um ein Mandat in einem Kreise bewerben könnte, von dem ich annahm, daß er mit meinem Wesen und meinen Schriften nach kamte. (Unruhe.)

Seeger-Leipzig: Bernhard hat in Leipzig nicht in einer Parteiversammlung, sondern in einer öffentlichen Volksversammlung über Krach und Krise gesprochen. Wenn man einmal in einer Volksversammlung gesprochen, hat man nicht die Berechtigung, sich um ein Mandat zu bewerben.

Berner-Berlin II: Wie üblich, haben auch in meinem Kreise die tätigen Genossen eine Vorbesprechung über die Delegation gehabt. Die Vorgeschlagenen wurden dann von der Versammlung auch gewählt. Bernhard hatte keine Aussicht, von den tätigen Genossen gewählt zu werden. Er hat sich an unsern Abgeordneten Fischer gemandt mit der Frage, ob er nicht für den 2. Wahlkreis als Delegierter nach Dresden gehen könne, er sei bereit, die Kosten aus eignen Mitteln zu tragen. (Hört, hört!) Fischer legte uns die Frage vor, wie sich die Genossen dazu stellen würden. Ich erwiderte, die Genossen würden schon aus dem Grunde ablehnen, weil sie es für verwerflich hielten, die Kosten eines Mandats aus eignen Mitteln zu decken. Persönlich hatte ich gegen Bernhard nichts. Wenn er aber gewählt würde, dann würde er mit seinen Anschauungen in Widerspruch zu den Anschauungen der Genossen des zweiten Kreises geraten. Fischer hat Bernhard, wie ich vermutete, von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt. In der beschließenden Versammlung war keine Kontrolle, wer Parteimitglied ist. Es haben sich nun ein Teil Genossen eingefunden, die Bernhard vorgeschlagen und für ihn gestimmt haben. Er bekam 118 Stimmen, die übrigen Gewählten 170 bis 178. Die geringe Stimmzahl erklärt sich dadurch, daß die Versammlung bis nach 1 Uhr gedauert hat und die Hälfte der Teilnehmer vor der Abstimmung gegangen war. Auf dem Rückwege erklärte nun Bernhard: Trotzdem ich abgelehnt bin, gehe ich doch zum Parteitag: Ich werde zu Auer gehen. (Hört! hört! und Bewegung.) Im Anschluß daran frage ich Auer: Ist es wahr, daß Auer derartige Mandate vermittelt oder ausstellt? Ich zweifle daran, ich nehme an, daß Bernhard nur renommiert hat. Ich stelle aber die Frage, damit Auer antworten und verhindern kann, daß ein Verdacht auf ihn fällt. Sonst wären wir gezwungen, bestimmte Anträge zu stellen, damit nicht die Mandate an Meistbietende verkauft werden. (Unruhe und Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Engler-Freiburg damit begründet, daß die letzten Redner sich über die Gültigkeit des Bernhardschen Mandats gar nicht geäußert hätten, und den Wibel damit bekämpft, daß Auer auf jeden Fall sprechen müsse, wird abgelehnt.

Fischer-Dresden: Ich wollte dem Parteitag nicht vorwerfen, daß er nach dem Motiv entscheiden würde: hier handelt es sich um Bernhard; jedenfalls wollte ich das nicht sagen. Hervorheben wollte ich nur, daß leicht nach außen hin dieser Eindruck entstehen könnte. Das Mandat Bernhards will ich nicht verteidigen, aber ich erkläre, daß Hoffmann schon auf früheren Parteitagen diese Art Mandate zur Sprache gebracht hat und daß diese Mandate dann für gültig erklärt wurden. Man würde staunen, wenn jetzt aus Animosität anders entschieden würde.

Stolpe-Grünberg: Den Sachen ist am Sonntag gesagt worden, sie wären viel zu gemüht. Die Schlesier aber trifft dieser Vorwurf in viel höherem Maße, sonst wären sie nicht so freumblich gewesen, auf Befehl von Berlin aus Bernhard das Mandat zu geben. Wenn eine Versammlung statgefunden hätte, würde Bernhard das Mandat gar nicht erhalten haben. Denn die Genossen hätten sich gefragt: Warum sollen gerade wir Bernhard das Mandat geben? Es ist ja eine alte Sitte und altbekannte Tatsache, daß auf den Parteitagen Genossen, über die verhandelt wird, das Wort anstandslos erteilt wird, auch wenn sie kein Mandat haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Auer: Einen schwarzen Mann müssen wir immer haben. Augenblicklich scheint mir die Rolle zugeteilt zu sein. Jetzt soll ich bereits auch Mandate vermitteln. „Geht hin zum Genossen Auer, der wird Euch schon eins verschaffen!“ Das ist eine Nebenart, die nicht neu ist, wie manches andre nicht neu ist. Ich kann dieser Ansbildigung gegenüber nur erklären, was ich bei früheren ähnlichen Anlässen schon erklärt habe, daß ich mit Ausnahme eines einzigen Falles innerhalb der nun 24. oder 25 Jahre, wo ich der Parteileitung angegehört die

Ehre habe, noch nie ein Mandat vermittelt habe. Der einzige Fall, dessen ich mich bewußt bin, war vor einigen Jahren, wo an mich das Ersuchen gestellt wurde, einer Frau Gelegenheit zu geben, auf dem Parteitag zu erscheinen, und wo ich dem Vertrauensmann meines Wahlkreises den Wunsch der betr. Frau mitteilte und es meinen Genossen im Wahlkreise überließ, ob sie dem Wunsch dieser Frau willfahren wollten oder nicht. Und unter der Bedingung, daß die betr. Frau nach dem Parteitag in meinen Wahlkreis, der ja ein hochindustrieller ist und in dem besonders eine große Zahl von Frauen in der Textilindustrie beschäftigt ist, gehen und dort Versammlungen abhalten sollte — worauf sie einging — haben meine Wähler der betr. Frau ein Mandat zum Parteitag ausgestellt. Das ist der einzige Fall in meinem Leben, wo durch meine Vermittlung ein Parteitagmandat zu stande gekommen ist. In diesem speziellen Fall bin ich besonders überrascht, daß ein derartiges Gerücht entstehen konnte, denn das genaue Gegenteil von dem, was hier Werner als in Berlin verbreitetes Gerücht zum besten gegeben hat, ist die Wahrheit. (Vernhard: Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, daß ich direkt oder indirekt oder in einer vielleicht denkbaren Form mich für die Delegation des Genossen Vernhard ausgesprochen habe. Wie ist der Sachverhalt? Ich war in der betreffenden Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises, zu dem ich gehöre, als die Delegiertenwahl vorgenommen wurde. Wie es meine Gewohnheit ist, mich an all diesen Dingen persönlich nicht zu beteiligen, habe ich mich auch in dieser Versammlung neutral verhalten und diese Neutralität soweit durchgeführt, daß ich mich an der Abstimmung gar nicht beteiligt habe. Ich kann offen gestehen, daß ich überrascht war über die große Minorität, die für Vernhard stimmte. Den Genossen Vernhard kannte ich überhaupt nicht, oder doch nicht näher; denn ich war während der letzten Zeit sieben Monate von Berlin abwesend, verhindert durch meinen körperlichen Zustand. Von all den Dingen, die sich in der Zeit abspielten, weiß ich fast so gut wie nichts. Dann kam am andern Tage oder am zweiten Tage darauf Genosse Vernhard zu Auer nach der Kreuzbergstraße. Sie dürfen nicht veressen, daß die Adresse Auer in der Kreuzbergstraße die Firma ist für den Parteivorstand. Auer ist dort nicht allein und handelt dort nicht allein und als Privatperson, und persönlich kann ich nicht die Verantwortung übernehmen für alles, was dort möglicherweise vorgeht. Aber in diesem Falle kann ich es. Denn die Verhandlungen des Genossen Vernhard fanden nicht mit dem Genossen Auer statt, sondern mit Auer, Gerlach und Pfannkuch, also den drei Vorstandsbeamten, die bis jetzt wenigstens in der Kreuzbergstraße arbeiten. Als in diesen Verhandlungen Genosse Vernhard mit dem Wunsch nach einem Mandat an uns herantrat, war ich es vor allem, der ihm sagte: „Lieber Genosse Vernhard, tun Sie das nicht! (Vernhard: Sehr richtig!) Wenn Sie nach dem Parteitag wollen, gehen Sie hin als Privatperson, als Genosse. Ihrem Zutritt steht nicht das geringste im Wege, und wenn Sie bei bestimmten Gelegenheiten in den Kreis der Diskussion gezogen werden, wenn Ihr Name genannt werden sollte, dann haben Sie das Recht, das Wort zu erbiten und der Parteitag wird sich nicht einen Augenblick bedenken, Ihnen, wenn Sie angegriffen sind, das Wort zu verstaten. (Sehr richtig!) Ich führte weiter aus: Es ist ganz falsch, wenn Sie versuchen, irgendwo ein Mandat zu erhalten; Sie schädigen dadurch direkt Ihre Position dem Parteitag gegenüber. Denn sowie Sie als Delegierter erscheinen, wird es von gewisser Seite her gegen Sie heißen: „Ach, seht da, der Vernhard hat auch ein Mandat! Ach, nun ja, man weiß, wie solche Mandate zu stande kommen!“ (Webel: Leider!) Es ist ganz richtig, Genosse Webel... (Webel: In diesem Falle, leider!) Ich bin lange genug in der Partei, um das zu wissen und Du weißt das so gut wie ich. Aber ich lehne den Vorwurf ab, daß ich mich derartig niemals irgendwem vergangen habe. Diesen Rat habe ich Vernhard gegeben; also das gerade Gegen-

teil von dem, was behauptet wurde, ist wahr. Genosse Gerlach hat Vernhard genau dasselbe gesagt; ich glaube, auch Genosse Pfannkuch war anwesend.

So stehen die Dinge. Ich ferne Vernhard weiter gar nicht, wer ist Vernhard? Ich habe die ganze Kanonade gegen ihn als eine Kanonade gegen Spägen von der ersten Stunde an bezeichnet. Ich halte die ganze Diskussion um den Namen Vernhard für sehr überflüssig. Aber sie ist da; aber nicht als Ausfluß der Vernhardschen Tätigkeit, sondern sie geht aus ganz andren Mächten und Stimmungen hervor (Sehr richtig!), die mir wohl bekannt sind, die mich aber weiter nicht rühren. So sind die Tatsachen. Wenn in Breslau-Land von Berlin aus, wie behauptet wurde, die Delegation von Vernhard angeregt worden ist, dann geschah das jedenfalls nicht von uns. Nicht ein Federstrich ist von uns gemacht worden. Ich kann also auch dies Gerücht wieder in die Mubrik jener Gerüchte einreihen, die durch die ganze Partei gehen und die das Ergebnis einer nur seit Jahren fortgesetzten — um mich kurz auszudrücken — Hege sind. (Zustimmung.) Ich begegne dieser Hege ganz ruhig damit, daß ich ehrlich und offen erkläre: Ich habe mit der Sache nichts zu tun. (Beifall.)

Vernhard-Berlin: Ich erkläre, daß sich die Angelegenheit ganz genau so verhält, wie Auer sagt; ich glaube sogar, daß er seine Worte teilweise wörtlich zitiert hat. Wenn ich diesen Rat nicht befolgt habe, so tut mir das jetzt leid, nicht um meinertwillen, sondern weil dadurch Auer gezwungen wurde, sich gegen einen so schmählischen Verdacht zu verteidigen.

Hofmann-Potowawes: Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß solche Sachen immer auf das persönliche Gebiet hinübergespielt werden. Es handelt sich hier nicht um die Person Vernhards — er ist uns als Person vollständig lust —, sondern darum, zu verhindern, daß auf solche Weise Mandate zu stande kommen. Es ist das ein ganz vereinzelt dastehender Fall; daß es anständig ist, auf solche Weise sich ein Mandat zu verschaffen, wage ich zu bezweifeln.

Die Diskussion wird hierauf mit großer Mehrheit geschlossen.

Persönlich bemerkt:

Werner-Berlin: Ich habe zu erklären, daß nicht ich oder die Genossen des zweiten Berliner Wahlkreises den Verdacht gegen den Genossen Auer ausgesprochen haben, sondern Genosse Vernhard. Nach der Erklärung Auers werden wir uns zufrieden geben.

Vernhard-Berlin (persönlich): Ich habe zu der Entstehung dieses Verdachts nicht den geringsten Anlaß gegeben. Ich habe gesagt: Ich gehe zu Auer, und ich tat das, um mich bei dem Vorstand zu erkundigen, ob es statthaft ist, eventuell an jemand wegen eines Mandates zu schreiben. (Lachen.)

Das Schlusswort hat

Gruenwaldt: Die Person Vernhards war der Kommission gleichgültig. Die nachträgliche Zustimmung, von der Löbe sprach, kann uns auch nicht ausreichen erscheinen, um das Mandat zu rechtfertigen. Die Kommission ging im übrigen ebenfalls von der Ansicht aus, daß der Parteitag in dieser Sache Vernhard das Wort verstaten werde.

Das Mandat Vernhards wird mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Singer: Ich will bei der Gelegenheit erklären, daß auch ich es als selbstverständlich betrachte, daß in dieser Diskussion dem Genossen Vernhard das Wort gewährt wird. (Zustimmung.)

Das Mandat des Genossen Fuhs-Kassel, gegen das nachträglich Protest eingelegt worden war, weil die Wahl nicht in einer allgemeinen, sondern in einer Vereinsversammlung vorgenommen ist, wird auf Antrag der Kommission für gültig erklärt; desgleichen das inzwischen eingelaufene unangefochtene Mandat des Genossen Dr. Georg Wagner in Hanau.

Weiter einlaufende Mandate sollen der Kommission überwiesen werden.

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein. Die Diskussion über den Punkt „Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern“ wird fortgesetzt. Der inzwischen hierzu eingegangene Antrag 120 wird mit zur Debatte gestellt.

Ulrich-Offenbach: Die Frage der Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Blättern ist nicht neu, wir haben früher von Fall zu Fall dazu Stellung genommen. Diesmal ist die Debatte hervorgerufen durch das, was einige Genossen in gegnerischen Blättern veröffentlicht haben. Man spricht allerdings von einer parteilosen Presse, aber ich halte diese für viel gefährlicher als die gegnerische. (Sehr richtig!) Wenn es sich bloß um ein Literatengezänk handelte, bräuchten wir uns nicht damit zu befassen; aber es handelt sich nicht um ein Literatengezänk, sondern um eine Unsitte, die sich herausgebildet hat. (Sehr richtig!) Gestern sind zwei Fragen in die Debatte geworfen. Einmal die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern und zweitens ist schmutzige Wäsche hier gewaschen worden.

Die Frage, ob es möglich ist, daß Genossen an Blättern mitarbeiten, die die Partei verdächtigen und beleidigen, muß ich entschieden verneinen, eine solche Tätigkeit ist gefährlich und forumpierend. (Sehr wahr!) Man sagt sich, wenn ein solcher Genosse mit seinem Namen ein Blatt verantwortlich zeichnet: Was, der Mann ist Sozialdemokrat und läßt es sich gefallen, daß in dem Blatt, für das er zeichnet, die sozialdemokratischen Prinzipien in so ungläublicher Weise verhöhrt und verlästert werden? (Sehr richtig!) Das ist eine Moral mit doppeltem Boden. Mit Recht wird gesagt, daß damit eine Gesinnungslosigkeit groß gezogen wird, die weder innerhalb der Partei noch nach außen hin einen guten Eindruck machen kann. Gegen diese Art der Betätigung der Parteigenossenschaft müssen wir uns entschieden verwahren.

Was den zweiten Teil der Debatte anlangt, so war er eine Fortsetzung von Diskussionen und Polemiken, die in verschiedenen Partei-Organen während des ganzen abgelaufenen Jahres und schon früher stattgehabt haben. Eigentlich tragen die berufenen Vertreter der Partei mit Schuld daran, daß wir die gestrigen Szenen erlebt haben. Wie aber die Dinge jetzt liegen, müssen wir eine Entscheidung treffen. Ich bedaure es stets, wenn irgend ein junger Akademiker, ein Doktor, den man in der Partei noch gar nicht kennt, irgendwo als Kandidat aufgestellt wird. Das bedeutet einen Mangel an Selbstbewußtsein der Genossen. (Zustimmung.) Jene, die solche Leute aufstellen, kennen vielfach ihren Charakter gar nicht, wissen nicht, ob ihre Vergangenheit Garantien dafür bietet, ob der Mann derjenige ist, für den man ihn gehalten hat. Das, Genossen, ist es, was wir im Auge behalten und wonach wir unsere Entscheidung treffen müssen. Der Parteivorstand sucht den Möglichkeiten, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet haben — denn es ist falsch, daß erst im letzten Jahre solche Zustände hervorgetreten sind — beizukommen durch seinen Ihnen unterbreiteten Vorschlag. Ich glaube nicht, daß dadurch die Mißstände beseitigt werden, ich fürchte, wir werden uns damit noch öfter beschäftigen müssen und hätte deshalb lieber eine schärfere Fassung gewünscht, durch die wirklich das erreicht wird, was der Parteivorstand zu erreichen für notwendig hält. Ich habe mir alle Anträge daraufhin durchgesehen, aber höchstens der Antrag 16 hat vielleicht eine schärfere, präzisere Form. So außerordentlich viel Wert lege ich allerdings nicht darauf, ob wir den Antrag 7 oder den Antrag 16 annehmen. Es kommt darauf an, daß dem Parteivorstand Gelegenheit gegeben wird, das Aufsichtsrecht über die Presse in wirksamer Weise auszuüben. Insofern sollten wir meiner Meinung nach dem Antrag 16 den Vorzug geben. Ich will mich auf die Einzelheiten nicht einlassen, ich will nicht die gestrigen Debatten fortsetzen. Die Soupergeschichte wäre besser nicht erzählt worden. Sie stand gar nicht im Zusammenhang mit der Sache. Warum wirft man solche Dinge in die Öffentlichkeit

Zeit, über die die Gegner allerlei Variationen natürlich nicht unterlassen werden? Unser alter, bewährter Genosse Webel wird manchmal mit schwerem Unbark dafür gelohnt, daß er gewisse Akademiker in die Partei hineinbrachte; wir haben alle Ursache, uns gegen das Eindringen von Leuten zu wehren, deren Charakter wir nicht kennen. (Sehr richtig!)

Man hat scherzweise gesagt, man wolle eine Zeit lang warten mit der Verwendung von Akademikern zu Vertrauensposten. Aber die meisten Parteigenossen warten eben damit nicht, sie nehmen solche Leute zu Kandidaten, weil sie glauben, mit ihnen mehr Stimmen zu bekommen usw. Ich erinnere nur an unseren alten Freund Wegner (Sehr richtig!), der zu den verdienstvollsten der Partei gehört und der während des Sozialistengesetzes mit in der vordersten Reihe gestanden hat. Gegen ihn haben Dinge hinter den Kulissen gespielt, die geradezu unbearbeitbar waren. Unehliches erleben wir häufig in andren Kreisen; (Auf: Weus!) altbewährte Genossen, die von der Pike auf gedient haben, werden beiseite gesetzt (Webel: Sehr wahr!) wegen außerordentlich fraglichen Personen, deren Charakter man nicht kennt. Das muß einmal gründlich ausgesprochen werden. Solche Leute können unter Umständen besser reden, als die bewährten Genossen, wenn aber die Sache ernst wird, so stehen sie nicht ihren Mann. Es wird ja unvermeidlich sein, bei der Vizepräsidenten-Frage noch einmal auf die Befragung der höchsten Vertrauensposten der Partei zurückzukommen. Wir müssen dahin wirken, daß der Parteivorstand die Möglichkeit hat, solche Genossen, deren Charakter unbekannt und schwankend ist, von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Natürlich je größer die Partei wird, desto schwerer wird es sein, alle parteigenössigen Literaten bei uns zu beschäftigen. Dagegen, daß sie sich wo anders ihr Brot suchen, ist nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß sie in die vordersten Reihen gestellt werden. (Sehr richtig!) Diese Zweifels-Theorie ist unmöglich (Sehr wahr!), man kann nicht auf der einen Seite Sozialdemokrat sein, auf der andren Seite ein Blatt verantwortlich zeichnen, das uns angreift. (Sehr richtig!) Offen gesagt, sehe ich das als Gefährliche an, ich begreife nicht, wie jemand, der Sozialdemokrat sein will, Artikel zeichnen kann, in denen wir angegriffen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Aus Achtung vor sich selbst (Sehr richtig!), aus Tatkgefühl (Sehr richtig!) sollte man so etwas unterlassen. Will jemand ein solches Blatt zeichnen, so mag er es tun, aber nicht als Parteigenosse. (Zustimmung.) Es ist gar nicht abzusehen, wohin solche Zustände führen sollen. Wenn die Kontrolleure mit Stimmengleichheit den Ausschluß Wertholds abgelehnt haben, so ist das schon ein Beweis dafür, daß wir es nicht bloß mit einer Tatklosigkeit zu tun haben, sondern daß man das Gefühl hatte, daß hier eine direkte Schädigung der Partei vorlag, gegen die wir uns wehren müssen. (Sehr richtig!) Nehmen wir deshalb den Antrag 16 an, zum mindesten aber die Resolution des Parteivorstandes. Ich glaube ja nicht, daß dadurch die Mißlichkeiten beseitigt werden, im Gegenteil, wir werden dadurch zu neuen Konstellationen kommen, aber immerhin bedeutet diese Resolution doch einen Anfang. Es wird sich ja zeigen, inwiefern dieses Instrument geeignet und brauchbar ist, um Vorgänge wie die Fälle Werthold und Bernhard zu vermeiden. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Quard-Frankfurt a. M.: Einen wie traurigen Eindruck muß doch die gestrige Debatte auf die Zuhörer gemacht haben! Nach dem Dreimittelnstief hatten wir nichts andres zu tun, als die ungläublichen Ungelichlichkeiten von Heinrich Braun und andren anzuhören. (Sehr richtig!) Ich unterschreibe noch nicht einmal das, was die Genossin Zeitlin, der ich im übrigen beipflichte, über den Sturm im Glase Wasser gesagt hat; nein, es handelt sich nicht einmal um einen Sturm im Glase Wasser, sondern um viel weniger, um eine Berliner Pfütze, möchte ich beinahe sagen. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Arbeiter in Mitteldeutschland, in Süddeutschland und Westdeutschland kümmernten sich, soweit ich das übersehen kann, so wenig darum, daß sie die Angelegenheit nicht

einmal der Erörterung in einer einfachen Parteiverammlung für wert hielt er (Sehr richtig!), geschweige denn, daß man es für möglich gehalten hätte, daß diese Frage hier in dieser Art den Beginn unserer Verhandlungen nach dem glänzenden Erfolg vom 16. Juni bilden könnte. (Sehr wahr!) Das Wort vom Literatengezänk trifft mindestens der Form nach zu. Ich möchte sagen, es ist ein elendes Berliner Literatengezänk, dem man aus dem übrigen Deutschland nichts Ähnliches an die Seite stellen kann. Was Kautsky gestern zur Bemerkung der Braunischen Polemik gesagt hat, ist ja richtig, aber auch noch nicht scharf genug. Er meint, der Zank erinnere an Majestätsbeleidigungsanzeigen, die feindliche Nachbarn nach Jahren einbringen. Unlautere Absichten will ich dem Genossen nicht vorwerfen, aber die Sache ist schlimmer, sie erinnert an die berüchtigten Polizei-Aufsicht, man geht einem Genossen, der einmal Fehler begangen hat, nach bis in seine ersten Lebensjahre. (Sehr richtig!) Daß man einen solchen Weg einschlägt, hätte ich allerdings nicht für möglich gehalten, gerade von der Seite, von der es geschieht ist. Daß man nicht scharf genug Stellung gegen die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse nehmen kann, darin sind wir in unserer großen Mehrheit einig, und daß wir die Analogien mit früheren Fällen auszusprechen haben, ergibt sich schon daraus, daß wir jetzt unter ganz andren Verhältnissen leben als in jener Zeit. Wenn auf die Mitarbeiterschaft von Kautsky und Liebknecht an bürgerlichen Blättern Bezug genommen wird, so übersieht man, daß damals Ausnahmeverhältnisse bestanden, und man vergißt, daß heute auch die liberale Presse in der Hauptsache nur der journalistische Ausdruck des bürgerlichen Verfalls und der Reaktion ist. (Sehr richtig!) Braun sagte: Wir müssen uns der gegnerischen Presse bedienen, aber wir dürfen ihr nicht dienen. Wenn ich mich aber in den Sold einer gegnerischen Machtorganisation begeben, so bediene ich mich nicht ihrer, sondern ich diene ihr. (Wehe!; Sehr richtig!) Deswegen trifft auch der Vergleich mit Reden von Parteigenossen in gegnerischen Versammlungen nicht zu. Was die „Zukunft“ anlangt, so begreife ich nicht einmal, wie ein bürgerlicher Liberaler, geschweige denn ein Sozialdemokrat, an diesem Organ mitarbeiten kann. Als Harden die „Zukunft“ begründete, bekam auch ich eine Aufforderung zur Mitarbeit. Ich schrieb Harden dem Sinne nach zurück: „So lange Sie Stiefel- leder von Wisnawski sind, bedanke ich mich für die Mitarbeiterschaft!“ (Heiterkeit und lebhaftige Zustimmung.) Ich habe darauf nie eine Antwort von Harden erhalten, auch keine erwartet. (Heiterkeit.) Es läuft bei dieser ganzen Frage auch eine unbegreifliche Ueberschätzung der bürgerlichen Presse mit unter. Wenn Braun seine Meinung, daß die „Frankf. Ztg.“ das beste deutsche Blatt sei, einmal in einer Frankfurter Parteiverammlung wiederholen wollte, so würde er wohl eine sehr wenig höfliche Antwort bekommen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Auch ich würde kein Bedenken tragen, die „Frankfurter Zeitung“ unter uns Journalisten technisch als eine gut organisierte bürgerliche Zeitung zu bezeichnen. Sachlich aber ist die „Frankfurter Zeitung“ aufs eifrigste bestrebt, mit einer Verständnislosigkeit sondergleich das Auseinanderloben der Sozialdemokratie zu betreiben (Sehr richtig!), ganz geschweige von der unfählich gewöhnlichen Haltung, die die „Frankfurter Zeitung“ in den Frankfurter sozialistischen Totalangelegenheiten einnimmt und auf die Sie auswärts nicht so achten können. Wir in Frankfurt haben es des halb als einen Schlag ins Gesicht empfunden, daß zur Zeit der belgischen Revolution Wanderbelbe sich dazu hergab, zwei Feuilletons in der „Frankf. Ztg.“ über diese Bewegung zu veröffentlichen.

Noch ein Wort über die Frage der Akademiker. Wenn gesagt wird, die Akademiker wollen Karriere machen, so gehören doch dazu zwei: der Akademiker, der sich hinstellen läßt, und die Genossen, die ihn hinstellen. Es muß doch wohl gesagt werden, daß letztere auch vielfach noch einer demokratischen Erziehung bedürftig sind. (Sehr gut!) Wenn ein Sozialdemokrat bei uns anfängt, einzutreten mit Artlein: „Wie ich Sozialdemokrat wurde“ (Sehr gut!) oder wenn er

gleich seine ganze Lebensgeschichte veröffentlicht und mit dieser Prävention zu uns kommt, so ist für mich eigentlich der Fall von vornherein erledigt. (Sehr richtig!) Ein Akademiker, der zu uns kommt, hat sich zunächst ganz still in Reich und Glied zu stellen und in den schwierigsten Positionen mitzufämpfen. (Bravo!) Hier ist sogar der Parteivorstand von gewissen Unterlassungsünden nicht freizusprechen. Warum giebt er solchen Leuten nicht mehr Gelegenheit zu Arbeitsstellen statt zu Ehrenstellen? Warum fordern die Parteigenossen solche Akademiker nicht auf, allerlei notwendige literarische Parteiarbeiten zu machen? Es machte zum Beispiel einen eigentümlichen Eindruck, wenn Pfannkuch sagte, sie hätten Not gehabt, Manuskript für die Wahlflugblätter zu bekommen. Ei der Tausend! Warum giebt man nicht den Schriftstellern, die zu uns kommen, in dieser Richtung zu arbeiten? (Heiterkeit und Sehr gut!) Warum hat man, nachdem der Parteitag in München vorbereitende Arbeiten gewünscht hat, nicht z. B. einen Genossen sämtliche kommunal-Programme unserer Parteigenossen in ganz Deutschland zusammenstellen lassen? Mit Arbeiten über die Agrarfrage steht es ebenso. Die Art und Weise, wie der Vorstand die Sache erledigen will, gefällt mir allerdings auch nicht. Diese Kaufkuponparagrafen, die er formuliert hat, sind vor dem demokratischen Prinzip absolut nicht haltbar. Es ist zu dehnbar, was „geschäffige und hämische Kritik“ ist. Bei der Formulierung dieser Paragrafen scheint dem Vorstände die bewährte Kraft des Genossen Kuer gefehlt zu haben. Wenn Pfannkuch mit einem gewissen Stolz den Brief Calwers erwähnt hat, so frage ich doch: Hat etwa Calwer damit den Vorstand ein wenig frozeln wollen? (Heiterkeit.) Der Partei-Schriftsteller muß sich also beim Vorstände das Placet dafür holen, daß seine Mitarbeit am „Arbeitsmarkt“ nicht ansüßig ist! Damit befindet man sich auf einem abschüssigen Wege; man gelangt damit tatsächlich zu einer Art Inquisition und einer Index-Liste. Uebrigens siehe ich den Justrowischen Unternehmungen gar nicht so gegenüber wie der Parteivorstand; ich halte diese Zudertwasser-Sozialpolitik für eine gefährliche Schwächung, für eine Entmannung und Verweichlichung unserer Gewerkschaftsbewegung. Mir scheint der Antrag Berlin II weit den Vorzug zu verdienen vor dem Antrag Bremen und vor der Resolution des Parteivorstandes. Warum hat man sich übrigens in Berlin beschränkt zu sagen: Der Genosse kann nicht länger Referent sein? Warum haben die Genossen ihn nicht vor ihr Forum gefordert und die Sache gleich dort erledigt? Dann hätten wir den ganzen Kautsky hier in Dresden nicht gehabt; es wäre dann höchstens eine Beschwerde übrig geblieben. Der neu eingegangene Antrag, der eine zweijährige Karenzzeit für Akademiker fordert, ist ja direkter Unsinn; aber der Parteivorstand hat mit seinen Kautskybestimmungen bis zu einem gewissen Grade dazu mit Anlaß gegeben. Die ganze Frage ist eine Frage des demokratischen Instinkts — der von uns nicht von oben herab gepflegt werden kann, sondern von unten herauf. Aufgerichtete neue Gesetze-tafeln haben nur einen vorübergehenden Erfolg und verwirren nur die Sache. Stärken Sie die demokratische Bewegung von unten, indem Sie ihr nach dem Antrag Berlin II die erste Entscheidung in Zweifelsfällen geben.

Zubeil-Berlin: Genosse Quard sprach von einer Berliner Pflüze. Er wird aber doch wissen, daß diese Frage nicht eine Berliner Frage ist, es handelt sich nicht um Bernhard und Braun, sondern um ein Symptom, um eine Strömung, die seit Jahren schon darauf ausgeht, die Partei von dem traditionellen, revolutionären Boden, auf dem sie ihre großen Erfolge errungen hat, abzubringen, sie zu einer bürgerlichen Reformpartei zu machen. (Sehr wahr!) Es ist unsre Pflicht, rechtzeitig unsre Stimme zu erheben und die Gefahr abzuwenden, bevor es zu spät ist. (Sehr richtig!) Daß es sich nicht nur um eine Berliner Pflüze handelt, beweisen die vielen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands gestellten Anträge. Die Antragsteller waten doch nicht alle in der Berliner Pflüze herum. (Heiterkeit.) Wenn Quard die Annahme des Antrags Berlin II empfiehlt, so beweist er damit, daß

er die Entstehungsgeschichte des Antrags nicht kennt. (Sehr richtig!) Dieser Antrag müßte in Wirklichkeit Antrag Bernhardt heißen. (Sehr wahr!) Wenn der Antrag Berlin II angenommen würde, so würde damit der Boden für das geschaffen sein, was wir in erster Linie bekämpfen. (Sehr richtig!) Es kommt dabei nur auf den Einfluß an, den bestimmte Parteigenossen in einer Organisation haben. Deshalb muß der Antrag aufs äußerste bekämpft werden. Die Parteigenossen Berlins sind weit entfernt, die Meinungsfreiheit beschränken zu wollen. Es kommt nur darauf an, auf welchem Platze man die Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nimmt. In welche Aufregung ist doch Edmund Fischer sowohl in seinem „Armen Leufel“ als gestern hier über den Boden von Bernhardt. In der „Münchener Post“ erschien im vorigen Jahre ein Artikel über den Münchener Parteitag; in diesem Artikel kam die „Neue Zeit“ sehr schlecht weg, sie wurde außerordentlich heruntergerissen. Nur mit der Mitarbeit Mehrings an der „Neuen Zeit“ wurde eine Ausnahme gemacht (Hört! hört!), es wurde gesagt, seine Artikel machten die „Neue Zeit“ schmackhaft. Das schrieb die „Münchener Post“, an der die hervorragendsten Genossen mitarbeiten und der auch Vollmar nicht fern steht. Im vorigen Jahre war die Vergangenheit Mehrings vergessen, ich kann nicht annehmen, daß Vollmar seine Vergangenheit nicht kannte. Eigenartig ist es, daß Dr. Braun Mehring in die Partei bringt und sich dann hierher stellt und sagt, er habe ihn nicht gekannt. Auf Vollmar dürfte das doch nicht zutreffen. Ich erinnere ferner daran, daß gerade Vollmar es war, der Mehring das beste Material für seine Geschichte der Sozialdemokratie geliefert hat. Da kommt man doch unwillkürlich auf den Gedanken, daß, wenn Mehring der von uns bekämpften Richtung angehörte, niemand den Spaten genommen hätte, um das auszugraben, was vor 25 Jahren gesehen ist. (Sehr richtig!) Braun giebt an, seit 25 Jahren Parteigenosse zu sein, er muß also auch wissen, daß den Berliner Genossen die Vergangenheit von Mehring bekannt war.

Noch eine Michtigstellung gegenüber Edmund Fischer über die Fraktionsbildung, die sich mit Zeug beschäftigte. Es ist nicht richtig, daß diese Frage von Heine angeschnitten wurde (Auf: Hat Fischer auch nicht gesagt!), sondern es war Meißner, dem erst in der Diskussion Heine und andre beitraten.

Bernhardt hätte seinen Artikel in der „Zukunft“ statt „Parteimoral“ lieber „Sozialdemokratische Jesuitenmoral“ überschreiben sollen, dann wäre der Artikel besser gekennzeichnet gewesen. Man muß sich wundern, daß ein Genosse, der in der Bewegung noch nichts geleistet hat, den Mut finden kann, über die Moral der Partei zu schreiben, ein Genosse, der selbst, wie vorher ganz deutlich bewiesen wurde, nicht die geringste Moral im Leibe hat. Bernhardt hat den Artikel in Berliner Versammlungen als unschuldig hingestellt. Wenn er ein bißchen Objektivität hätte, so hätte er in dem Flugblatt, das er uns gestern unterbreitet: Dr. Franz Mehring, der Zitierlinsler, doch auch seinen Artikel mit abdrucken sollen. (Sehr gut!) So aber ist sein ganzer Artikel nur eine ausgiebige Verteiligung des Medaiteurs Harden. (W e b e l: Sehr richtig!) Dann würden die Delegierten des Parteitages heute vielleicht noch ein andres Verdict fällen (W e b e l: Sehr gut!), als wie in Unkenntnis des Artikels heute oder morgen gefällt werden wird.

Dr. Heinrich Braun tat so entrüstet über den Ullas des Parteivorstandes, der in so „schmälicher“ Weise mitten in den Wahlkampf hineingefallen sei. Ich frage die Delegierten aus allen Kreisen, ob dieser Ullas ihnen auch nur die geringsten Schwierigkeiten in der Agitation bereitet hat. Wenn uns nicht ganz andre Knüppel zwischen die Beine geworfen worden wären, so wäre der Wahlkampf ein leichterer gewesen. (Heinrich Braun ruft: Es ist unwahr, daß ich die Erklärung „schmälicher“ genannt habe.) Ihre Mitarbeit an der bürgerlichen Presse (zu Braun) und Ihre nicht allein war es, die uns im Wahlkampf draußen das Leben so sauer gemacht hat. (Sehr richtig!) Und wenn nicht Einhalt geschähe, so wird

das in Zukunft noch schlimmer werden. Ich beneide Dr. Heinrich Braun nicht, wenn derselbe, durch die Landratspresse gezwungen, seinen Wählern das genossene Menu wird vorführen müssen. Rindlich ist die Auffassung Brauns, es sei ganz dasselbe, ob ich in gegnerischen Versammlungen spreche, oder für 10 oder 20000 Leser in gegnerischen Zeitungen schreibe. Man muß sich darüber wundern, daß ein 25 Jahre in der Partei tätig sein wollender Genosse (Heiterkeit) solche Ausführungen machen kann. In gegnerischen Versammlungen gehen wir doch nur dann, wenn wir, wie in ländlichen Gegenden, keine Säle erhalten, dann wird versucht, in gegnerische Versammlungen zu gehen und dort Propaganda für unsere Ideen zu machen. Genosse Braun, glauben Sie, daß Sie durch die Artikel, die auch Sie in der „Zukunft“ ablegen, auch nur einen Gegner zu uns ziehen? Der einzige Erfolg ist, daß solche Artikel von der Landratspresse abgedruckt werden, um zu zeigen, was Geistes Kinder bei uns führende Rollen einnehmen. Dadurch wird uns der Kampf nur erschwert. (Sehr richtig!) Deshalb dürfen wir nicht pflaumenweiche Resolutionen fassen, sondern müssen deutlich sagen, daß für die, die sich nicht unterordnen können, kein Platz bei uns ist. (Sehr richtig!) Es ist schon getan, daß es für einen Teil der Genossen nicht darauf ankommt, was sie getan haben für die Partei, sondern ob sie den Dokortitel besitzen oder wenigstens Schriftsteller sind. Ist das der Fall, dann können sie schon nach kurzer Zeit die höchsten Ehrenstellen in der Partei erhalten. (Sehr richtig!) Dem muß ein Ende gemacht werden. Ein großer Teil Schuld daran tragen die Parteigenossen der Kreise selbst und auch ein wenig der Verlag des Vorwärts, betreffend Verlegung von Broschüren der kaum in die Partei geschneiten Schriftsteller und Doktoren.

Singer: Wir können jetzt nicht über die Buchhandlung Vorwärts sprechen. Das gehört zu Punkt IV der Tagesordnung.

Zubeil (fortfahrend): Dann wird die Frage später erörtert werden. Quard wies darauf hin, man könnte die Genossen, die aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommen, zunächst mit Absajfen von Flugblättern beschäftigen. Aber dann könnten wir es erleben, daß wir Flugblätter erhalten, in denen die Existenz Gottes nachgewiesen wird. (Sehr gut!) Nein, es bleibt nur ein Weg übrig: die Genossen in die Reihen der tätigen Genossen zu stellen, sie zu prüfen. Laßt Euch nicht bestechen durch einige schöne Artikel, sondern prüft, ob die Genossen auch würdig sind. (Zustimmung.) Heute stößt man die Schulter, Schneider und Tischler ab, und die Folge ist, daß das, was aufgebaut ist, wieder umgestoßen wird und daß wir von vorn anfangen müssen. Die Resolution des Vorstandes beseitigt den jetzigen Zustand nicht, es muß gründliche Arbeit verrichtet werden, damit uns in Zukunft unsere Zeit nicht wieder durch solche Debatten fortgenommen wird. Deshalb stehe ich auf dem Boden der Bremer Resolution. Es ist ein sonderbares Symptom, daß die Gegenseite, mit Ausnahme von Dr. Heinrich Braun, sich auschweigt. (Zuruf: Kommt noch! Edmund Fischer!) Edmund Fischer stand nicht ganz auf dem Boden Brauns, er sprach aus dem Gefühl heraus, aber das muß gesagt werden: kein Medner, der von unten herauf gebietet hat, könnte so ungeschickt sein wie Dr. Heinrich Braun in seinen gestrigen Ausführungen. (Zustimmung.) Ich kann Sie nur bitten, die Bremer Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Bernhardt-Berlin: Kautsky hat es so dargestellt, als ob es die herausgelassenen Akademiker wären, die in einseitig die Partei dadurch in Verwirrung bringen, daß sie in ihren Ueberzeugungen noch nicht recht fest sind. Würde ich Gewicht darauf legen, so würde ich bestreiten, daß der Name eines Akademikers führen darf, ich könnte mich Ihnen ja als langjährigen Handlungsgelhilfen vorstellen. Aber ich nehme diesen Vorwurf gern hin. Dagegen muß ich mich gegen einen andren Vorwurf verteidigen; ich komme nicht aus einer andren Partei zu Euch, sondern es sind Leute hier, die bezeugen können, daß

ich seit langen Jahren auf dem Boden der Partei stehe, daß ich niemals einer andern Partei angehört habe und seit einigen Jahren als organisierter Genosse meine Pflicht in vollem Umfange erfüllt habe. (Auf: Um so schlimmer!) Ich will mich durchaus nicht in irgend einer Weise hervortun, ich habe auch den niedrigsten Parteidienst nicht gescheut und werde das auch ferner tun. Ich bin genau so wie jeder andre mit Flugblättern Trepp auf, Trepp ab gelaufen, ich habe im Wahlkampf als Stellvertreter des Bezirksführers genau so gearbeitet wie jeder andre.

Auf die Sache selbst übergehend, möchte ich zunächst mit Bezug auf den Artikel über Parteimoral eine Erklärung abgeben, die Ihnen auch sagen wird, weshalb ich darauf verzichtet habe, diesen Artikel im Abdruck dem Parteitag vorzulegen. Das, was ich darin sagen wollte, ist weit entfernt von dem, was herausgelesen ist, und ich sage ganz offen: Der Artikel muß wohl sehr ungeschickt gewesen sein, wenn man so etwas herauslesen konnte. Deshalb erkläre ich rund heraus, daß ich jetzt auf dem Standpunkt stehe, der Artikel wäre besser nicht geschrieben worden, ich werde einen solchen Artikel nicht wieder schreiben. (Bravo! und Gelächter.) Hoffentlich kommt man mir nun nicht wieder mit diesem Artikel. Im übrigen, Genosse Weber, glaube ich nicht, daß Ihnen jemals auf einer Agitation der Artikel vorgehalten ist. (Weber: Nein, nein!) Denn darin hat Auer recht: Wer ist denn Bernhardt? Er ist einer von den vielen Soldaten, einer, den man vielleicht in Berlin kennt, der aber sonst ganz unbekannt ist. Diesen Artikel hat man uns in der Agitation nicht zwischen die Beine geworfen. Bei einigem guten Willen wäre es wohl möglich gewesen, sowohl über meinen Artikel als auch über die Frage der Beteiligung von Sozialdemokraten an bürgerlichen Preßorganen etwas ruhiger zu diskutieren, denn der Artikel lieft, der weiß, daß es sich darum handelte, Angriffe gegen die Partei abzuwehren. (Lachen.) Man mag das ja lächerlich finden, aber den guten Willen hatte ich, und deshalb wäre wohl eine loyalere Auffassung am Platze. Ich lasse mir gern jede scharfe Zurückweisung gefallen, aber das eine kann ich, weil ich so lange der Partei angehöre, verlangen, daß man mir gegenüber so verfährt, daß man den Artikel wenigstens so wiebergibt, daß die Genossen sich auch ein Wort darüber machen können. Das ist ja das Gefährliche bei der Kritik in unserer Presse. Unsere Leser können in der Regel die Gegenschriften nicht lesen. Handelt es sich nun um von Parteigenossen geschriebene Bücher oder Artikel, so sollte man bei der Kritik wenigstens auch diejenigen Stellen mit abdrucken, die entlastend für den Verfasser wirken können. Aber wie gesagt: den Artikel gebe ich heute aufrichtig und gern preis, und ich freue mich, das hier offen erklären zu können. Nach der Kritik von Mehring in der „Neuen Zeit“ schrieb ich eine kurze Erklärung, in der ich mich lebighch gegen die falsche Darstellung wandte, die man meinem Artikel gab. Ich tat das einmal, weil ich in eine Polemik über die Frage der Parteimoral mit Mehring nicht eintreten wollte, dann aber auch, weil ich es für ganz unangebracht hielt, daß ich als junger Genosse jetzt im Wahlkampf eine Sache aufreihete, deren Tragweite ich nicht genau vorher abschätzen konnte. Deshalb warf ich die prinzipielle Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht auf. Nun erschien in derselben Nummer der „Neuen Zeit“, in der die Entgegnung von mir stand, der Artikel von Kautsky; und da wurde mir erst klar, daß aus meinem Artikel eine Haupt- und Staatsaktion gemacht werden sollte. Wenn ich darauf nicht erwiderte, so geschah es mit Rücksicht auf die Wahl. Ich habe mich deshalb auch nicht beschwert, weil ich mir sagte: geht die Sache bis zum Parteitag nicht zu Ende, so wirst du dich eben auf dem Parteitag verteidigen müssen. Ich bleibe dabei: es ist aus diesem einen Fall eine Haupt- und Staatsaktion künstlich gemacht worden. Jetzt tut man freilich so, als ob die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern schon lange in Arbeitkreisen als eine brennende empfunden worden wäre. Wenn Genosse

Mirch zum Beweis dafür die Tatsache anführt, daß viele Kreise sich mit der Materie beschäftigt haben, so vergißt er, daß sie sich erst nach der Erklärung des Vorstandes damit beschäftigt haben. Ich habe bisher stets gefunden, daß gerade die Arbeiter dieser Frage so gegenüberstehen, daß sie eine Entscheidung von Fall zu Fall wünschen, und die Arbeiter sind doch sicher nicht diejenigen, die im gegebenen Fall nicht scharf zugreifen würden.

Als ich mich seiner Zeit organisieren ließ, wandte ich mich an den Vorsitzenden meines Wahlkreises; ich sagte ihm: „Ich bin Redakteur der „Morgenpost“ und beabsichtige, mich organisieren zu lassen, um meine Zugehörigkeit zur Partei auch äußerlich zu dokumentieren. Finden Sie etwas dabei?“ Er erwiderte: „Absolut nichts. Wenn sonst nichts gegen Ihre Person vorliegt, so können Sie in einem bürgerlichen Geschäft arbeiten wie jeder andre auch, vorausgesetzt, daß Sie nicht gegen das Interesse der Partei schreiben.“ (Zuspruch: In welchem Wahlkreise war das?) Im dritten Berliner Wahlkreise! Der betreffende Genosse hat sich, wie ich erst später erfahren habe, sehr genau nach meiner Person erkundigt, und ich nehme an, er hat nichts Nachteiliges über mich gehört, da er mich in den Wahlverein aufnahm. Nun hat Stadthagen den Fall der Agitationskommission dargestellt in einer Weise, die den Eindruck erwecken könnte, als ob ich von der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter als Agitator einfach abgelehnt wäre. So liegt die Sache nicht, die Darstellung von Stadthagen ist nicht erschöpfend. Vor etwa zwei Jahren bekam ich von der Agitationskommission die gedruckte Anfrage, ob ich bereit sei, in Parteiverbänden zu sprechen, es sei beabsichtigt, eine Referentenliste herauszugeben. Ich habe es mir sehr überlegt, ob ich zusagen sollte, ich habe es getan aus der Erwägung heraus, daß man sonst sagen würde: Waa! das ist solch fauler Antonist, sowie er Farbe bekennen soll, ist er nicht Sozialdemokrat! Also, ich schrieb zu und nun wurde mir eines Tages mitgeteilt, daß die Kommission mich nicht auf die Referentenliste setzen wolle. Ich sagte mir: dann muß ich aus der Organisation austreten, denn ich kann unmöglich organisierter Genosse sein und mir so etwas gefallen lassen. Ich wandte mich an meine Organisation mit dem Ersuchen, zu entscheiden, ob ich vollberechtigter Genosse bin oder nicht. Es fand eine erweiterte Vorstandssitzung statt und nach langen Beratungen wurde gegen eine Stimme entschieden, daß meine journalistische Betätigung kein Grund sei, mich nicht als vollberechtigten Genossen anzuerkennen. (Weber: Welcher Vorstand?) Der des dritten Wahlkreises. (Stadthagen: Aber nicht die Agitationskommission!) Nein, die Agitationskommission blieb bei ihrem Beschluß. Die Sache hatte aber für mich keine praktische Bedeutung, denn ich wurde nach wie vor aufgefördert, zu referieren, und deshalb sagte ich mir: Wenn Du nicht in der Liste siehst, ersparst Du es Dir, jeden Sonntag in die Nachbarschaft von Berlin fahren zu müssen, um zu reden. Ich habe deshalb nichts dagegen unternommen. Wie sich der Wahlvereins-Vorstand dazu verhalten hat, weiß ich nicht. Einige Zeit darauf verzog ich in den zweiten Wahlkreis und trat in den betreffenden Wahlverein über. Nun erschien in diesem Jahre der Beschluß des Vorstandes, der mich ja wieder zum Genossen 2. Klasse erklärte, oder — um nicht persönlich zu werden — (Weber: Das war nicht persönlich!) also, der alle Genossen in meiner Lage als Genossen 2. Klasse hinstellt. Der Beschluß war unnötig; der Fall Werthold zeigt ja, daß solche Fälle auch so schon zur Sprache gebracht werden konnten. Ich will mich übrigens mit Werthold nicht identifizieren; es ist gar keine Frage, daß ein Genosse so nicht handeln darf. Ich hielt den Vorstandesbeschluß aber auch für schädlich, weil er gerade vor den Wahlen erschien; ich habe auch aus demselben Grunde keine Schritte dagegen getan.

Trotz allem Vorgefallenen bin ich aber dann doch während des Wahlkampfes wochenlang Tag für Tag in Berlin und Umgebung auf Agitation ge-

wesen; auch aus Dresden hat man mehreremal an mich telegraphiert, daß ich reden solle, und Genosse Walsch hat mich autorisiert zu erklären, daß er dabei im Auftrage des hiesigen Wahlkomitees gehandelt hat. Auch die Genossen Zubeil und Stadthagen haben sich diese Agitation in ihren Wahlkreisen ruhig gefallen lassen. (Seitertzeit. Zubeil: Daran bin ich unschuldig!) Ja, aber wenn ich wirklich ein Mensch bin, der die Partei unterminiert, dann hätten Sie dagegen protestieren müssen.

Daß ich gegen den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ diesen Ton angeschlagen habe, lag daran, daß der Verfasser dieses Artikels Franz Mehring ist. Ich hätte doch gewünscht, daß man zu scharfen Angriffen auf Ehre und Moral von Parteigenossen jemand anders verwandt hätte als den Genossen Mehring. Es ist ja richtig, Mehring hat sich zu diesen Artikeln nicht gedrängt, sondern ist von Kautsky beauftragt worden. Um so schlimmer! Nun hat es gestern Kautsky so dargestellt, als ob jemand Mehring das Recht, in der Partei zu wirken, irgendwie hätte streitig machen wollen. Das glaube ich nicht, und ich wäre der Letzte, der das wollte. Es ist aber etwas andres, ob jemand sich im allgemeinen schriftstellerisch äußert, oder ob er für die Partei das moralische Wort zu führen, über Moral zu urteilen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn ich nicht beständig war, über Moral zu reden, dann war es Genosse Mehring sicher tausendmal weniger als ich. (Sehr richtig!) In der Verteidigung Mehrings durch Kautsky ist die Tatsache doch zu kurz weggenommen, daß Mehring sich zweimal gewandt hat. Zunächst ließ er 1875 eine Broschüre erscheinen, vorzüglichsterweise anonym, die den Titel hat: „Herr v. Treitschke, der Sozialistentöter“. In dieser Broschüre spricht er in einem fort „wir Sozialdemokraten“ und im Namen der sozialdemokratischen Partei. 1876 erfolgten die Verhandlungen wegen der „Neuen Welt“ und 1877, also ein Jahr später, erschien dann die neue Broschüre. Genosse Mehring ist übrigens gar nicht berechtigt, gerade über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu schreiben, da er noch im Sommer 1891 an Harden einen Brief schrieb, in dem er ihn bat, Schoenlank Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu beschaffen, weil die sozialdemokratische Presse so schlecht bezahle! (Hört! hört!) Gerade Mehring darf meines Erachtens nicht gegen mich schreiben, weil der Charakter dieses Mannes, wie er in allen seinen früheren Artikeln gegen unsere Partei hervortritt, sich stets gleich geblieben ist. Am 11. September 1892 hat Mehring an Harden eine Karte gerichtet, dessen Original ich gesehen habe. In dieser Karte heißt es: „Sollten Sie einmal eine besondere Abrechnung mit Schoenlank für angemessen oder notwendig halten, so wenden Sie sich nur vertrauensvoll an mich. Ich weiß diesen Lämmel schon zahm zu machen.“ (Hört! hört! Lebhaftige Bewegung. Zurufe: Wo haben Sie das her?) Wo ich das her habe, kann Ihnen egal sein. Ich habe sehr lange geschwankt, ob ich von diesen Dingen Gebrauch machen solle oder nicht. Ich befinde mich aber hier in meiner Verteidigung. (Sehr richtig!) Die allerschwersten Vorwürfe sind gegen mich erhoben worden und werden wohl nachher weiter erhoben werden, und deshalb halte ich es jetzt für meine Pflicht, alles das zu sagen, was ich für notwendig halte. (Lebhafte Zustimmung; Unruhe.) Und dazu gehört diese Briefangelegenheit. Das war 1892, kurz bevor Mehring in die Redaktion der „Neuen Zeit“ eintrat; oder war er damals schon in sie eingetreten, ich weiß den Zeitpunkt nicht genau. (W e b e l: Mitarbeiter für die „Neue Zeit“ schon seit 1888.) Das ist ja sehr interessant. (Zurufe: Was ist denn gesagt worden?) Genosse Webel teilt mit, daß Mehring schon seit 1888 für die „Neue Zeit“ geschrieben habe (Hört! hört!), also zu einer Zeit, wo er noch Korrespondent der „Saale-Zeitung“ war! (Zuruf: Schöner Genosse!) Der unwahre Charakter Mehrings ist sich ganz gleich geblieben; dafür hat auch der eine Reihe von Beweisen, der nicht zufällig im Besitz dieser Briefe ist.

In der „Leipziger Volkszeitung“ steht zunächst in Mehrings Erklärung, er habe eine Schrift gegen uns veröffentlicht. Das ist unwar. Braun hat schon auf die „Gartenlaube“-Artikel hingewiesen, die 1879 und 1890 erschienen. Aber nicht nur das, sondern 1892 erschien die Schrift gegen Stöcker, in der ungefähr gesagt wird, die sozialpolitische Gesetzgebung würde noch in Dornröschenschlaf liegen, wenn nicht der geniale Staatsmann Bismarck sie aufgeweckt hätte. (Hört! hört!) Damals war also der „Stiefelleder“ Bismarcks jemand anders, als der Mann, dem Mehring das jetzt vorwirft. Mehring behauptet, er sei infolge der Anwendung des Sozialistengesetzes anderer Meinung geworden. In der „Gartenlaube“ von 1879 findet sich in einem Artikel Mehrings folgende Stelle:

„Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie waren die alten, cynischer fast noch denn früher war die Sprache ihrer Redner und Zeitungen, es war, als ob sie die Gebuld der Nation auf die äußerste und letzte Probe stellen wollten, treffend, wenn auch hart, sagte der Fürst Bismarck im Reichstage, daß jede Existenz ihren Wert verliere, wenn sie in solcher Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen leben solle.

Auch die fortschrittliche Presse scheint sich allmählich in die für sie anscheinend sehr unbedeutsame Tatsache zu finden, daß das (Sozialisten-)Gesetz da ist, um ausgeführt zu werden und nicht bloß die Gesetzsammlung um einige Manuskriptblätter zu bereichern.“

(Hört! hört!) Und dieser Mann stellt sich hin und schreibt in der „Leipziger Volkszeitung“: die Anwendung des Sozialistengesetzes habe ihn zu einer andren Meinung gebracht! In der „Gartenlaube“ von 1880 schrieb Mehring:

„Unter den unermesslich reichen Gaben, mit welchen das unergleichen Jahr 1870 unser Vaterland begnadete, war nicht die geringste die gänzliche Verschmutterung der deutschen Sozialdemokratie — nicht die geringste, aber leider die am wenigsten beachtete. Statt die letzten Reime des Uebels beseitigen und vorsichtig auszurotten, ließ man sie ungestört sich erholen und wieder in üppiges Unkraut schieben.“

(Hört! hört!) Daß Mehring im „Kapital und Presse“ sagt, daß er erst 1889 Chefredakteur der „Volks-Zeitung“ geworden sei, während er jetzt so tut, als ob er schon 1885, vor dem Verbot der „Volks-Zeitung“, die Chefredaktion gehabt hat, mag ein Gedächtnisfehler sein, auf den ich weiter kein Gewicht lege. Ich will hier einschreiben, daß ich mit meiner Erklärung gegen Mehring nicht Harden verteidigen wollte; das hat er nicht nötig, das kann er selbst. Ich wollte nur zeigen, daß man auch anders zitiieren kann und daß die Sache dann ein andres Gesicht hat. Mehring stellt es jetzt weiter so dar, als habe er Harden von vornherein „richtig eingeschätzt“ und die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ abgelehnt. Schon der — von Mehring nicht widerlegte — Artikel der „Zukunft“ vom 4. März 1899 ergibt, daß das falsch ist. Danach hat z. B. Mehring im September 1892 an Harden geschrieben: „Das Bedenken, das ich gegen meine Mitarbeiterschaft hatte, habe ich Ihnen ganz offen angegeben; es war mein böser Ruf in der bürgerlichen Welt, an die sich die „Zukunft“ doch wendet. Abgesehen von diesem Bedenken war ich bereit und gern bereit. Sie brachen aber, ebenso wie im Frühjahr, aus mir völlig unbekanntem Gründen den persönlichen Verkehr ab.“ (Hört! hört!) Dann weiter: „Was meine Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ betrifft, so bin ich mir bisher nicht klar, ob Ihre Aufforderung von persönlicher Freundschaft und Höflichkeit oder von einem redaktionellen Bedürfnis diktiert war. Da Sie wochenlang nicht einmal eine halbe Stunde für mich übrig hatten, um event. über Thema, Umfang usw. eines von mir zu liefernden Beitrages zu sprechen, so neigte

sich meine Vermutung zu dem ersten Teil jener Alternative, und Ihre freundlichen Zeilen von gestern haben mich vollends darin bestärkt. Ich wünsche Ihnen herzlich den besten Erfolg, danke Ihnen für Ihre freundliche Aufforderung und hoffe im übrigen, daß Sie endlich einmal von meiner Freundschaft für Sie sich überzeugen mögen.“ (Hört! hört!)

Nun liegt die Sache so, daß schon 1891 die Apostata-Artikel Gardens erschienen, in denen in der schärfsten Weise für Bismarck Partei ergriffen wurde und in denen auch schon in der deutlichsten Form die Lust Gardens hervorgetreten war, unsere Partei anzuklaffen, in einer nach meiner Ansicht ganz ungehörigen Weise. Zum Beispiel befindet sich darunter der Artikel „Erfurt und Nicäa“, in dem der Erfurter Parteitag mit dem Konzil zu Nicäa verglichen wurde. Diese Lausachen mache ich Mehring an sich nicht zum Wortwurf, was ich ihm vorwerfe, ist, daß er sich heute noch aufs Lügen verlegt, und ich bitte Sie, seine Angriffe gegen mich auch danach zu bewerten. (Sehr gut!) Es handelt sich hier nicht um alle Kamellen, sondern er ist sich darin immer gleich geblieben. Und wenn die Genossin Zetkin gestern mit flammender Begeisterung sagte, die Wunderkraft des Sozialistengesetzes habe sich an Mehring bewährt, und man solle seine von diesem heiligen sozialistischen Geist durchtränkten neuen Bücher lesen, so habe ich wirklich lächeln müssen, denn meine Antipositivität gegen Mehring rührt weniger aus dem her, was er früher getan hat, als aus der Schrift, die er für die Sozialdemokratie geschrieben hat, und zwar deshalb, weil der Mann, der jetzt über Laik und Moral reden will, so taktlos war, einzelne Stellen aus seiner alten Schrift fast wörtlich in die neue zu übernehmen, indem er nur ein Wort änderte, zum Beispiel aus „wahr“ „unwahr“ machte. (Hört! hört!) Daher rührt ja der ganze neuere Haß gegen die „Zukunft“, weil in einem darin veröffentlichten Artikel, den ich, wenn ich Verhöhl wäre, nicht verantwortlich gezeichnet hätte, der Beweis hierfür geliefert ist. Ich führe einige Stellen an. Mehring spricht von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Da heißt es in der alten Schrift:

„Positiv blieb es nach wie vor eine und dieselbe Rede, wer immer und worüber er sie hielt; in dieser tödenden Gleichförmigkeit spielt sich treffend das geistige Leben des Zukunftsstaates.“

In der neuen Schrift heißt es:

„Es ist nicht wahr, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten immer nur die eine „sozialdemokratische Rede“ gehalten hätten. (Hört! hört! und Bewegung.) Ohne nach den zweifelhaften Vorbeeren parlamentarischer Geschwätzigkeit zu trachten, sprachen sie einfach und klar und sachlich über jede Frage, bei der sie zum Worte kamen.“ (Hört! hört!)

So spricht sich Mehring selbst mit diesen Dingen ins Gesicht.

Ueber den Hochverratsprozeß heißt es in der alten Schrift:

„Hepner fafelte wie ein dummer Junge.“

In der neuen Darstellung heißt es:

„Hepner begnügte sich, mit gutem Takte durch drastischen Witz die gegen ihn gerichtete Anklage zu verspotten.“ (Hört! hört!)

Ueber die Verhaftung des Redakteurs Dentler heißt es in der alten Schrift:

„Wenige Wochen später wurde dieser Agitationscoup wiederholt bei der Verhaftung Dentlers, eines Strohpredakteurs des Berliner Parteiorgans. Er befand sich in den letzten Stadien der Schwindsucht, als man ihn auf den verantwortlichen Posten stellte und die Luer, Most, Nadow, welche tatsächlich die „Berliner Freie Presse“ leiteten, ihr Lügen- und Verleumdungssystem auf das Konto des todkranken Mannes fortsetzten. Entweder blieb er ungeschoren mit Rücksicht auf seinen körperlichen Zustand, — und dann war dem Preß- und Strafgesetz die schönste Nase gedreht, oder er wurde verfolgt wegen der Vergehen, für welche sein Name haftete, dann war ein neuer Märtyrer geschaffen.

Polizei und Staatsanwalt entschieden sich für den minder humanen Weg; Dentler wurde verhaftet und starb im Gefängnislazarett, noch ehe die Untersuchung gegen ihn geschlossen war. Wieder geleiteten ihn Tausende zur Gruft, aber immer glückte diese Demonstration nicht in gewünschtem Maße. Die Beteiligung der Arbeiter selber war viel geringer als in den früheren Fällen; auch in ihren Kreisen brach sich endlich eine lebhafteste Entrüstung Bahn gegen die namenlose Frivolität dieses Demagogentums.“

Wie heißt es nun in der späteren Schrift:

„In ähnlich feierlicher Weise (wie Heinsch) wurde am 28. April 1878 Paul Dentler bestattet, ein Redakteur der „Berliner Freien Presse“, der, gleichfalls im hohen Grade schwindsüchtig, in der Untersuchungshaft gestorben war, obgleich der Gefängnisarzt seine Freilassung beantragt hatte. Ein Herr, das seine gesunkenen Kämpfer so zu ehren suchte, war nicht zu foppen, wie etwa die biedere Bourgeoisie: so viel begriffen Bismarck und die mit ihm auf die Plünderung der Massen sammen.“ (Hört! hört!)

Man kann ihm auch aus andern Schriften ganz ähnliche Sachen nachweisen, die in der neuen Bearbeitung der Geschichte der Sozialdemokratie ganz anders dargestellt werden.

In der Schrift gegen Herrn Stücker aus 1882 findet sich folgende Stelle:

„Der tiefe und weise Sinn unsrer Städte-Ordnung, die, wie Fürst Bismarck einmal im Reichstage sehr treffend sagte, den besseren Kommunards als unbewußtes Ideal vorschwebte, hat tausendfältige Frucht getragen und trägt sie noch heute.“

In der neuen Darstellung heißt es:

„Bismarck trug dem Reichstage die verblüffende Entdeckung vor, der berechtigte Kern der Pariser Kommune sei die Schmach nach der preussischen Städte-Ordnung gewesen, dieser verhungerten Parodie auf unabhängige Verwaltung der Gemeinden. (Hört! hört!) Der Webelbesen Antwort glaubte die hohe Versammlung die unbändige Heiterkeit spenden zu sollen, welche sie dem sturillen Einfalle Bismarcks verjagt hatte.“ (Hört! hört!)

So liegt also die Sache in Bezug auf die Erklärung, die ich damals abzugeben genötigt war.

Nun zur Resolution des Parteivorstandes. Ich habe die Zitate aus der „Zukunft“ deshalb verteilen lassen, um zu zeigen, daß jemand, der dies Blatt regelmäßig liest, sich nicht ohne weiteres an der Hand des Parteivorstandes beschlusses darüber schlüssig werden kann, ob er daran mitarbeiten darf oder nicht. Ich gestehe offen, daß ich von dem Artikel von Joest in der „Zukunft“ erst durch die Diskussion in der Parteipresse erfahren habe, aber dieser Artikel ist bereits vor 10 Jahren geschrieben und er rührt nicht von Garden, sondern von einem Mitarbeiter her. In der „Zukunft“ aber arbeiten Leute der verschiedensten Richtungen mit, auch auswärtige Genossen wie Ferri und Wandervelde. Ich glaube also, daß die Fassung der Worte: „gehässige oder hämische Kritik“ in der Resolution des Vorstandes eine unglückliche ist. Webel ist übrigens im Irrtum, wenn er meint, an der wissenschaftlichen Beilage zur „Vossischen Zeitung“ könnten Parteigenossen mitarbeiten, denn die „Voss. Ztg.“ hat ja auch oft dumme und hämische Bemerkungen über die Sozialdemokratie gebracht. (Webel: Ja, dumme!) Durch diesen Zurschweifen beweist Webel, daß es eine Art von „Angriffen“ giebt, über die man einfach lacht, und als in der „Zukunft“ die Geschichte von dem „alten Herrn Webel“ stand, da habe auch ich darüber gelacht und gesagt: Wie kann man nur so dummes Zeug schreiben! Bisher war es nicht verboten, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten, und mein politischer Takt hat mir allerdings in meinem Fall nicht ohne weiteres gesagt, daß ich keine handelspolitischen Artikel mehr für die „Zukunft“ schreiben soll; und das ist der Kern der Sache. Denn dieser ein-

zige Artikel, der nun meine Entgegnung darstellt, ist der einzige seiner Art. (Zuruf: Gerade genug!) Sonst habe ich lediglich handelspolitische Artikel geschrieben.

Wiel wichtiger aber ist der zweite Teil der Resolution, denn dadurch werden die Genossen in solche erster und zweiter Klasse geteilt. Nun würde ich dagegen gar nichts haben, wenn mir zum Beispiel vom Parteivorstand gesagt würde: Es wird nicht gern gesehen, wenn Genossen in dieser Stellung das und das tun. Ich hätte dann natürlich nicht einen Moment gezögert, so lange ich die Position, in der ich mich befinde, nicht ändern kann, zu sagen: „Ich bleibe ein guter Genosse, ziehe mich aber zurück.“ Aber alle Genossen, die mit mir in gleicher Lage sind, als solche hinzustellen, die keine Vertrauensstellungen bekleiden dürfen, das halte ich für eine Deklassierung dieser Genossen. Was ist denn eine Vertrauensstellung? Ich habe in der Partei bisher noch keine Vertrauensstellungen innegehabt, oder will man etwa einen Referenten ohne weiteres als einen Vertrauensmann bezeichnen? (Zuruf: Jawohl!) Nun, dann mache ich auf die Erklärung von Pfannkuch aufmerksam, daß ein großer Referentenmangel, namentlich zur Wahlzeit, besteht. Dieser Mangel wird doch noch größer, wenn einer Anzahl von Genossen das Referieren von vornherein abgeschnitten wird. Ich habe von der Partei niemals etwas gefordert, sondern lediglich aus reiner Sympathie an die Ideale, denen ich seit früheren Tagen anhänge, mich der Partei gewidmet. Nun mag man ja sagen: was ich tat, war in dem und dem Fall nicht richtig, aber ich glaube doch, daß ich kein allgemeines Verharmungsurteil verdiene. Genosse Duard sagt, es giebt zwei Arten von Akademikern, die einen stellen sich hin und die andern werden hingestellt. Nun, dann gehöre ich zu denen, die hingestellt sind. Der Leipziger Genosse sagt, ich hätte in einer öffentlichen Versammlung über Strach und Krüßis gesprochen. Ich bin dazu aufgefordert worden, und was ist denn eigentlich für ein Unterschied zwischen einer Parteiversammlung und einer öffentlichen, von Sozialdemokraten veranstalteten, in der ich in meiner Eigenschaft als Sozialdemokrat zu referieren aufgefordert werde? (Weibel: Das Referieren konnte man Ihnen nicht verbieten!) Verbieten nicht, aber glauben Sie mir, Genosse Weibel, Ihrem Rat wäre ich bei der Verehrung, die ich für Sie hege, gefolgt. Im Wahlkampf wurde ich aufgefordert, zu reden, und ich sagte mir, wenn ich ablehne, so verstoße ich gegen die Interessen der Partei. (Zustimmung.)

Nun ist gesagt, die Leute, die unter den zweiten Abtag der Resolution des Vorstandes fallen, sind eigentlich noch viel schlimmer als die unter den ersten Sag fallen, denn diejenigen, die für Zeitschriften schreiben, in denen die Partei gehässig oder hämisch angegriffen wird, können wir ohne weiteres ausschließen, die andern können wir nicht ausschließen, wir können ihnen aber keine Vertrauensposten übertragen, weil sie sonst früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei kommen. Geht man konsequent vor, so darf man einem Arbeiter in Staatsverhältnissen oder in Werken mit ganz besonders scharfer Kontrolle nicht raten, sich zu organisieren (vehementer Widerspruch), denn in dem Moment, wo das herauskommt, würde er in Konflikt mit sich und der Partei resp. der Gewerkschaft geraten. (Erneuter Widerspruch.) Man warte doch ab, bis ein Konflikt entsteht! Hat man einen solchen Konflikt in meinem Artikel gesehen, so war es recht, mich dafür zur Verantwortung zu ziehen, aber ein für allemal anzunehmen, daß die Betreffenden den Konflikt zum Schaden der Partei lösen würden, das ist ein Vorwurf, der sich gegen alle die Genossen richtet, die sich schriftstellerisch außerhalb der Parteipresse betätigen. Gewiß, wir haben eine reich entwickelte Presse, aber vergessen wir doch eines nicht! In dieser Presse bleibt für schriftstellerische Betätigung deshalb nicht viel Platz, weil wir ja leider infolge untrer Verhältnisse so und soviel Leute als Redakteure anstellen müssen, um für sie Posten zu schaffen. Das ist nicht mehr als recht und billig, aber dadurch wird die Zahl der Stellen sehr eingeschränkt. Wenn etwas noch im Stande ist, die Furcht, sich in der sozial-

demokratischen Presse zu betätigen, zu vermehren, so ist es gerade das diktorische Verhalten Mehrings in der Presse. Wir wissen doch alle, daß, kaum nachdem der Wechsel in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ stattgefunden hatte — ich weiß nicht einmal, ob in diesem Falle Mehring daran beteiligt war — Calwer, der die wirtschaftlichen Berichte schrieb, auf Knall und Fall entlassen wurde und daß meines Wissens noch ein anderer Parteigenosse seine Mitarbeit verlor.

Das sind doch Sachen, die man auch beleuchten müßte. Wenn man verlangt, daß alle Schriftsteller sich in der Partei betätigen sollen, so sollte man doch auch dafür sorgen, daß die Verhältnisse so sind, daß sie sich nicht zu fürchten brauchen. Ich habe mich in meinem Spezialgebiet, der Handelspolitik, dem Dienste der Parteipresse niemals verjagt, wenn sie an mich herangetreten ist. Ich habe in der „Leipziger Volkszeitung“, aufgefordert noch durch Briefe vom Juli 1902 — der letzte ist vom 21. Juli 1902 —, zwei, drei oder vier Artikel veröffentlicht über die Bankkatastrophen und alle diese Dinge, soweit sie die Arbeiterklasse interessierten. Wenn die Arbeiterklasse ein Interesse hatte an solchen Fragen, so habe ich mich dem Verlangen, mich in den Dienst der Partei zu stellen, stets genau ebenso gefügt, wie wenn man an mich herangetreten ist, um mich zu Agitationen aufzufordern, denn ich glaubte, nicht widersprechen zu dürfen im Interesse der Partei, der ich angehöre. (Beifall.)

Darauf wird die Diskussion vertagt.

Singer teilt mit, daß die Dresdener Genossen den Parteitag für Donnerstag zu einer Dampferfahrt eingeladen haben.

Timm glaubt, daß man auf Grund der Geschäftslage dieser Einladung nicht werde folgen können. Nachdem man bis jetzt schon 1½ Tage über die Interessen einzelner Personen gesprochen habe, könne man es nicht verantworten, wenn die rein proletarischen Interessen zu kurz kommen sollten.

Sindermann-Dresden: Das Dresdener Parteikomitee glaube, daß es nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen nicht notwendig sein werde, so viel Worte zu machen für nichts und wieder nichts und daß eine Dampferpartie am Donnerstag weit angenehmer sein würde als solche Debatten. (Weiterkeit.)

Weibel: Diese Debatten haben allerdings einen Umfang angenommen, der nicht vorausgesehen war. Wir könnten es danach vor uns selbst und vor der Partei nicht verantworten, am Donnerstag einen ganzen Tag zu opfern. (Sehr richtig!) So sehr ich die Fürsorge der Dresdener Genossen anerkenne und nach diesen Tagen schwerer Arbeit auch einmal einen Tag der Ruhe und Erholung für wünschenswert halte, so halte ich es doch für unmöglich, diesem Wunsch zu willfahren. Möglichsterteils könnten wir ja am Donnerstagnachmittag einen Ausflug in die Umgebung machen.

Singer: Auch ich hatte von Anfang an Bedenken gegen die Dampferfahrt am Donnerstag. Andererseits haben die Dresdener Genossen die Dampferfahrt bereits fix und fertig arrangiert, und ich sagte mir, man könnte die verlorene Zeit eventuell durch eine Ubenßigung ersetzen. Vielleicht könnten wir die Dampferpartie auch am Sonntag oder Sonnabendnachmittag machen.

Beus schlägt vor, lieber heute aberd auf den beabsichtigten Kommerz zu verzichten und heute nachmittag länger zu tagen.

Weibel wendet sich dagegen und weist darauf hin, daß nach dem Parteitag noch eine preußische Landtagswahl-Konferenz stattfinden solle. Auf dieser müsse man sich vor allem auch über die Folgen unserer Taktik klar werden, um vollbewußt und klar in den Kampf hineingehen zu können. Diese Konferenz werde möglicherweise nicht so rasch verlaufen wie die erste.

Auf Vorschlag Singers wird die definitive Entscheidung über diese Dispositionen verschoben.

Schluß 1½ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

8¹/₄ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zahlreiche Begrüßungsschreiben sind eingelaufen, darunter von den versammelten Parteigenossen in Wien und vom Landesauschuß der deutschen und französischen Genossen der Schweiz.

Es ist noch nachträglich eine Mandatsprüfung vorzunehmen, worüber Gruenwaldt-Hamburg referiert: Es hat sich nachträglich herausgestellt, daß aus Mühlhausen im Elsaß zwei Mandate vorliegen. Es besteht dort ein Parteistreit, eine Anzahl Mitglieder sind ausgeschlossen worden aus dem Wahlverein. Diese Einzelmitglieder haben sich nur zusammengetan, einen Vorsitzenden und Schriftführer zu diesem Zwecke gemacht und ein Mandat für Ruchbaumer ausgestellt als Vertreter „einzelner Parteigenossen und der Wähler Mühlhausens“. Der wirkliche Delegierte der Mühlhauser Genossen ist der Genosse Emmel, der die Mandatsliste geprüft und uns auf den Fall aufmerksam gemacht hat. Die Kommission beantragt, das Mühlhauser Mandat Ruchbauers für ungültig zu erklären und es abzuverleihen.

Ruchbaumer-Mühlhausen: So wie die Verhältnisse in Mühlhausen liegen, ist mein Erscheinen hier unmöglich. Es ist für uns nicht nur nicht möglich, ein Mandat von dem organisierten Arbeiterwahlverein zu erhalten, es ist uns auch unmöglich, in Mühlhausen irgendwie an die Öffentlichkeit zu treten. Wir sind durch zu radikales Vorgehen hinausgetrieben worden. Nicht einmal bezahlte Inserate haben die Herren Diktatoren aufgenommen.

Emmel-Mühlhausen: Ruchbaumer hat sich freiwillig außerhalb der Organisation gestellt. Was wir gezwungen waren auszuschließen, das waren die Reste der Profiteure: Dahinter stehen Bueh und Hiäel. Dagegen waren Radikalmittel notwendig. Ich konnte es nicht ruhig hingehen lassen, daß diese Einzelmitglieder hier für den Parteitag ein Mandat ausstellten. (Sehr richtig!)

Der Parteitag erklärt das Mandat Ruchbauers für ungültig.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Beratung steht

die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Eingelaufen ist noch Antrag 123.

Rebel: Heute am Schlusse der Vormittags-Sitzung haben zwei Redner wieder ihrem Mißmut Ausdruck gegeben, daß der Parteitag genötigt sei, mit einer Sache, die nach ihrer Meinung eine höchst unbedeutende, die Partei kaum interessierende ist, diese seine kostbare Zeit totzuschlagen. Nehuliche Stimmen sind gestern und heute aus dem Munde einer Anzahl Redner laut geworden. Mehrfach, nicht nur einmal hat es gestern geheißt, es handle sich nur um ein elendes Literaturgequäl, es sei eine Berliner Fäulze, die hier gewissermaßen aufgedrückt werden solle, es handle sich um Dinge, die die Gesamtpartei eigentlich nur wenig oder gar nichts angehen und es sei deshalb gar nicht nötig gewesen, Verhandlungen von solcher Dauer und solchem Umfange hier eintreten zu lassen. Genossen! Ich begreife Ihre Gefühle vollkommen, ich begreife, daß Sie während gewisser Momente dieser Verhandlungen ein gewisses Gefühl des Widerwillens (Sehr richtig!), zeitweise des Efels erfaßt hat (Sehr richtig!), daß Sie sich gesagt haben: müssen wir denn in der Tat diesen bitteren Kelch über uns ergehen lassen? Nicht allein, daß unsre kostbare Zeit in Anspruch genommen wird, nein, welchen Eindruck wird das wieder nach außen machen? Nun sind wir ja leider in den letzten zehn, zwölf Jahren nur gar zu oft in die Lage gekommen, solche und ähnliche Debatten führen zu müssen, und ich fürchte leider, der Kelch wird auch in Zukunft nicht an uns vorbeigehen.

Es werden noch manchmal Momente kommen, wo wir genötigt sind, vor dem ganzen Volk, vor der Öffentlichkeit Fragen zu erörtern, von denen wir alle wünschten, sie brauchten nicht erörtert zu werden. Dies gilt nur von dem Punkte, der uns jetzt beschäftigt, sondern in noch höherem Maße von der Angelegenheit, welche uns in den nächsten Tagen beschäftigen wird. (Sehr richtig!) Es ist nur ganz natürlich, daß in einer großen, ja man kann jetzt sagen, gewaltigen Partei, wie die deutsche Sozialdemokratie es ist, auch hier und da Erscheinungen auftreten, daß hier und da ein kleiner Fäulnisprozeß sich entwickelt, ein Geschwür zu Tage tritt. So wenig es der Arzt als eine angenehme Aufgabe empfindet, eine Eiterbeule zu operieren und die mephitischen Gerüche, die dieser Eiterbeule entfliehen, sich in die Nase ziehen zu lassen, wie ihn da der Ekel packt und er sich vielleicht vor einer Dohnmact hüten muß, so kommt es auch bei uns vor, daß ähnliche Operationen zwar unangenehm empfunden werden, aber dennoch vorgenommen werden müssen. Mancher, der heute glaubt, es war doch zu viel, was wir hier gehört haben, möge es sich zum Trost gesagt sein lassen, daß wir uns von allen übrigen Parteien auch nach dieser Richtung hin außerordentlich vorteilhaft unterscheiden: wenn bei uns ein Eitergeschwür auftritt, dann operieren wir vor aller Welt; wenn wir schwarze Wäsche zu waschen haben, dann waschen wir sie vor aller Welt. (Zustimmung.) Unsere Gegner aber in allen bürgerlichen Parteien haben so viel schwarze Wäsche zu waschen und so viel Eiterbeulen am Leibe, daß sie gar nicht riskieren können, die schwarze Wäsche öffentlich zu waschen oder eine Eiterbeule offen zu operieren, sie gehen in geheime Kammern und Hinterhäuser, damit nur ja nichts in die Öffentlichkeit dringt. (Sehr richtig!) Das ist ja gerade das Großartige in unsrer Partei, daß wir diese schwarze Wäsche vor der ganzen Welt waschen und doch keinen Schaden dadurch erleiden, sondern nach erfolgter Wäsche größer dastehen als je zuvor. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist meine Auffassung, und wenn nun gesagt wird, es sei Klugliches Gequäl einiger weniger Leute, ja, Genossen, da muß ich sagen: wie kann man nur so unendlich kurzfristig sein! Da ist es allmählich in allen Parteien Sitte geworden, zu sagen, man müsse die Volksseele beachten; viele Fehler der Parteien kämen daher, weil man die Volksseele nicht beachte. Ich sage Euch, Genossen, wir müssen hier als Vertreter der Partei die Parteiseele beachten. (Sehr wahr!) Die vorliegende Frage wird von vielen unter uns als gleichgültig und kleinlich hingestellt, aber die Parteileitung hat sich einmal nahezu zwei volle Sitzungen mit dieser Frage befassen müssen, um zu einem Urteil zu kommen und die zahlreichen Anträge, die zu diesem Punkte vorliegen, beweisen, daß man auch in der Partei die Auffassung hat, die Frage sei eine sehr wichtige. (Sehr richtig!) Der Artikel von Bernhard war nur der letzte Anlaß, der einen bereits als allgemeinen Uebelstand erkannten Zustand im Vorstand zur Erörterung brachte und endlich zu der Erkenntnis führte: jetzt ist das Maß voll, zum Ueberlaufen voll, jetzt muß eingegriffen werden. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht um einen einzelnen Fall, sondern um eine ganze Reihe von Fällen, um ein bereits weit eingetretenes Uebel, das mit den gewöhnlichen kleinen Mitteln nicht mehr zu beseitigen war, und es war notwendig, die oberste Instanz der Partei zur Entscheidung aufzurufen.

Das war die Auffassung, die der Parteivorstand, dessen Beratung Auer infolge seiner Krankheit nicht beizuwohnen konnte, einstimmig teilte. Ob die Entsinnungteile vorhanden gewesen wäre — das bemerkte ich Bernhard und andern gegenüber —, wenn Auer dagesessen wäre, das weiß ich nicht, er hat ja seinen abweichenden Standpunkt vertreten, und er hat ein Recht dazu, da er den Beratungen nicht beizuwohnen konnte. Wenn aber mit Rücksicht darauf, daß Auer verhindert war, der Beratung beizuwohnen, der Genosse Quard meinte, man sehe an der Resolution des Vorstandes, daß die geschickte Hand von Auer gefehlt habe, so erwidere ich ihm: ich glaube, Auer hätte vielleicht — ich

weiß es nicht — auch keine geschicktere Fassung gefunden oder vielleicht eine, die nicht die Zustimmung der übrigen Kollegen gefunden hätte. Pfannkuch hat Ihnen bereits in seinem Referat gesagt: Findet Ihr eine bessere Fassung, eine Fassung, die besser als die des Vorstandes den Zweck und das Ziel erreicht, das wir, und ich glaube mit uns die ungeheure Mehrheit der Genossen, erreichen wollen, so wird es uns ganz angenehm sein; und auch ich kann Duard erklären: Hätte er den Scharfismus, den er in seiner Rede nach dieser Richtung entwickelt hat, in die Tat umgesetzt und eine bessere Fassung gefunden, so würde ich dieser meine Zustimmung geben und meine Kollegen im Vorstande bewegen, zu Gunsten dieser Fassung unsere eigene zurückzuziehen. Bis jetzt ist aber keine bessere gefunden, weder durch die Genossen von Berlin II in ihrem Antrag 8 noch durch den Antrag 16. Was den Antrag 8 betrifft, daß in solchem Falle in erster Linie die lokale Organisation oder die Organisation des betreffenden Wahlkreises zu entscheiden haben soll, so wird ja eine solche Prozedur durch die Resolution des Vorstandes in keiner Weise ausgeschlossen, es liegt sogar in der Natur der Sache, daß man in dem Wahlkreise, dem der Betreffende angehört, in erster Linie die Frage erörtert und Entscheidungen faßt; wenn dann die eine Partei mit dieser Entscheidung nicht einverstanden ist, so kann sie den instanzmäßigen Weg einschlagen und sich beschweren beim Parteivorstand, bei der Kontrollkommission und in letzter Instanz beim Parteitag. Also von diesem Gesichtspunkt aus ändert es nichts an der Sache, ob Sie den Antrag 8 annehmen oder ablehnen. Da es aber überflüssig ist, etwas Selbstverständliches auszusprechen, so bitte ich Sie, um keine falschen Meinungen und Deutungen aufkommen zu lassen, den Antrag 8 abzulehnen, und ebenso bitte ich Sie, dem Antrag 16 Ihre Zustimmung zu versagen. Ich gebe zu, daß die Form dieses Antrags scharf, schneidend und blüdig ist, da gibt es keinen Streit und keine Meinungsverschiedenheit mehr, aber eine andre Frage ist, ob Sie mit der Annahme einer solchen Formel alle Fälle treffen, und zweitens, ob Sie durch eine scharfe, schneidende und blüdig Formel nicht eine Ungerechtigkeit begehen, die Sie nicht begehen wollen. (Sehr richtig!) Ich erinnere an den Fall Calver. Man kann ja darüber verschieden urteilen, ob es geschickt war, daß Calver die Frage an den Parteivorstand richtete — wir haben uns auch gewundert, aber andererseits sagten wir uns, Calver ist ein außerordentlich gewissenhafter Mann, er will volle Klarheit und wünscht nichts weiter zu hören, als ob seine Tätigkeit unter die Resolution des Vorstandes subsummiert werden kann oder nicht.

Und wenn ein Genosse an uns eine Anfrage richtet, so ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu antworten. Das haben wir getan und auf seine klare Anfrage geantwortet: Nein, darunter fällt, so weit wir bis jetzt die Blätter, für die Sie arbeiten, übersehen können, Ihre Tätigkeit nicht. Nun sagt freilich Duard — und da haben wir schon die Differenz —: ja, gerade das sind gefährliche Blätter, worin Herr Dr. Jastraw das Zuderwasser der Sozialreform verkümmert, und namentlich unter den Gewerkschaftlern und Gewerbegerichtsbekämpfern schon großes Unheil angerichtet hat. Ja, das wäre dann eine Spezialfrage, die erörtert werden muß. (Sehr richtig!) Damit kommen wir wieder auf ein neues Gebiet, und deshalb wäre es richtig, daß Sie nicht die Spezialfrage in die Spezialfrage einschachteln, sondern sich die Dinge noch eine Weile ansehen und wenn sie wirklich so gefährlich sind, auf dem Instanzenwege der Partei sagen: Hört mal, auch diese Dinge kann man unter eurem Beschluß verstehen! Wie steht ihr dazu?

Wer weiter! Wir haben ja gewußt, daß Bernhard — nebenbei bemerkt handelt es sich gar nicht um eine Staatsaktion gegen Bernhard, seine Artikel sind nur der äußere Anlaß für uns, vorzugehen, ein kleines Symptomchen unter den allgemeinen Symptomen — ich sage, wir wußten, daß Bernhard Redakteur an der „Morgenpost“ ist und wir fragten uns, ob wir ihm das verbieten sollten.

Ich kann Ihnen versichern: im ganzen Parteivorstand, einschließlich von Auer, besteht keine Sympathie für die „Berliner Morgenpost“. Es ist ähnlich wie die „Zukunft“ ein kapitalistisches Unternehmen, dessen Verleger, indem er in geschickter Weise die Situation ausnützt, Kapital aus dem Leserkreise herauszupressen trachtet. Nebenbei ist die „Berliner Morgenpost“ infolge ihrer eigenartigen und geschickten Redaktion, die sie veranlaßt, alles, was an Sozialdemokratie streift, möglichst fernzuhalten und keine Stellung gegen uns zu nehmen, auf der andern Seite politisch radikal zu schreiben und in Sozialreform zu machen, soweit der Kapitalismus das verträgt, ein gewaltiges Konkurrenzorgan gegen den „Vorwärts“. (Sehr richtig!) Würde dies Blatt nicht existieren, so würde von den 200 000 Abonnenten der „Berliner Morgenpost“ ein großer Teil auf den „Vorwärts“ abonniert. (Lebhafte Zustimmung. Gerisch: 100 000!) Gerisch sagt sogar: 100 000. Nun könnten Sie ja von diesem Gesichtspunkt aus fragen, ob wir dulden sollten, daß ein Genosse an einem Blatte mitarbeitet, das uns infolge seiner bürgerlich-demokratischen, etwas sozialreformersüchtigen Haltung einen solchen Leserkreis abhängig und die Arbeiter den Bestrebungen der Sozialdemokratie entzweimet. Wollen Sie von diesem Gesichtspunkt aus die Frage behandeln, so können wir uns auch darüber verständigen; aber wir sagten uns, vorläufig können wir uns nicht entschließen, soweit zu gehen, obwohl die „Morgenpost“ ein Hauptkonkurrenzblatt gegen den „Vorwärts“ ist und obwohl es diese eigenartige Redaktion besitzt, an der auch Bernhard mitwirkt. Wir konnten uns nicht zu der Ansicht aufschwingen, daß die Tätigkeit von Bernhard an der „Morgenpost“ gemeingefährlich ist. Es kann ja sein, daß eines Tages auch nach dieser Richtung hin die Frage auftritt, aber in diesem Augenblick ist sie meiner Meinung nach nicht zu stellen und der Parteivorstand hat einmütig ausgesprochen, daß die Stellung Bernhards bei der „Morgenpost“ uns vorläufig keine Veranlassung giebt, zu verlangen, daß er seine Tätigkeit einstellt.

Aber ganz anders, wenn es sich um ein Blatt wie die „Zukunft“ handelt, ein Blatt, das von Anfang ihres Bestehens an, so weit ich das verfolgen konnte, eine der Partei direkt feindliche Haltung eingenommen hat. Und nicht genug damit, daß die „Zukunft“ eine feindliche Haltung einnimmt — das tut mehr oder weniger die gesamte bürgerliche Presse —, die „Zukunft“ ist ein Blatt, das direkt unanständig, gemein und niederträchtig gegen die Partei war. Wir mußten uns sagen: Wenn es Genossen giebt, die es mit ihrer Ehre nicht bloß als Männer und Frauen, sondern auch speziell als Parteigenossen vereinbaren können, an einem Blatt mitzuarbeiten, das durch eine ganze Reihe von Artikeln bis in die letzten Monate des verfloffenen Jahres hinein die Partei beschimpft, geschmäht und mit Füßen getreten hat, so ist das ein Zustand in der Partei, der unmöglich auch nur einen Tag länger andauern darf. (Lebhafte Beifall.) Und das ist das entscheidende in der ganzen Frage. Mehring, Bernhard, Braun und tutti quanti, all das sind nur einzelne Personen, sind Momente, sind Beweismaterial, um diesen oder jenen Beschluß des Parteitages herbeizuführen. Es muß endlich einmal reiner Tisch gemacht werden. Als einer der Ältesten unter Ihnen erkläre ich: Ich hätte es vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten, daß es Elemente giebt, die moralisch so tief gesunken sind (Stürmischer Beifall), daß sie für ein Blatt wie die „Zukunft“ bis in die letzten Tage hinein mitarbeiteten und mit Herrn Maximilian Wittkowsky-Garden noch gewisse freundschaftliche Beziehungen unterhalten. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Um es einmal kurz hier zu erörtern, Herr Maximilian Wittkowsky-Garden ist mir ja persönlich und selbst in seinen Romanen vergleichsweise noch nicht lange bekannt, aber den Vater von Wittkowsky-Garden habe ich die Ehre gehabt, zu kennen. Den Sohn kennen zu lernen, würde ich nicht für eine Ehre ansehen. (Bravo!) Der alte Wittkowsky, das war ein guter Demokrat, ein Verehrer von Johann Jacoby, und in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts,

wo Liebknecht und ich als Abgeordnete des Norddeutschen Bundes und als Reichsparlamenten-Mitglieder von 1866/67 bis 1870/71 so oft in Berlin waren, haben wir, mein Freund Singer und eine Reihe anderer hochangesehener Männer wie William Spindler, Guido Weiß, Dr. Stephanz, der spätere Redakteur, mit diesem ehrbaren Manne, den Vater von Harden, manchen vergnügten Abend, aber auch manche ernste Nacht zusammengeessen und bis zum hellen Morgen Probleme diskutiert. Ich erinnere mich noch heute mit Vergnügen der Unterhaltungen mit dem Vater von Wittkowsk-Harden.

Außer Bernhard, der übrigens nicht nur gelegentlicher, sondern ständiger Mitarbeiter der „Zukunft“ war, kommen für uns auch in Betracht Eih Braun, Böhre, Worchardt. Letzterer leistete sich in einem Artikel über Sozialdemokratie und Genossenschaft in dem Harden'schen Blatte, der nach der Erklärung des Parteivorstandes erschien, folgenden Ausbruch: Ich will voraussagen, daß es sich nur um eine Meinungsäußerung des Vorstandes gehandelt hat und daß niemand gezwungen war, sich danach zu richten, denn wir haben nicht diese Autorität und wollen sie auch nicht haben. Wir haben unsre Meinungsäußerung nur verkündet, damit die Genossen wissen, wie wir denken. Nun, Worchardt hat sich daran nicht gehalten, er hat ein Recht dazu. Er schreibt also:

„Gerade als warmer Anhänger der sozialdemokratischen Partei, der ich angehöre, kann ich diesen Beschluß als Ausfluß einer kleinlichen Gesinnung nur mit einem Gefühl der Beschämung lesen. Die Genossenschaften werden hier nicht nach ihrem eignen Wesen als wirtschaftliche Gebilde beurteilt, sondern die Stellungnahme der Parteigenossen soll nach der überaus kleinlichen Erwägung erfolgen, ob für Agitatoren der Partei sichere Brotstellen geschaffen werden können.“ (Hört! hört!)

Zu dieser Aeußerung wählt Worchardt die „Zukunft“ des Herrn Harden. Haben wir nicht eine große Parteipresse, wo jeder derartige Artikel aufgenommen würde, aber er würde nicht so gut bezahlt werden wie von Wittkowsk-Harden. (Sehr richtig!) Gradnauer macht eine abwehrende Handbewegung. Das ist meine persönliche Auffassung, Genosse Gradnauer, Sie können ja vielleicht mehr wissen, können andre Gefühle voraussetzen, aber das ist, wie gesagt, meine Auffassung, denn nur von diesem Gesichtspunkte aus ist manches zu erklären, was andernfalls weder zu erklären, noch zu entschuldigen wäre. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Genossen, allerdings auch ausländischen; es wurden Ferri und Wandervelde genannt, die beide Artikel für die „Zukunft“ geschrieben haben sollen. Ich lese die „Zukunft“ außerordentlich selten, auch auf die Artikel gegen unsre Partei bin ich teilweise erst später aufmerksam gemacht worden. Ich vermute, daß die Genossen Ferri und Wandervelde ebenfalls keine regelmäßigen Leser der „Zukunft“ sind; darauf wird es wohl zurückzuführen sein, daß sie sich für die „Zukunft“ haben einsparen lassen. Was war denn bei der Gründung der „Zukunft“ ihr Zweck? Etwas für die Opposition, die Sozialdemokratie, die freie Meinung in Deutschland eine neue, bisher nicht vorhandene Tribüne zu schaffen? Nein, die Gründung war nichts als eine Spekulation auf das ganz gemeine Sensationsbedürfnis gewisser Leserkreise. Er wollte Geld aus dem Unternehmen schlagen, und da ist er unleugbar ein geschickter Mann, der die Sache aus dem ff versteht, obgleich ich allerdings sagen muß, daß ich kaum etwas Oberflächlicheres gegen unsre Partei gelesen habe als die Harden'schen Artikel. Harden hat sich vor der Gründung der „Zukunft“ an Kretsch und Plethi gewandt — ich will damit nicht beleidigen, denn ich bin selbst darunter —, an alle Welt, von der „Kreuz-Zeitung“ bis zum „Vorwärts“, und sie aufgefodert, der „Zukunft“ Mitarbeiterdienste zu leisten. Und begreiflicherweise, wenn man dem Publikum sagen kann: „Ich, Maximilian Wittkowsk-Harden, Mattenfänger von Hameln, habe sie alle eingefangen, da marschieren sie hinter mir aus allen Parteien, der große Schwanz der Mitarbeiter; (Heiterkeit und

färrnischger Weisfall) da giebt es natürlich einen großen Teil von Leuten, die wöchentlich 50 Pf. für solche Broschüre opfern können und die nun die „Zukunft“ mit Wehagen lesen. Dazu kam, daß Harden mit der feinen Nase, die ihn als Journalisten unzweifelhaft auszeichnet, sich sagte, daß an dem alten Verferker, der damals den Abschiedsbrief bekam, ja Hunderttausende zu verdienen seien. Wenn er den noch einfüge, dann müßte er ein gemachter Mann sein! So kam zu den vertriebenen Sozialdemokraten auch Bismarck als Mitarbeiter hinzu. (Sehr gut!) Und wenn er nicht gestorben wäre, dann schriebe er noch heute dafür, — oder distierte seine Artikel und ließe sie Maximilian Wittkowsk-Harden als ausgezeichnetes Sprechrohr schreiben. So kam die „Zukunft“ zu stande und, Genossen!, es gehört in der Tat ein sehr großer Mangel an Taktgefühl dazu, auch an parteigenösslichem Gefühl (Sehr richtig!), wenn sich ein Genosse von diesem Harden, dessen Vergangenheit der gewisser Damen gleicht (Zuruf: Dho!) — Wer sagt Dho? — einfügen läßt, um hinter diesem Mattenfänger von Hameln in dem großen Schwanz seiner Mitarbeiter herzutrotten! Harden verstarb 1892 u. a. an Engels, Liebknecht und mich ein Zirkular, in dem er uns aufforderte, für sein Blatt zu schreiben. Ich war damals mit Harden und der „Zukunft“ noch so gut wie gar nicht bekannt; den Namen Harden hatte ich nur in Zeitungen gelesen. Ich schrieb, Liebknecht ebenfalls, Engels, der von England aus die Dinge ja nicht beurteilen konnte, schrieb einen höflichen Brief und erklärte als höflicher Mann, er bedauere, daß er dem Wunsche nicht entsprechen könne. Darauf machte bei irgend einer Gelegenheit Harden in der „Zukunft“ die Bemerkung: Ja, der alte Engels, der Generalissimus der Partei, der hatte die Höflichkeit zu antworten; Webel und Liebknecht hielten es nicht für der Mühe wert, auf eine höfliche Anfrage zu antworten. Mittlerweile aber hatte ich auch andres gelesen, nämlich zwei Artikel, die im Jahre 1893 in der „Zukunft“ erschienen waren, der eine über schrieb: „Das Sechseläuten“, der andere: „Die roten Primadonnen“. Nur sagte ich mir: „Na, das ist doch eine Unverfrorenheit und Unverschämtheit sondergleichen von diesem Harden, jetzt noch zu sagen: Ihr seid aber unhöfliche Leute! Ich setze mich also hin und schreibe ihm ungefähr: „Was bilden Sie sich denn ein? Sie beschimpfen die Partei in zwei Artikeln, die von Ihnen geschrieben sind, und muten mir dann zu, daß ich für ein solches Blatt schreiben soll? Ja, der Teufel! Wie können Sie mich so elend niedrig einschätzen. (Sehr gut!) Für Ihr Blatt existiere ich nicht. Darauf antwortete er: er begreife gar nicht meinen Zorn und meine Entrüstung, er habe geglaubt, mir einen Gefallen zu erweisen (Große Heiterkeit), indem er mich zur Mitarbeit aufforderte. Er habe mir dadurch eine Tribüne zur Verfügung gestellt, von der aus ich meine Lehre hätte propagieren dürfen. Ich habe ihn dann zum zweitenmal gründlich heimgeschickt; damit waren unsre Beziehungen zu Ende. Aber vielleicht begreifen Sie nun, warum in der „Zukunft“ von Zeit zu Zeit die Hiebe auf mich niederfallen (Sehr richtig!), denn diese Sorte von Menschen ist auf einer Seite feig und auf der andern nachsichtig. (Sehr richtig!) So bekomme ich also bei jeder Gelegenheit meine Hiebe weg. Ich habe sie ruhig eingesteckt, wie ich das immer getan habe, nicht bloß dem Maximilian Wittkowsk-Harden gegenüber, sondern auch allen andern gegnerischen Blättern gegenüber. Und was hat man mir nicht in der letzten Zeit wieder alles eingebrockt und aufgebremmt (Sehr richtig! und Heiterkeit), wie hat man von dem senilen Webel gesprochen, von dem alten Kerl, der unfähig ist, noch einen geschickten Gedanken zu fassen (Heiterkeit), der in der Partei zum Kindergepöhl geworden ist. (Große Heiterkeit.) Das habe ich mit Lachen aufgenommen. (Sehr gut!) Ich will Ihnen ein Familiengeheimnis verraten: Es kommt häufig vor, daß ich solche Artikel zugeschickt bekomme und daß ich sie dann morgens, wenn ich mit meiner Frau beim Kaffee sitze, lese. Ich sage dann wohl: Ach, Julie, da ist wieder ein wütender Schimpfartikel; großartig,

das macht mir wirklich Spaß! Meine Frau wird dann neugierig — wir Männer sind ja auch neugierig — sie will den Artikel lesen und ärgert sich dann. (Stürmische Heiterkeit.) Dann sage ich ihr: „Sei doch keine Löwin! Ich amüsiere mich darüber“, mir macht das einen Hauptspass, dann weiß ich allemal, daß ich Recht habe. (Lebhafter Beifall.) Wenn ich aber Lob bekomme, dann kaue ich mir hinterm Kopf und frage mich: bist Du auf dem richtigen Wege? (Sehr richtig.) Das ist meine Auffassung. Es wird nächster Tage ein Antrag von mir kommen; ich will nämlich, daß der „Vorwärts“ uns alle diese schönen Preizzeugnisse künftighin serviert. (Heiterkeit.) Nun, das Sechseläuten ist in Zürich ein Volksfest, oder besser ein Maskenzug, der im April von den Fünften veranstaltet wird. Garden, der in seinem Leben gar manche Wandlungen auch in seiner Stellung gemacht hat, wovon ich ihm keinen Vorwurf mache, war einst Schauspieler (Adolf Hoffmann: Ist er noch!) in Zürich und hat da das Fest des Sechseläuten — kennen gelernt. In dem erwähnten Artikel vergleicht er den internationalen Arbeiterkongreß mit diesem Maskenzug. Das soll die Ueberschrift bedeuten. Was die Ueberschrift die „sozialistischen Primadonnen“ bedeuten soll, will ich Ihnen später sagen. Vorher einige Worte zur Affäre Mehring, die gestern Braun in so höchst merkwürdiger Weise zur Erörterung gebracht hat. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß ich hier derjenige bin, der Mehring am längsten kennt und ich glaube auch, daß ich ihn am gründlichsten kennen gelernt habe. Ich machte seine Bekanntschaft in jener Periode Ende der 60er Jahre, wo ich in der Gesellschaft von Guido Weiß, Stephan, Wittkowski usw. auch mit Mehring zusammen kam. Er war damals ein junger Mann anfangs der zwanziger Jahre, der wohl eben die Univerſität verlassen hatte und sich der journalistischen Laufbahn widmete. Er war damals Demokrat, Mitarbeiter der von Weiß, Jakob, William Spindler usw. gegründeten demokratischen „Zukunft“. Diese Leute standen uns sehr nahe, wie denn überhaupt damals andre Parteiverhältnisse waren, als heute. Wir kamen häufig zusammen, haben uns über alles Mögliche unterhalten und jeder gab sich, wie er war. Ich glaube bestimmt sagen zu können, daß die späteren Charakteristiken, die Mehring in seiner Schrift gegen die Sozialdemokratie von einer Anzahl Genossen gegeben hat, ganz wesentlich auf die Informationen zurückzuführen sind, die er damals durch den persönlichen Verkehr mit uns bekam. Nach einiger Zeit war Mehring für mich verschwunden, ich hatte keine Ahnung, wo er war; so viel ich weiß, war er eine zeitlang Berichterstatter in einem parlamentarischen Bureau. Ich selbst hatte ja anfangs der 70er Jahre meine Festungs- und darnach eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen und kam erst im Frühjahr 1875 wieder in die Freiheit. In der ersten Zeit mußte ich mich natürlich meinen geschäftlichen Beziehungen widmen, es war mittlerweile die schwere Krise hereingebrochen und ich kann sagen, ich stand vor dem geschäftlichen Untergang. Um die Partei konnte ich mich nicht viel kümmern, die Verhandlungen, die damals mit Mehring wegen Uebernahme der Redaktion der „Neuen Welt“ geführt wurden, kenne ich nur vom Hörensagen; ich weiß nur, daß sie sich zerschlugen und daß dabei die Honorarfrage eine Rolle spielte. Weiter weiß ich nichts. Dann kam das Jahr 1878. Auf einmal erschien da eine Broschüre von Mehring, in der er in der allerheftigsten und kaum für möglich gehaltenen Weise die Partei im allgemeinen und unsre Personen im speziellen angriff. Ich sagte mir: Da stehst du in der Lat vor einem psychologischen Rätsel, und ich habe bis zu dieser Stunde bei Mehring psychologische Rätsel gefunden. Ich sagte mir: So hat Mehring nie gethan bei seinen eminenten unleugbaren Fähigkeiten, daß er aus rein materiellen Gründen den Gesinnungswechsel vorgenommen hätte. Das ist nicht möglich, da sind psychologische Momente im Spiel, die in seinem Wesen liegen. In den schwersten Stunden der Partei war der Angriff Mehrings das bitterste und fürchterlichste, was uns passieren konnte (Sehr richtig!), einmal wegen der außerordentlich

gewandten Form, die dem Genossen Mehring zu Gebote steht, — er ist in dieser Richtung einer der glänzendsten, wenn nicht der glänzendste Schriftsteller Deutschlands bis zu dieser Stunde, — dann aber auch und hauptsächlich deshalb, weil jeder, der die Broschüre las, sich sagen mußte, posttaugend, da spricht einer, der die Verhältnisse und Personen genau kennt, und wenn das Bild ja auch sehr verzerrt war, so enthält es auch manches Wahre. Mehring hatte vor 1876 für die Partei die Broschüre: „Herr v. Treitschke, der Sozialistenlöcher“ geschrieben, eine glänzende Broschüre, die ich Ihnen heute noch als historisches Aftenstück empfehle, indessen hatte er nie weitere Beziehungen zur Partei gehabt. Organisiert war er nie gewesen. Er stand der Partei nahe und hat unendlich mehr Verständnis für sie gehabt, als irgend ein andrer bürgerlicher Schriftsteller; das gab seinen Erzeugnissen gegen uns besonderen Wert. Der Rede von Hafenclever entsinne ich mich nicht mehr, aber das sage ich Ihnen: Ein bis zwei Jahre später würde seine Rede anders gelaunt haben. Das Sozialistengesetz kam mit all seinen furchtbaren Wirkungen, die Schläge fielen hagelbild, alles wurde zertrümmert, eine Großstadt nach der andern mit ihrem umliegenden Gebiet wurde unter Belagerungszustand erklärt, hunderte und wieder hunderte von Genossen wurden brotlos, den Führern, allen mit wenigen Ausnahmen, wurde die Existenz zerstört, wir wurden wie räudige Hunde aus der Heimat hinausgetrieben. Auch heute noch, nachdem alle diese Verfolgungen vorüber sind, ohne daß sie mir geschadet haben, wenn da meine Gedanken auf den keinen Belagerungszustand zurückkommen und ich mir vergegenwärtige, wie wir aufs Polizeibureau kommandiert, dort wie Verbrecher unters Meternak gestellt und abgemessen wurden, wie wir photographiert wurden und unser Signalement aufgenommen wurde und wie es dann hieß, binnen drei Tagen macht ihr, daß ihr zum Tempel hinauskommt, das vergesse ich in meinem Leben nicht. Und wenn ich es je erleben sollte, daß der Tag käme, daß ich denen, die dann noch leben, sagen könnte: Jetzt will ich euch einmal zeigen, was ihr damals getan — ich t ä t s ! (Stürmischer Beifall und langanhaltendes Händeklatschen.)

Nun, die Presse war unterdrückt, alle Versuche, in Deutschland Blätter zu gründen, die ja nur vollständig farblos sein konnten, scheiterten. Alles wurde unterdrückt und zerschmettert, keine Organisation, fast kein Geld, zahllose Existenzen auf dem Pflaster, darunter unsre besten Leute. Ich gehörte ja nicht dazu, denn ich hatte für mein Geschäft damals einen Associe. Da kamen die Wahlen von 1881. Keine Presse, keine Organisation. In den meisten Wahlkreisen bestand kaum die Möglichkeit, Flugblätter zu verteilen, ja in sehr vielen Kreisen nicht einmal die Möglichkeit, Stimmzettel zu verteilen, aber trotz alledem — und das ist das Großartigste von allem, was je die Sozialdemokratie geleistet hat, da sind selbst die drei Millionen Stimmen der letzten Wahl nichts dagegen — trotzdem 312000 Stimmen und neun Mandate! Der 26. Oktober 1881 war der Tag der Zerschmetterung des Sozialistengesetzes. Wenn das Sozialistengesetz auch noch neun Jahre danach gelebt hat, das war der Tag, wo sich sein Schicksal entschied. Das Gesetz war vernichtet, mitten in seinem scheinbaren Siegeslauf zerbrochen, alle Gewalt gegen uns war überflüssig und unnützig gewesen; sie hatte nichts geholfen. Die Sozialdemokratie lebte und siegte! So war damals die Situation und diesem Eindruck konnten sich auch die Gegner nicht verschließen. Die sagten sich schon damals: Ja, mit der Wunde werden wir nicht fertig. (Heiterkeit.) Die nächste Wirkung war die, daß die Fägel etwas gelockert wurden. Auch im Reichstag selbst wurden Stimmen laut, daß das Gesetz anders angewandt werden müsse. Der Reichstag mußte sich zu Interpretationen entschließen, die die Handhabung des Gesetzes abschwächten. Es war in der Folgezeit möglich, hier und da farblose Parteiblätter zu gründen, aber sie durften keinen selbständigen Gedanken ausdrücken, der auch nur entfernt an den Sozialismus erinnerte, sonst wurden sie verboten. In diesen Jahren 1881, 1882 erschienen in der national-

liberalen „Beferzeitung“ Berliner Korrespondenzen, in denen mit merkwürdiger Sachkunde über die Partei gesprochen wurde, und in denen sie gegen die größten Mißbräuche der Polizei in Schutz genommen wurde. Als wir das lasen, waren wir sehr erstaunt. Die Artikel erregten großes Aufsehen und wurden bald in der ganzen Parteipresse abgedruckt. Wir fragten uns natürlich: Wer ist denn der Schriftsteller, der diese Korrespondenzen schreibt? Und da kam es heraus, daß es derselbe Franz Mehring sei, der vor zwei, drei Jahren die schauderhafte Broschüre gegen uns veröffentlicht hatte. Da stand ich wieder vor einem psychologischen Rätsel. Wir sagten uns, den Wandel können wir uns ja gefallen lassen. Es scheint, daß Mehring bereut. Er empfindet, daß er gegen uns zu weit gegangen ist, und hat das Bedürfnis, soweit wie möglich uns Verfolgte jetzt zu unterstützen. Das nahmen wir selbstverständlich an. 1883/84 kam Mehring als Mitarbeiter an die Berliner „Volks-Zeitung“ und in dieser schrieb er noch mehr zu unsern Gunsten. Natürlich war es für uns sehr wertvoll, daß das in einem Blatte geschah, das wie die „Volks-Zeitung“ in der bürgerlichen Presse einen großen Einfluß hatte. So ging das die ganzen nächsten Jahre hindurch. Persönliche Beziehungen zu Mehring hatte damals niemand von uns. Dann kam im Jahre 1887 der St. Gallerer Kongress, von dem sie gestern gehört haben. Die Darstellung, die Braun gestern von den Vorgängen in St. Gallen gegeben hat, ist ja wohl richtig. Erstaunt war ich aber über die Behauptung Brauns, er habe damals Mehring noch nicht persönlich gekannt. Wenn das nicht eine Vergeßlichkeit der allergrößten Art sein sollte, dann ist es die vollkommenste Unwahrheit. (Braun ruft: Ich habe die Wahrheit gesagt!) Warten Sie ab! (Braun: Da bin ich neugierig!) Die Wette ging auf ein Souper, ein Abendessen. Der Preis und das Menu wurde nicht ausgemacht. Um die Neugier Vollmars zu befriedigen (Heiterkeit): ich weiß auch heute noch nicht, was es gekostet hat. Es war ein gutes Souper, aber etwas außerordentliches, eine Schlemmerei war es nicht. Ich kannte Braun damals schon einige Jahre. Wir waren öfter zusammengekommen und in ziemlich lebhaften persönlichen, meinetwegen freundschaftlichen Beziehungen, er war auch Genosse, gar kein Zweifel. Kurz vor diesem berühmten oder berühmten Souper, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt, kam Braun in den Reichstag und ließ mich rufen. Ich bemerkte vorweg, daß mir der Vorgang noch im Gedächtnis ist, als wäre er gestern passiert, und zwar aus dem Grunde, weil ich damals naturgemäß sehr oft gefragt wurde, wie kamt ihr denn eigentlich mit Mehring zusammen, und weil der Vorgang ja auch an sich bei mir sehr lebhaft Gefühle erwecken mußte. Den Mann, den ich erst so kennen gelernt hatte, der dann zween Jahre später die Partei während angegriffen hatte, der dann wieder sich wandelte, sollte ich nun wiedersehen: das war selbstverständlich für mich keine gleichgültige Sache. Gestern nach der Sitzung hat Braun Gelegenheit genommen, nochmals mit mir über die Sache zu sprechen. Er sagte, meine Behauptung, daß er den von ihm verlesenen Mehringschen Artikel bereits früher gekannt habe, sei unrichtig. Nun, ob Braun der Wortlaut bekannt war oder ob er ihn vergessen hatte, weiß ich nicht, ist auch gleichgültig. Entscheidend ist, daß Braun zu mir kam, um mich zu bestimmen, Mehring am Souper teilnehmen zu lassen. Und da sagte er: Ich weiß, was Mehring an uns verbrochen, was er geschrieben und wie schwer er uns geschädigt hat. Er hat uns beschimpft, aber, Sie wissen ja, daß der Mann, seitdem anders geworden ist, was er alles getan hat, seinen Fehler gut zu machen, und ich meine, Sie sollten ihm verzeihen! Mehring würde sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammen kommen und eine Aussprache stattfinden könnte. (Heinrich Braun: Ist das Ihr ganzer Beweis?) Ich sage das im Gegensatz zu Ihnen, Sie kannten Mehring bereits damals. (Heinrich Braun: Ich kannte ihn nicht!) Sie kannten ihn persönlich. Das lag in Ihren Worten, in der Art Ihrer Ausführungen. Ich ging zu Mehring und fragte ihn: Seit wann

kennen Sie Braun? Ach, sagte er, seit 1887, ich glaube schon seit 1886, er war bei mir eine Anzahl von Malen (Hört! hört!), er war in meiner Familie, er war bei mir zu Gast. (Hört! hört! Heinrich Braun ruft: Das war väter!) Nein, damals, 1887, und Ihre Worte haben in mir bis heute den Eindruck aufrecht erhalten. Sie haben Mehring damals persönlich gekannt und alles gewußt, was er getan hat. Von Heinrich Braun zu glauben, daß er das nicht gewußt hätte, wäre eine Beleidigung an der Intelligenz und dem Wissensdrang von Braun. (Sehr gut!) Braun hat neben andren Eigenschaften auch die eines Hans Dampf in allen Gassen (Heiterkeit und Zustimmung), er kümmert sich, wie man zu sagen pflegt, um alle Pühner und Gänse und selbst um deren ungelegte Eier (Große Heiterkeit). Braun war 1878, wie er sagt, Parteigenosse, er war damals Student der Nationalökonomie. Die Mehring-Artikel und das Mehring-Buch gingen durch die ganze deutsche Presse, in der ganzen Partei entstand ein Schrei der Entrüstung, und davon hat nur Heinrich Braun, der intelligente, eifrige Heinrich Braun (Sehr gut!), der eigentlich alles wußte, der sich noch später um so vieles kümmerte, was ihn eigentlich gar nichts anging, nichts gewußt? (Sehr gut!) Nein, Heinrich Braun, Sie haben es gewußt, Sie kannten Mehrings Artikel, Sie kannten seine Broschüre. Sie wußten ganz genau, was der Mann getan hatte, und es spricht zu Ihren Gunsten — das rechne ich Ihnen hoch an — daß Sie ihn trotzdem zu uns gebracht haben. Wie konnten Sie sich auch unterziehen, Mehring zum Souper einzuladen, ohne daß Sie sich vergewissert hatten, daß er dazu bereit war! (Sehr gut!) Wie konnten Sie da kommen und mir diese Frage stellen? Das beschwöre ich, was ich hier gesagt habe. Ich überlasse Ihnen und den Genossen draußen das Urteil über Heinrich Braun und mich. (Braun: Doch erst, nachdem ich gesprochen habe!) So waren also die Dinge gegangen. Da kamen wir in einem Restaurant Unter den Linden zu dem berühmten Souper zusammen und da wurde der persönliche Verkehr zwischen Mehring und mir hergestellt und später auch mit Liebknecht. Und nicht allein, daß Heinrich Braun es war, der uns damals zusammenführte, nicht etwa als dummer und unwissender Mann, der die Tragweite seiner Handlungen nicht gekannt hätte, sondern als ein einsichtiger Genosse. Es war eine gute Tat. Derselbe Heinrich Braun hat dann an Kautsky geschrieben und ihn aufgefordert, Mehring zu ersuchen, für die „Neue Zeit“ zu arbeiten! (Hört! hört!) Kautsky sah damals fern von Berlin. Er hatte in der Hauptsache nur in Erinnerung, was Mehring 1878 bis 1880 gegen die Partei geschrieben hatte, und er antwortete seinem Freunde Braun: Ich schreibe nicht an Mehring. Das fällt mir nicht ein. Das ist mir bedenklisch. Da war es wieder Braun, der dem Kautsky sagte: dann schreibe Du an Webel und frage da an. Ich antwortete Kautsky das, was ich Ihnen eben mitgeteilt habe. Ich schrieb ihm: Nachdem Mehring sich in dieser Weise zu Gunsten der Partei seit sechs Jahren befehrt hat, nachdem er, wie ich mich überzeugt habe, selbst bereut, was er einmal gegen uns getan hat, da hulbige auch Du dem schönen Grundsatze der Webel: Neger einen Sünder, der Buße tut, ist mehr Freude als über 99 Gerechte. (Sehr wahr!) Du kannst, schrieb ich ihm, Mehrings Artikel wohl aufnehmen, denn an der nötigen Intelligenz, der Fähigkeit und dem richtigen Standpunkt wird er es nicht fehlen lassen. So ist denn Mehring, wenn ich nicht irre, vom Februar 1888 ab Mitarbeiter der „Neuen Zeit“. Nachher kam dann die Aussöhnung Mehrings mit Liebknecht zu stande. Sie haben sich später allerdings wieder gezankt. (Heiterkeit.) Wer Schuld war, weiß ich nicht. Mag sein, das psychologische Moment in Mehrings Charakter, das ja leider noch in der neuesten Zeit zum Ausdruck gekommen ist. Ich wünschte, er hätte in seinen Artikeln das Persönliche unterdrücken können. Aber seine Leidenschaft hat ihm wieder den schlimmsten Streich gespielt. (Sehr richtig!) Es hat für Mehring niemals einen schlimmeren Feind gegeben, als Mehring selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Stets hat er sich von seiner Leidenschaft

hinreichen lassen, und denen, mit denen er vorher in dickster Freundschaft lebte, die Freundschaft gekündigt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes machte ich Diez den Vorschlag, eine Parteigeschichte zu schreiben. Ich legte ihm meinen Plan auseinander. Ich wollte mit der Bewegung der vierziger Jahre, dem Hund der Gerechtigkeit, dem Weillingschen Kommunismus zu anfangen. Genau wie Mehring es später machte. Es war gerade, als hätten wir uns verabredet. Aber wer die Verhältnisse kannte, der mußte von diesen Bewegungen ausgehen. Diez sagte: Ganz famos, ganz mit einverstanden, ich helfe, was ich kann, um Dir Materialien zu verschaffen. Also ich raffte zusammen, was nur an Literatur zugänglich war und machte mich an die Arbeit. Nun nahm aber meine Eüchtigkeit als Reichstags-Abgeordneter sechs Monate und mehr im Jahre in Anspruch, ich war Parteikassierer, hatte wöchentlich mehrere Vorstandssitzungen, ich war Agitator der Partei. Sie können sich also denken, welche Zeit mir da für wissenschaftliche Arbeiten blieb. Ich dachte was ich konnte, excerpierte, häufte Manuskripte auf Manuskripte, aber nach zwei Jahren mußte ich Diez mehr als einmal klagen: Ich bringe die Geschichte, nicht zu Ende, mir fehlt die Zeit oder aber ich müßte mich drei Jahre von allem zurückziehen. Ich war, offen gestanden, in Verzweiflung. Da kommt eines Tages Mehring: Er hatte ebenfalls Diez die Proposition gemacht, eine Geschichte der Partei zu schreiben, Diez hatte ihm gesagt, daß ich bereits daran arbeite, daß ich aber auch schon wiederholt darüber geklagt hätte, daß ich nicht vorwärts komme, sondern die Arbeit so oft unterbrechen müßte, daß ich nicht vorwärts komme, sondern die Arbeit so oft unterbrechen müßte. Ja, sage ich, das ist wahr. Nun, meinte Mehring, wie wäre es denn? Würden Sie sich damit einverstanden erklären, daß ich die Arbeit mache? Ach, antwortete ich, mit Vergnügen; wenn Sie das tun, wird die Arbeit fertig, ich bekomme sie nie fertig. Ich packte also meinen ganzen Kram von Manuskripten ein, sie liegen heute noch in demselben Paket bei meinen Akten und Mehring begann die Arbeit. Er hat sie fertig gestellt; eine großartige Arbeit, die aber an zwei schweren Mängeln leidet. Einmal konnte es Mehring ebenso wenig, wie in der „Lessing-Legende“, unterlassen, seiner persönlichen Feindschaft gegen bestimmte Personen in einer Weise Ausdruck zu geben, die mich ausdrücklich schmerzte. (Zustimmung.) Ich erinnere an das, was er in seiner Parteigeschichte über Leopold Sonnemann sagte. (Zuruf.) Ja lieber Duard, ich weiß ja, wie Sie dazu stehen, (Duard: ich habe nichts gesagt), na, ich weiß, wenn man an Sonnemann tippt, dann zuckt Duard. (Große Heiterkeit.) In ähnlicher Weise wurde der Redakteur Stephanh behandelt. Mehring hat sich selbst geschadet, daß er solche persönlichen Dinge hineinbrachte. (Sehr richtig!) Zweitens hat Mehring nach meiner Auffassung auch Schweiger durchaus falsch beurteilt. Inbes das ist Auffassungssache, Mehring ist noch heute der Meinung, er habe recht und ich unrecht, und ich habe mich ja auch schon zu einer Erklärung dagegen veranlaßt gesehen. Ich werde keine Parteigeschichte schreiben, wohl aber ein Buch über meine Erinnerungen; ich habe dieses Jahr damit angefangen. Das ist eine der Arbeiten, die ich in Kürze vorhabe, wo ich nicht schlafe. (Heiterkeit!) Also ich habe angefangen; ich weiß nicht, wann das Kapitel kommt, aber es kommt. So lange halte ich noch aus. (Lebhafter Beifall.) Ans Sterben denke ich nicht (Erneuter lebhafter Beifall), und faul werde ich auch nicht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Ich hoffe, meinen verehrten Freunden und Feinden, wenn es notwendig ist, noch manche böse Stunde zu bereiten. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Also ich sage: Mehrings Urteil über Schweiger ist falsch, aber es handelt sich um eine wissenschaftliche Ueberzeugung von Mehring, und als ich in der vorigen Woche bei Diez war, legte dieser mir die ersten Bände der neuen Auflage der „Geschichte des Sozialismus“ vor und sagte: Du wirst Deine helle Freude daran haben; abgesehen von dem Urteil über Schweiger ist alles, was Du und andre mit Recht an der ersten Auflage getadelt haben, ausgemergelt, und das wird auch mit der „Lessing-Legende“ passieren. Ich

sagte: Bravo! Das ist vorzüglich, dann wird die „Geschichte“ ein großartiges Werk. Auch unter Mehrings Artikeln in der „Neuen Zeit“, die natürlich nicht alle von gleicher Qualität sein können, sind viele wahre Perlen der deutschen Journalistik (Sehr richtig!), neben andren, von denen ich mir sage, wenn sie nicht geschrieben wären, wäre es auch kein Fehler. Dann kommt die Herausgabe des Nachlasses von Marx, ein großartiges Werk. (Lebhafte Zustimmung.) Da ist alles vermieden, was an den andern Werken zu tadeln ist (Sehr richtig!), das ist eine hochwissenschaftliche Arbeit, und wenn Braun, Edmund Fischer, Bernhard usw. längst vergessen sein werden, dann werden die Werke eines Mehring in der deutschen Literatur noch als eine große Tat angesehen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist meine ehrliche, aufrichtige Ueberzeugung, die ich vor aller Welt vertrete. Mehring ist auch Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“, die eine Menge brillanter Artikel enthält, von denen ich nur das eine bebaure, daß sie in der „Leipziger Volkszeitung“ stehen und nicht in „Vorwärts“ (Sehr wahr!), das soll kein Vorwurf gegen die Redaktion des „Vorwärts“ sein, denn ich will auch erklären, daß mit Ausnahme eines gewissen Teils, über den wir uns später unterhalten werden, ich mit der Redaktion des „Vorwärts“ sehr zufrieden bin, und namentlich den politischen Teil meist für ausgezeichnet halte. (Zustimmung.) Nun kommt heute Bernhard mit dem Brief an Garden aus dem Jahre 1891/1892. Daß Mehring mit Garden zu dieser Zeit freundschaftlich verkehrte und auf seine Freundschaft rechnete, nehme ich ihm nicht übel; ob schon damals die „Zukunft“ erschien, weiß ich nicht, (Zuruf: Nein!), jedenfalls hatte sie noch nichts gegen uns geschrieben. Nun ist der Brief, den Bernhard heute hier zu großer und unangenehmer Ueberraschung des Parteitages verlesen hat, von Garden selbst bereits veröffentlicht worden (Zuruf: Nur angedeutet.) Er soll, wie mir gesagt ist, bereits vor 6 Jahren in der „Zukunft“ erschienen sein; selbst gelesen habe ich ihn nicht. Als heute der Brief verlesen war, habe ich mir gesagt: das ist doch eine fatale und höchst unangenehme Geschichte. (Sehr richtig!) Ich weiß ja, Schoenlant und Mehring waren erst die intimsten Freunde der Welt, untrennbar wie die stamessischen Zwillinge, dann auf einmal ein jäher Riß und schließlich dieser furchtbare Angriff auf Schoenlant. Das ist auch wieder das psychologische Moment (Heiterkeit), von dem ich gesprochen habe. Man mißverstehe mich nicht: Ein sehr, sehr unangenehmes psychologisches Moment, eine Tat, die ich Mehring, wenn er nicht im Laufe der Verhandlungen in der Lage ist, genügende Aufklärung zu geben, nicht verzeihe (Lebhafte Zustimmung), das sage ich rund heraus. Ich verteidige Mehring, wo ich glaube, ihn mit gutem Gewissen verteidigen zu können, der Brief über Schoenlant aber ist etwas, das meinem innersten Gefühl aufs stärkste widerspricht und mich aufs tiefste verletzt und wofür das psychologische Moment vielleicht eine Erklärung, aber keine Entschuldigung ist. (Zustimmung.)

Ich glaube mich nun über die Frage Mehring ausgesprochen zu haben. Ich bedauere, Ihre Geduld noch eine Weile in Anspruch nehmen zu müssen, aber ich fühle mich in diesem Augenblick, ich will nicht sagen, in der Rolle des Staatsanwalts, wohl aber in der Rolle dessen, der dem Parteitage die noch fehlenden Lücken des Beweises dafür schuldig ist, weshalb diese Fragen uns hier so beschäftigen. Ich muß auf einige Artikel der „Zukunft“ eingehen. Zunächst handelt es sich um den Artikel: „Die roten Primadonnen“ in der Nummer vom 26. November 1892, da werden die Führer der Partei, wie schon aus dem Titel hervorgeht, in der schauerhaftesten Weise verhöhnt, in erster Linie Liebknecht, Singer, Auer, ich und Vollmar — Vollmar damals auch noch — (Heiterkeit). Es heißt da: „Auch die roten Primadonnen haben ihre Claque, auch ihnen lügen, so oft sie die Bretter verlassen, eilig fliehende Hände Erfolge vor“. Dann wird der Gedanke weiter gespinnnen, daß der Antisemitismus in der Partei mehr und mehr Platz greife; offiziell natürlich nicht, aber im Privat-

gespräch. Da taucht bereits auf, in welcher Art Maximilian Wittkowski-Garden Privatgespräche von Genossen zu hören Gelegenheit hatte. Es ist eine der traurigsten Erscheinungen in der Partei, daß in jener Zeit an gewissen Abenden in der Woche, in der Regel Sonnabends, eine Anzahl hervorragender Genossen, auch ich war zeitweilig darunter, zusammenkamen am Bierisch und daß sich da eine Masse bürgerlicher Schriftsteller der verschiedensten Blätter allmählich einfanden und daß da mit einer Rücksichtslosigkeit, die mich angeekelt und veranlaßt hat, die Gesellschaft zu meiden, vor den Ohren der Gegner über Parteigenossen und über Parteiverhältnisse gesprochen wurde. (Hört! hört!) Auf diese Weise konnte die bürgerliche Presse durch die als Zuhörer antwefenden Literaten nachher die Partei und eine Anzahl bekannter Genossen verhöhnen und foppen lassen.

Es heißt nun in der „Zukunft“ unter anderem: „Vollmar hat eben seine Gruppe, und Singer, der sein Vermögen der Partei vermachet haben soll, ist ein noch viel mächtigerer Mann; beide fügt außerdem noch die Befürchtung, durch ihren Sturz könnten die Herren Webel und Liebknecht allzu mächtig werden. In diesem Anlaß persönlicher Ermüdungen und Rivalitäten ist schließlich für die Sache kaum noch irgendwie Platz.“ In diesem Tone geht es weiter. „Indessen trägt Herr Liebknecht nicht etwa allein die Schuld; es wuchert da noch eine Preßkommission herum, an deren Spitze natürlich Herr Singer steht und die ängstlich darüber wacht, daß nur ja jede Beschwerde jedes Parteigenossen protokolliert und in jedem Streit eines Unternehmers mit seinen Arbeitern dem Unternehmer ordentlich eins auf den Kopf gegeben wird“; — nebenbei war Singer nie Vorsitzender der Preßkommission. Dann heißt es: „Die sozialdemokratischen Zeitungsschreiber sind eben zum größten Teile solche Aulisi wie ihre bourgeoisen Kollegen. Systematisch werden sie zur Klopffechterei erzogen und wenn sie mit noch blutigen Händen vom Morben der Bourgeoisie kommen, dann setzen sie sich mit den Vorkämpfern dieser Welt um den Biertopf herum und sind die besten Freunde von der Welt.“ Damals war es der Biertopf, heute auch das Weinglas. (Sehr richtig!) „In beiden Lagern festen Söldner und die genarrten Leser nehmen die Geschichte ernst, während die Wüteriche doch, nach einem Worte Lessings, oft genug wie die Fleischernechte reifen.“ Zum Schluß heißt es: „Heute herrscht in der Sozialdemokratie vielfach gefällige Routine und Liebedienerei, aber die roten Primadonnen sind alt und wer die Vorgänge hinter den Kulissen des Parteitags aufmerksam beobachtet hat, der kann sich nicht darüber täuschen, daß der Zuschauer ungeduldig Bischen und Trampeln schon bis zu den Sternen dringt und daß die nächste Generation die alten Lieblinge über den Haufen rennen wird, namentlich wenn sie keine Hände und den trogigen Mut der Uebertriebung hat.“ So also wird die Partei in diesem Artikel der „Zukunft“ verhöhnt. (Sehr richtig!)

Es kamen später in längeren Zwischenräumen weitere ähnliche Artikel über die Partei. Ich meine, wenn jemand sich bereit erklären will, an einem Blatt mitzuarbeiten, dann ist doch die erste Aufgabe eines Mannes, der etwas auf sich hält, daß er sich fragt: was ist denn das für ein Blatt? (Sehr richtig!) Und wenn je ein Genosse von uns nicht hätte wissen sollen, wer Maximilian Wittkowski-Garden und wer die „Zukunft“ ist, so wäre es seine verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit gewesen, sich zu erkundigen, und es wäre weiter seine Pflicht gewesen, genau so wie ich es getan habe, diesem Herrn Maximilian Wittkowski-Garden einen moralischen Fußtritt an eine gewisse Stelle des Körpers zu versetzen, daß er zur Läre hinausflog. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Das war die Haltung, wie ich sie von Männern nicht nur ohne Rücksicht auf die Partei, sondern ganz speziell von Sozialdemokraten verlangt hätte. Dann kamen die Zollobattan des letzten Jahres, in denen Garden wieder als der Ueberzümler auftrat, als wütendster Vertreter des Agrariertums, des Junkertums und seines Raub-

systems. Auch das schon hätte jeden Sozialdemokraten abhalten müssen, Mitarbeiter dieses Blattes zu sein. Am 22. November 1902 veröffentlichte Garden in der „Zukunft“ einen Artikel „Obstruktion“, in dem es heißt: „Der Mann“ — gemeint ist Graf Bülow — „dem gestern noch als wahrhaft modernen Menschen, als würdigen Erben Schöndereis gehuldigt worden war, sah sich nun als Vertreter der finstersten Finsternis an den Pranger gestellt, und Bernhardtiner, deren Dressur vollendet schien, zeigten dem blonden Wändiger drohend die Zäune. Keiner der Schimpfschorfürer hatte die 161 Seiten des Entwurfs durchaus studiert, keiner mit heißem Bemühen Wert und Sinn der 946 Tarifnummern erforscht, keiner konnte also der Hauptfrage, ob eine sorgsame oder eine lieberliche Arbeit vorgelegt sei, die Antwort finden.“ In diesem Tone geht es weiter. Es ist von der Agitation gegen den Entwurf die Rede. Dann heißt es: „Und Herr Webel versiegte sich zu dem Gelächris, die Spottgeburt mit starker Faust in den Ortus zu schleudern.“ Das ist eine verhältnismäßig harmlose Stelle, die weiter nichts zu sagen hat, obgleich ich meine, daß Genossen, die für das Blatt schreiben, hätten berücksichtigen müssen, daß ich damals im Namen der Fraktion sprach, und wenn die Fraktion auch nicht mit jedem Wort ihres Vertreters einverstanden ist, so ist sie es doch selbstverständlich mit der Tendenz seiner Rede. (Sehr richtig!) In der Person des Redners wird die Fraktion selbst angegriffen und beleidigt. (Sehr wahr!) In dem Artikel ist dann weiter zu lesen: „Was wir schauernd inzwiischen selbst erlebt haben, braucht nicht ausführlich geschildert zu werden. Unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit beriet die Kommission, berät jetzt noch das Plenum der Zolltarif; der Versuch, einen Vollaustand herbeizuführen (Hört! hört!), die Massen auf die Weine zu bringen, ist mißlungen, und an die Holzpapier-Stürmchen hat selbst der Pfiffige sich sanft gewöhnt. Längst weiß jeder, daß die neuen Getreidezoll-Ziffern den Abschluß von Handelsverträgen nicht hindern, daß diese Ziffern, bevor sie in den Entwurf gesetzt wurden, mit den Hauptstaaten vereinbart worden waren, längst auch jeder wachen Sinnes um sich Blickende, daß die Zukunft der deutschen Geschäftsbilanz von ganz andren Faktoren entscheidend bestimmt wird, als von nach so langfristigen Handelsverträgen.“ Dann kommt die Partei heran, und das ist das Entscheidende: „Die Sache des Grafen Bülow, der schon gräßliche Gleichnisse von einem „Zollkahn“ und einem „Zollschiffer“ ausspie, um einem Gedanken die Lufröhre frei zu machen, stand schlecht, da kam aus dem linken Lager die Hilfe. Die Sozialdemokraten möchten gar zu gern unter dem hehren Zeichen des Weotmachers ins Wahlschlachtfeld marschieren. Erstens: weil die Bürgerlich-Radikalen sie dann nicht bekämpfen können; zweitens: weil solche Parole ihnen die Nötigung ersparen würde, das von den „Revisionisten“ der Versteinfärbung zerbröckelte Programm zu entscheiden; drittens: weil sie — die letzten, unsäglich öden Parteitage lehren es — gerade jetzt kein andres wirksames Feldgeschrei haben, als dieses billigte, das selbst ins leerste Demagogenhirn zu hämmern ist. (Lachen. Hört! hört!) Eine Partei, die sich stets auf die Wissenschaft, die determinierende Macht des Massenbewußtseins und der Evolution beruft, schämte sich nicht, den Streit der Theorien in den lustlosen Bereich des Gewissens, der Moral abzuschleichen, sie ächten jeden, der mit Jaurès, mit unzähligen Sozialisten aller Erdteile Vollschug der heutigen Produktion für nötig hält, und scheuen doch nicht die Bundesgenossenschaft der Bankischen Bankiersgarde, die zwar nicht fünf Mark Roggenzoll, aber drei Mark und eine halbe übers zarte Gewissen bringt. (Lachen.) Der alte Manchesterwahn, die englische Krankheit steckt Margens ungeratenen Söhnen im Mute. (Lachen. Hört! hört!) Die Strategen des linken Lagers vergessen zweierlei. Erstens: daß die Zollzänkerei das Land nicht erregen, — zweitens: daß nur eine zaghafte Mehrheit sich den Willenskanal verstopfen läßt. Einstweilen ist nur die Technik des Abstimmungsverfahrens geändert, keine Pflicht beseitigt, kein Recht geschmälert

worben: noch auf hundert verschiedenen Wegen aber ist der Tarif zu retten. Nur müssen die Parteien, die solche Rettung wollen, sich endlich besinnen, alle Neben sparen und zur Tat vorschreiten. Ihr Entschluß könne, da sie eine Zolllampfwahl meiden möchten, nicht zweifelhaft sein. Das Volk kümmert sich nicht um die Vorarbeit, sondern nur um das Resultat, die Handelsverträge. Die will es sehen, will prüfen, welchen Gemeinben sie Vorteile bringen: und es wird, wenn das sinnlose Geschwätz nicht bald verstummt, der Obstruktion mit vollem Recht alle beschuldigen, die seit zwölf Jahren fast ohne Pause nur um Zollsätze feilschen, die Reichspolitik lähmen und den wichtigsten Willensregungen der Nation den Weg ins Leben verammeln.“ Das ist im November vorigen Jahres geschrieben worden, in jenen Stunden, wo wir im schwersten Kampfe mit der Mehrheit des Reichstages standen. Und wenn selbst alle die, die für die „Zukunft“ mitgearbeitet haben, Litz Braun, Bernhardt, Göhre, Borchardt, (Zuruf: Auch Ströbel!) Es wird gerufen: auch Ströbel! Ich weiß das nicht, aber ich glaube nicht, daß Ströbel in den letzten Jahren an der „Zukunft“ gearbeitet hat — nicht gemußt hätten, wie früher, 1893/94, die „Zukunft“ war, was sie 1902 geschrieben hat, das haben Sie alle gelesen, alle ohne Ausnahme, und wer da noch ein wenig Ehrgefühl als Mann und Frau und als Genosse hatte, der mußte sich sagen, du hast dich hier verleiten lassen, diesen Garden zu Gefallen zu sein, jetzt kommt er und beschimpft unsere Partei in der niederträchtigsten Weise, jetzt mußst du diesem Herrn Garden künden und ihn deine Mitarbeiterschaft ins Gesicht schlagen. Was aber geschieht? Nichts geschieht! (Lebhafte Pfui-Rufe und Zwischenrufe.) Geschwiegen hat man, weiter an der „Zukunft“ gearbeitet, das Geld eingesteckt. Die Partei mußte sich beschimpfen lassen. Und nun frage ich einen jeden: Was verdient derjenige für ein moralisches Urteil, der es unter solchen Umständen über sich gewinnt, für die „Zukunft“ weiter zu schreiben? (Zuruf: Prügel! Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Das ist das Entscheidende, darauf kommt es an. Ich will alles vergessen und vergeben, was die „Zukunft“ 1892/93 und in den folgenden Jahren gegen uns geschrieben hat, nicht aber, was sie 1902 in den schwersten Tagen des Kampfes unserer Fraktion gegen eine Welt von Feinden schrieb. (Sehr gut!) Ich sage mit Absicht: gegen eine Welt von Feinden, denn mit dem kleinen Häuflein, das bis zu einem gewissen Grade mitmachte, standen wir allein der ungeheuren Mehrheit des Reichstages und fast der gesamten bürgerlichen Presse gegenüber, Tag für Tag gehöhnt, beschimpft, verspottet, der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Und in diesem großen, historischen Moment für die Partei, bei dem Kampf, der der Partei Ehre und Würde eingetragen hat, wie kaum je einer zuvor, giebt es unter uns Marodeure, die der Partei in den Rücken fallen, indem sie ein solches Blatt mit ihrer Mitarbeiterschaft unterfüttern, ihm ein moralisches Ansehen geben, damit es weiter die Partei bekämpfen und beschwätzen kann. (Zuruf: Pfui!). Für ein solches Vorgehen giebt es nach meinem Empfinden nichts andres, als ein kräftiges Pfui! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, Pfischen.) Ich stehe über vier Jahrzehnte im politischen Kampf; ich war nicht immer Sozialist und habe einmal den Sozialismus ebenso eifrig bekämpft, wie ich ihn dann propagiert habe. Aber meine Ehre ist bis zu dieser Stunde niemals auch nur mit dem kleinsten Fleckchen beschmutzt worden. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Und nun will ich denen, die es angeht, ein Geheimnis verraten, wenn es ein Geheimnis ist. Da sagen die Gegner immer, der alte Bebel, da ist nichts zu machen, der hat die Massen hinter sich. Ja, warum hat er denn die Massen hinter sich? Weil alle sich sagen müssen, er hat manchen Schnupper hinter sich, manche Dummheit gemacht, manchmal durch sein Temperament sich hinterschießen lassen, aber auch in seiner Dummheit war er stets der ehrliche Mann. (Stürmischer Beifall.) Ja auch mit seinen Feindern hat er geglaubt der Partei zu dienen, und antippen kann man ihn nicht.

(Lebhafte Beifall.) Und wenn Ihr, die das angeht, denselben Einfluß haben wollt, dann macht es wie ich. (Stürmischer Beifall und Uraufe.) Es tut mir sehr leid, daß ich diese ruhmbegierigen Worte — so wird es vielleicht in der gegnerischen Presse angelegt werden — aussprechen muß. Aber wenn man so Gegenstand persönlicher Angriffe war, und noch ist, wie ich, dann muß ich doch einmal sprechen und Euch das Geheimnis des Wildes von Eis entschleiern und mitteilen, wieso es kommt, daß die Dinge so sind. Es steht deshalb so, weil ich zu jeder Zeit ehrlich den sozialdemokratischen Klassenstandpunkt vertreten habe, weil ich heute noch mit diesen Massen übereinstimme, aus denen ich herborgewandert bin. Nach der Entwicklung der letzten Jahre bin ich aber leider noch auf meine alten Tage dazu gekommen zu sagen: seht Euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn Euch doppelt und dreifach an. (Stürmischer Beifall.) Das sage ich, der ich bei den Proletariern im Aufse stand, daß ich selbst ein verkappter Akademiker wäre und der ich den Akademikern stets die Stange gehalten habe. (Sehr wahr!) Wir brauchen die Intelligenz der Akademiker und Intellektuellen. Ihnen ist es durch das Glück der Umstände und durch ihre soziale Stellung vergönnt, das wissenschaftliche Mittelzeug mitzubringen, das sie befähigt, in herbortragender Weise für unsre Partei tätig zu sein, wenn sie ehrlich und aufrichtig im Einklang mit der Partei handeln. Aber darin liegt auch auf der andern Seite die Gefahr. Ich sage nicht, daß diese Genossen unehrlich sind, daß sie die Absicht hätten, die Partei zu schädigen. Nein, aber gerade als Akademiker, als Männer und Frauen von höherem Wissen und in gewissem Sinne auch von höherer Intelligenz und tieferer Einsicht haben sie die verdamnte Pflicht, bei allem ihren Tun und Wirken doppelt und dreifach darauf zu achten, daß sie auch auf dem rechten Wege sind, und sich bei den Proletariern zu informieren, wie diese Massen denken, wie sie fühlen und was sie wollen; diese Massen, die besser als die Akademiker wissen, um was es sich bei dem Kampfe des Proletariats handelt. (Lebhafte Beifall.) Wir werden ja über dieses Thema noch bei anderer Gelegenheit zu sprechen haben, denn die ganze Sache steht mit der andern in Verbindung und Sie sehen, wie unrecht diejenigen haben, die da meinen, es handle sich nur um Literatengeganz, um Dinge, die die Partei nichts angehen. Ich bitte Euch, ich bitte Euch krieffällig, seht nicht so vorzeitig im Urteil, sondern fragt erst, wie es kommt, daß so etwas passieren konnte, wie es kommt, daß in dieser ganzen Frage auf einmal mit einer elementaren Wucht, wie sie noch niemals die Partei erlebt hat, nicht etwa auf ein Signal von oben, sondern von unten herauf die Empörung und Entrüstung nachgekrusen wurde. Bei der lumpigen Vizepräsidentenfrage drang überall der Born und die Entrüstung aus den Massen von unten herauf (Lebhafte Zustimmung); die Massen sagten sich: jetzt haben wir einen so glorreichen Kampf gekämpft; jetzt sind wir eine solche Macht wie nie zuvor, wir gehen schweren, sehr schweren Zweiten entgegen, und da kommen gewisse Herren mit dieser speziellen Interessenfrage für sie, sie haben gar kein Gefühl, gar kein Empfinden für das, was die Masse eigentlich fühlt und denkt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Dann hat man mir nach Rücksicht geschrieben, wo ich so viel schlafte (Heiterkeit): Nehmen Sie sich vor den Scharfmachern in acht, nehmen Sie sich vor den Deuten in acht, die Sie umgarnen. (Große Heiterkeit.) Ich habe zurückgeschrieben: Ja, Genossen, ich sitze hier fern von Madrid, und Ihr sitzt mitten in der Bewegung drin. Aber Ihr hört nichts, Ihr seht nichts, Ihr wißt nichts und infolgedessen denkt Ihr auch nichts. (Sehr gut!) Ihr sprecht von Scharfmachern? Der einzige wirkliche Scharfmacher bin ich. (Stürmische Heiterkeit.) Wir haben Kaustky und Mehring viel zu gemäßig geschrieben. Es hat mir auch nicht gepaßt, daß mein Freund Kaustky mir so einige schöne Stellen aus meinem Artikel gestrichen hat, das frage ich ihm noch lange nach. (Große Heiterkeit.) Es waren nach meiner Ansicht Verluste, und er hat sie gestrichen. (Erneute Heiterkeit.) Ich sagte mir:

Verdammt noch mal, ist das Eure Meinungsfreiheit? (Große Heiterkeit.) Selbst ein mir persönlich sehr wohl gewogener Mann, dessen Ehrlichkeit und Ehrlichkeit in Bezug auf die Partei ich auch nicht eine Sekunde in Zweifel ziehe, der aber in dieser Frage auch einen Standpunkt eingenommen hat, den ich nicht verfolge, schrie: „Wir haben uns alle Mühe gegeben, es zu keiner Aufregung in der Partei kommen zu lassen, aber ich weiß nicht, wie es zugeht, alle Dämme wurden niedergerissen.“ Ja, das ist ja aber das Schlimme, daß man nicht weiß wie es zugeht, daß die Dämme eingerissen wurden. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist das Gleiche, wie in Erfurt, als ich Kollmar zurief: „Es kommt einmal die Stunde, wo auf euch Führer das Bild von den törichtigen Jungfrauen zutrifft, die auf den Bräutigam warten, ihn mit ihren Lampen empfangen wollten, um dann plötzlich zu entdecken, daß sie kein Del auf der Lampe haben.“ (Sehr gut!) So ist es auch hier, man hat die Fühlung mit den Massen zum Teil verloren, man kennt die Massen nicht mehr! (Lebhafte Zustimmung.) Und so werden denn unausgesetzt die Fehler gemacht, von denen ich sage: Jetzt endlich ist es genug, jetzt lassen wir uns das nicht mehr gefallen. (Wabow!) Meine Hamburger sind sehr ruhige Leute, ich habe oftmals, wenn ich so gehörig dazwischenfuhr und losknallte, gedacht, was werden wohl die Hamburger dazu sagen. Ich habe sie nie gefragt, ich habe immer gedacht: da kriegt du keine gute Antwort. Sie waren still, ob sie einverstanden waren, weiß ich nicht. Nun war ich aber erstaunt, als ich, während ich in München saß und schlief (Heiterkeit), so halb im Schlaf das „Hamburger Echo“ las (Große Heiterkeit) und aus den Versammlungsberichten ersah, wie lichterloh die Flamme in die Höhe gegangen waren. Donner und Doria sagten sich die Hamburger, das lassen wir uns nicht mehr gefallen. Jetzt machen wir mal von unserem Recht Gebrauch und schieben aus jedem Kreise drei Vertreter nach Dresden, die mal gründlich sagen sollen, was wir denken. Da sagte ich mir: wenn es so in Hamburg brennt, dann brennt es in der ganzen Partei (Lebhafte Zustimmung), und es hängt sehr von gewissen Leuten ab, wie verzehrend der Brand in der Partei wird (Bewegung), oder ob er sich eindämmen läßt in bestimmten Grenzen. (Zustimmung.) Aber eins wird die Folge sein: die Partei wird künftig die Augen aufhalten und es sich nicht mehr nehmen lassen, wenn ihr etwas an den Führern nicht gefällt, ihnen gleich beim ersten Anfang tüchtig den Kopf zu waschen. (Lebhafte Weisfall.) Noch einige Worte über den Artikel „Parteimoral“. Bernhard hat heute ja gründlich rebociert, so gründlich rebociert, daß es vielleicht eine Barbarei wäre, persönlich noch gegen ihn vorzugehen, denn Genossen, ein ärgeres testimonium paupertatis, auf deuffig Armutzeugnis, wie das, was sich Bernhard heute in Bezug auf seinen Artikel selbst aufgestellt hat, konnte er sich gar nicht ausstellen. (Zustimmung.) Ich nehme doch an, daß sich jeder, der einen Artikel schreibt, überlegt, was er schreibt und sich die Wirkung vergegewißert. Bernhard aber erklärt: das habe ich nicht geahnt, ich habe nicht geglaubt, daß mein Artikel eine solche Wirkung haben könne, ich bebauere das, und werde so etwas nie wieder schreiben. Ja, damit sind wir noch nicht fertig, verehrter Genosse Bernhard, es genügt nicht, daß Sie sagen, ich schreibe solchen Artikel nicht mehr, ich frage, wollen Sie noch für die „Zukunft“ Artikel schreiben? (Bernhard: Nein!) Es freut mich, das von Ihnen zu hören, ich sage auch hier: Ueber einen Sünder, der Buße tut, ist bei mir mehr Freude, als über neunundneunzig Gerechte. (Lebhafte Weisfall und Heiterkeit.) Das Nein, das Sie mir jetzt entgegenriefen, schloß ich ja schon aus Ihrer Rede, aber ich wollte ein klares Nein haben, weil ich mir sagte, wenn heute oder morgen Herr Maximilian Wittowski-Garden die Rede seines bisherigen Mitarbeiters Bernhard auf dem Dresdener Parteitag liest, dann wird er telegraphisch auf seine Mitarbeit verzichtet (Sehr richtig!) und davor, sagte ich mir, willst du trotz alledem Bernhard bewahren (Heiterkeit), indem ich ihm jetzt ein klares

Nein abfordere. Dann kann Garden morgen telegraphieren, was er will (Heiterkeit und Weisfall), denn Sie haben ihm jetzt schon den Stuhl vor die Tür gesetzt. Sie sehen also, was für ein guter Freund von Ihnen ich bin. (Heiterkeit.) Aber ich muß Ihnen doch nun weiter sagen: der Artikel enthält verdammt unangenehme Sätze. Bernhard selbst ist ja jetzt exkulpiert, aber sein Artikel ist mir doch von befonderer Bedeutung. Ich sagte mir, als ich ihn las: es ist nicht Bernhard allein, der diese gefährlichen, niederträchtigen Grundzüge über Parteimoral anerkennt, ich vermute, es giebt noch andere Leute in der Partei, die sie teilen, aber für die trifft das Wort zu, das Auer in Hannover von Bernstein sagte: „Lieber Ede, so was tut man — in diesem Falle denkt man — aber man sagt es nicht!“ (Sehr gut!) Ich glaube also, es denkt mancher so. Ich spreche nur eine Vermutung aus, es soll mich freuen, wenn ich mich täusche. In den letzten zehn Jahren ist mir bei diesem und jenem manches aufgefallen, Aussprüche und Taten, wo ich mir sagte, der denkest nach der von Bernhard aufgestellten Parteimoral. In dem Artikel Bernhards heißt es: „Hart tadelst — ich kenne Hart persönlich nicht, zu meiner Schande muß ich es sagen, ich habe auch keine Zeit gehabt, seine Schriften zu lesen, ich weiß auch nicht ob er überhaupt ein Parteimann ist, aber eine ganze Reihe dieser modernen Schriftsteller pflegt sich in erster Linie in Bezug auf die Sozialdemokratie zu äußern, für die sie Sympathien haben, mehr nicht — „Hart tadelst, daß Parteiführer im engen Kreis objektiv Urteile über die Vorgänge des Tages, über die Maßnahmen der eignen Partei fällen und öffentlich dann ganz anders sprechen. Die Tatsache ist unbestreitbar richtig. Aber Hart irrt, wenn er annimmt, das geschehe um der Masse willen. Es geschieht um des Zweckes willen. Kein denkender Mensch verkauft sich einer Partei mit Haut und Haaren.“ (Hört! hört!) O doch, ein Genosse verkauft sich zwar nicht mit Haut und Haaren, aber er gehört zu seiner Partei (Lebhafte Weisfall), und zwar mit Haut und Haaren. (Stürmischer Weisfall.) Weiter heißt es in dem Artikel: „Du sollst nicht lügen, sagen, wie es oben in der Schule eingebrüllt ist, die Pflichter, du wollest dein eigenes Ich nicht im Schlamm der Masse erkaufen, sagen die Schwärmer, Propheten. Masse wird hier mit Partei identifiziert, und doch bedeuten die beiden Worte verschiedene Dinge. Wer eine Partei gründet, will ja gerade möglichst viele aus der Stumpf dahin trabenden Masse lösen. Von der Herde zweigen sich die Parteigenossen ab. Sie bringen noch die alten Lebensgewohnheiten, den alten Herdeninstinkt mit, aber in ihrem Hirn — das Klingt so, wenn man es liest, als spräche ein Mann von 80 Jahren mit großer Erfahrung, dabei ist Bernhard ca. 30 Jahre alt — in ihrem Hirn hat sich ein Fünkchen entzündet, daß ihnen in weiter Ferne vielleicht, des Strebens Lohnziel zeigt. Wer Partei von Masse unterscheidet, kann nicht, wie Garibaldi, der Parteiführer ersticke um der Masse willen, im Sinne der Partei, unbewußt in sich das Eigenempfinden und die Eigenmeinung, er streiche gleichsam die eine Hälfte seines Wesens zu Gunsten der andern. Nein, er erstickt und streicht gar nichts von seinem Wesen, sondern bedenkt nur, daß die Parteiläufer eben erst aus der Masse kommen und die Spur solcher Herkunft noch an sich tragen, mit vollem Bewußtsein richtet er danach sein Wesen und sein Wesen schweigen. Auch unreifen Kindern verhöreigen Eltern und Lehrer manches, wie sie es in der Wirklichkeit sehen — und niemand schildert sie deshalb Lügner. Der politische Pädagoge muß damit rechnen, daß die Mehrheit seiner Parteiläufer noch in den vom Massenempfinden geschaffenen Vorstellungen lebt, in einem Kindheitsstadium, und daß diese Mehrheit für den Kampf nicht zu entwickeln ist.“ Parteiliegen! Können denn furchtbare Grundzüge aufgestellt werden, als die verlesenen? (Sehr wahr!) Kann alles, was für die Partei, das Parteilieben, den Parteiliegenhalt Bedeutung hat, schlimmer verhöht werden? (Sehr richtig.) Damit ist doch deutlich gesagt: Die Masse ist die misera

contribuens plebs der römischen Patrizier, das ist die Masse, über die die Auguren, wenn sie sich begegnen, lachen! Ja, die sind gut zur Arbeit, für die Agitation, zum Steuern, zum Stimmen, und im übrigen ist es die Parteierbe, sind es die Kinder, denen man nicht alles sagen darf, was man denkt. (Stürmischer Beifall.) Und die Parteiführer sind die Kriechschelken Lebermenschen, Kraftmenschen, die in ihrem Kopf mit weiten Gedanken alles wissen, alles übersehen und überdenken, sie sind die irdische Vorzehung der Parteigenossen, denen man die Führung überläßt, denn die Masse ist nicht im Stande, sich selbst zu leiten. (Sehr gut.) Ich habe einen ähnlichen Ausspruch schon früher gehört und bin dann mit den Betreffenden fürchtbar zusammengeraten, aber ich fürchte, es denkt noch mancher so, von dem ich es nicht gehört habe. Weiter heißt es in dem Artikel: „Und ist sie entstanden, hat jedes ihr angehörende Individuum eine mehr oder weniger bestimmte Vorstellung von seinem Lebenszweck und Ziel erhalten, sollen dann die Führer dieses Glücksgefühl mit Strupeln und Zweifeln zertören und Menschen, deren Leben Inhalt zu erhalten begann, wieder in das dumpfe Massendasein zurückstoßen, nur weil sie die Unlustgefühle nicht ertragen können, die ihre Kulturseele empfindet, wenn sie nicht immer die volle Wahrheit sagen dürfen und manches verschweigen müssen?“ „Die Kulturseele der Führer“, die da vor der Masse verschweigen, die der Masse immer soviel Wahrheit eintröpfeln, wie sie für gut befinden, ja Donner und Zeusel, und da habe ich mir gesagt: das ist unerhört, was man der Partei da ins Gesicht schmeißt. Wer solche Sätze aufstellt, der kann von rechts wegen nicht länger zur Partei gehören. (Sehr richtig! und stürmischer Beifall.) Ich hatte mir vorgenommen, nach dem Parteitag in den zweiten Berliner Wahlkreis, in dem ich ebenfalls organisiert bin, in dem Bernhard wohnt, zu gehen, und die Konsequenzen seines Handelns zu ziehen, indem ich seinen Ausschluß beantragte. (Lebhafter Beifall.) Heute hat Bernhard widerrufen, ich akzeptiere das, und damit ist für mich die Notwendigkeit weiterer Schritte gegen seine Person gefallen. (Beifall.) Sie sehen, daß wir in der Tat die allergrößte Ursache haben, die Augen offen zu halten. Gegenüber Genossen, die machen können, was sie wollen, hat Bernhard — und jetzt spreche ich vielleicht das rechte Wort aus — in seiner Naivität ausgesprochen, was mancher Führer denkt. Es giebt vielleicht manche, die so denken, aber sie nehmen sich versucht in acht, es merken zu lassen. Man redet viel vom Terrorismus der Führer, aber in keiner Partei giebt es weniger Terrorismus durch die Führer, als in der Sozialdemokratie, und das soll so bleiben, das muß so bleiben. Wer bei uns Führer sein will, muß so handeln, wie die Partei will und nicht wie er will. (Beifall.) Er hat auszuführen, was die Masse erstrebt, was sie fühlt und denkt. Sie sind die Werkzeuge der Partei, nicht die Generale und Kommandeure, die sagen: Ich gehe voran und ihr habt uns zu gehorchen. Das würden die ja auch gar nicht dulden. Noch einmal: es muß Klarheit geschaffen werden, solcher Unfug wie die Mitarbeiterhaft an der „Zukunft“ muß aufhören, das darf nicht mehr vorkommen, und darum bitte ich auch diejenigen, die mit der Fassung des Vorstandes nicht ganz einverstanden sind, sich zu sagen: auch wir müssen im Parteiinteresse für die Resolution stimmen. Es ist wiederholt behauptet worden, und die Ausführungen meines sind ja deutlich darauf hinausgelaufen, daß es sich hier darum handelt, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Ei der tausend, wenn das Meinungsrecht ist, daß jeder in jedem Blatte schreiben kann, was er will ohne Rücksicht auf das Partei-Interesse zu nehmen! (Seine: Ich habe ja noch gar nicht darüber geredet!) Schon in meinem Artikel habe ich ausgeführt, daß das nicht mehr sozialdemokratisch, sondern anarchistisch wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hören wir auf, eine Partei zu sein. Keine Einheit der Partei, aber Einigkeit, sagt Seine. Nein, Einigkeit — und — Einheit! Ohne Einigkeit keine Einheit! (Stürmischer Beifall.) Ohne Einheit der Grundsätze und Ueberzeugungen, ohne

Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf (Sehr richtig!), keine Mütigkeit, die Regimenter, Brigaden und Armeekorps ins Gesicht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erröchten, wie wir sie erröchten haben und wie wir sie weiter erröchten wollen, und wenn auch eine ganze Welt von Feinden sich gegen uns erhebt! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Dr. Michels-Marburg: Ich habe die Befürchtung, daß nach den schwerwiegenden Worten Bebels, die mit so jugendlichem Feuer, in so ergreifender Weise vorgetragen wurden, meine Ausführungen Ihnen fern erscheinen werden. Ich möchte aber doch versuchen, einige Anhaltspunkte zur Beurteilung der Frage zu geben. Ich bin der Meinung, daß es fernerhin so gehalten werden muß, wie es heute gehalten wird. Eine Norm wird sich nur sehr schwer, nur in großen Unrissen finden lassen. Fehler und Ausschreitungen werden dagegen vor dem Forum des Parteitages erörtert werden müssen. Was heißt wissenschaftlich? Wo beginnt die Wissenschaft? Politik und Sozialpolitik haben keine festen Grenzen gegeneinander, alles bewegt sich in Nuancen, alles fließt. Nach der Erklärung des Vorstandes dürfte es erlaubt sein, an wissenschaftlichen Zeitschriften mitzuarbeiten. Wozu ist aber für die bürgerliche Seite die Nationalökonomie da? Doch zu nichts andern, als um den Marxismus, die sozialdemokratische Nationalökonomie, tot zu machen. An solchen sich wissenschaftlich nennenden geuerischen Zeitschriften zu arbeiten soll erlaubt sein? Das ist ein Widerspruch. Ich halte es nicht für angemessen, daß Parteigenossen an parteilosen Organen mitarbeiten, die täglich erscheinen, noch daß sie Redakteure sind. Aber es giebt auch bürgerliche Presseorgane, in denen die Mitarbeit gestattet sein muß. Es giebt Zeitschriften, die sich dem Kampfe gegen Einzelerscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft widmen, z. B. die Suprematie der Männer gegen die brutalen Annahagen der Gesellschaft vom ethischen Standpunkt aus zc. bekämpfen, und ich sehe nicht ein, weshalb man an solchen Blättern nicht mitarbeiten soll. Nun zu der Frage der Bekehrung. Es ist vielfach behauptet worden, daß von einer Bekehrung zum Sozialismus durch Artikel in bürgerlichen Blättern überhaupt nicht die Rede sein könne. Da muß ich hinweisen auf die große Bekehrungsarbeit, die durch die Reichstagsreden unserer Genossen bewirkt wird, diese unfreiwillige Mitarbeit an bürgerlichen Blättern. Als leibhaftiges Beispiel für diese Bekehrung kann ich dienen. Als ich noch auf der Kriegsschule zu Hannover war, las ich in der „Post“ und der „Kreuzzeitung“ die Bebelschen Reden. Sie waren beschneitten, aber sie veranlaßten mich doch, mich mit der sozialistischen Literatur zu befassen, die mich schließlich denn zu dem machte, was ich bin. Auch ich bin ein sogenannter Akademiker, aber weil ich es bin, stehe ich vollständig auf dem Standpunkt Hoffmanns, Kautskys und Bebels. Auch mir imponieren parteigenössische Organisationen nicht, die einen bisser uns feindlich Gesinnten, der noch vor kurzem in Offiziersuniform stramm „Helm ab zum Gebet!“ kommandiert hat, sofort aufnehmen und auf Ehrenstellen berufen. Wir in Marburg haben am eignen Leibe empfunden, wie peinlich es ist, wenn Genossen persönlich freundschaftlicher zu politischen Gegnern höher stellen, als ihre Parteipflichten. (Hört! hört! Sehr richtig!) Das Mißtrauen, ist gesagt worden, sollte eigentlich Punkt 1 unserer Parteivorchriften sein. Das halte ich für falsch. Beherrscht uns nicht alle ein einziger Gedanke? Ist nicht jeder in irgend einem Momente seines Lebens mit Opfern in die Partei eingetreten? Und das Resultat sollte Mißtrauen sein? Mißtrauen lähmt die Arbeitskraft und den Mut und bringt uns soweit, in persönlichen Fragen aufzugeben, wo wir das Endziel vor Augen haben sollten. Mißtrauen ist würdig einer Sekte, nicht aber einer großen Partei.

Die weitere Beratung wird auf Mittwoch vertagt. Singer teilt mit, es liege ein Antrag vor, über die Resolution des Vorstandes namentlich abzustimmen. Eine Reihe Begrüßungen sind eingetroffen. Schluß 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch den 16. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Begrüßungen sind eingelaufen vom kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London und vom Verband der lettischen Sozialdemokratie.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht

die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Lebebour - Berlin: Parteigenossen! Ich bin der Ansicht, daß sachlich sich zur Klärung der Frage nichts mehr beitragen läßt. Ich glaube, daß nur noch für die angegriffenen Parteigenossen das Bedürfnis und die Notwendigkeit besteht, sich zu verteidigen. Wenn wir Schluß machen, dann werden diese Genossen auf persönliche Bemerkungen angewiesen sein; aber bei einer persönlichen Bemerkung entgleist leicht der beste Redner. Deshalb will ich aufs Wort verzichten und bitte alle diejenigen Genossen, die nicht persönlich angegriffen sind, es ebenso zu machen wie ich (Lebhafte Zustimmung), damit die angegriffenen Genossen Göhre und Mehring Gelegenheit haben, sich zu verteidigen. (Lebhafte Beifall.)

Berliner-Berlin II verzichtet aufs Wort.

Heine-Berlin: Ich bin hier eigentlich in der Hauptsache nicht der Angegriffene; trotzdem, weil ich beiläufig hineingezogen worden bin und weil durch mich noch etwas gesagt werden kann, was nach meinem Gefühl gesagt werden muß, bitte ich Sie, mir ein Weilchen Gehör zu schenken. Zunächst eins vorausgeschickt! Genosse Adolf Hoffmann hat unter dem Namen, deren in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Artikel den Parteigenossen bei der Agitation als Knüttel zwischen die Beine geworfen sein sollen, auch meinen Namen genannt. Nun richte ich an Hoffmann die Frage: Kennen Sie doch die Artikel, die ich in der bürgerlichen Presse veröffentlicht habe, nennen Sie sie doch! Es wird Hoffmann schmerzlich werden, denn ich habe nie eine Zeile in der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Eine Einschränkung: Vor ca. 10 Jahren schrieb ich einen juristisch-wissenschaftlichen Artikel für die damals noch bürgerlich-demokratische, noch nicht nationalsozialistische „Welt am Montag“. Aber den kenne ich jetzt selbst nicht mehr; er ist auch nicht mehr zu haben, kann also den Genossen nicht als Knüttel zwischen die Beine geworfen worden sein. Ich frage aber weiter: welche Artikel von mir sind überhaupt jemanden als Knüttel zwischen die Beine geworfen worden? Ich halte es überhaupt für unmöglich, daß Hoffmann einen nennen kann. Denn meine sehr spärliche literarische Tätigkeit in den letzten Jahren hat sich fast ausschließlich teils mit sach-juristischen Fragen, teils mit Polemik gegen die Gegner der Partei, z. B. gegen den Dr. Richard Freund, jetzt wieder gegen den Professor Menger und eine Anzahl anderer Leute, beschäftigt. Ich halte also diese Geschichte von den als Knüttel zwischen die Beine geworfenen Artikeln der sogenannten „Revisionsisten“ — auch dieser Ausdruck ist sehr schlecht, ich habe nie etwas „revidiert“, aber er ist nun einmal gäng und gäbe — ich halte diese ganze Geschichte überhaupt für eine Übertreibung, für eine Einbildung. Ich glaube nicht, daß die Gegner die Artikel so verfolgen, aber von mir wird nicht einer einen einzigen nennen können, bei dem das geschehen wäre. Wenn auch nur einmal ein Artikel von mir von den Gegnern in der Agitation gegen die Partei verwendet worden wäre, so wäre mir das sicher aufgefallen worden, das hätten mich die Herren schon wissen lassen. (Sehr richtig!) Aber es ist in der Beziehung niemals die geringste Beschwerde erhoben worden. Auf dem Parteitag in Erfurt hat man den Grundsatz aufgestellt, wenn man einen Parteigenossen eines

Unrechts beschuldigt habe, solle man entweder beweisen oder widerrufen. Ich appelliere an die Loyalität von Hoffmann, daß er das eine oder das andere tun wird. Nur zur Sache selbst! Man hat über die Länge der Debatte gesprochen, Timm hat das Ganze als recht unnötig hingestellt und Bebel hat ausgeführt, daß recht bedeutende Fragen dabei in Betracht kommen. Ich bin der letzteren Ansicht. Trotzdem aber hätte die Debatte nicht so schrecklich lange zu dauern brauchen. Bebel hat als der Verufenste dazu alle die wichtigen und bedeutenden Gesichtspunkte zusammengestellt; es hätte genügt, wenn man ihn zuerst vorgeschickt hätte, und es wäre nicht nötig gewesen, daß von derselben Richtung 12 oder 15 Redner auftraten, die alle dasselbe sagten. (Zustimmung und Widerspruch.) Schieben Sie bitte die Schuld an dieser Debatte, die meiner Meinung nach eine Akademikerdebatte ekelhaftester Art ist, nicht den Akademikern in die Schuhe. (Hoh! Ruf: Die Akademiker sind doch Schuld daran!) Ich gebe hier die Erklärung ab, daß ich gegen die Resolution stimmen werde, die den Vorstandsbeschluß in dieser Sache billigt (Zuruf: Das mußt du vorher!), und zwar weil ich der Ansicht bin, daß sie unzulänglich ist. Dagegen will ich damit nicht alles billigen, was gesagt ist. Auch ich bin der Ansicht, daß man im höchsten Grade vorichtig sein muß in der Mitarbeit an einer nicht zur Partei gehörigen Presse, auch ich habe den Artikel Bernhards über Parteimoral gemißbilligt, wenn ich ihn auch nicht so tragisch genommen habe wie andre, und ich habe es ihm selbst unter vier Augen deutlich genug gesagt. Ich habe nie in der „Zukunft“ auch nur eine Zeile veröffentlicht und ich werde es auch nicht tun, weil ich der Ansicht bin, daß man in einer Sache, die zum großen Teil Gefühlsache ist, das Gefühl der Parteigenossen respektieren muß. Ich bin endlich allerdings auch durch das, was ich hier gehört habe, zu dieser Ansicht gekommen, denn die Angriffe, die in der „Zukunft“ gegen die Partei gerichtet sind, sind denn doch ärger, als es mir früher gegenwärtig war. Aber ich stimme trotzdem gegen die Resolution des Vorstands, weil ich es für unmöglich halte, eine solche Regelung generell zu treffen. Würde der Beschluß bloß lauten, es sei verboten, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten, dann wäre er klar, dann würde ich jedenfalls nicht dagegen stimmen, aber so, wie er gesagt ist, führt er in rettungslose Zweifel und Widersprüche hinein, und aus diesem Grunde stimme ich dagegen. Ich glaube auch, daß von denen, die dagegen stimmen werden, noch eine ganze Anzahl auf demselben Standpunkt steht wie ich, wir wollen damit durchaus nicht die Grundsätze des Bernhardschen Artikels über Parteimoral billigen.

Nun hat Bebel gestern ein sehr böses Wort gesprochen, er hat gesagt, er hermute, daß es eine ganze Anzahl von Genossen gebe, die auf dem Standpunkt stehen, daß die Führer die Genossen belügen und nasführen dürfen. Parteigenossen, dies Wort geht hinaus in alle Welt, und dies Wort aus Bebel's Munde ist etwas ganz anderes, als wenn der junge Genosse Bernhard in der „Zukunft“, einen ungeschickten und taktlosen Artikel schreibt. (Mal na!) Ich widerspreche dem Wort von Bebel, ich kenne keinen Genossen, der solche Grundsätze billigte. Gestern hat Singer den sehr schönen Grundsatz proklamiert, man solle keinen Genossen andre Motive unterstellen, als er selbst angiebt. Gatten wir uns daran! Mich persönlich geht ja die Sache nichts an, denn daß man mir nicht nachsagen wird, ich verteidige eine solche Heuchelmoral, das liegt auf der Hand. Ueber mich beklagen sich die Genossen ja immer, daß ich allzu offenherzig meine Meinung sage; es hat sich noch nie einer darüber beklagt, daß ich mit meiner Meinung hinter dem Berge gehalten hätte. Und auch der Ansicht Bernhards von den Führern der Partei, die gewissermaßen die anderen leithammeln, bin ich schon lange vor dem Erscheinen des Artikels „Parteimoral“ entgegengetreten in einem Aufsatz der „Sozialistischen Monatschrift“ vom vorigen Jahre, wo ich mich gegen Dr. Richard Freund wendet und nachgewiesen habe, daß die Partei der Sozialdemokratie nicht von den Führern gemacht wird, sondern von

den Massen, und daß die Gegner sich bloß einbilden, daß es bei uns so wäre wie in andren Parteien.

Es ist nun gestern viel Ernstes und Bedeutendes in der Frage gesagt worden. Keiner von uns wird sich dem Eindruck dessen entziehen können, was wir erlebt haben. Wir haben erlebt das Pathos der Anklage, das Pathos der Reue, das Pathos der Beurteilung, das Pathos der Vergebung. Dem einen hat man gesagt: „Gehe hin, mein Sohn, dein Glaube hat dir geholfen!“ Dem andern hat man Verzeihung versprochen, weil er Besserung gelobt hat. Ich habe das alles klar und ernst empfunden und aufgefaßt. Wie gesagt, der Eindruck war bedeutend. Aber gestatten Sie mir, noch ein paar Worte dazu zu sagen. Es läßt sich auch noch etwas andres über die Dinge sagen der Vollständigkeit wegen. Mit der Reue und Vergebung, das war schön und vielleicht überwältigend, aber — nennen Sie es Don Dutzoterie oder sprechen Sie, wie Genosse Webel, bei mir auch von einem psychologischen Rätsel (Sehr gut!): ich möchte nicht der Mann sein, der ich bin und als den Sie mich kennen, weil ich mich Ihnen immer offen gegeben habe, wenn ich nicht in mir den Trieb fühlte, hier auch noch als Verteidiger aufzutreten, in einer Sache, die mich nichts angeht, wo mich nicht das geringste eigne Interesse leitet, sondern bloß mein Gefühl. Da will ich zunächst ein Wort über den Genossen Bernhard vorausschicken, auch nur, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Ich habe, wie gesagt, den Artikel von Bernhard nicht so tragisch genommen, weil er zwar sehr ungeschickt, sehr unrecht, aber doch gut gemeint war. Das wollen Sie nicht vergessen. Sie haben gesehen, wie dieser junge Mensch gestern in ehrlicher Ueberzeugung und dem Pathos der Reue die Brücken hinter sich abgebrochen hat, einen Teil seiner Existenz geopfert hat, um bei uns zu bleiben. Dieser junge Mensch hat seiner Zeit, als er diesen törichten Artikel schrieb, geglaubt, die Partei verteidigen zu müssen. Es giebt ja in der Berliner Literatenclique, um ein Wort Kautskys zu verwenden, eine Art politischen Ueberbrettelkums (Seiterkeit), das aus allen Dingen nascht und nichts ernst nimmt. Diese Leute hatten die Partei angegriffen wegen ihrer Ernsthaftigkeit. Nun hat der gute, junge Bernhard (Seiterkeit) geglaubt, diese Ueberbrettel bekämpfen zu müssen, indem er sie noch überüberbrettelte. (Große Seiterkeit.) Das war falsch, mein junger Freund (Seiterkeit), aber es war gut gemeint, und das verzeihen Sie ihm deshalb bitte. Ich habe vorhin genügend gesagt, daß ich die Moral, die er vertreten hat und die Ungeschicklichkeit, die darin liegt, den Artikel in der „Zukunft“ zu veröffentlichen, auf das ernsteste mißbillige, und doch habe ich ihn hier jetzt verteidigen können. Das ist der Grund, weshalb ich früher schon für ihn eingetreten bin. Um einen solchen Fall zu verstehen, muß man den Menschen kennen, und da muß ich sagen: dieser junge Mann, der sich da aufgepiepelt hat als einer, der jenseits von Gut und Böse in der Politik steht, ist glücklicherweise nicht so. Jeder, der ihn sonst kennt, weiß, daß er in einem sehr gefährlichen Berufe ein hochachtbarer und ehrenhafter Mann geblieben ist. (Lebhafte Zustimmung. Ruf: Niemand hat das bezweifelt.) Es ist aber gut, wenn es einer sagt, denn nach außen macht es sonst den Eindruck, als wenn es nicht gesagt werden könnte.

Nun noch ein andres. Nennen Sie es eine Don Dutzoterie oder ein psychologisches Rätsel, aber hören Sie mich ruhig an, wenn ich es unternehme, auch ein Wort für Harden zu sagen; ohne ein persönliches Interesse an der Sache, denn ich habe nie für die „Zukunft“ geschrieben, nie von Harden einen Pfennig erhalten. Wenn ich das tue, so folge ich einem Triebe, der mir sagt, in einer Partei, die für Recht und Wahrheit steht, da soll einem Verfolgten, der sich hier nicht selbst verteidigen kann (Widerspruch), ein Verteidiger zur Seite stehen (Unruhe), natürlich einer, der nichts beschönigt. Ich persönlich mißbillige die Politik, die Harden in seinem Blatte macht, und zwar nicht nur die, welche er gegen die Sozialdemokratie treibt, sondern auch die gegen andre Parteien. Ich mißbillige

auf das schärfste den persönlich-gehäffigen Ton mit dem Harden seine Politik betreibt. Das habe ich auch Harden gegenüber ausgesprochen. Aber um ein Wort über Hardens Persönlichkeit zu sagen. Nicht nur der gestern so oft genannte Herr hat eine komplizierte Psychologie, es giebt noch andre Leute, von denen das selbe gilt. Solche Leute sind nicht leicht zu verstehen und jedenfalls nicht in gerechter Weise zu charakterisieren durch solche Worte wie sie gestern hier gebraucht worden sind; das gilt von dem einen wie von dem andern. Es ist hier nicht der Ort, über die Psychologie Hardens zu sprechen. Diese Versammlung kennt ihn nicht, und auch ich kenne ihn dafür zu wenig. Ich bin mit ihm einige Male, drei-, viermal vielleicht zusammen gekommen und unsre Gespräche galten wesentlich literarischen Dingen. Ueber Hardens Charakter kann ich also nicht viel sagen. Um aber nun Stadthagen zu beruhigen, der vorgestern eine Anspielung gemacht hat: Wenn ich mit Harden zusammen gewesen bin, von mir hat er keine Parteigeheimnisse erfahren. (Stadthagen: Ich habe Vollmar direkt genannt.) Schön, aber es ist gut, vorzubeugen. (Stadthagen: Aus Ihnen hole ich so viel Geheimnisse heraus, als ich nur will, ohne daß Sie auch nur etwas merken. (Seiterkeit und Unruhe.)) Daß sich Stadthagen als diplomatischer Forscher und Explorant fühlt, ist das erste, was wir hören. (Seiterkeit.) Er ist dazu so ungeeignet, wie nur möglich. Von mir hat Harden kein Geheimnis erfahren — eher kommt das Umgekehrte vor. Ich will darüber nichts weiter sagen. Die „Zukunft“ war an sich ein guter Gedanke. Andre Nationen haben längst Blätter, in denen Politiker der verschiedensten Parteirichtung schreiben. Ich kann keinen Schaden darin finden, wenn wir es in Deutschland ebenso hätten. Also was Harden gewollt hat war gut, aber seine eignen Artikel mit ihrem prononciert persönlichen Charakter haben diese Absicht teilweise vereitelt. An sich ist der Gedanke, eine öffentliche Tribüne zu schaffen, etwas Gutes. Das ist es, was ich zu sagen hatte, nicht um mich mit Harden zu identifizieren, sondern um ihn zu verteidigen. Nun zu einem dritten Punkt. Webel hat mich dazu herausgefordert. Er spielte auf meinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Der 18. Juni“ an. Da heißt es in den Schlusworten, daß ich von der Partei beanspruche: Freiheit im Denken und Einheit im Handeln! Das nennt Webel anarchistisch. Ich möchte erklären, wie das gemeint ist; ich meine zwar, daß das schon aus dem Zusammenhang hätte entnommen werden können. „Freiheit in den Grundfragen und im Denken“, — das soll nach meiner Meinung nicht etwa heißen, daß einer zu uns kommen könnte, der Agrarier oder Konservativer oder Antisemit ist und sich bloß Sozialdemokrat nennt und daß wir ihn dann als Genossen respektieren sollten. Das meine ich nicht, aber auch Genosse Kautsky giebt ja zu, und das ist eine der besten Errungenschaften dieser jahrelangen orthodoxen Seite vorangeschickt wird: Wir wollen nicht die Meinungsfreiheit in der Partei antasten. (Webel: Die ist niemals angetastet worden! Ungläublich Große Unruhe.) Was wollen Sie denn? Ich halte es für eine Errungenschaft, daß das jetzt so deutlich betont wird. (Lachen.) Auch Kautsky ist jetzt der Ansicht, daß man in theoretischen Dingen verschiedener Meinung sein könnte, natürlich nicht in allen, sondern in einigen, in diesem oder jenem Punkt. Mehr habe auch ich nicht sagen wollen. Daß jemand, der sich zur Partei rechnet, das Programm anerkennt, die Hauptgrundsätze der Partei billigen muß, ist so selbstverständlich wie irgend etwas. (Unruhe.) Ich verlange bloß, daß eine Partei, die drei Millionen Anhänger hat, im einzelnen duldsam ist und mögliche Freiheit der Meinung gestattet. Ich begreife nicht, wie man mich wegen dieser Aeüßerung angreifen kann. Daß dagegen eine politische Aktion nur geschlossen unternommen werden kann, das habe ich bei jeder Gelegenheit herorgehoben. Es ist selbstverständlich, daß sich die Minderheit der Mehrheit in allen tatsächlichen Fragen fügt, das erkläre ich auch hier. Es ist selbstverständlich, daß man im

Kampfe nicht diskutiert und sich nicht untereinander streitet, sondern die Front gegen die Gegner nimmt. Es sollte wenigstens selbstverständlich sein.

In einer Versammlung im dritten Reichstags-Wahlkreise hat Rubell erklärt, wenn wider Erwarten in der Vizepräsidenten-Frage auf dem Parteitag Vernsteins Anschauung durchbringen sollte, dann würde das als ein Schnitt durch das Tischstück gelten. Das ist nicht Einheit im Handeln! Es ist ja ganz ausgeschlossen, daß das geschieht, aber es würde sich auch in diesem Fall die Minderheit zu fügen haben. Es ist aber Einheit im Handeln, was von mir und von der Seite, zu der man mich rechnet, stets erklärt worden ist: „Wir akzeptieren die Taktik der Partei, wir wollen die gegebene Taktik der Partei betreiben. Wir wollen nicht auf eignen Wegen gehen, sondern nur die Wege der Partei und wir binden uns an das, was die Partei beschließt“. Das nenne ich Einheit im Handeln, und wenn ich am Tage nach der Wahl diese Notwendigkeit der Freiheit im Denken und der Einheit im Handeln betont habe, so scheint mir das eine ganz angemessene Betrachtung am Tage nach dem Siege. (Vereinzelt Bravo!)

Göhre: Die gestrige Rede Bebels war durchsichtig und klar aufgebaut. In ihrem ersten Teil beschäftigte er sich mit der „Zukunft“ und ließ an ihr so wenig, als ihm zu lassen beliebt; im zweiten Teil versuchte er eine Ehrenrettung seines Freundes Mehring, und zwar verwendete er alle Mittel, selbst seine große und opfervolle Vergangenheit führte er vor, um auf diesem leuchtenden Hintergrund Mehrings Vergangenheit zu schildern und als ein „psychologisches Rätsel“ zu entschuldigen! (Große, anhaltende Unruhe. Rufe: Schrecklich!) Und dann kam ein dritter Teil, in dem er allen Genossen, die mitgearbeitet haben an der „Zukunft“, und mir vor allem, die größten Beleidigungen ins Gesicht schleuderte (Wiesfaches: Sehr richtig! Große Unruhe.), die je auf einem Parteitag nach meiner Erinnerung einem Parteigenossen ins Gesicht geschleudert worden sind! (Wiederholte Rufe: „Sehr richtig!“ „Mit Recht!“) Sie sagen „mit Recht“, wir werden davon reden! Dann kam sein vierter Teil, in dem er das Problem der Mitarbeit rein sachlich behandelt hat. Sie werden es mir ersparen, auf diesen an sich wichtigsten vierten Punkt jetzt noch einzugehen. Darum handelt es sich in diesem Augenblick nicht mehr und auch für mich nicht mehr. Ich habe nur von dem dritten Teil zu reden, und da habe ich daran zu erinnern, wie der Genosse Bebel unter dem Beifall einer großen Anzahl von Parteigenossen, nachdem er die „Zukunft“ und den Artikel den die „Zukunft“ im vorigen Herbst beim Zollkampfe brachte, geschildert hatte, wörtlich sagte: „Geschwiegen hat man darauf, weiter an der „Zukunft“ gearbeitet, das Geld haben sie eingesteckt (große Unruhe), die Partei mußte sich beschimpfen lassen, und nun frage ich einen jeden: Was verdient derjenige für ein moralisches Urteil, der es unter solchen Umständen über sich gewinnt, für die „Zukunft“ weiter zu schreiben?“ Er hat ferner gesagt: „Die Braun und Göhre, die diesen Kampfartikel gelesen, sie hätten sich schämen müssen“ (Wiesfache Rufe: Sehr richtig! Stadthagen rufft: Um Sie es nachträglich! Große Unruhe.) — Ihnen antworte ich nicht, Genosse Stadthagen — ihre Ehre hätte sie daran verhindern müssen (Lebhafte Zustimmung), nicht bloß ihre Partei-Ehre, sondern die Ehre als öffentlicher Charakter (Laute Rufe: Sehr richtig!), sie haben sich mit Bewußtsein von Herrn Harden bezahlen lassen, sie sind Marodeure, ihnen ein Pfui! (Wiesfache Rufe: Sehr gut! Sehr richtig!) Ich stelle das fest! Und darum handelt es sich für mich. Durch diese Angriffe ist meine Ehre nicht bloß vor dem Parteitag, nicht bloß vor der ganzen Partei Deutschlands, sondern vor aller Welt, wohin die Rede Bebels dringt, aufs schändlichste in den Staub gezogen worden (Lebhafte Bewegung) und ich habe die Pflicht, wenn ich mich selber achten will und weiter achten will, gegen diese Behandlung zu protestieren. (Sehr richtig!) Darum müssen Sie mir schon erlauben, in diesem für mich entscheidungsvollen Augenblick

einen ganz kurzen Rückblick auf meine Vergangenheit zu werfen. (Große Unruhe. — Rufe: Sie Sozialdemokrat! Anhaltende Zurufe.)

Singer: Ich wiederhole mein Ersuchen an die Mitglieder des Parteitags, durch Ruhe unsere Verhandlungen zu fördern und sie nicht durch Unruhe zu erschweren. Wir alle stellen unter dem Eindruck, daß wir, so notwendig es auch ist, diese Fragen in aller Gründlichkeit zu beraten, doch auch die anderen und beschäftigten Gegenstände ebenfalls gründlich und ausführlich erledigen müssen. Je ruhiger die Verhandlungen geführt werden, je weniger Sie sie durch Zwischenrufe, durch Lärm und durch Erwidern des Redners verlängern, desto eher werden wir zum Ziel kommen. Ich bin fest entschlossen, jedem Redner die notwendige Ruhe zu schaffen, aber ich habe das dringende Verlangen, von dem Parteitag darin unterstützt zu werden. (Beifall.)

Göhre (fortfahrend): Fürchten Sie nicht, daß ich lange von meiner Vergangenheit rede. Aber weil auch im Laufe der letzten zwei Tage teils verdeckt, teils offen von mir geredet worden ist als von einem „hergelaufenen Menschen“, der in die Partei hineingekommen ist als ein beliebiger XY, und weil auch Bebel vor diesem hergelaufenen Akademiker und damit vor mir gewarnt hat und das größte Mißtrauen gefaßt hat, darum bin ich verpflichtet, darzulegen, daß ich nicht der hergelaufene XY bin.

Meine öffentliche Vergangenheit datiert seit 1890, und seitdem hat mein Auftreten im öffentlichen Leben überall den Grundcharakter gehabt, daß ich gekämpft habe für die proletarischen Interessen der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Ich habe dies damals bewiesen, als ich drei Monate Fabrikarbeiter war. Das war damals so ernst für mich, daß ich beschlossen hatte, mein Leben lang Fabrikarbeiter zu bleiben, um mit den Arbeitern zu leben. (Bravo!) Sie mögen das als einen religiösen oder sonstigen Optimismus und als eine Schwärmererei auslegen, es ist eine Tatsache, und ich habe damit bewiesen, wie ernst es mir ist. Schon meine Arbeit „Drei Monate Fabrikarbeiter“ hat es dann fertig gebracht, daß mir hier in meinem engeren Vaterlande, in Sachsen, in Dresden, das Konsistorium, als ich eine Pfarrstelle haben wollte, nicht direkt, aber indirekt die Türe vor der Nase zugemacht hat. Ich ging nach Berlin und wurde dort Sekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses, und wieder habe ich überall die Leute, deren Vereinfachung mir möglich war, auf die proletarischen Interessen hingewiesen, um ihnen die gewaltige Sache zu zeigen, die in der Sozialdemokratie vertreten ist. Ich bekam als Lohn die Verfolgung, die Freiherr v. Stumm über mich verhängte, und die Achtung für meine Kollegen und mich. Ich mußte gehen, weil es schließlich mit dem Evangelisch-Sozialen Kongress nicht mehr vorwärts ging, und wurde Pastor in Frankfurt an der Ober. Es sind Genossen hier, die meine dortige Wirkungsweise gekannt haben. Ich habe auch dort im Interesse der Arbeiterklasse gearbeitet und bekam den Ehrennamen Arbeiterpastor und schon nach einem halben Jahre wurde der Militärpostlot über meine Kirche verhängt. (Heiterkeit.) Das ist eine einzigartige Erscheinung: Die ganze Garnison hatte unter der Hand Befehl, nicht in meine Kirche zu gehen. Sechs Wochen hintereinander hat dann, nach mir zugegangenen Mitteilungen, ein Staatsanwalt zu meinen Füßen gesessen, um mich zu hören und, wie man mir gesagt hat, eine Anlage wegen Verkündung sozialistischer Irrlehren von der Kanzel gegen mich einzureichen. Damals bestand schon der Erlaß des preussischen Oberkirchenrats, wonach kein Pastor in eine öffentliche Versammlung gehen durfte. Ich habe mich daran nicht gekehrt, wie ich mich überhaupt nicht an Autoritäten zu kehren pflege, wenn ich im Recht zu sein glaube. (Unruhe.) Ich habe mich deshalb auch an den preussischen Oberkirchenrat nicht gekehrt. Ich bin in die Versammlungen gegangen und dem Versammlungsbesuche folgte prompt eine Anzeige des damaligen Regierungspräsidenten v. Puttkamer, und es kam Miße über Miße. Ich bin im Oberbruch herumgekröchen und habe die Arbeiterverhältnisse dort ge-

schildert; es kamen Disziplinaruntersuchungen, so lange bis es nicht mehr ging, bis ich ging. Dann kamen die zwei Jahre meiner nationalsozialen Arbeit, die ganz ausgefüllt waren mit dem Kampfe für die Interessen des proletarischen Sozialismus, im Gegensatz zu meinen Freunden. Als ich sah, daß auch das nicht ging und die Dehnbauerer Kaiserrede kam, habe ich auch diese Sache hingeworfen und bin Sozialdemokrat geworden. (Bravo!) Ist das die Arbeit eines hergelaufenen „XY“? (Rufe: Nein!) Weiter! Deibel muß mir bezeugen, als ich im Sommer 1899 mit ihm geredet habe und ihm den Entschluß, zur Partei zu gehen, mitgeteilt habe, daß ich ihm erklärt habe, es sei meine Absicht, ein paar Jahre in Ruhe und Zurückgezogenheit zu leben. Es gelang mir nicht; ich wurde von allen Seiten aufgefordert und als dann im Frühjahr 1900 die Chemnitzer kamen und mich baten, über meinen Uebertritt zu reden, da habe ich es getan. Ich habe mich auch dabei nicht vorgedrängt, und wenn ich dann da in Chemnitz geredet habe, wie es mir gut schien und wie ich es nicht besser zu können glaubte, so haben Sie kein Recht, aus dieser Rede mir einen Vorwurf zu machen dahin, daß ich mich vorgedrängt hätte. Dann ist diese Rede veröffentlicht worden und in 500 000 Exemplaren als Agitationsbroschüre verteilt worden, ein Erfolg, den, wie mir gesagt worden ist, bisher keine Agitationsbroschüre erreicht hat. (Rufe: Na, na!) Es ist mir das in der Buchhandlung des „Vorwärts“ gesagt worden. Ich renommeiere damit nicht, aber ich erkläre: auch diese Broschüre habe ich nicht veröffentlicht, auch an dieser Broschüre habe ich keinen Fernruf verdient, ich habe das gehen lassen, weil es an mich herantrat. Wie wenig ich mich vorgedrängt habe, beweist, daß ich die Hunderte von Aufforderungen, dieselbe Rede über meinen Uebertritt in Chemnitz noch einmal zu halten, alle abgelehnt habe, weil es mir taktlos erschien, mit dieser Rede haufieren zu gehen. Wo bleibt da die Keigung, sich vorzudrängen? Als dann von drei Wahlkreisen zugleich die Aufforderung an mich kam, als Kandidat mich aufstellen zu lassen, da habe ich es müssen, und ich wäre ein Esel und ein Pflichtvergessener gewesen, wenn ich das darin ausgebrückte Vertrauen zurückgewiesen hätte, und ich habe gerade in Sachen die Kandidatur angenommen, in dem Lande, in dem ich, weil es mein Heimatland ist, glaubte am meisten Bescheid zu wissen. Ich frage die sächsischen Genossen namentlich aus dem Erzgebirge, ob ich nicht mit aller Kraft versucht habe, meine Pflicht zu tun von Anfang bis zu Ende (Bravo!), bis in die letzten Tage hinein. (Zustimmung.) Hunderte von Versammlungsangeboten sind an mich gekommen, ich habe sie abgelehnt, ich habe geglaubt, hauptsächlich in Sachsen wirken zu können, immer nur da, wo ich dazu aufgefordert bin. Ist das Hervordrängen? Wenn ich nicht gearbeitet hätte, so hätten meine Segner gesagt: „Seht den Akademiker, da ist er in der Partei, aber arbeiten tut er nicht!“ (Sehr richtig!) Und nur, wo ich arbeite, da sagen Sie: „Seht den Akademiker, wie er arbeitet, wie er sich vorbrängt!“ Ist es denn ein Verbrechen, daß ich in Mittweida den Wahlkreis mit habe erobern helfen? (Zurufe: Es scheint so!) Es schiene allerdings beinahe so, wenn ich nicht wüßte, daß aus manchem Munde, der mir daraus einen indirekten Vorwurf macht, der Meid spräche! (Große Unruhe. — Zuruf: Das ist aber nicht christlich!) Seien Sie doch stille vom Christentum! Was verstehen Sie denn vom Christentum? (Unruhe.) — Also, wer kann mir, wenn er diese meine Vergangenheit überleht, einen Flecken auf meiner Ehre nachweisen? Er soll jetzt aufstehen, er soll es sagen. Ich habe auch meine Opfer gebracht; ich bin nicht im Gefängnis gewesen (Ruf: Kommt noch!), aber in meiner Weise — auch das sage ich selbst auf die Gefahr hin, in den Verdacht zu kommen, daß ich renommieren will, in diesem Augenblick ist es Pflicht es zu sagen — in meiner Weise habe auch ich Opfer gebracht. Ich habe meinen Beruf und mein Einkommen daraus verloren, ich habe meine gesellschaftliche Stellung verloren, ich habe meine Familie zum Teil verloren, aber

meine Ehre habe ich bis gestern nicht verloren. (Beifall.) Es ist dem Parteigenossen August Deibel vorbehalten geblieben, meine Ehre gestern vor aller Welt in den Staub zu streuen. Und warum? Weil ich vier Artikel in der „Zukunft“ geschrieben habe, vier Artikel in den vier Jahren, wo ich Parteigenosse bin! Und was hat in diesen Artikeln gestanden? Es sind zwei Artikel, die sich mit religiösen Problemen befaßt haben. In unserem Programm steht der Satz von der Religion als Privatfache (Sehr richtig!) und auf Grund dieses Programmpunktes habe ich mich in diesen vier Jahren gehalten, innerhalb des Parteilebens von meiner Religion zu reden oder dafür Propaganda zu machen. Ich habe einmal vor etwa drei Jahren in Berlin zwei Vorträge über Religion und Sozialdemokratie gehalten. Da hat es sich — lesen Sie selbst den einen Leiter in der „Neuen Zeit“ von damals — für mich nicht darum gehandelt, Propaganda für Religion zu machen, sondern zu fordern, daß die Literatur der Partei über die religiöse Frage revidiert werden müßte entsprechend der Entwicklung der religiösen Literatur im allgemeinen. Sie können darüber anders urteilen, aber Sie müssen zugeben — und auch die „Neue Zeit“ hat, wenn ich mich recht erinnere, es damals zugestanden — daß das ein diskutables Problem ist, das nicht an dem Satz der Religion als Privatfache irgendwie tippt. Freilich einige Jahre später hat die „Leipziger Volkszeitung“, auf Grund dieser Rede in Leipzig verbreitet, ich habe damals religiöse Propaganda machen wollen, obgleich urkundenmäßig laut dem Artikel der „Neuen Zeit“ das Gegenteil feststeht. Ich habe damals protestiert durch Eingekandt, es ist mir besritten worden. Es war, ich glaube, auch in der „Leipziger Volkszeitung“, wo man mir in diesem Zusammenhang gesagt hat: Ja, der Göhre, das ist eine ganz besondere Spezialität von Revisionismus; der Bollmar will den politischen Revisionismus, dennstein den wirtschaftlichen, und Göhre ist der Vertreter des religiösen Revisionismus. Wie habe ich über diese religiösen Dinge in der Partei geredet, aber ich wahre mir das Recht, in meinem sonstigen Leben die religiösen Anschauungen zur Geltung zu bringen, die ich habe, nur unter der Bedingung, daß ich nicht die Kirche unterstütze, die nicht die Vertretung der Religion im wahren Sinne, wie mir scheint, ist, sondern eine gefährliche Erscheinung des Klassenstaates, gegen den wir kämpfen. Und darum habe ich die Kirche bekämpft, aber im übrigen mich nicht geschert, meine religiösen Gedanken zu vertreten. Und da ich auf Grund des Satzes „Religion ist Privatfache“ sie innerhalb der Partei nicht vertreten konnte, so habe ich mir ein Organ gesucht — und es giebt wenige Organe, die sich eignen — und die „Zukunft“ gefunden. Genosin Jettin hat schon von dem Kaiser-Artikel gesprochen. Wer den Artikel liest, findet, daß er darauf hinausläuft, daß die religiösen Anschauungen des Kaisers, den man immer als einen so modernen Menschen hinstellt, durch und durch auf dem Boden der mittelalterlichen Vergangenheit ruhen. (Hört! hört!) Indem ich das getan habe, habe ich eine Kritik kaiserlicher Anschauungen geliebt, die gerade derjenige billigen müßte, der in der Vizepräsidentenfrage uns bekämpft. Der zweite religiöse Artikel handelte über „Religion als Schöpfung“; es war ein geschichtlicher Rückblick, wie die Theologie der Jahrhunderte den ganzen Dogmenbau allmählich abgetragen hat und heute auf dem Punkte steht zu zeigen, daß man vor dem religiösen Bankrott steht, — durch die Leistungen gerade der protestantischen Theologie. Kann das nicht vielmehr ausgefaßt werden als Dienst an die Gedanken, die hierüber in der Partei bestehen? Der dritte Artikel beschäftigte sich mit dem Konsumvereinswesen. Das Konsumvereinswesen ist in Hannover als neutrales Gebiet erklärt worden und ich bin berechtigt, über diese Dinge zu schreiben. (Zuruf: Aber wo?) Das kommt noch! Und was habe ich geschrieben? Ich habe damals — es war gerade die Zeit der großen Strachs — gegenübergestellt das Aufsichtsratswesen in den Banken und in den Konsumvereinen; ich habe gezeigt, wie dort Korruption, hier Tüchtigkeit vorhanden ist, habe gezeigt,

wie die Arbeiter-Aufsichtsräte arbeiten und um ein paar Pfennige ihre freie Zeit opfern und habe schließlich diese Leistungen aus dem Willen und den allgemeinen Zusammenhängen zu erklären versucht. Dieser Artikel klang für eine Verherrlichung der Arbeiterklasse und der Konsumvereine aus. Ist das ein Verbrechen? Und der vierte Artikel für die „Zukunft“ ist nichts anderes als die Rede, die ich in Chemnitz über meinen Uebertritt gehalten hatte und die in 500 000 Exemplaren als Partei-Agitationsbroschüre verteilt worden ist. Das war meine erste Arbeit für die „Zukunft“ und als diese Arbeit, die die schwersten Angriffe gegen die herrschende Gesellschaft und ein absolut klares Bekenntnis zur Arbeiterpartei enthielt, von Gardon aufgenommen wurde, da habe ich mir gesagt: die „Zukunft“ ist ein Sprechsaal, in dem ich veröffentlichten kann, was ich will. In der „Zukunft“ bin ich nur verantwortlich für das, was ich schreibe. In Wahrheit besteht jede Nummer der „Zukunft“ aus so viel Nummern, als es Artikel darin giebt; jeder hat dabei nur für seine Sache einzustehen. Ich frage: Ist das ein Verbrechen? Es ist gestern als Verbrechen gestempelt worden. Freilich, bei Mehring ist alles psychologisch gutes Material. (Sehr gut!) Und bei Liebknecht, den ich aufs tiefste verehere, ist solche Mitarbeit nur Dummheit, die gerade dazu da war, gemacht zu werden. Bei uns ist es ein Verbrechen! (Webel: Sehr richtig!) Genosse Webel sagt: Sehr richtig! (Webel: Natwohl, sehr richtig!) Ich möchte doch noch um eine Minute um Geduld bitten. Ich weise darauf hin, daß ich in dieser ganzen Debatte bis heute mäßigstills gewesen bin. Das Bureau ist Zeuge, daß ich erklärt habe: ich habe nicht die Absicht, mich an der Debatte zu beteiligen. Ein Artikel an den Genossen Vorchard ist Beweis, daß ich erklärt habe: Ich will bis auf weiteres die Mitarbeit an der „Zukunft“ aufgeben. Es sind mir im Laufe der mehrmonatlichen Debatte in der Tat Zweifel aufgestiegen, und zuletzt so stark geworden, daß ich mir sagte: Hätte ich das gewußt, so hätte ich nicht mitgearbeitet. (Unruhe.) Und weil ich mir das sagte, beschloß ich, stille zu sein. Ich erkläre ganz frei weg: ich habe diese Dinge über die „Zukunft“ nicht gewußt. Genosse Webel hat erklärt, das hätte ich wissen müssen. Was ich gewußt habe, waren die zwei Artikel von 1892 über das „Sechseläuten“ und „Die roten Primahomenen“. Dann habe ich jahrelang mich um die „Zukunft“ nicht gekümmert. Ich habe seitdem die „Zukunft“ hier und da gelesen. Von dem Vorstoß Gardons im Zollkampf habe ich nichts gewußt, soviel ich weiß, hat auch keine Parteizeitung davon Notiz genommen. Und wenn Sie (zu Webel) mir einen Vorwurf machen, dann dürfen Sie, Genosse Webel, der Sie gestern gegen bestimmte Personen so gnädig und nachsichtig waren, mir nicht den Vorwurf des Verbrechens daraus machen, sondern höchstens den, daß ich zu flüchtig gewesen bin, daß ich in diesem Punkt zu oberflächlich war, daß ich die 40 Bände der „Zukunft“ nicht durchgelesen habe, bevor ich mitarbeitete, daß ich einfach die „Zukunft“ als einen Sprechsaal betrachtete, an dem ich mitarbeiten dürfe. Allerdings haben mich damals mehrere Freunde gefragt: Kennst Du die Vergangenheit Gardens nicht? Ich habe mir gesagt, daß mich das nicht hindert, mich seiner „Zukunft“ zu bedienen. So stehe ich vor Ihnen als einer, der so flüchtig und oberflächlich, so harmlos und so sorglos gewesen ist, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten, weil — ich diesen einen schweren Artikel nicht gekannt habe. Und anstatt daß Genosse Webel den Versuch gemacht hätte, das festzustellen, hat er mit einem Schlag das zur größten Verbrechen gestempelt. Wenn Webel wirklich um diese Frage im Interesse der Partei solche Sorge gehabt hätte: warum hat er mich nicht im vorigen Herbst oder Frühjahr hergenommen? (Webel: Sehr gut! Ich bin kein Schulmeister! Große Unruhe.) Sie haben gestern geschulmeister! Sie haben gestern nachgewiesen, daß Sie die „Zukunft“ schon sehr lange kennen, daß Sie sie schon lange für so verberblich halten; Sie mußten wissen, daß wir mitarbeiteten, und wenn Sie das für so gefährlich hielten, mußten Sie mir eine Karte schreiben! Lieber junger Genosse, kommen Sie mal zu mir. (Lachen.) — Genosse Webel, Sie

wissen, wie ich zu Ihnen gestanden habe (Webel: Ich weiß nichts!), mit welcher Verehrung ich zu Ihnen aufgeblidht habe. (Zuruf Webel.) Ich sage das nicht, um Ihr Wohlwollen zu erwerben, Genosse Webel, sondern weil es die Wahrheit ist. Es wäre die Pflicht Webel's, der sich hier gestern als Hüter der Partei aufgestellt hat, gewesen, mich zu warnen, der ich dieser hergelaufene Akademiker bin, der keine Fühlung mit dem Proletariat hat und nicht weiß, was Klassenkampf ist! Sie (zu Webel) hätten mich erziehen sollen in diesem Punkt. Wenn Sie es nicht getan haben, haben Sie entweder der Sache keinen so großen Wert beigelegt (Sehr richtig!), oder es könnte sogar bei Fernersehen die Vermutung aufkommen, daß die ganze Sache bis heute aufgespart worden ist, um schließlich gleichsam eine Falle zu schaffen, in die man hineinlombt (Doh!-Rufe. Große Unruhe.) und dann wird die Klappe zugemacht. (Große Unruhe.) Ich sage nicht, daß ich das behauptete; es ist auch ganz gleichgültig. So steht's jetzt nicht mehr, es steht jetzt viel ernster. Aus den Reden von Hoffmann, Jubelst und Webel ist mir ganz klar geworden: Man will mich und einige andre Genossen opfern, um Mehring der Partei zu erhalten. (Lachen und große Unruhe. Weifall. Webel ruft: Dieser Größenwahn!) Genosse Webel, warum haben Sie mich denn gestern größenwahnsinnig gemacht? (Große Unruhe und Weifall.) Sie haben mich so ehrlos gemalt, damit auf diesem Hintergrund Ihr Freund Mehring als reiner Engel und psychologisches Rätsel erscheinen kann. (Sehr gut!) Uebrigens eine Bemerkung in Parenthese, aber eine sehr wichtige Bemerkung. Der Artikel der „Neuen Zeit“, der überschriften ist „Konjunktionschulzes“, citiert die Stelle des Bernhardschen Artikels, wonach Parteiführer manches verschweigen müssen, um die Massen zu erziehen. Nun hat die „Leipziger Volkszeitung“ vom 28. Februar 1903 einen Artikel unter Politische Uebersicht: „Vor 40 Jahren“. Der Artikel ist nicht gezeichnet; jedenfalls ist er aber doch von dem Chefredakteur gekannt; nach seinem Stil könnte er sogar von Mehring verfaßt sein. Er handelt über Lassalle und sein offenes Antwortschreiben.

Da steht wörtlich: „Es hat die geschichtliche Größe Lassalles mitbegründet, daß er, treu dem agitatorischen Princip, das er einmal in einem Briefe an Marx entwickelt hatte — das mangelnde Bewußtsein einer unterdrückten Klasse durch zeitweiliges Verschleiern oder Zurücktretenlassen der revolutionären Ideen zu gewinnen, um sie nachher durch dieses klug eroberte Stück Wirklichkeit zur ganzen Wirklichkeit zu machen.“ (Hört! hört!) Was heißt denn das? Was bei Lassalle als höchste taktische Leistung hingestellt wird, das gilt als Jesuitentotal, wenn es Bernhard sagt. (Widerspruch und Zustimmung.) Wollen Sie das auch als psychologisches Rätsel erklären, Genosse Webel? Jedenfalls habe ich gestern unter dem Eindruck gestanden, und bin aufs festeste davon überzeugt, daß man meine Ehre skrupellos angegriffen hat, um einen Freund zu bedecken. (Widerspruch.) Und ich wäre in der Tat ein Ehrlöser, ich hätte keinen Funken demokratischen Gefühls in mir, wenn ich diesen Schlag auf meine Ehre, Genosse Webel, nicht erwiderte, wenn ich nicht sagte: Auch einem Parteiführer, der die Ehre eines bis jetzt tabellosen Menschen beschmüzt, um einen Freund zu bedecken, dessen Ehre in den Augen vieler schon längst als rampontiert erscheint, auch diesem Parteiführer, ja ihm allein gehört ein Pfui! (Unruhe, vereinzelter Weifall.)

Hoffmann-Rowaldes verzichtet im Interesse der Angegriffenen aufs Wort. (Bravo!)

Seger-Weipzig: Es mag ja bemessen ersähen, in diese Akademikerdebatte einzugreifen, aber gestatten Sie mir zu sagen, wie ein einfacher Arbeiter die Sache betrachtet. Gardon kann mit der Debatte zufrieden sein, für ihn ist Klatsche gemacht von den Herren Akademikern wie noch nie. (Sehr richtig!) Aber die Debatte war nicht vergeblich, wenn auch im entgegengesetzten Sinne wie

nach Ansicht gewisser Genossen. Braun meint, was wollt ihr denn, wir haben ja nicht angefangen, und Göhre bestreitet, daß er für die Religion Propaganda gemacht hat. Nun, auf einem Gemerkschaftsfest in Leipzig forderte er die Arbeiter auf, sie sollten sich ihren Heiland nicht nehmen lassen. (Hört! Hört!) Gehört das in eine Parteiverammlung? (Sehr richtig!) Auer ist es, der den Akademikern immer den Rücken deckt, ich erinnere an seinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, wo er Marx, Engels, Liebknecht herbeiholt, um die Akademiker zu entschuldigen. Warum zieht denn Auer nicht die Akademiker aus ihren Schlupfwinkeln in Berlin hervor und verschafft ihnen Stellen als Provinzredakteure? Aber das paßt den Herren nicht, denn da müssen sie ja arbeiten. (Sehr richtig!) Ganz unzutreffend ist der Vergleich der Mitarbeit an gegnerischen Blättern mit dem Auftreten eines Genossen in gegnerischen Versammlungen, denn in Versammlungen bekämpft man die Gegner, in der bürgerlichen Presse aber nicht. Weiter kommt in Betracht, daß die „Zukunft“ gegen uns im Wahlkampf ausgeschlachtet wird; das gilt namentlich für die Artikel von Göhre über Religion. Am Schluß seiner Rede sagte Braun, die Debatte sei niemand erwünschter als dem Berliner Polizeipräsidenten. (Braun: Habe ich nicht gesagt!) Doch. Entweder war sich Braun der Tragweite seiner Worte nicht bewußt, oder er wollte sagen, daß Genossen im Dienste der Polizei wären. Wäre das der Fall, dann wären Sie, Genosse Braun, der moralische Urheber, denn Sie haben ja die Leute der Partei aufgedrängt. Man spricht so viel von Unterdrückung der freien Meinung. Wenn es je eine Feuchthei gegeben hat, so ist es dies Argument. Haben die Akademiker etwa geglaubt, daß sie dadurch, daß sie den Spieß umbrehen, in eine bessere Situation gekommen sind, so irren sie sich. Dieser Parteitag wird nur dazu beitragen, uns die Akademiker noch mehr zu vereiteln.

Dr. Heinrich Braun: Nach den hagedichteten Angriffen und Vorwürfen, die auf mich niedergegangen sind, muß ich noch einmal das Wort ergreifen. Ueber die „Zukunft“ kann ich sehr unbefangen sprechen, denn ich für meine Person habe nie eine Zeile darin veröffentlicht, obwohl ich vielleicht ein Duzend Mal von dem Herausgeber dazu aufgefordert worden bin. Meine Frau ist seit Monaten entlassen, niemals wieder eine Zeile für die „Zukunft“ zu schreiben. Dieser seit Monaten feststehende Entschluß ist heute natürlich um so gesicherter, denn ich sehe nicht an, zu erklären, daß bei dem ganz außerordentlichen Interesse, das wir alle an einmütigen Zusammenarbeiten und brüderlichem Handinhandgehen haben, jeder von uns die Pflicht hat, Opfer zu bringen, wenn dadurch Störungen des guten Einvernehmens zu vermeiden sind, natürlich nicht Opfer der prinzipiellen Ueberzeugung, wohl aber Opfer im Rahmen praktischen Handelns. Ob man an der „Zukunft“ mitarbeitet oder nicht, ist eigentlich noch weniger als eine Bagatelle. Meine Frau z. B. hat im Durchschnitt jählich noch nicht einen Artikel für die „Zukunft“ geschrieben, und es wäre noch weniger geworden, wenn nicht die „Neue Zeit“ wiederholt Beiträge von ihr abgelehnt hätte. (Hört! hört!) Auch der letzte Artikel meiner Frau, der in der „Zukunft“ erschien, ist von der „Neuen Zeit“ abgelehnt worden; die „Neue Zeit“ ist nebenbei die einzige Zeitschrift, die jemals einen Artikel meiner Frau abgelehnt hat. Die Frage der Mitarbeit an der „Zukunft“ wäre sehr einfach und ohne Aufregung zu erledigen gewesen, wenn man sie ohne persönliche Manikie behandelt hätte. Nur die Artikel von Mehring und Kautsky haben der Sache den Charakter gehässiger Schärfe gegeben, und auch Bebel, der wegen seiner hervorragenden Stellung ganz besonders jedes Wort zu wägen hätte, hat gestern weder das richtige Maß, noch den richtigen Ton gefunden. (Aufe: Doch nur Ihrer Ansicht nach! — Der Ton war sehr herzzererschend!) Will man nicht auf das Äußerste ungerecht sein — und auch gegen den Gegner, glaube ich, ist Gerechtigkeit am Platz —, so muß man sagen, daß die „Zukunft“ ein Blatt ist, an dem die hervorragendsten Gelehrten, die bedeutendsten Schriftsteller und Künstler aller Länder mitarbeiten. Weiter steht es fest, daß

in der „Zukunft“ die Äußerungen jeder Partei unberührt und unberührt zum Ausdruck gebracht werden, auch Äußerungen von Vertretern unserer Partei. Endlich wollen Sie beachten, daß bis auf diesen Parteitag, solange die „Zukunft“ besteht, niemals gegen die Mitarbeit an dieser Zeitschrift auch nur eine Sterbenssilbe gesagt worden ist, und niemand hat bis vor kurzem wissen können, daß sich gegen die Mitarbeit an der „Zukunft“ in weiten Kreisen Mißstimmung herausgebildet hatte.

Als gestern Bernhard aus den Schriften von Mehring einige Stellen vorlas, eine winzige Zahl unter der hundertfachen Zahl vielleicht noch weit schlimmerer Stellen, da hat sich unter dem Eindruck dieser beispiellosen literarischen Mißstimmigkeiten die Entrüstung und Empörung darüber in manchen Momenten bis zur Siedehitze gesteigert, und während Bebel diesen Mann, der in der Publizistik aller Länder — zur Ehre meines Berufes sei es gesagt — eine ganz einzige Stellung hat, während Bebel dieser Person Vorbeerränge auf ihr würdiges Haupt setzte und sie glorifizierte, ich weiß nicht ob mit Absicht, aber sicherlich der Tat nach, hat er den Mitarbeitern der „Zukunft“ samt und sonders, also den hervorragendsten Gelehrten, Schriftstellern und Künstlern aller Länder und einer Reihe von braven und wenn wir von Verthold absehen, vollkommen tadellosen Genossen, wegen ihrer Mitarbeit die Ehre abgesprochen. Ist das erböht, ist das erlaubt? Ich erwarte von Bebel, der sich dadurch auszeichnet, daß er, wenn er einen Fehler gemacht hat, ihn, sobald er ihn einsehlt, auch bekennt, ich erwarte von Bebel, daß er das schwere und bittere Unrecht durch eine Erklärung gut zu machen sucht. (Bebel: Wir fehlt nur die Einsicht! Heiterkeit.) Bis dahin will ich über den peinlichen Zwischenfall weiter nichts sagen.

Und nun zu der viel peinlicheren, aber auch viel ernsteren Affäre Mehring! Ich schide voraus, daß an dieser Debatte nicht ich die Schuld trage; unsre Beschwerde an den Vorstand enthält den urkundlichen, im Bericht des Vorstandes nicht mitgeteilten Beweis dafür, daß wir es durchaus vermeiden wollten, diese Sache in die Öffentlichkeit zu bringen, weil wir voraussehen, daß die Veröffentlichung solche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Der Parteivorstand wäre nach meiner Meinung verpflichtet gewesen, diese Voraussicht auch zu haben, um so mehr, als ich persönlich ihn darauf hingewiesen habe. Also, gegen meinen Willen hat die Debatte hier stattgefunden. Es war Edmund Fischer, der sich das Verdienst erworben hat, der Käse die Schelle umzuhängen. Ich für meine Person war ganz besonders herausgefordert, hier zu sprechen, einmal durch die Darstellung unsrer Beschwerde im Vorstandsbericht, sodann durch die Art, in der Pfannkuch mit ungewöhnlicher Schärfe in seinem Referat sich gegen mich gewendet hat, und endlich ganz besonders durch den Artikel von Mehring in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 11. September dieses Jahres. Ich war auch herausgefordert durch die Art und Weise wie ich dazu mitgewirkt habe, Mehring wieder in Zusammenhang mit der Partei zu bringen. Hierauf hat sich auch Mehring in seinem Artikel vom 11. September berufen. Ich habe die Tatsache erzählt und auch Bebel hat sie erzählt. Seine Darstellung stimmt im wesentlichen mit der meinigen überein, nur in zwei Punkten setzte sich Bebel in Widerspruch zu mir. Bebel teilte Ihnen als meine Worte mit: Mehring wird sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammenkommen und eine Aussprache stattfinden kann“. Bebel sagte: „Sie kannten Mehring bereits damals“, das lag in Ihren Worten und in der Art Ihrer Ausführungen. Nun unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das, was Bebel gesagt hat, im wesentlichen richtig ist. Aber, was folgt aus diesen Worten? Bergegenwärtigen Sie sich nur — Sie werden es mir schon verzeihen, daß ich Sie mit diesen Quisquilien beschleiche, aber Bebel hat mich dazu gezwungen, indem er das, was ich sagte, als unglaubwürdig hinstellte. Bergegenwärtigen Sie sich nur folgendes: Mehring war seit Jahren die verachtete Person in der ganzen Sozialdemokratie, nie-

mand hätte auch nur in der verächtlichsten Weise mit ihm verkehren wollen, ich war der einzige, der sich, ohne daß ich ihn kannte, seiner annahm. Bebel und Singer können es mir bezeugen, daß ich ihnen wiederholt meine Ansicht von der Besserung dieses Sünders aufzudrängen suchte. Es gelang mir in einem gewissen Maße, sie zu überzeugen. Nun kam der entscheidende Moment, ich ging zu Bebel und Singer und sagte ihnen halb im Ernst und halb im Scherz — man kann solche Dinge nicht anders machen, auch wenn sie einen ernststen Hintergrund haben —: was meinen Sie denn, sagte ich, sollen wir nicht Mehring zu dem Abendessen einladen? Und nun habe ich nach Bebel weiter gesagt: „Mehring würde sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammenkommen und eine Aussprache stattfinden könnte“. Glauben Sie wohl, Genossen, daß ich diesen Franz Mehring erst noch zu fragen brauchte, ob er sich freuen würde, aus dem tiefsten Abgrunde der Verachtung herausgezogen zu werden (W e b e l: Na! na!) und mit Männern wie Bebel und Singer zusammenzutreffen? Glauben Sie, daß es nötig war, daß ich diesen Franz Mehring vorher schon persönlich kannte, daß ich vorher zu ihm gehen mußte, um ihn zu fragen, ob er die Einladung annehmen würde. Ich durfte wohl mit voller Sicherheit annehmen, daß er die Einladung sehr gern akzeptieren würde. So steht es mit dem einzigen Beweis für die Behauptung Bebels, daß ich Mehring früher schon gekannt hätte. Weiter sagt Bebel, er habe Mehring gefragt, seit wann er mich kenne. „Ach“, habe Mehring gesagt, „seit 1887“. Das trifft ganz genau zu, denn im November 1887, als der Reichstag zusammentrat, da fand ja jenes Abendessen statt; aber es ist eine Lüge, wenn Mehring hinzufügt, „ich glaube, schon seit 1886“. Ich brauche ja über die Lügenhaftigkeit von Mehring hier keine weiteren Worte zu verlieren, aber in Bezug auf Datumsangaben will ich doch hinweisen auf den Unterschied zwischen dem Flugblatt gegen Harden und seiner Schrift „Kapital und Presse“ über den Zeitpunkt der Chefredaktion der „Volks-Zeitung“. Wenn Mehring sich betreff des Zeitpunktes der Chefredaktion um Jahre versehen kann, dann kann er sich auch irren in Bezug auf das Datum, das er für die erste Bekanntmachung mit mir angiebt. Im übrigen, wenn er das wiederholen sollte, so ist er in diesem Punkt ein Lügner. Nichts weiß ich genauer, denn die Sache ist tatsächlich originell und es mußte sich mir einprägen, daß ich Bebel im Foyer des Reichstags aufsuchte und in seinem Auftrage und mit seiner Erlaubnis von dort direkt in die Redaktion der „Volks-Zeitung“ ging. (W e b e l: In meinem Auftrage? Unerhört!) Aber doch mit Ihrer Zustimmung! Du lieber Gott, verlegen Sie sich auf dies Wort? (W e b e l: Sie wägen die Worte ab!) Gewiß, das sollten Sie mir nachtun! (W e b e l: Ihnen ahme ich nie nach!) Dann lassen Sie es bleiben, das wird nur Ihr Schaden sein. (Lachen. — W e b e l ruft: Wir reden später noch darüber und auch über andre.) Ja, so viel und über was Sie wollen. Also selbstverständlich mit Bebels und Singers Zustimmung ging ich in die Redaktion der „Volks-Zeitung“ und ließ mich bei dem mir ganz unbekanntem Mehring anmelden; ich sprach mit ihm, überbrachte ihm die Einladung, die er natürlich strahlenden Antlitzes annahm, denn er war nur moralisch gerettet. Aber Bebel hat sich noch in einem andern Punkte bemüht, meine Wahrhaftigkeit und meine Genauigkeit in der Darstellung der Tatsachen zu erschüttern. Er behauptet, das, was ich hier mitgeteilt habe, sei falsch, nämlich daß mir die Artikel des Franz Mehring in der „Gartenlaube“ und die Erklärung Hafenclevers neu gewesen seien. (W e b e l: Auch das ist richtig!) Bebel korrigiert mich, er gesteht zu, daß mir die Rede Hafenclevers unbekannt war. (W e b e l: Das habe ich gestern schon gesagt.) Redner verliest die betreffende Stelle der Bebelschen Rede. Ich kannte also, sagt Bebel, Mehrings Artikel. Mag sein, er hat ja unzählige geschrieben. Ich mag viele gelesen haben, von denen ich gar nicht wußte, daß sie von Mehring herrührten; er schrieb ja für alle Zeitungen der verschiedensten Parteien zugleich. Welche

Brüderchen Bebel meint, weiß ich nicht, Mehring hat ja verschiedenartige Broschüren geschrieben, für die Partei und gegen die Partei. Wenn er die Schand-schrift gegen die Sozialdemokratie meint, diese kannte ich allerdings. Wie sollte ich denn zu seiner Rettung gekommen sein, wenn ich diese Schrift nicht gekannt hätte, das wäre ja ganz unlogisch. (W e b e l: Jetzt habe ich Sie angezogen!) Nageln Sie mich an, soviel Sie wollen. (W e b e l: Sie sind hereingefallen.) Genosse Bebel, stören Sie mich nicht allzu sehr. Jetzt habe ich das Wort. Es wäre also unlogisch, was ich getan hätte, wenn ich die Schand-schrift des Franz Mehring nicht gekannt hätte. Ich wußte weiter, daß alle möglichen Gerüchte über Franz Mehring in Kurs waren. Es hieß, daß der Verfasser der Schand-schrift gegen die Sozialdemokratie der Partei früher nahe gestanden habe. Es war das Gerücht verbreitet, daß die anonyme Broschüre: „Herr Treitschke der Sozialistenführer“, die mich als jungen Studenten begeistert hat, in einem solchen Brulott herligster Uebersetzung war sie geschrieben, von demselben Franz Mehring herrührte, der dann selber Sozialistenführer wurde. Genosse Luer wird es mir bezeugen, daß er mit vor drei Jahren, als ich ihn fragte, ob es sicher sei, daß diese Broschüre von diesem Mehring herrührte, erst gesagt hat: Ja, es ist notorisch. So steht es mit meiner Kenntnis der Dinge. Was ich behauptet habe, war dies: daß ich natürlich die Vergangenheit dieses Franz Mehring kannte, daß ich aber nicht die ganze Vergangenheit gekannt habe und daß ich, wenn ich sie genau gekannt hätte, nie meine Hand dazu geboten hätte, diesen Franz Mehring aus dem Schlamme herauszugiehen. Das habe ich gesagt und Bebel hat nicht bewiesen, daß meine Aeußerungen nicht auf voller Wahrheit beruhen. Ich behaupte, daß ich die Artikel der „Gartenlaube“ und die Rede Hafenclevers erst vor einigen Monaten kennen gelernt habe. Der Genosse, der mich darauf aufmerksam gemacht hat, ist hier in Saale. Wenn es gefordert wird, erwarte ich, daß seine Loyalität ihn veranlaßt, sich zu nennen. (Auf: Warum diese Geheimnisthämerei! Mehrfache Ruufe: Rärger!)

Singer: Fahren Sie fort.

Braun (fortfahrend): Nun sagte Bebel und auch Kautsky wandte mir ein: Dieser Braun hat sich nicht nur um die Rettung Mehrings bemüht, er hat ihn auch als Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ empfohlen. In der Tat: ganz richtig! Deshalb habe ich ihn in diese Beziehungen gebracht? Von Quigoterie spielte mit, überspanntes Gerechtigkeitsgefühl, aber das nicht allein. Ich sagte mir: Das ist nach seiner Vergabung ein Publizist ersten Ranges. Das ist ein Mann, der die Fäden mit der Sozialdemokratie wieder anzutrippeln sich bemüht, die er in frivoler, niederträchtigster Weise gerissen hat. Warum sollen wir ihn nicht gewinnen, wenn er jetzt mit uns den Kampf gegen die Gegner führt? Da dürfen wir ihn zum Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ machen.

Aber wenn Kautsky sich erinnern und aufrichtigerweise seine Erinnerungen mitteilen will... (Stürmische Unterbrechungen. Ruufe: Unterstellung!) Ach, Genosse Stadthagen, Sie brauchen sich doch nicht zum Anwalt von Kautsky zu machen! (Ruufe: Aufrichtig? Kautsky und andre: Das war eine Unverschämtheit! Auf: Slandalmacher!) Das ist von Dir eine Unverschämtheit, Kautsky. (Große Unruhe. Glode des Vorsitzenden.)

Singer: Ich bitte, die Zwieselsprache jetzt zu unterlassen.

Braun (fortfahrend): Wenn sich Kautsky erinnern will, so wird er uns mitteilen, daß ich im Laufe der Jahre mündlich wie schriftlich wiederholt ihm gesagt habe: Gewiß, Mehring ist ein schätzbarer Mitarbeiter und jeder Redakteur läte gut, ihn zu beschäftigen, aber ein Redakteur muß ihn auch in den richtigen Grenzen halten. Ich habe diese Mahnungen in letzter Zeit zu wiederholen ausgehört, weil sie fruchtlos waren. Kautsky hat Mehring nicht nur ganz gütig gelassen, nein, er hat ihm die „Neue Zeit“ geradezu ausgeliefert. Mehring kam in der „Neuen Zeit“ sagen und schreiben, was er will. Das ist, was meine

Meinung nach unerlaubt ist. Ich habe Kautsky wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ich es nicht für wünschenswert halte, dem Mehring solche Lattitude zu gewähren.

Singer: Ich kann keinen Zusammenhang mehr zwischen diesen Ausführungen und dem Thema erkennen. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich um die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse und nicht um die Tätigkeit Mehrings an der „Neuen Zeit“. (Sehr richtig!)

Braun (fortfahrend): Ich möchte dagegen einwenden, daß mir von Bebel und Kautsky der bestimmte Vorwurf gemacht worden ist, daß ich Franz Mehring zur Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ empfohlen habe.

Singer: Die Zurückweisung dieses Vorwurfs ist Ihnen gestattet, aber eine Kritik der Mehringschen Tätigkeit an der „Neuen Zeit“ steht nicht im Zusammenhang mit dem Thema. (Sehr richtig!)

Braun: Dann gehe ich darüber hinweg. Ich habe Bebel wiederholt gesagt, daß ich es nicht für wünschenswert halte, daß Mehring ein so präpotentierender Einfluß in der Parteipresse und in der Literatur gewährt wird. Bebel wird sich erinnern, wie eindringlich ich ihm gesagt habe, daß es dem Gefühl der Parteigenossen widerspricht — und Victor Adler hat sich in seiner Kritik des „Nachlasses“ in der „Wiener Arbeiterzeitung“ ähnlich geäußert — daß gerade dieser Franz Mehring der Herausgeber des Nachlasses von Marx und Lassalle geworden ist. Es giebt wohl keine Parteigenossen, es giebt wohl keinen Bernstein oder Conrad Schmidt, die die Arbeit auch hätten leisten können? Nein, es mußte dieser Franz Mehring sein. Ich schließe; alles das, was Bebel gesagt hat, kann nichts an dem vernichtenden Urteil über Mehring ändern, das hier abgegeben worden ist. Mehring steht am Pranger, und Bebel wird sich vergeblich bemühen, ihn von dort wieder herunterzuholen. (Sehr richtig!) Es sind weiter zahlreichere Angriffe gegen mich gerichtet worden, nicht ernsthafte, aber perfide. Ulrich hat sich in sehr deutlicher Weise, wenigstens für denjenigen, der die Dinge kennt, dagegen gewandt, daß die Parteigenossen von Frankfurt-Lebus nicht den alten Theodor Wagner, sondern mich als Reichstagskandidaten aufgestellt haben. (Rufe: Lauter!) Wie verhält es sich damit? Eine Parenthese: Stadthagen sagte gegen mich: Dieser Mann ist bekannt, wenn er sich vorstellt. Wie weit ich bekannt bin, lasse ich dahingestellt. Stadthagen fehlt die Kompetenz und die Unparteilichkeit zum Urteil. Nur so viel will ich sagen und Auer wird es mir bezeugen, daß er und Liebnecht mir schon vor 15 Jahren eine Kandidatur angeboten haben für Leipzig-Land . . .

Singer: Auch diese Ausführungen stehen nicht im Zusammenhang mit dem Thema. Ueber die Kandidatenaufstellung kann bei einem anderen Punkt, z. B. Parlamentarisches, gesprochen werden. (Rufe an Braun: Schluß!)

Braun: Dann komme ich dort darauf zurück. Stadthagen oder Hoffmann . . . die beiden sehen sich zum Vertwecheln ähnlich, nicht dem Aeußern, sondern dem Wesen nach (Heiterkeit), haben gemeint, wenn meine Wähler den Briefwechsel mit dem Parteivorstand kennen gelernt hätten, so würden sie mich und die anderen Genossen Gähre und Seine noch einmal in Bezug auf ihre Geeignetheit zur Kandidatur ins Auge gefaßt haben. Ich stelle fest, daß diese Besze gegen mich zu der regelmäßigen Tätigkeit Stadthagens gehört, so oft er sich mit den Angelegenheiten des Wahlkreises Frankfurt-Lebus beschäftigt. Genosse Hoffmann hat versucht, die Wochenschrift, die ich herausgeben will, im Voraus dadurch zu kompromittieren, daß er erzählte, ich hätte einen Gönner gefunden und daraufhin die Zeitschrift gegründet. Ich stelle fest: ich habe keinen Gönner, und ich stelle es Hoffmann anheim, im Register des Berliner Amtsgerichts sich zu informieren, wie die finanzielle Grundlage der Wochenschrift beschaffen ist. Ich habe den Eindruck, daß Ihnen selber, ebenso wie mir die lange Auspinnung dieser unerquicklichen Debatte auf das äußerste zuwider ist. (Sehr richtig!)

Deshalb will ich auf die vielen andern Angriffe schweigen und zum Schluß kommen. Nach meiner Ueberzeugung ist das Resultat dieser Debatte dies, daß die Differenzen in der Hauptsache beigelegt sind. Bernhard hat ehrlich und unumwunden erklärt, daß er mit seinem Artikel „Parteimoral“ einen nicht zu wiederholenden Fehler gemacht hat. Die Mitarbeit an der „Zukunft“ wird er aufgeben. Wie wir schon vorher, hat es auch Gähre getan und andre werden folgen. Das geschieht nun keineswegs, wie es in der uns feindlichen Presse dargestellt werden wird, weil wir auf Befehl Bebel's einschwenken wie die Unteroffiziere. Bebel ist der erste Mann in der Sozialdemokratie. Aber die Sozialdemokratie stellt eine freie Republik der Geister dar (Zuruf: Aber nicht der Schwarmgeister!), vorläufig eine Republik ohne den Großherzog an der Spitze. (Heiterkeit.) Wenn wir zu einer einmütigen Auffassung kommen, so deshalb, weil für uns die Parteipflicht höher steht als das persönliche Interesse. Und weil dies nicht nur in diesem, sondern in jedem andern Fall zu Tage treten wird, deshalb bestreite ich auch die Behauptung Bebel's, daß in der Partei Uneinigkeit herrscht. Weniger noch als das Meer in seinen Tiefen ausgewählt wird, wenn ein leichter Wind seine Oberfläche kräufelt, weniger noch wird die Masse der Parteigenossen in ihrer Tiefe berührt durch derartige Streitigkeiten. Die Partei steht ausnahmslos auf dem gleichen Boden. Auf dem Boden der materialistischen Gesichtsauffassung fußend, sieht sie im Klassenkampf das vorwärtstreibende Mittel und in der sozialistischen Gesellschaftsordnung das richtunggebende Endziel. Wegen dieser Einmütigkeit und Einheit der Ueberzeugungen sind die künstlich aufgebauchten Gegensätze zwischen Revisionisten und Radikalen auch nichts als oberflächliche Wellengekräusel. Ich für mein Teil und ich glaube, unter 100 000 Genossen sind es mindestens 99 000, ich bin weder Revisionist noch Radikaler, weder Bernsteinianer noch Kautskyaner, sondern ein Sozialdemokrat, der mit Leib und Seele auf dem Boden des Programms steht, oder um Bebel's Wort zu gebrauchen: Sozialdemokrat mit Haut und Haaren. Und nichts ist jehnlicher zu wünschen, als daß wir über diese künstlichen Gegensätze hinwegkommen zu einheitlicher kraftvoller Aktion. Und wenn diese Verhandlung trotz ihrer Unerquicklichkeit hierzu beitrug, wird sie auch nicht ganz umsonst gewesen sein!

Singer: Es sind fünf Anträge auf Schluß der Diskussion eingegangen. Einer dieser Anträge enthält die Bemerkung, daß auch nach Schluß der Debatte dem Genossen Mehring noch das Wort erteilt werden soll. Ich hatte bereits dem Genossen Mehring gesagt, daß, wenn, bevor er nach der Nebenliste heranträte, etwa die Debatte geschlossen werden sollte, ich beim Parteitag um die Erlaubnis nachsuchen würde, ihm noch das Wort zu erteilen. Ich darf wohl annehmen, daß auf jeden Fall dem Genossen Mehring noch das Wort gegeben werden soll.

Für Schluß der Debatte spricht

Krüger - Dresden: Ich unterschätze nicht den Wert dieser Diskussion, aber nachdem wir schon zweiundeinhalb Tag hierüber sprechen, ist es doch wohl dringend notwendig, daß wir damit abbrechen. Der Parteitag ist nicht dazu einberufen, um nur Akademikerdebatten zu führen. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen im Lande erwarten, daß auch ihren Anträgen die genügende Beachtung geschenkt wird.

Gegen den Schluß der Debatte nimmt das Wort

Kakenstein: Wir alle sind darüber einig, daß die Länge dieser Diskussion unerfreulich ist. Nun aber steht eine Frage zur Entscheidung, die in den Debatten dieser Tage am allerwenigsten behandelt worden ist. Wir haben uns bisher hauptsächlich mit persönlichen und damit zusammenhängenden politischen Fragen befaßt. Wir sollten aber auch eine kurze Zeit darauf verwenden, die Frage, um die es sich eigentlich handelt und die die materielle Existenz sehr vieler Parteigenossen

berührt zu behandeln. Ich möchte bitten, daß eventuell nur noch solche Redner sprechen, die materiell etwas in der Sache zu sagen haben.

Singer: Solche Vorschriften können wir natürlich nicht machen.

Der Glück der Diszussion wird angenommen.

Singer: Es ist mir für den Parteitag eine Zuschrift des Genossen Jäckh, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ zugegangen, mit der Bitte, sie zur Kenntnis des Parteitags zu bringen. Jäckh knüpft an die Bemerkung des Genossen Fischer-Dresden an, die dahin ging, daß der zweite Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, nachdem er längere Zeit Redakteur an sozialdemokratischen Blättern gewesen wäre, als freier Schriftsteller an bürgerlichen Blättern gegen die Parteigenossen geschrieben habe. Jäckh stellt diese Auffassung insofern richtig, daß er zu dieser Zeit für eine im Verlag und unter der Redaktion eines Bruders in Stuttgart erscheinende Wochenschrift Leitartikel im revisionistischen Sinne geschrieben habe, was von einer Reihe von Genossen, die diese Artikel gelesen haben, ihm gegenüber lobend anerkannt worden ist, und er teilt weiter mit, daß einige dieser Artikel im „Karlsruher Volksfreund“, also einem Partei-Organ, zum Abdruck gebracht worden sind.

Es ist mir ferner ein Brief des Herrn Maximilian Harden zugegangen. Da er an die Loyalität des Parteitags appelliert, ihn als Angegriffenen, aber Abwesenden die Möglichkeit zu geben, einige der vorgekommenen Dinge richtig zu stellen, so halte ich es für richtig, diesen Brief zur Kenntnis des Parteitags zu bringen, damit der Parteitag volle Kenntnis aller vorgekommenen Dinge erlange. — Danach wird Mehring das Wort bekommen, dann hat nur noch der Berichterstatter das Schlußwort. Vorher kommen die persönlichen Bemerkungen. Der Brief lautet: „Granewald-Berlin, 15. 9. 1903.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Aus dem heutigen „Vorwärts“ entnehme ich, daß der Parteitag, dem Sie präsidieren, sich mit meiner Wochenschrift und meiner literarischen Tätigkeit beschäftigt hat. Ich habe auf allgemeine Urteile und Verdächtigungen hier nicht einzugehen und halte mich nur an die paar konkreten Behauptungen, die im Laufe der Debatte — soweit sie mir bekannt sind — aufgetaucht sind.

1. Ich soll die „russischen Freiheitskämpfer geschmäht haben“. Die Behauptung ist unwahr. Ich habe nie über die so bezeichneten Männer und Frauen ein Urteil gefällt. Der Ratbestand ist folgender: Vor 10 $\frac{1}{4}$ Jahren hat Professor Dr. Wilhelm Jöst in der „Zukunft“ einen Artikel veröffentlicht, dessen Inhalt ich nach dem Programm meiner Zeitschrift mir so wenig anzueneigen hatte, wie den Inhalt der von Konserbativen, Kathedersozialisten, Sozialdemokraten oder Anarchisten in der „Zukunft“ veröffentlichten Artikel. Professor Jöst hatte Sibirien bereist, beherrschte das sibirische Material und war mir um so unverdächtiger, als sein Buch über Sibirien, wie das Kennans, in Rußland verboten war.

Ob das, was er schrieb, objektiv richtig war, weiß ich nicht, denn ich kenne Sibirien nicht. Auch dieser Professor hat aber nicht, wie behauptet wird, die „politischen Verbrecher“ Rußlands in Sausch und Bogen beschimpft. Er schreibt: „Jedermann, der einmal in Sibirien war, weiß, daß jeder gemeine Verbrecher (Räuber, Ausschläger, Muttermörder, Faltschmünzer usw.) sich stets als „Politischer“ bezeichnet.“

Und danach erst:

„Wer sind denn Kennans „sympathische politische Freunde“? Ganz gemeine Meuchelmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!“ („Zukunft“ vom 22. Juli 1898.)

Erstens also handelt es sich um einen Artikel, für dessen Inhalt ich nur persönlich die Verantwortung trug; zweitens unterschied Professor Jöst scharf zwischen wirklichen „politischen Verbrechern“ und gemeinen Verbrechern, die sich für „Politische“ ausgeben, und nur dieser letzteren nicht politischen Gruppe konnten natürlich die Worte „Diebe“, „Zuhälter“ usw. gelten.

2. Ich soll geschrieben haben, die Sozialdemokraten hätten den Reichstag in eine „Kauferschwemme verwandelt“. Die Behauptung ist unwahr. Auf der neunten Seite eines von mir geschriebenen Artikels steht der Satz: „Fladern sie Dir denn, wird mancher wohl fragen, doch nicht hoch genug — noch immer nicht, trotzdem der Reichstag von den Genossen zur Kauferschwemme erniedert ist.“ („Zukunft“ vom 13. Dezember 1902.) Unzweideutig ergibt der Zusammenhang, daß „mancher“, der „fragt“, aber nicht meine Ansicht teilt.“

Dah solches Urteil, wie ich es „manchen“ aussprechen lasse, in der Zeit der Obstruktion wirklich geäußert wurde, wird Ihnen nicht unbekannt geblieben sein; übrigens führe ich im selben Artikel gleich danach ein Beispiel an. Ueber die Tendenz meines Artikels orientiert Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, vielleicht der eine Satz, den ich hier anführen will: „Der tüchtigste Bourgeois müßte zugeben, daß keine uns bekannte politische Organisation je einer Klasse so schnell und so wesentlich genützt hat wie den deutschen Arbeitern die Sozialdemokratie.“

Ueber die bei schlechten Staatsanwaltern und unfähigen Polizeiministern beliebte Methode, auf herausgerissene, im wesentlichen entstellte oder auch wissenschaftlich gefälschte Sätze ein Urteil zu bauen, habe ich hier nichts zu sagen. Da ich aber annehmen möchte, daß der Parteitag die Wahrheit erkennen und daß sein Präsident Abwesende vor ungerechter Beschimpfung schützen will, habe ich mir erlaubt, Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, das die zwei faßbar vorgebrachten Behauptungen widerlegende Material zugänglich zu machen.

In vorzüglicher Hochachtung
Harden.†)

*) Meine eigne Ansicht, mein persönliches Urteil über die so viel getadelten Kennans (die auch mir nicht gefielen) hatte ich acht Tage vorher (schon ausgesprochen: „Solche Ausstritte haben sich in Westminster und im Palais Bourbon oft wiederholt und kein sichbarer Grund konnte sie uns, nur gerade uns ersparen. Unter den 58 sozialdemokratischen Abgeordneten sind mindestens 30, die aus dem Maschinenaal und dem Handmel kommen und deren natürliche Temperamentskraft nie in stroher Salonjacke gebändigt wurde; daß sie sich fast immer artig zeigen, daß sie manchmal die Konvention brechen, sollte ein Gegenstand bürgerlichen Staunens sein.“ („Zukunft“ vom 6. Dezember 1902.)

†) Gegen diesen Brief Hardens veröffentlichte Genosse Kaustky in Nr. 222 des „Vorwärts“ (23. September) nachstehende Erklärung:

Herr Harden sandte dem Parteitag eine Erklärung ein, in der er unter anderem gegen mich den Vorwurf erhob, ich hätte den Jöstischen Artikel falsch zitiert. Als die Erklärung vorgelesen wurde, hatte ich den betreffenden Artikel schon aus der Hand gegeben, da ich nicht erwartete, er werde noch einmal auf dem Parteitage zur Sprache kommen. Ich war daher nicht in der Lage, sofort den genauen Wortlaut der von mir zitierten Stellen anzugeben und mußte schweigen. Später aber wurde meine Aufmerksamkeit durch wichtigere Angelegenheiten von dem Gegenstande abgelenkt.

Jetzt habe ich aber erfahren, daß manche bürgerlichen Blätter die Erklärung des Herrn Harden ernsthaft genommen haben und in dem Fehlen einer Gegenklärung das Eingeständnis der Richtigkeit der Hardenschen Darstellung gesehen haben.

Ich glaube, es liegt nicht bloß in meinem persönlichen Interesse, sondern ebenso sehr in dem der Partei, wenn auch nicht die leiseste Möglichkeit für die Annahme übrig bleibt, als hätten wir so schwere Vorwürfe, wie sie gegen Harden geschleudert wurden, leichtfertig oder gar mit mala fides erhoben.

Harden schreibt in seiner Erklärung über den Artikel des Professor Jöst: „Dieser Professor hat nicht, wie behauptet wird, die „politischen Verbrecher“ Rußlands in Sausch und Bogen beschimpft. Er schreibt:

„Jedermann, der einmal in Sibirien war, weiß, daß jeder gemeine Verbrecher (Räuber, Ausschläger, Muttermörder, Faltschmünzer usw.) sich stets als „Politischer“ bezeichnet.“

Und danach erst:

Meßtag: Am vorigen Sonnabend erhielt ich von mehreren Genossen die Nachricht: „Kommen Sie nach Dresden; es wird ein großer Coup gegen Sie geplant!“ (Unruhe). Dieser Coup hat sich entpuppt als einer jener Ueberfälle, die bisher ein unbeneidetes Vorrecht literarischer Bourgeoisfreizeiter waren, einer jener Ueberfälle, für die aus sicherem Hinterhalt wochen- und monatelang die Waffen geschmiedet worden sind, um einen wehrlosen Mann zu erschlagen. (Zurufe: Oho! Wehrlos!) Ich nenne mich nicht in sentimentalem Sinne einen Wehrlosen, aber ich bin wehrlos in zweierlei Beziehungen. Seit Wochen und Monaten

Wer sind denn Kennans „sympathische Freunde“? Ganz gemeine Mordmörder, Spießhaken, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!“ („Zukunft“ vom 22. Juli 1893.)

Professor Joest unterschied scharf zwischen wirklichen „politischen Verbrechern“ und gemeinen Verbrechern, die sich für „Politische“ ausgeben, und nur dieser letzteren nicht politischen Gruppe konnten natürlich die Worte „Dieb“, „Zuhälter“ usw. gelten. So Herr Harden und nun einige längere Zitate aus dem Artikel „Sibirien“ („Zukunft“, 1893), aus denen der Leser selbst entnehmen mag, ob Herr Joest nur von gemeinen Verbrechern spricht, die sich politische nennen, oder nicht auch von politischen, die er gemeine nennt.

Joest wendete sich in dem Artikel gegen die Schilderungen, die Kennan damals über die Greuel des sibirischen Gefängnislebens veröffentlichte und die in der ganzen zivilisierten Welt, auch in sozialistischen Kreisen den tiefsten Eindruck machten, zum großen Verdruß des Zarenums. Joest versuchte in der „Zukunft“ die Glaubwürdigkeit dieser Schilderungen zu erschüttern und bemerkte unter anderem:

„Durch den steten verbotenen und dadurch reizenden und aufregenden Umgang mit Verbrechern der gefährlichsten Art wird Kennan im Laufe seiner Artikel ein demnach verbitterter und verbissener Anarchist, daß man ihm den Strich oder zehn Jahre seiner selbstgeschilderten Gefängnisjahre wünschen möchte, wenn man nicht mühte: er meint es gewiß nicht so böse. Die Folgen seiner Darstellungen kimmerten ihn nicht. Seine Leser mögen später Zarenmörder, Bombenschnitzmeister, Dynamitbuben oder Petroleumsen werden — das wird ihm ungemein gleichgültig sein.“

Dennoch aber finde ich es vor allem in hohem Maße beklagenswert, daß Kennan seinem Lesern die Scheidung zwischen politischen und gemeinen Straßlingen ungemein schwer macht. Er wirft sie ganz bunt durcheinander. Der Leser kann sich hierin ganz entschieden nicht zurechtfinden, er wird nie wissen, von wem die Rede ist, ob von einem politischen oder gemeinen Verbrecher.

Hierzu muß noch ein Wort bemerkt werden: Kennan sympathisiert mit den „Politischen“ der allergemeinsten Art, deren feige Verbrechen er beschönigt und entschuldigt, in solchem Maße, daß er allmählich auch im Leser die Anschauung aufkeimen läßt, als ob schon allein in der bloßen Verhaftung eines Politischen von Seiten der russischen Regierung ein Unrecht begangen würde.“

Nun kommt der von Harden zitierte Satz:

„Wer sind denn meine „sympathischen politischen Freunde“? Ganz gemeine Mordmörder, Spießhaken, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!“

Hier las leider Herr Harden nicht mehr weiter. Wir haben aber keine Ursache, hier abzubringen:

„Aber Herr Kennan weiß jedem ein schönes Mäntelchen umzuhängen. Der Lump, der den Zaren gemordet hat, der Eisenbahnzüge zur Entgleisung bringt oder Stadtwiertel (sic!) in die Luft sprengt, nur um den Kaiser oder einen seiner Stellvertreter zu vernichten — der ist ihm ein sympathischer „Politischer mit liberalen Anschauungen“; die sich mit jedem Gesinnungsgenossen prostituierende Studentin, die Kassen erbricht, Geld stiehlt, um davon ihren Zu-

ist bis auf 25 Jahre zurück aus allen Ecken und Winkel das Material zusammengekleppt worden, um mich zu verbächtigen; darauf kann ich das Gegenmaterial nicht in ein bis zwei Tagen beschaffen. Ferner läßt sich in einer Minute mehr Klatsch zusammentragen, als sich in einer Stunde widerlegen läßt, und wenn ich auf alles erwidern wollte, was in diesen Tagen gegen mich vorgebracht worden ist, so müßte ich die Zeit des Parteitages zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Ich werde aber auf jeden Punkt der vorgebrachten Anklagen antworten, ich werde die Verleumdungen niederschlagen, dieselben, die ich schon in meinen Broschüren gegen Harden und in „Kapital und Presse“ niedergeschlagen habe — denn es sind

hälttern Schnaps und Cigaretten zu kaufen, sie wird unter Kennans Feder zu einem „sympathischen Opfer russischer Tyrannei““. (S. 158, 159.)

Kennan kann nicht genug Worte des Spottes für den Zaren und die russische Regierung finden, die sich vor diesen zarten Schulmädchen fürchten und diese „harmlosen Kinder“ aus der Umgebung, die sie verpesten, nach Sibirien verbannen. Er weiß wohl nicht, oder vielmehr er will wohl nicht wissen, daß auch die Jüdin Jessy Selman, die durch ihre bekannten Binden mit dem Taschentuch zur direkten Mörderin des Zaren Alexander II. wurde, ebenfalls kaum 18 Jahre alt war und leider darum nicht aufgehängt wurde, weil sie schwanger war. Aber für Kennan ist sie eine Heldin, wie alle die anderen „zarten Mädchen von 18 bis 25 Jahren“, die er für Lehrerinnen in einer Sonntagsschule oder schlichteren Pöhlunge einer weiblichen Bildungsschule gehalten hätte, die nichts anderes verbrochen haben, als „in den letzten 15 Jahren tätigen Anteil an den schrecklichen Tragödien in Petersburg, Moskau, Riew und Odessa zu nehmen“ — also Mörderinnen, Dynamitarden, Giftmischerinnen, Diebinnen, kurz, Verbrecherinnen der allergeringsten Sorte. (S. 168.)

Wie sagt Herr Harden in seinem Artikel über den ersten Tag des Parteitages? „Ich möchte ein bißchen vomieren.“ Damals, vor zehn Jahren, vomierte er nicht, als er diese „Schlammflut persönlicher Schimpfereien“ über die erhabensten Helden und Dulder publizierte.

Nur noch ein Zitat zur Kennzeichnung dieses Artikels:

„Ich kann hier vielleicht noch erwähnen, daß der größere Teil der politischen Verbrecher beiden Geschlechtes, mit denen Kennan sich anfreundete und die ihm „ihre Lebensgeschichte erzählten“. Juden waren, eine Tatsache, die Kennan merkwürdigerweise nie erwähnt. Die Nihilisten rekrutieren sich bekanntlich vorwiegend aus jüdischen Studenten- und Verbrecherkreisen. (S. 164.)

Diese Zitate lassen wohl keinen Zweifel mehr daran, daß jedes Wort, das ich über den Artikel und seinen Herausgeber sagte, wohl berechtigt war und daß eine eiserne Stirn dazu gehört, dem Parteitage zu erzählen, der Joestische Artikel schmähe nicht die russischen Freiheitskämpfer.

Herr Harden erweist sich aber als ebenso tapfer wie wahrheitsliebend, wenn er jetzt jede andere als die pressgesetzliche Verantwortung für diesen Artikel ablehnt. Als ob es für derartige Artikel nicht auch eine moralische Verantwortung gäbe, als ob es nicht für alle Menschen verbindliche sittliche Regeln gäbe, die es einfach jedem ehrlichen und anständigen Menschen verbieten, die Opfer politischer Verfolgungen, welcher Partei immer sie angehören, zu schmähen oder zu ihrer Beschimpfung beizutragen.

Aber in diesem Fall kann überdies erwiesen werden, daß die Herren Joest und Harden Gesinnungsgenossen waren — wenn man das Wort „Gesinnung“ in diesem Zusammenhang brauchen darf. In einer Fußnote auf S. 157 bemerkt Joest behnbernd: „Harden war der erste und bisher einzige deutsche Journalist, der den Mut hatte, dem Fetisch Kennan die bis dahin üblichen Ehren zu verweigern.“

Trägt Herr Harden auch für diesen Satz nur die pressgesetzliche Verantwortung?

Ich denke, seine ganze Verächtigung ist nur ein neuer Beleg dafür, daß ein Sozialdemokrat mit Herrn Harden keinerlei Gemeinschaft haben kann.

Friedenau, 21. September.

R. P a u l s t h.

ja dieselben alten Geschichten (Sehr richtig!), dieselben Niederträchtigkeiten, die von andern schon früher vorgebracht sind, während die Leute, die sie jetzt vorbringen, vergessen haben, zu sagen, daß sie schon früher widerlegt worden sind. Ich werde darauf antworten, aber augenblicklich — (Zuruf: Brief über Schoenlant!) Auch den Punkt mit Schoenlant, von dem Nebel sagte, er könne ihn mir nicht verzeihen, auch diesen Punkt habe ich in meiner Broschüre gegen Harden schon vor sechs Jahren aufgeklärt, und es ist einer Personie sondergleichen, wenn Bernhard es verheimlichte, daß ich die Sache schon aufgeklärt hätte. Ich habe zu niemandem ein Gehl daraus gemacht, daß ich vor mehr als 20 Jahren schwere, maßlose, ungerechte Wortwürfe gegen die Partei gerichtet habe. Wenn ich mich bei besserer Erkenntnis an die Partei herangebrängt hätte und die Partei mir erklärt hätte, sie wolle nichts von mir wissen, so hätte ich das vollkommen in der Ordnung gefunden. Ich habe mich aber nicht an die Partei gebrängt; ich habe noch keine einzige Zeile für die Partei geschrieben, zu der ich nicht von berufener Seite aufgefordert worden wäre. Wer meine Parteilichkeit tadelt, der schlägt auf die ersten Partei-Institutionen, auf die oberste Parteibehörde, auf die Parteiverlage in Berlin, Leipzig, Dresden und Stuttgart, der schlägt auf den Parteivorstand, der mir den ehrenvollen Auftrag erteilt hat, den Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle herauszugeben. Während ich also von beruflichen Partei-Instanzen zu den ehrenvollsten Partei-Aufgaben berufen worden bin, tobt sich hier auf dem Parteitag seit drei Tagen ein Ueberfall ab, der an feiger, schmutziger Personie in der Geschichte der verkauftesten Gesellschaftsklasse seinesgleichen nicht hat und der nach den Erfolgen des 16. Juni diesen Parteitag diskreditiert, ich hätte beinahe gesagt, prostituiert! (Große Unruhe.) Ich erkläre deshalb hiermit, daß ich meine Tätigkeit für die „Neue Zeit“ und die „Leipziger Volkszeitung“ einstelle (Bravo!) bis die beruflichen Partei-Instanzen, die die Anklagen gegen mich gehört haben und sie prüfen können, mich wieder dazu auffordern. (Lebhafter Beifall.)

Bömelburg: Sie haben vorher beschlossen, in dieser Sache Schluß der Debatte zu machen und nur Mehring noch das Wort zu erteilen. Das ist eine neue Geschäftsordnungs-Praxis, nach einem Beschluß auf Schluß der Diskussion noch einem Redner das Wort zu gestatten. Dadurch wird die Debatte von neuem eröffnet; das widerspricht unsrer Geschäftsordnung. Mehring hätte warten müssen, bis die Reihe an ihn kam. Man darf hier nicht dem einen zu Gunsten des andern das Wort abschneiden.

Singer: Bömelburg hätte sich zur Geschäftsordnung melden müssen, als die Frage zur Verhandlung des Parteitags stand. Ich konstatiere aber, daß das, was Bömelburg als nicht verträglich mit der Geschäftsordnung hinstellt, zu wiederholten Malen und dem Gebrauch unsrer Parteitage entsprechend vorgekommen ist. Zweifellos kann jede Versammlung, soweit kein Widerspruch erhoben wird, von ihrer Geschäftsordnung abweichen. (Sehr richtig!) Hätte Bömelburg gegen die Abweichung von der Geschäftsordnung rechtzeitig Einspruch erhoben, so würde ich die Frage zur Abstimmung gebracht haben.

Bömelburg (zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere, daß diese Geschäftspraxis, mag sie auch bisher schon auf Parteitagen vorgekommen sein, in der Arbeiterbewegung sonst nicht geübt wird und auch nicht maßgebend sein kann. Wenn jemand, der in der Debatte noch gar nicht gesprochen hat, nach Schluß der Debatte das Wort ergreift, so kann er ganz neue Dinge und neue Personen in die Debatte hineinziehen. (Unruhe.)

Singer: Auf diese Konsequenzen hätten Sie den Parteitag vorher aufmerksam machen sollen. Im übrigen, so sehr selbstverständlich unsrer Parteitag mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung identifiziert ist, so kann es sich doch der Parteitag so wenig wie jede Arbeiterversammlung nehmen lassen, ihre

Beschlüsse in Bezug auf die Geschäftsführung so zu fassen, wie sie es für richtig erachten. (Zustimmung.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Auß Hofmann-Berlin: Heinrich Braun warf mir vor, daß ich sowohl in Bezug auf meine Kandidatur wie auf die Zeitschrift welche er gründen will, etwas Ehrentürliches von ihm behauptet hätte. Ich habe laut Bericht des „Vorwärts“ gesagt: „Der Antrag sei den Wahlkreisen zur Berücksichtigung überwiegen — es handelte sich um den Antrag mehr Arbeiter als Kandidaten aufzustellen — leider haben die Wahlkreise den Antrag des Parteitages sehr wenig berücksichtigt, sondern sie waren nur zu geneigt, alle, verbiente Genossen herauszubringen und dafür Doktoren hineinzubringen.“ Ich habe in diesem Fall mit keiner Silbe Heinrich Braun erwähnt. Ich habe weiter gesagt mit Bezug auf neu zu gründende Zeitungen: „Die Genossen wollen ihre Artikel los werden, weil sie in der Parteipresse vielleicht keinen genügenden Absatz finden, wenden sie sich an gegenrührige Blätter. Wenn man dann einen verdienstvollen Sinner findet, so gründet man eine neue Zeitung.“ Ich habe auch in diesem Punkt Heinrich Braun nicht genannt; er hat sich gemeldet; bei anderer Gelegenheit werde ich darauf eingehen. (Zuruf: Haben Sie ihn auch nicht gemeint?) Braun meinte ferner, ich sähe Stadthagen zum Verwechseln ähnlich, zwar nicht äußerlich. Ich sehe das als eine Schmeichelei an (Heiterkeit) und werde mich bemühen, es weiter zu sein; ich würde mich aber ganz energisch dagegen verwahren. Heinrich Braun ähnlich zu sein. (Heiterkeit.) Göhre meinte u. a., auch Hoffmann wolle ihn opfern. Ach nein, Genosse Göhre, als Opferlamm sind sie am allerungeeigneten! (Göhre: Das glaube ich!) Ich stehe auf einem andern Standpunkt, und ich habe schon in Erfurt auf einem andern Standpunkt gestanden, also auch Göhre gegenüber. Das Opfern auf einem Parteitage hat keinen Sinn, das ist Sache der Kreise. Ich habe mit keiner Silbe ausgesprochen oder nur angedeutet, daß ich solche Opfer haben möchte. Es könnte Ihnen (zu Göhre) gefallen, Märtyrer zu spielen! Dazu sollen Sie aber nicht kommen. (Beifall.) Es ist dann von Heine gesagt worden, ich hätte in meiner Rede Wortwürfe erhoben, die auf ihn nicht zutreffen. Er sagt, ich hätte ihm vorgeworfen, Artikel für gegenrührige Blätter geschrieben zu haben. Der betreffende Satz lautet wörtlich: „Aber im allgemeinen nimmt die bürgerliche Presse vor allem solche Artikel auf, mittels derer man der Sozialdemokratie Knüttel zwischen die Beine werfen kann. Das ist der Kernpunkt. Durch diese Tätigkeit gewisser Auch-Genossen wird uns die Agitation ganz außerordentlich erschwert. Denken Sie mal darüber nach, wieviel Zeit wir in Agitationsversammlungen verschütten müssen mit der Widerlegung von Verdrehungen, die uns mittels dieser Artikel entgegengehalten werden.“ Ich habe dann noch, was im „Vorwärts“ nicht steht, gesagt: „Landrällische Kreisblätter schlagen diese Artikel nach allen Regeln der Kunst aus und tun noch ein übriges hinzu. Läßt sich einmal ein mutiger Gegner in unsren Versammlungen sehen, was bringen da diese Gegner immer zuerst vor? Die Artikel der Genossen Göhre, Heine, v. Vollmar usw. Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß ich nicht das gemeint habe, was Heine hier anzieht. Dies geht schon daraus hervor, daß ich auch den Genossen Vollmar genannt habe. Ich weiß nicht ob Vollmar an gegenrührigen Blättern mitgearbeitet hat — außer seiner Zeit an der „Revue bleue“, jenem bürgerlichen französischen Organ, in dem er den bekannten Artikel über Staatssozialismus geschrieben hat; das ist aber schon sehr lange her. Ich habe mit den Artikeln auch nicht nur die gemeint, die an die bürgerliche Presse eingeschendet werden, sondern vor allen Dingen auch die Artikel, die uns in Hannover so eingehend beschäftigt haben; die in den „Sozialistischen Monatsheften“, abgelagerten Vernstein-Artikel usw. Diese sind in gegenrührige Blätter, auch Kreisblätter, übernommen worden, und nicht nur die Artikel, nein, Genosse Heine, auch die Reden. Ich brauche bloß an die

Kanonens-Rebe zu erinnern. Seine hat das Maßmaß wie Bernstein, immer mißverstanden zu werden. (Geisterzeit.)

Singer: Ich bitte, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Hoffmann: Ich gebe gern zu, daß mir nicht bekannt ist, daß Heine, so lange ich ihn kenne, an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet hat. Ich habe damit die Artikel der „Monatshefte“ und seine Reden treffen wollen. Wenn wir nachgraben wollten, wozu ich wieder die Zeit habe, noch den Versuch in mir fühle, ich weiß nicht, ob aus seiner antisemitischen Zeit nicht noch Artikel zu finden wären.

Bernhard-Berlin: Ich weise auf das entschiedenste die Verdächtigung von Mehring zurück, daß ich irgend eine Verleumdung hier gegen ihn verbreitet hätte. Unter Verleumdungen versteht man Beleidigungen, die wider besseres Wissen vorgebracht werden, und mir solche Unterstellungen unterzuziehen zu wollen, muß ich mir auf das allerentschiedenste verbitten. Meine Hauptangriffe hätte Mehring sehr schnell widerlegen können. Ich habe erstens gesagt, daß Mehring heute noch genau so mit der Wahrheit umspringt, wie früher, indem ich gezeigt habe, daß in seinen Artikeln in der „Leipziger Volkszeitung“ die Unwahrheit steht, und zweitens habe ich aus einem Brief von Mehring an Harden den Passus über Schönlanck citiert. Das wird Mehring nicht ableugnen können, und gegenüber dieser Tatsache ist es ganz egal, ob — was ich nicht weiß — dieser Brief bereits veröffentlicht worden ist. Meines Wissens ist er mir angedeutet worden. Noch eine Bemerkung gegen den Genossen Bebel. Sie werden es mir glauben, wenn ich sage, daß gestern der schwerste Tag meines jungen Lebens gewesen ist. Ich hatte einen Artikel, den ich damals glaubte, so wie ich ihn aufgesetzt wissen wollte, vertreten zu können, hier widerrufen. Nach meiner Ansicht ist es Brauch, wenn man einen Artikel widerrufen hat, ihn aus der Diskussion zu lassen. Bebel hat aber . . .

Singer: Sie überschreiten den Rahmen einer persönlichen Bemerkung, Sie können sich gegen das wenden, was Bebel gegen Sie gesagt hat, aber eine Erörterung über das, was sich schiedt, ist nicht zulässig.

Bernhard (fortfahrend): Bebel hat diesen Artikel zum Gegenstand einer Kritik gemacht, und nicht nur das, er hat auch meinen Widerruf kritisiert. Er hat von einem testimonium paupertatis gesprochen und gesagt: Wenn man einen Artikel schreibt, dann überlegt man ihn sicher vorher. Daß ich mir den Artikel überlegt habe, ist selbstverständlich, aber ich bin nachher durch reiflichere und längere Ueberlegung an der Hand dessen, was gegen mich veröffentlicht ist, zu der besseren Einsicht gekommen, die ich ehlich vor Ihnen ausgesprochen habe. Bebel hat ferner angedeutet, als ob ich des schändlichen Mammons willen für die „Zukunft“ geschrieben hätte. Wer mich kennt, weiß, daß es nicht meine Art ist, gegen Geld auch nur das Leiseste zu tun, was ich mit meiner Ueberzeugung nicht glaube verantworten zu können. Wenn ich — ich will nicht einmal sagen gegen Geld käuflich wäre, aber allein auf das Geldverdienen ausginge, ich wäre nicht Sozialdemokrat. (Sehr richtig!) Ich könnte vielleicht das Doppelte und Dreifache verdienen, wenn ich nicht Sozialdemokrat wäre. Ich habe das gestern nicht vorgebracht, um nicht den Eindruck zu erwecken, als läge mir daran, meine Person in den Vordergrund zu rücken. Heute aber bin ich dazu gezwungen. Ich war jahrelang Handlungsgehilfe . . .

Singer: Ich kann nicht zugeben, daß im Rahmen einer persönlichen Bemerkung der Lebensgang irgend eines Genossen hier vorgetragen wird. (Geisterzeit und Zustimmung.)

Bernhard (fortfahrend): Dann bitte ich um Ihre Ansicht darüber, ob es im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht gestattet ist, einen Verdacht zu widerlegen . . .

Singer: Sie haben ja schon erklärt, daß der Verdacht nicht gerechtfertigt ist.

Bernhard: Ich füge mich selbstverständlich dem Präsidenten, obwohl ich anderer Ansicht bin. Bebel hat die Mitarbeiter der „Zukunft“ als moralisch tief gesunken bezeichnet. Man kann über ein Organ wie die „Zukunft“ verschiedene Auffassungen haben. Wenn auch manches Schlechte in der „Zukunft“ steht, so hat dies Blatt doch in gewissen Fragen z. B. zum Köstener Urteil, zur Umsturzvorlage und zur Buchtausbearbeitung eine solche Stellung eingenommen, daß ich glaube, es sei mir möglich, an dem Blatte mitzuarbeiten. Sie haben nicht das Recht zu sagen, daß ich moralisch tief gesunken bin, Genosse Bebel. Dies Recht bestreite ich einem jeden, auch dem Genossen Bebel, dem ich meine Einführung in die Gedankenwelt des Sozialismus verdanke. Auch dem bestreite ich auf das entschiedenste das Recht, zu sagen, daß an meiner Moral auch nur der geringste Makel haftet. Wenn gesagt worden ist, daß die Karten, die wir hier auspielen, von Harden gemischt sind, so erwidere ich: sie sind in Steglitz und Leipzig gemischt worden.

Bebel: Ich begreife es, daß Bernhard sich aufs heftigste gegen den Vorwurf verwehrt, daß er durch seine Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ moralisch tief gesunken sei. Ich habe gestern ausgeführt, mir ist beizugehen die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ angetragen worden, ich habe geschwiegen, und als Harden mich deshalb später angriff, hatte ich mittlerweile die Artikel „Sechseckel“ und „Die roten Primadonnen“ gelesen, und da habe ich Harden geschrieen, ich halte es für eine Unverschämtheit sondergleichen mich aufzufordern an einem Blatte mitzuarbeiten, das die Partei, der ich angehöre, aufs schmachlichste beschimpft in Artikeln, die von Ihnen selbst, Herr Harden, herrühren. Ich habe erklärt, daß ich das mit meiner Mannesehre und speziell mit meiner Partei-Ehre nicht vereinbaren könne. (Bravo!) Ich habe gestern auch andre Artikel hier angeführt, besonders den vom 22. November 1902, in dem eine gemeine und niederträchtige Kritik an der Haltung der Fraktion und der Partei in der Postkartefrage geübt wurde. Und dann habe ich weiter hinzugefügt, wenn man auch annehmen könnte, daß diejenigen, die in der letzten Zeit an der „Zukunft“ gearbeitet haben, die Artikel vom 92 und 93 nicht kannten, so könne man doch das nicht geltend machen für den Artikel vom 22. November 1902, und wer, nachdem er jenen Schmähartikel gelesen, noch weiter an der „Zukunft“ mitarbeitet und das Geld von Harden annimmt, der ist nach meiner Meinung in seinem Ehrgefühl tief gesunken. (Lebhafte Zustimmung.) Sagen Sie, was Sie wollen, von dieser meiner Auffassung, die die ehrlichste von der Welt ist, nehme ich kein Wort zurück. (Lebhafte Beifall. Vereinzelt hört! hört!) Bernhard meinte, ich hätte ihm vorgeworfen, daß er wegen schändlichen Mammons an der „Zukunft“ gearbeitet hat. Er habe Gelegenheit, auf andre Weise weit mehr Geld zu verdienen, als bei der Sozialdemokratie. Ich kenne Bernhards Verhältnisse nicht, weiß aber, daß seine regelmäßigen Beiträge für die „Zukunft“ selbstverständlich bezahlt werden. Ob er auch mitgearbeitet hätte, wenn er nicht bezahlt würde, das weiß ich nicht. Es ist ja möglich, daß noch andere Motive mitspicieren, vielleicht das des Ehrgeizes. (Bernhard: O nein!) vielleicht fühlte er sich geschmeichelt, Mitarbeiter der „Zukunft“ zu sein. Ich sage, ich weiß das nicht, aber jedenfalls war eins der Motive der Mitarbeiterschaft Geld zu verdienen. Bernhard meint, nachdem er seinen Artikel widerrufen hatte, sei es von mir un schön gewesen, noch weiter darauf einzugehen. Genosse Bernhard, zunächst ist es Sache des Mediziners, zu beurteilen, was er für angemessen erachtet, zu tun oder nicht zu tun. Sie haben aber offenbar überhört, daß ich gesagt habe, Anschauungen über Parteimoral, wie sie Bernhard veröffentlicht hat, sind in der Partei nicht vereinzelt vorhanden. (Zuruf: Bei Mehring!) Ich habe selbst gehört, führte ich aus, wie in früheren Jahren am vierzig ähnliche Grundzüge ausgesprochen wurden, und von diesem Gesichtspunkt aus und weil ich weiß, daß diese Auffassung in Parteitreiben Bestätigung erfahren hat, daß Genossen sich geäußert hätten, sie teilten die Auffassung von

Bernhard über Parteimoral, waren meine Ausführungen ganz natürlich und gerechtfertigt. Ich habe weiter gesagt — und damit glaube ich das, was ich etwa an Bernhard durch meine Kritik gefündigt haben soll, in reichstem Maße wieder gut gemacht zu haben — ich habe gesagt, Bernhard habe sich hier ein Armutszeugnis ausgestellt, denn ein regelmäßiger Mitarbeiter der „Zukunft“ überlegt sich seine Artikel, und wenn er sich nun nach einem so klaren Artikel hinstellt und sagt, den habe ich mir nicht überlegt, ich bebaure ihn, so darf ich wohl getrost von einem Armutszeugnis reden. (Sehr richtig!) Denn er hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung er sich nicht klar war. (Sehr richtig!) Ich habe gesagt, wenn Bernhard hier vor dem Parteitage nicht sein Bedauern ausgesprochen hätte, dann würde ich als organisierter Genosse von Berlin II es für meine Pflicht erachtet haben, nach dem Parteitag seinen Ausschluß zu beantragen. Nachdem er aber den Artikel zurückgenommen, sei das hinrällig; ich werde diesen Schritt unterlassen. Ich glaube aber, daß ich Bernhard diejenige Genugthuung gegeben habe, die ich ihm unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt geben konnte. (Zustimmung.)

Nun zu Heinrich Braun! Da kann ich mich sehr kurz fassen; er hat heute in der geschicktesten Weise, um mich milde auszudrücken, seinen Worten einen andern Sinn zu geben versucht als ich. Dabei ist aber doch dem schlauen Herrn das Malheur passiert, daß er genau das bestätigt, was ich gesagt habe. (Sehr richtig!) Ich habe heute um so weniger Veranlassung, meine gestrigen Ausführungen richtig zu stellen, als ich zu meiner großen Genugthuung konstatieren kann, daß dieser Teil meiner Ausführungen im „Vorwärts“-Bericht so klar wiedergegeben ist, daß sie einer nochmaligen Nichtigstellung von meiner Seite nicht bedürfen. Wenn Braun fragt, welchen Artikel und welche Broschüren, die Mehring bis 1887 geschrieben hat, ich gemeint hätte, daß er sie kennt, so erwidere ich, daß ich so deutlich und so klar wie möglich — das geht auch wieder aus dem „Vorwärts“-Bericht hervor — die Artikel der „Gartenlaube“ und „Die Geschichte der Sozialdemokratie“ als solche bezeichnet habe, von deren Existenz und Inhalt im allgemeinen Heinrich Braun 1887, als er mir vorzüglich, Mehring zu jenem Souper einzuladen, genaue Kenntnis hatte. Daß er damals die Rede von Fasenleber aus dem Jahre 1881 kannte, war vielleicht nicht der Fall. Darüber rede ich nicht. Weiter habe ich ausgeführt, daß er die Stelle, die er aus dem Artikel der „Gartenlaube“ verlas, nicht mehr im Gedächtnis hätte oder auch sie nicht gelesen hätte, aber, sagte ich, daß die Handlungsweise von Mehring gegen die Partei, die „Gartenlauben“-Artikel und die Parteigeschichte ihm genau bekannt waren, ist zweifellos, und ist auch heute von ihm zugegeben. Damit ist alles das bestätigt, was er erst bestritten hat. Nun sagt er weiter — und da beruft er sich anscheinend auf eine Erklärung von Mehring selbst — er sei zu Mehring gegangen, um ihn „in meinem Auftrage“ einzuladen. Genossen, wie sollte ich dazu kommen . . . (Braun ruft: Das habe ich ja korrigiert und gesagt: Mit Ihrer Erlaubnis!) Also: Sie kamen damals zu mir und sagten (dem Sinne nach): Ich weiß ja, was Mehring gegen unsre Partei verbrochen, aber ich weiß auch — und Sie wissen es erst recht — was er seitdem für die Partei getan hat, in den schwersten Zeiten des Sozialistengesetzes, sobald er einsah, daß er unrecht hatte und soweit es ihm in bürgerlichen Blättern möglich war. Da habe ich zugestimmt; weil auch ich der Meinung bin, wenn einer einmal gefündigt, man ihm das nicht fern Leben lang nachtragen soll, wenn der Betreffende sich bessert und bereut. Ich sagte Braun also: Ich habe nichts dagegen, wenn Sie Mehring zur Teilnahme an dem berühmten Souper einladen. Nun aber sagt Mehring in der „Völpziger Volkszeitung“, Braun sei zu ihm gekommen und hätte ihm gesagt, er wolle ihn in meinem Auftrage einladen. Nein, so stand das nicht und wenn Mehring

das so aufgefaßt hat, so ist es unrichtig. Ich habe nur gesagt: Ich bin damit einverstanden, daß er teilnimmt; das ist doch wohl etwas anderes. (Sehr richtig!) Ich begreife ja die hohe Erregung, in die Genosse Göhre durch die Angriffe gegen seine Person und namentlich durch meine Angriffe geraten ist. Aber, wie es dann immer geht, wenn man einmal in solche hochgradige Erregung verfallen ist, so hört man manches anders als es gesagt worden ist. So ist es dem Genossen Göhre ergangen. Er hat eine Reihe von Ausführungen gemacht, mit direkter Bezugnahme auf meine Person, die sich gegen Wortwürfe richten, die ich gar nicht erhoben habe. Ich will nur einige der wichtigsten Punkte anführen. Zunächst hat er wiederholt sich dagegen gewehrt, daß ich ihn einen „hergelaufenen Akademiker“ genannt hätte. Das Wort habe ich nie in den Mund genommen, auch gestern nicht. Ob ein anderer es gebraucht hat, weiß ich nicht; ich habe es nicht gehört. Ich habe überhaupt von den jetzt zur Partei gehörenden Akademikern mit möglichster Objektivität gesprochen. Ich habe erklärt, mir selbst würde von den Proletariern vorgetworfen, daß ich die Akademiker fortgesetzt pouffiere (Sehr richtig!), daß sie durch mich in der Partei quasi groß gezogen worden wären. (Sehr richtig!) Und ich habe gesagt: Ich freue mich über jeden, der aus einer andern sogenannten höheren Klasse zu uns kommt. Ich habe das wiederholt damit motiviert: daß die Arbeiter Sozialdemokraten sind, das ist selbstverständlich, erstaunlich ist nur, daß es noch Arbeiter giebt, die nicht Sozialdemokraten sind; aber wenn ein Mann aus andern Schichten in unsre Partei kommt, der hat große Kämpfe mit sich selbst auszufechten, der hat tief eingewurzelte Anschauungen zu überwinden, Vorurteile zu beseitigen, er kommt in Konflikte mit seiner Familie, mit seiner bisherigen Gesellschafts-sicht, und wenn er trotzdem alle diese Hindernisse überwindet, so ist ihm das hoch anzurechnen. (Sehr wahr!) Nun aber, so habe ich gestern ausgeführt, verfällt ein Teil dieser Leute nachher noch und leicht in alte Vorurteile und Auffassungen und in die Kampfmethoden der alten Zeit zurück und sie erweisen sich auf diese Weise als Genossen, an deren Ehrlichkeit ich nicht zweifle, die aber an der Stelle, an die sie dann sehr bald gestellt werden, nicht das erfüllen, was man von ihnen erwartet. Und darum stimme ich denen zu, die uns warnen, wenn künftig solche Leute kommen, sie ohne weiteres mit offener Armen aufzunehmen. Wir haben von jetzt ab bei der Größe und Bedeutung der Partei überhaupt alle Ursache, uns jeden, der kommt, genau anzusehen; wir haben aber bei den Akademikern und Intellektuellen zweimal Ursache, sie anzusehen. (Sehr richtig!) So stand die Sache. Göhre hat dann weiter mit einem gewissen bitteren Spott — den ich ihm verzeihe, weil ich ihn begreiflich finde — ausgeführt, daß ich alles getan hätte, um meinen „Freund Mehring“ zu retten. Ich habe gestern meine Beziehungen zu Mehring genau und, wie ich glaube, wahrheitsgetreu geschildert. Ich glaube Mehring in keiner Weise zu nahe zu treten, wenn ich erkläre: Mehring hat mich niemals als das, was man einen Freund nennt, angesehen, und ich meinerseits habe in Mehring keinen Freund gesehen. Ich stehe zu Mehring, wie ich zu tausend andern Parteigenossen stehe, nur mit dem Unterschied, daß Mehring kraft seiner geistigen Befähigung ein Mann ist, mit dem ich mich gern unterhalte, bei dem man allezeit auch in der Privatunterhaltung, sehr viel lernen kann; aber intimere Beziehungen haben nie zwischen uns bestanden. Ich kann sogar behaupten, daß wir in den letzten drei oder vier Jahren nur zweimal Veranlassung hatten, uns aufzusuchen. Einen Freund nenne ich nur eine Person, mit der ich sehr intim stehe und mit der ich mich nach den verschiedensten Richtungen hin d'accord fühle. Zu diesen Freunden gehören weder ich Mehring gegenüber noch Mehring mir gegenüber. Göhre sagt, ich hätte bei Mehring alles mit dem psychologischen Moment entschuldigt. Nach dieser Richtung bin ich vollständig gebedt durch den „Vorwärts“-Bericht, der auch in diesem Punkt (Zuruf: Wie in allem!) vollständig

wahrheitsgetreu ist. (Redner verliest die Stelle des „Vorwärts“-Berichts über den Schoenland-Brief von „Am kommt heute Bernhard mit dem Brief“ bis „aber keine Entschuldigung ist“.) Ich glaube, dieses Zitat ergibt, daß Genosse Göhre seine Verschuldigung in keiner Weise aufrecht erhalten kann. (Sehr richtig!) Daß Genosse Göhre bisher seine volle Schuldigkeit getan hat, habe ich nie bestritten. Er hat mit außerordentlichem Eifer agitiert, und ich habe wiederholt gesagt: Es ist doch gut, daß wir einen so eifrigen Agitator wie Göhre bekommen haben, der nimmt uns Alten eine ganze Reihe von Versammlungen ab. (Göhre: Ich danke!) Dafür haben Sie sich bei mir gar nicht zu bedanken. So habe ich über Göhre gesprochen. Göhre hat dann weiter angeführt, ich hätte ihn doch einmal zu mir rufen und ihn — er gebrauchte das Wort — erziehen können. Ja, Genossen, ich habe in meinem Leben, namentlich in dem letzten Jahrzehnt, das Wort Schulmeister so oft an den Kopf geworfen bekommen, daß ich heillosen Respekt bekommen habe, etwas zu tun, was zu diesem Vorwurf Anlaß geben könnte. Am kommt Göhre und fordert mich feierlich auf, an ihm erzieherische Tätigkeit vorzunehmen! (Heiterkeit.) Ja, Genosse Göhre, wie stellen Sie sich denn meine Stellung eigentlich vor? Ich habe keine Zeit, so etwas zu unternehmen und einem Genossen zu schreiben: Kommen Sie doch mal zu mir, oder wann kann ich Sie aufsuchen. Ich erteile Ihnen dann ein Privatstimmium! (Heiterkeit.) Dazu bin ich außer Stande und habe unwürdiger Bedürfnis dazu, weil ich nie weiß, wie mein Anerbieten aufgenommen werden würde. (Sehr gut.) Ganz besonders war Göhre entrüstet über meine Erklärung, daß derjenige, der nach dem 22. November 1902 noch an der „Zukunft“ mitgearbeitet habe oder dann noch zu Garden in persönlichen, freundschaftlichen Beziehungen stand, sich der skandalösesten Handlungsweise schuldig gemacht habe. Ich habe gestern aus dem betreffenden Artikel all die drastischen Stellen und Beschimpfungen gelesen und dann gesagt: daß sich Genossen finden, die nach der Veröffentlichung dieses Artikels, nachdem sie diesen Artikel gelesen hatten, weiter an der „Zukunft“ mitarbeiteten oder freundschaftliche Beziehungen zu Garden aufrecht erhielten, dafür giebt es allerdings keine Entschuldigung; da giebt es kein andres Wort als Psui! (Sehr richtig!) — davon nehme ich kein Wort zurück. Göhre sagt, er habe den Artikel nicht gelesen. Wenn Göhre das an dieser Stelle nicht nur vor der ganzen Partei, sondern gewissermaßen vor der ganzen zivilisierten Welt, die unsren Verhandlungen aufmerksam folgt, erklärt, so glaube ich das, — und dann trifft mein Vorwurf auf ihn nicht zu. Aufs höchste überrascht hat mich aber die weitere Erklärung Göhres, daß er auch in der Parteipresse nichts über diesen Artikel gefunden habe. In der „Neuen Zeit“ vom 14. Januar 1903 ist der gegen Bernhard gerichtete Artikel „Konzeptionschulze“ enthalten, in dem gegen den Gardenischen ausführlich polemisiert wird. Ich bin aufs höchste überrascht, daß Göhre auch diesen Artikel nicht gelesen haben soll. Es ist der Gardenische Artikel, der aufs heftigste angegriffen und als das hingestellt wurde, was er ist. Aber wenn Göhre erklärt, daß er auch diesen Artikel nicht gelesen hat . . . (Göhre: Ich habe ihn gelesen!) — Dann allerdings konnten Sie über den Artikel der „Zukunft“ vom 22. November 1902 nicht mehr im Unklaren sein. Und wenn Sie sich sagten: Da hat Mehring vielleicht tendenziös entstellt, dann sind Sie ein viel zu gewissenhafter Mann, um sich nicht gleich zu sagen — da Sie doch sicher Abornent der „Zukunft“ sind (Zuruf Göhres), Sie bestätigen das — den Artikel habe ich übersehen; aber ich will sehen, was denn da drin steht! (Göhre: Es ist ein Irrtum, ich habe nicht bestätigt, daß ich Abornent der „Zukunft“ sei; ich bin Abornent der „Neuen Zeit“.) Und Sie haben sich auf den Artikel der „Neuen Zeit“ hin nicht veranlaßt gesehen, den „Zukunft“-Artikel durchzulesen? (Göhre: Ich werde darauf gleich antworten.) Hätte Genosse Göhre auch den Artikel der „Neuen Zeit“ nicht gelesen, so hätte ich meinen Vorwurf mit Bezug auf ihn zurücknehmen können. Unter diesen Umständen aber bedauere

ich, vorläufig nichts zurücknehmen zu können, sondern muß weitere Aufklärung abwarten. Aber ich bleibe dabei, das ist meine feste Überzeugung, und wenn man mich tötschläge, ich könnte nicht davon abgehen; wer nach Kenntnis dieses Artikels noch für die „Zukunft“ gearbeitet hat, auf den trifft das Verdammungsurteil zu, das ich gestern ausgesprochen habe. Es könnte ja sein, daß der letzte Göhresche Artikel schon vor dem „Zukunft“-Artikel vom 22. November eingeschickt gewesen und nur später veröffentlicht worden wäre. Er ist aber erst im März d. J. veröffentlicht worden, also lange Zeit später, und erst nach der Veröffentlichung der Resolution des Vorstandes. (Hört! hört!) Bitte, Genossen, das trifft nicht zu, was Sie mit diesem Hörtl hört! sagen wollen. (Göhre: Sehr bedenklich!) Ah, was von Ihrer Seite in den letzten Tagen an solchen bedenklichen Zurufen geleistet worden ist, ist noch viel bedenklicher. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich bitte auf Zurufe nicht zu antworten.

Bebel (fortfahrend): Ich antworte nicht auf Zurufe, das ist ein Mißverständnis. Man hat auch in der Fraktion zu mir gesagt: jetzt habt ihr diese Resolution veröffentlicht und Göhre schreibt weiter für die „Zukunft“. Darauf habe ich geantwortet: Das können wir ihm nicht verbieten, eine maßgebende Entscheidung hat hier nur der Parteitag.

Schließlich noch ein Punkt, der mir insofern der fatalste ist, weil es sich hier um Privatgespräche handelt. Genosse Auer wirt ab. Ich bin aber probiziert dadurch, daß Göhre auf diese Unterhaltung Bezug genommen hat. Es handelt sich darum, daß ich im Sommer 1898 oder 99 in der Braumischen Villa im Garmelwald mit Göhre zusammengetroffen bin. Wir waren beide zu Braum eingeladen. (Zuruf: Zum Diner?) Nein, es gab kein Diner. (Heiterkeit.) Göhre teilte mir dort mit, er wolle nächstens in die Partei eintreten, sich aber zunächst und hauptsächlich dem Genossenschaftswesen zuwenden. Insofern ist die Göhresche Darstellung ganz richtig. Sie ist aber nicht vollständig. Auch ich will nicht alles sagen. (Meister: Warum denn nicht?) Das ist meine Sache, das geht Euch nichts an. (Heiterkeit. Meister: Dann sagen wir es.) Das kannst Du ja gar nicht. Göhre sagte also weiter: Ich hoffe, bald in der Lage zu sein, in die Partei eintreten zu können, — die Motive, weshalb das sofort nicht möglich war, teilte er mit, ich habe aber keinen Anlaß, sie hier bekannt zu geben — ich werde mich hauptsächlich dem Studium des Genossenschaftswesens widmen und auch ein Mandat annehmen. (Hört! hört!) Von einer mehrjährigen Ruhezeit war da keine Rede. Das war kein Verbrechen, aber da Göhre das verschwiegen hatte, hielt ich mich für verpflichtet, es zur Vervollständigung mitzuteilen. — Ich kann also nicht zugeben, daß Göhres Angriffe gegen meine Person auch nur einen Schatten von Berechtigung hatten. Meine Vorwürfe gegen ihn bedauern ich in diesem Moment nicht zurücknehmen zu können; ich würde sie gern zurückgenommen haben, wenn er die Stellung zum Artikel der „Zukunft“ vom 22. November 1902 nach meiner Ansicht in befriedigender Weise klargestellt hätte. (Beifall.)

Stadthagen: Braum meint, daß die Segen und Verbüchtigungen vor seinen Wählern zu der regelmäßigen Tätigkeit von mir gehören, soweit ich eine Tätigkeit in seinem Wahlkreis entwickele. Diese Behauptung ist selbstverständlich unwahr, sie kennzeichnet ihn. Weder habe ich gehetzt gegen ihn, noch habe ich verdächtigt. Ich überlasse ihn vollkommen selbst seinen Wählern, sie werden ihn bald erkennen. Zweitens hat Braum gesagt, ich hätte ihm gegenüber geäußert, er habe für ein literarisches Unternehmen einen bürgerlichen Öbmann gefunden, ich könnte mich im Register des Amtsgerichts überzeugen, ob das wahr ist . . .

Singer: Das hat Braum Adolf Hoffmann gegenüber geäußert.

Stadthagen: Dann ist die Sache erledigt. Ich würde selbstverständlich einen bürgerlichen Öbmann niemals vor ihm warnen. (Heiterkeit.)

Heinrich Braun: Bebel ist noch einmal auf die Frage zurückgekommen, wie es sich mit meiner Kenntnis von Mehrings Vergangenheit verhält zu der Zeit, als ich zu ihm und Singer von Mehring sprach, und er hat gesagt: Dieser schlaue Kerl hat sich selbst gefangen durch das Zugeständnis, daß er die Broschüre gekannt habe. Es ist mir ganz unverständlich, wie Bebel das sagen kann. Ich habe ihm ja ausdrücklich zugegeben, daß es ein Widerspruch in sich selbst gewesen wäre, wenn ich ihm von der Rehabilitierung Mehrings gesprochen hätte, ohne zu wissen, warum sie notwendig ist. Es ist selbstverständlich, daß ich schon als Student der Nationalökonomie Mehrings Geschichte der Sozialdemokratie gekannt habe. Aber ich kannte nicht die ganze Vergangenheit von Mehring und insbesondere nicht die Artikel der „Gartenlaube“. Diese Artikel haben eine ganz besonders wichtige Bedeutung. Ich war genötigt, auf diese Artikel...

Singer: Sie können nicht in einer persönlichen Bemerkung gegen Bebel auf den Inhalt der Artikel der „Gartenlaube“ eingehen.

Heinrich Braun (fortfahrend): Ich habe also die Artikel der „Gartenlaube“ nicht gekannt, und wenn Bebel das Gegenteil sagt, so steht hier Behauptung gegen Behauptung. Ich bedaure, daß Bebel nach meiner ganz bestimmten Versicherung bei seiner Behauptung bleibt, er sollte doch eigentlich um so mehr an die Sicherheit seines Gedächtnisses zweifeln, als er den andern Punkt, den er mir entgegengehalten hat, daß ich nämlich die Bekanntschaft von Mehring schon früher gemacht hätte, hat fallen lassen. Darauf ist er mit keiner Silbe zu sprechen gekommen. (Bebel: Das habe ich vergessen, ich kann ja noch darüber sprechen!)

Singer: Man kann doch nicht im Rahmen einer persönlichen Bemerkung etwas besprechen, was nicht gesagt ist.

Heinrich Braun (fortfahrend): Noch ein Wort gegen Kautsky! Ich habe angeführt, daß ich Kautsky wiederholt gesagt habe, er lasse Mehring zu viel latitude, er möchte doch in seinen Erinnerungen nachforschen und dann aufrichtig sagen, woran er sich erinnert hat. Das Wort „aufrichtig“ war ganz harmlos; wenn aber Kautsky darin etwas Verlegendes erblickt, so stehe ich nicht an, zu bedauern, daß ich den Ausdruck gebraucht habe. Noch mehr bedaure ich, daß ich auf eine mir von Kautsky infolge dieses harmlosen Wortes entgegengeschleuderte Invektive mit derselben Invektive geantwortet habe. Ich bitte deshalb um Entschuldigung. Wenn ich es für ungerechtfertigt halte, auf Invektiven mit Invektiven zu antworten statt zu schweigen, so ist es selbstverständlich, daß ich auf die Invektiven Bebels in seiner gestrigen Rede mit keinem Wort eingehe, sondern Ihnen das Urteil überlasse.

Kautsky: Braun hat gesagt, die Redaktion der „Neuen Zeit“ habe den Artikel seiner Frau abgelehnt und diese dadurch gezwungen, an die „Zukunft“ zu gehen. (Braun: Das habe ich nicht gesagt!) Aber doch, daß ich den Artikel abgelehnt habe! Ich habe die Briefe nicht bei der Hand und kann daher nur aus dem Gedächtnis zitieren. Genossin Braun fragte, ob wir einen Artikel von ihr akzeptieren würden. Wir antworteten: Mit Vergnügen, aber wir können uns erst dann entscheiden, wenn er im Manuskript vorliegt. Wir bitten Sie um Uebersendung. Darauf kam der Artikel, aber zugleich das Verlangen, ihn binnen 14 Tagen abzubringen. Wir hatten großen Stoffandrang, die nächsten Nummern waren bereits vollständig mit Artikeln besetzt. Wäre der Artikel von Genossin Braun sehr wichtig gewesen, so hätte man ja einen andern Artikel zurückerstellen können, aber er war ganz unbedeutend. Nicht etwa, daß ich das Talent von Genossin Braun unterschätze, aber der Artikel war ziemlich harmlos und ich hatte keinen Grund, ihn zum Nachteil anderer, die länger da waren, zu bevorzugen. Wir schrieben ihr, wenn sie darauf bestünde, daß der Artikel binnen 14 Tagen erscheine, müßten wir darauf verzichten. Warum Genossin Braun dann zu Garden gegangen

ist, ist eine andre Frage. Uebrigens hat Genossin Braun schon früher für die „Zukunft“ gearbeitet. Ich muß jahraus, jahrein Hunderte von Artikeln zurückweisen, aber noch kein Verfasser hat sich bisher genötigt gesehen, sich dann an Garden zu wenden. Braun sagt: Ich möge in meinen Erinnerungen nachforschen, ob er mir nicht Vorhaltungen über Mehring gemacht habe. Auf die Invektiven dabei will ich nicht eingehen. Was er sagt, ist richtig, er hat mir zu verschiedenen Zeiten solche Vorhaltungen gemacht, aber er hat vergessen zu sagen, wann. Nicht etwa als Mehring zu uns kam, oder bald darauf, im Gegenteil damals waren ihm keine Grenzen für die Mitarbeit von Mehring zu weit. (Bebel: Sehr richtig!) Damals lebte Braun in der Blüte des Radikalismus. Damals verlangte er von mir noch ein schärferes Vorgehen gegen Vollmar. (Hört! hört!) Erst seitdem mein revolutionärer Spiritus verkümmert und er im Lager der Revisionisten steht, hat er Anstoß an der Mitarbeiterschaft von Mehring genommen und verlangt, daß ich ihm engere Zügel auflege. Warum bin ich denn Rat von Braun nicht gefolgt? —

Singer: Das gehört aber nicht mehr zur persönlichen Bemerkung.

Kautsky: Dann habe ich nichts mehr zu sagen. (Heiterkeit.)

Zubeil: Seine hat eine Äußerung von mir in einer Versammlung des dritten Wahlkreises erwähnt, aber er hat nicht richtig zitiert. In Wirklichkeit habe ich gesagt: Wenn es in der Fraktion dahin kommen sollte, daß beschloffen wird, das höchste Zeremoniell und alles, was damit verbunden ist, mitzumachen, dann könnte es leicht sein, daß die organisierten Arbeiter das Tischkloß zwischen sich und denjenigen Genossen zer schneiden, die sie auf diesen Weg drängen wollen. (Zustimmung.)

Seine-Berlin: Adolf Hoffmann hat von meinen Fragen eine beantwortet, er hat festgestellt, daß ich nicht für die bürgerliche Presse geschrieben habe und daß also Artikel dieser Art nicht unsern Agitatoren zwischen die Beine geworfen sein können. Er hat aber erklärt, dies wäre geschehen mit meiner Kanonen-Rede und mit den Artikeln, die ich in den „Sozialistischen Monatsheften“ zur Bernstein-Frage veröffentlicht hätte. Die Kanonen-Rede ist kein Artikel, sondern eine Antwort, die ich in einer Versammlung meines Wahlkreises auf eine Anfrage erteilt habe und erteilen mußte; sie gehört nachgerade zum eisernen Inventar jedes Parteitages. Ich lasse mich nicht mehr darüber aus, nachdem ich in Hannover erklärt habe, ich würde das künftig ablehnen, und nachdem Bebel in Hannover erklärt hat, daß meine Auskunft ihn vollständig befriedige und daß er es für ein Unrecht halten würde, mich deshalb nochmals anzuzapfen. Nun meine Artikel zur Bernstein-Frage! Adolf Hoffmann hat nicht die Frage beantwortet, wo denn diese Artikel jemand als Knüttel zwischen die Beine geworfen sein sollen. Es ist einfach unwahr, daß das geschehen ist. Welche Artikel habe ich denn zur Bernstein-Frage geschrieben? Einen einzigen, der im Oktober 1899 erschien, auf dem Parteitag in Hannover verteilt, aber sonst in der Partei und der Parteipresse völlig unbeachtet geblieben ist. Das einzige, was ich darüber gelesen, war ein Angriff in einem nationalsozialen Blatt, weil ich in dem Artikel Bernstein von mir abgeschüttelt hätte. Also, dieser Artikel kam Ihnen niemals entgegengehalten sein, und ich wiederhole: es wäre mir zu Ohren gekommen, die guten Freunde hätten schon dafür gesorgt, daß eine Beschwerde eingegangen wäre. Dagegen zweifle ich nicht im geringsten daran, daß Ihnen in Versammlungen öfter entgegengehalten ist: Ja, macht es so wie Auer, Vollmar usw.! Das ist die dumme, törichte Art, wie unsere Gegner agitieren...

Singer: Ich bitte, nicht über den Rahmen der persönlichen Bemerkung hinauszufragen.

Seine (fortfahrend): Was unsere politischen Gegner von mir sagen, sind nicht meine Äußerungen, und ich möchte die Genossen in solchen Fällen bitten, doch erst mal die Gegner zu fragen, ob denn das, was sie als Äußerungen von

mir korrekteren, wirklich wahr und authentisch ist. Das kann ich beanspruchen. Zuviel hat nach meiner bestimmten Erinnerung in jener Besprechung gesagt: Wenn der Parteitag, was er nicht erwartet, so beschließen würde, so würde es einen Schnitt ins Risikogebiet geben. Aber es kommt ja vor, daß man mal etwas anderes sagt, als man sagen will; es kommt auch vor, daß man sich verfehlt. Wenn also Zubell erklärt, er habe das sagen wollen, was er jetzt gesagt hat, so hat seine Aeußerung natürlich eine ganz andre Bedeutung, als ich annahm.

Söhre: Webel hat gesagt, ich hätte in meiner Rede ausgesprochen, daß ich durch die Parteipresse keine Kenntnis von dem Holzkampfs-Artikel in der „Zukunft“ erlangt habe. Das habe ich gesagt. Er hat mir nachgewiesen, daß ich davon Kenntnis haben müßte, weil ich den Artikel „Konzeptions-Schulzes“ gelesen haben müßte. Aus derselben Flüchtigkeit und Sorglosigkeit heraus, die ich überhaupt bei der „Zukunft“ gegenüber gehabt habe, und aus der übrigen Situation heraus, weil ich wußte, daß der Artikel „Konzeptions-Schulzes“ von Mehring war und weil ich bei den Beziehungen, die ich seit meinem Eintritt in die Partei zu Mehring habe — ich habe nicht wie Dr. Laurenbrecher erklärt, daß ich schon längst in den wissenschaftlichen Gedankengängen von Marx, Engels und Mehring mich betregt habe — also, weil ich wußte, woher der Artikel kam, hat sich meine Erregung dieser Quelle zugewendet, und ich habe auch dann den Artikel nicht gelesen. Webel hat weiter eine Unterhaltung mit mir reproduziert. Was er gesagt hat, stimmt bis auf den Satz: „Ich werde auch ein Mandat annehmen“. Auch darüber ist geredet worden, aber, Genosse Webel, ich glaube, Sie werden, wenn ich Sie daran erinnere, zugeben, daß dieser Satz in dieser kurzen Form nicht gefallen ist. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich hoffe, später als ein vollberechtigter Genosse wirken zu können, und daß ich dann, da ich meinen Beruf ausgeübt habe, um mich dem des politischen Menschen zu widmen, auch mal ein Mandat zu bekommen hoffe. Verzeihen Sie sich in meine Lage! Ich war noch nicht Genosse . . .

Singer (unterbrechend): Ich bitte, in dieser Weise die Sache nicht zu erörtern. Sie haben das volle Recht, sich gegen das zu wenden, was Webel gesagt hat, aber Sie können doch nicht erklären, warum sie etwas gesagt haben.

Söhre (fortfahrend): Sie werden zugeben, daß meine Worte zu Webel nicht den Ausdruck einer Etreberei, sondern einer vollendeten Ehrlichkeit bedeuteten, mit dem ich mich sichern wollte. (Sehr wahr!) Endlich hat Webel gemeint, ich hätte ihn mißverstanden, er habe das Wort „hergelaufene Akademiker“ nicht gebraucht und mich nicht gemeint. Selbstverständlich ziehe ich, nachdem Webel das erklärt hat, die volle Konsequenz daraus.

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erschöpft.

Die Mittagspause tritt ein.

Eingegangen ist ein Glückwunsch-Telegramm der Genossen von Hauscham-Miesbach.

Schluß 1½ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

8¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

In der Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern ist nachträglich noch Antrag 132, Quard, eingegangen.

Singer teilt mit, daß dieser Antrag nicht mehr zur Diskussion gestellt, aber eventuell bei der Abstimmung mit berücksichtigt werden könne.

Das Schlusswort hat Genosse

Pfaundach: Ich werde mich auf das rein Sachliche beschränken. Braun hat mir vorgeworfen, daß wesentlich durch die Schärfe meines Angriffs die Debatte so heftig geworden ist. Dem ist nicht so; ich halte mich für keinen so

aggressiven Genossen, der andre so verlegen könnte, daß sie gezwungen wären, die Frage auf die Weise, wie geschehen, aufzurollen. Wenn Braun bemängelt hat, daß seine Beschwerde im Vorstandsbericht nicht vollständig wiedergegeben sei, so will ich Ihnen zum Beweise dafür, daß der Parteivorstand bei der Erledigung dieser ganzen Angelegenheit niemand hat verlegen wollen, den Brief vom 27. Februar, der im gedruckten Bericht nur auszugsweise vorliegt, in seinem vollständigen Inhalt vorlesen:

Antwort auf die Frage der Genossen Heinrich Braun usw.

Berlin, den 27. Februar 1908.

Meine Genossen!

Auf Ihre Zuschrift vom 18. Februar a. r. haben wir Ihnen folgendes zu antworten.

Wir können nicht anerkennen, daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ durch Aufnahme des Artikels „Konzeptions-Schulzes“ in Nr. 16 des genannten Blattes eine Handlung beging, die eine Klage oder Jurisdiktion unferseits verbietet.

Wir hätten nur gewünscht, daß der betreffende Artikelschreiber den Namen desjenigen oder derjenigen genannt hätte, die er mit seinen Angriffen treffen wollte, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Soweit stand es im Vorstandsbericht.

Daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ bei in Frage stehenden Artikel veröffentlicht (und zu jeder Frage ihre Ansichten äußerte), geschah im Namen derselben persönlichen Freiheit, in deren Namen Sie beanspruchen, daß Parteigenossen ihre Arbeiten in jedem ihnen gutblickenden gegnerischen Blatte veröffentlichen dürfen.

Voraussetzung bei der Aufnahme von Artikeln in der „Neuen Zeit“ ist, daß der oder die Angegriffenen das Recht und die Möglichkeit haben, auf die gegen sie gerichteten Angriffe zu antworten. Dieses Recht hat aber, wie der Artikel des Genossen Bernhardt in Nummer 19 der „Neuen Zeit“ beweist, die Redaktion dem Angegriffenen in vollem Umfange eingeräumt. Mehr kann unsere Erachtens nicht verlangt werden, und damit fällt für uns auch jeder Grund zur Intervention.

Ueber die Frage, inwieweit Parteigenossen berechtigt sind, an gegnerischen Blättern mitzuarbeiten, oder sich in den Dienst derselben zu stellen, behalten wir uns, da es sich um eine Frage von allgemeiner Bedeutung handelt, bevorstehende Entschliebung vor und werden wir hierbei unsere Ansicht im Centralorgan der Partei veröffentlichen.

Der Parteivorstand.

Den letzten Absatz hätte der Vorstand selbstverständlich gar keinen Anlaß gehabt, den Beschwerdeführern mitzuteilen, aber wir wollten sie von vornherein über unsere Absicht aufklären. Der Parteivorstand hat mit seiner Deklaration nichts anderes beabsichtigt, als einen Wegweiser aufzurichten, nach dessen Richtung die Genossen ersucht wurden, zu marschieren. Man hat sich mit aller Energie gegen die „Anmaßung“ des Vorstandes gewandt. Wir haben aber in der jetzigen Debatte von den in Frage kommenden Parteigenossen gehört, daß sie doch mehr oder weniger jetzt geneigt sind, sich den vom Parteivorstand gegebenen Intentionen, nachdem sie gesehen haben, daß auch die Mehrheit des Parteitages derselben Meinung ist, zu fügen.

Bernhardt hat auf die direkte Anfrage Webels erklärt, daß er den Artikel bereue, und auch gemeint, es sei besser, wenn er nicht geschrieben wäre. Der Parteivorstand konnte mit seiner Deklaration nicht alle in Betracht kommenden Fälle treffen; sie sollte nur ein Wegweiser sein, und deshalb hat es mich gefreut, daß selbst Heine zugeben mußte, daß unter Umständen etwas von der persönlichen Freiheit zu Gunsten der Allgemeinheit der Partei geopfert werden müsse. Seine

scheint also auch diese Meinung für sich akzeptiert zu haben; er sprach heute morgen von der „möglichsten“ Freiheit des Handels. Wenn Heine nach dieser von ihm selbst ausgesprochenen Ansicht künftig seine Handlungsweise einrichtet, so wird er einwandfrei handeln. Er wird dann den Weg betreten, von dem Genosse Göhre gewünscht hat, er möchte ihm von Webel gezeigt worden sein. (Geisterzeit.) Auch Genosse Göhre hat erklärt, daß er die Mitarbeit an der „Zukunft“ als unbereitbar mit den Parteipflichten hinfort unterlassen werde, und diese Entschließung schon vor einiger Zeit durch eine Zuschrift an den Genossen Bruno Worchardt bekundet habe. Ich glaube: das ist deswegen geschehen, weil Genosse Worchardt mit einer leitenden Stelle im Wahlverein Zellkom-Deesdorf-Charlottenburg einnimmt. Sollte letztere Voraussetzung nicht zutreffen, so hätte Genosse Göhre allerdings seinen Brief statt an Worchardt lieber in das Bureau der Parteileitung, 3. Auer, Kreuzbergstraße 30, richten sollen. Das Verhältnis zwischen Göhre und uns ist doch bis heute ein ganz lordiales gewesen.

Genosse Braun hat für seine Person zwar eine Erklärung wie Genosse Göhre, Wernhard und Heine nicht abgegeben, aber wohl nur deswegen nicht, weil er behauptete, für die „Zukunft“ überhaupt nicht geschrieben zu haben. Seine Frau, Genossin Lily Braun, hat aber die Absicht, nichts mehr für die „Zukunft“ zu schreiben. Wir glauben, Genosse Heinrich Braun ist ein viel zu gut erzogener Ehemann, als daß er seiner Gattin hierin nicht nachahmen sollte. (Große Heiterkeit.) Damit sind wir im großen ganzen befriedigt.

Nun ist die Fassung der Deklaration vielfach als unklar und unzureichend bezeichnet worden. Wir haben die Äußerungen der Parteidebatten darüber selbstverständlich aufmerksam verfolgt. Die Äußerungen des „Samburger Echo“ habe ich bereits mitgeteilt, und da ich weiß, daß Genosse Quard stets besonders kritisch gegen die Handlungen des Parteivorstandes ist, so habe ich die „Frankfurter Volksstimme“ besonders eifrig verfolgt. (Geisterzeit.) Darin fand ich die Erklärung des Parteivorstandes wörtlich abgedruckt, und dazu folgende reaktionelle Erklärung:

„Diese Bekanntmachung läßt sich u. E. kurz dahin zusammenfassen, daß es bei uns in Deutschland für einen ehrlichen Genossen überhaupt keine Möglichkeit giebt, an einem politischen bürgerlichen Blatte mitzuarbeiten, da sie alle von der „Frankfurter Zeitung“ bis zur „Kreuz-Zeitung“ in „gehässiger und hämischer Kritik“ an unsrer Partei Erkleckliches leisten und uns vielleicht mit Ausnahme der Berliner „Volks-Zeitung“ keines bekannt ist, auf welches obige Voraussetzung nicht im reichsten Maße zuträfe.“

Danach sagte ich mir: der Parteivorstand befindet sich in seiner Auffassung mit Quard in voller Übereinstimmung. (Quard: Dem Sinne nach!) Nun könnte ja diese Auffassung nicht von Quard herrühren, aber das ändert an der Sache nichts (Quard: Hier kommt es aber auf die Form an!) Soweit mir bekannt, ist in keinem andern Blatte der Partei ein anderer brauchbarer Vorschlag gemacht worden. Soweit die Sache selbst in Betracht kommt, sind wir mit dem Erfolg dieser Deklaration vollauf befriedigt, und wenn heute die damaligen Beschwerdeführer sich bereit erklärt haben, den Wegweiser zu beachten, so können wir jedenfalls mit den vom Parteivorstande aufgestellten Grundfäden für das nächste Verwaltungsjahr völlig auskommen. Deswegen kann ich keinen der andern Anträge befürworten. Auch der Antrag Quard würde an dem Tatbestand nichts weiter ändern. Zum Beweise dafür, daß auch nach bürgerlicher Auffassung die Genossen, die sich der Deklaration fügen, nichts an ihrer Parteitheorie einbüßen, zitiere ich eine Äußerung der „Täglichen Rundschau“: „Mit der Frage, ob Sozialdemokraten Mitarbeiter bürgerlicher Blätter sein dürfen, hat sich neulich der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigt. Dabei ist er zu der salomonischen Entschließung gekommen, daß eine Mitarbeiterschaft oder Redakteurstellung bei Freyunternehmungen, die an der sozialdemokratischen Partei geschäftige oder

hämische Kritik üben, nicht zu gestatten sei. Bei Blättern hingegen, wo solches nicht der Fall wäre, könnten Sozialdemokraten ruhig mitarbeiten: soweit nämlich Stellen in Betracht kämen, in denen „der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen sie gerichtete Angriffe aufzunehmen“. — Es muß in der jungen, sozialdemokratischen Gesellschaft doch noch ein wenig Hinterbunt hergehen. Unter ansässigen bürgerlichen Publizisten pflegt es als schlechthin selbstverständlich zu gelten, daß sie nicht an Unternehmungen mitwirken, die ihre persönliche Ueberzeugung bekämpfen oder in den Schmutz gerren.“ (Hört! Hört!)

Das wird hier als Anstandspflicht bürgerlicher Publizisten angesehen, während die sozialdemokratische Partei- und Schriftstellerehre doch turmhoch über diese Anschauungen erhaben sein sollte!

Mit der Annahme der Auffassung des Parteivorstandes wird diese Auffassung selbstverständlich zu einer Richtschnur für die Parteigenossen. Es kann jetzt keinen Streit mehr darüber geben, daß das, was da verlangt wird, getan werden muß. Streit kann höchstens noch darüber entstehen, ob in dem einen oder andern Fall die Auffassung des Parteivorstandes bezw. des Parteitag's Anwendung finden soll. Ich bitte, unter Ablehnung der andren gestellten Anträge den Antrag 7 des Parteivorstandes anzunehmen.

Singer schlägt vor, zunächst über den Antrag 7 abzustimmen, im Falle von dessen Ablehnung über die Anträge 8—16, 120, 128, 132.

Quard bittet, zunächst über Antrag 132 als über den weitgehendsten abzustimmen. Für diesen werde eine Reihe von Delegierten stimmen, die nicht für den Antrag 7 stimmen könnten.

Singer: Ich würde davon abraten, zuerst über einen zweier begründeten, noch diskutierten Antrag abzustimmen. (Sehr richtig!) Ich mache Quard daraus keinen Vorwurf, er kann ja erst während der Diskussion zu der Formulierung seines Antrages gelangt sein.

Friedländer schlägt vor, zunächst über Antrag 128 abstimmen zu lassen, der weitergehe als der des Parteivorstandes.

Adolf Hoffmann tritt dieser Ansicht entgegen; der Antrag des Parteivorstandes gehe weiter.

Der Parteitag beschließt zunächst über Antrag 7 abzustimmen, und für den Fall von dessen Annahme die andern für erledigt zu erachten.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 24 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Antrick, Baader, Bartel, Bartels, Baubert, Webel, Becker, Beer, Bender, Berthold, Bérard, Beher, Wiedermann, Block, Bloß, Bod, Borgmann, Boemelburg, Böhm, Böhle, Adolf Braun, Otto Braun, Brey, Brühne, Buchwald, Burck, Buschold, Conrad, Crispian, Crohn, Czsch, Dorn, Dräger, Dreesbach, Dübber, Dieter, Eberhardt, Ebert, Eichhorn, Eigerobt, Emmel, Ehrhart, Ewald, Faber, Fauch, Feldmann, Fenske, Karl Fischer, Emil Fischer, Richard Fischer, Förster, Frank, Frankle, Fröhndorf, Freiwaldt, Freythal, Friedeberg, Friedländer, Friß, Friedrich, Frohme, Fülle, Ged, Gerisch, Geride, Gewehr, Gejer, Glöckner, Gogomsky, Goldstein, Gradnauer, Grenz, Greiner, Grümpe, Großke, Grambt, Grünberg, Grünrod, Gruentaldt, Grünwald, Haase, Haberland, Haenisch, Hahn, v. Haller, Harris, Härtel, Haberlapp, Heer, Heintzel, Hennig, Henl, Herzfeld, Hering, Herbert, Heber, Adolf Hoffmann, Franz Hoffmann, Otto Hoffmann, Paul Hoffmann, Horst, Franz Höppner, Wilhelm Höppner, Horn, Hub, Jugel, Suhn, Jacobsen, Jhrer, Jonas, Israel, Jung, Jürs, Raben, Käbler, Kagenstein, Kautsch, Kasper, Keil, Kiriche, Kittler, Klotzsch, Klüter, Kriemien, Kroschke, Koederig, Koenen, Körner, Koss, Kogke, Kremser, Krohn, Krüger, Kühn, Laaser, Lange, Langhorst, Leber, Ledebour, Legien, Lehmann-Dammheim, Lehmann-Obernau, Leonhard, Leopold, Leisch,

Leuter, Leben, Hienau, Stepmann, Stipinski, Wöbe, Löwenstein, Sohrberg, Bucht, Büdel, Rugenburg, Nahrung, Mars, Meyer, Meiling, Meiß, Meißer, Wegger, Michaelis, Michels, Mollenbuhr, Motteler, Wücker, Paul Müller, G. Müller-Dreslau, G. Müller - Posthappel, Robert Müller, S. Müller - Glauhaus, S. Müller - Gschik, Neumann, Neuschäfer, Niemeier, Ritsch, Ritschte, Roach, Roske, Doppel, Dröbig, Osteroth, Paris, Passchl, Paulsch, E. Pfannkuch, B. Pfannkuch, Pfarr, Pfarr, Pielmann, Pielede, Pistorius, Pohl, Pöller, Radl, Rasch, Rauch, Raute, Reißhaus, Reuber, Riebel, Rohleder, Rollowagen, Rosche, Rühle, Rudolph, Sachse, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schletter, Schlick, Schmalfeldt, Albert Schmidt, Peter Schmidt, Robert Schmidt, Rosa Schmidt, Wilhelm Schmidt, Franz Schmidt, Schöpfkin, Schorner, Schrader, Schulke, Schulz, Schumann, Karl Schwarz, Theodor Schwarz, Seeger, Segtz, Seifert, Sebering, Silberschmidt, Singer, Sommer, Stadthagen, Staudinger, Stengele, Stephan, Stolle, Stolpe, Storch, Straßenmeyer, Stoeckel, Stubbe, Stüdlen, Lämmert, Kästerow, Theising, Thate, Thomas, Trilke, Ulrich, Woffeler, Weterlein, Vogel, Wagner, Walter, Walzer, Weber, Weidner, Weil, Weiß, Well, Wels, Wengels, Werner, Wehers, Winkelmann, Winter, Wisell, Wölfel, Peter Wolf, Wilhelm Wolf, Wurm, Zentler, Zettin, Zieg, Zorn, Zubeil.

Mit Nein stimmten: Weed, Vitz, Heinrich Braun, Effinge, v. Elm, Engler, Edmund Fischer, Göhre, Heine, Holzappel, Hug, Jasper, Koll, Krachsch, Krämer, Lindemann, Mannheimer, Adolf Müller, Raeplov, Quard, Silbesum, Thiele, Timm, Wollmar.

Der Stimme enthalten sich Auer, Bernstein, Gertrud David und Gehmann.

Grinpe und Abolf Müller fügen bei ihrer Abstimmung die Worte „trotz aller Bedenken“ zu. (Heiterkeit.)

Singer macht darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, die Abstimmung zu motivieren.

Bloch, Haenisch, Michels, Kagenstein und Gradnauer geben schriftlich zu Protokoll die Erklärung, daß sie für den Antrag gestimmt haben, obgleich sie mit seiner Fassung im einzelnen nicht einverstanden seien.

Bergmann giebt zu Protokoll, daß er bei der Abstimmung nicht zugegen gewesen ist, er hätte sonst für den Antrag gestimmt.

Damit find die Artikel 8—16, 20, 22, 23 erledigt.

Es folgt der Punkt:

Differenzen zwischen Bebel und dem „Vorwärts“.

Bebel: Ich habe bereits am Sonntagabend erklärt, daß die Haupt- und Staatsaktion, die manche infolge der Unterdrückung meiner Erklärung im „Vorwärts“ erwarten, nicht eintreten dürfte, weil die Dinge mittlerweile einen Charakter angenommen haben, der auch von mir nicht vorausgesehen war und der die Dinge in einer Gestalt erscheinen läßt, daß nach meiner Auffassung eine erhebliche Debatte nicht eintreten wird — wenn nicht bei bestimmten Genossen eine besondere Neigung vorhanden sein sollte. Als die Nachricht von der Ablehnung meiner Erklärung in die Kreise der Partei drang, da war, glaube ich, die Ueberzeugung groß, daß so etwas vorgekommen sei. Bei der großen Mehrzahl der verehrten Parteigenossen war der erste Gedanke wohl der: Wenn das der „Vorwärts“ getan hat, dann muß Bebel wohl ordentlich in die Koppel gehauen haben! (Heiterkeit.) Denn sonst ist das doch kaum denkbar. Als sie dann in die Lage kamen, die abgelehnten Erklärungen zu lesen, da werden sich sicherlich die allermeisten gesagt haben: Ich begreife gar nicht, weshalb diese Erklärung abgelehnt worden ist! Ich hatte von Anfang an diese Auffassung. Es ist mir, als ich die erste Erklärung dem „Vorwärts“ überhandte, auch nicht im entferntesten der Gedanke gekommen und ich hätte es gar nicht für möglich gehalten, daß die

Redaktion an dieser Erklärung Anstoß nehmen könnte. Sie können sich dahei vorstellen, wie überrascht ich war, als ich am Sonntag vor acht Tagen die Depesche von Giesner erhielt: „Brief über Ihre Erklärung folgt“, woraus ich natürlich sofort schloß, daß die Erklärung nicht aufgenommen werden würde. Ich wartete nun diesen Brief gar nicht ab, sondern ich sagte mir: Was immer die Redaktion schreibt, ob sie eine Aenderung wünscht oder ob sie überhaupt die Aufnahme verweigert, das kommt für mich in diesem Augenblick gar nicht in Frage. Die Erklärung ist so, daß sie aufgenommen werden muß; du verlangst das. Ich telegraphierte also zurück: „Fordere Aufnahme meiner Erklärung.“ Weiter schrieb ich der Redaktion einen Brief: Wie immer Ihr Brief lautet wird, wer immer ihn geschrieben hat: er bekommt auf ihn keine Antwort. Als ich dann mittlerweile die zweite Erklärung gegen meine Einsicht, sagte ich mir gleich: die ist etwas schärfer und auch persönlicher als die erste; wenn die Redaktion schon die erste abgelehnt hat, dann wird sie die auch nicht aufnehmen. Ich sagte also die Erklärung bei, wenn sie abgelehnt würde, dann solle sie der „Leipziger Volkszeitung“ zugesandt werden. Nun kam Dienstagmorgen der angeforderte Brief der Redaktion. Wie ich schon in der „Leipziger Volkszeitung“ mitgeteilt habe, hat mich Giesner darin in den beweglichsten Ausdrücken, von der Veröffentlichung der Erklärung im Interesse der Partei abzusehen, resp. die Erklärung abzuändern. Ich habe diesen Brief in der Tat nicht beantwortet; ich sagte mir: was du geschrieben hast, genügt; es liegt kein vernünftiger Grund vor, die Erklärung abzulehnen. Wenn das geschehen sollte, weiß ich in der Tat nicht mehr, wo die Freiheit der Meinungsäußerung anfängt oder aufhört. Ich will gleich betonen: Die Redaktion und speziell Genosse Giesner waren der Meinung, daß sie mich nicht bergewaltigen wollten, sie glaubten lediglich das zu tun, was im Interesse der Partei absolut notwendig sei, worüber ich allerdings anderer Meinung war. Ich habe also auf den Brief vom Dienstag nicht geantwortet. Mittwochvormittag bekam ich dann einen zweiten Brief, durch den die Erklärung gegen meine zurückgewiesen wurde. Es lagen eine ganze Reihe von Bedenken gegen diese Erklärung vor; sie würden einen sehr unangenehmen Eindruck machen und weitere Erklärungen zur Folge haben. Es wurde mir auch mitgeteilt, daß Auer und Gerlach derselben Meinung seien. Auf diesen Brief habe ich geantwortet und geschrieben: Tut mir leid, ich kann die Gründe nicht als berechtigt anerkennen. Ich erkläre also folgendes: Morgen, Donnerstag vormittag, gehen beide Erklärungen mit Glossen von mir an die „Leipziger Volkszeitung“. Ich erlaube die „Leipziger Volkszeitung“, diese beiden Erklärungen mit meinen Glossen in der Sonnabendnummer zu veröffentlichen. Sie sind also in der Lage, sich nochmals zu überlegen. Wollen Sie die Erklärung aufnehmen, so bitte ich Sie, der „Leipziger Volkszeitung“ entweder zu telegraphieren oder, auch dazu ist noch Zeit, da mein Brief Donnerstagsabend bei Ihnen ankommt und die Redaktion für die betreffende Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ erst Sonnabendmorgen geschlossen wird — ihr zu schreiben, sie möge die Erklärungen zurücksenden und die Glossen nicht bruden. — Nun hat sich freilich nachträglich herausgestellt, daß dieser Brief, den ich an den „Vorwärts“ richtete, zwar Donnerstagsnachmittag ankam, daß er aber nicht gleich in die Hände von Giesner gelangte, weil Giesner nach Dresden bereist war und erst Freitag zurückkam. Allerdings war es nach dem, was ich vorher ausführte, auch am Freitagabend noch möglich, der „Leipziger Volkszeitung“ zu telegraphieren. Giesner war ja nun der festen Ueberzeugung, daß er recht habe mit der Ablehnung der Erklärungen. Er glaubt, wie er im „Vorwärts“ dargelegt hat, daß die Redaktion bei der Ablehnung von Erklärungen sehr weitgehende Rechte habe. Ich kann diese Auffassung in der Weise, wie Giesner sie vertritt, durchaus nicht teilen, die, wenn sie maßgebend sein sollte, die Redaktion in die Lage brächte, absolut über die Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung zu ent-

scheiden. An dem guten Willen und der Aufrichtigkeit von Eisner, mir gegenüber die Meinungsfreiheit nicht unterdrücken zu wollen, besteht für mich nicht der geringste Zweifel. Ich habe ihm geschrieben: Ich empfinde die Ablehnung als eine Vergewaltigung, aber hier steht Meinung gegen Meinung. Nun hat sich auch die Preschkommission mit der Sache beschäftigt und zu meinen Gunsten entschieden, insofern sie erklärte, es habe kein Grund vorgelegen, die Erklärungen nicht aufzunehmen. Die Redaktion ist auch danach auf ihrem Standpunkt verblieben, hat sich aber dann schließlich gesagt: wenn die Kommission so entschieden, wollen wir die Sache nicht zum äußersten treiben. Sie hat also die Erklärungen mit einer entsprechenden Einleitung abgedruckt. Aus diesem Grunde, weil die Erklärungen abgedruckt sind, war für mich nun die Sachlage eine ganz andre, und ich hatte jetzt selbstverständlich keine Ursache mehr, die Frage gewissermaßen dem Urteil des Parteitages zu unterbreiten und eine Erklärung des Parteitages zu probuzieren. Also ich bin durch das, was geschehen ist, vollständig zufriedengestellt und nur noch zu einigen kurzen weiteren Bemerkungen genötigt. In der Einleitung, die der „Vorwärts“ meinen Erklärungen vorausschickte, ist behauptet, der „Vorwärts“ habe die Bernsteinische Ansicht über die Vizepäsidenten-Frage entschieden bekämpft. Das ist nicht meine Ansicht. Wir werden die Frage ja bei Punkt 4 der Tagesordnung erörtern, wo auch die Haltung des „Vorwärts“ zu den ganzen revisionistischen Bestrebungen zur Sprache kommen wird. Ich werde dann meine Ansicht über die Frage sehr scharf markieren und einen Vorschlag machen, der in hohem Grade beitragen dürfte, daß künftighin die Verunsicherungstaktik des „Vorwärts“ vermieden wird. Ein anderer Punkt! Ich hatte von der Fürstentwaller Resolution gesagt, ich wisse, wie diese Erklärung zu stande gekommen sei. Ich kann mir denken, wie die Fürstentwaller dazu kamen, in dieser Frage plötzlich so in den Vordergrund zu treten, von denen man bisher nach dieser Richtung nie das geringste gehört hatte, wenn sie auch im übrigen selbstverständlich durchaus brave Genossen sind. Eine bestimmte Person habe ich aber nicht genannt, die Redaktion aber sagte: Da würden bestimmte Personen verdächtigt und diese Beschuldigung sei nach ihrer Information nicht zutreffend. Ich sagte mir: mag sein, aber was geht das denn die Redaktion an? Ich unterschreibe ja meine Erklärung. (Sehr richtig!) Glaubt eine bestimmte Person in der Partei dadurch getroffen zu sein, so hat sie ja das Recht, gegen meine Erklärung aufzutreten. Dann wäre die Sache wahrscheinlich abgemacht gewesen. Deswegen hatte die Redaktion jedenfalls kein Recht, die Aufnahme zu verweigern, sie kann sich nicht zum alleinigen Schiedsrichter über solche Fragen aufwerfen.

Nun hat man freilich gesagt: du hättest dich an die Preschkommission wenden können. Die Preschkommission in allen Ehren. Ich weiß, daß darin selbstverständlich ohne Ausnahme sehr tüchtige Genossen sind, aber diese Genossen treten nach des Tages Mühe und Arbeit abends zusammen und die über alles das, was sonst vorgeht, wenn der „Vorwärts“ darüber nicht berichtet hat, nicht informiert sind. Sie müssen also ganz naturgemäß den Informationen, die sie von der Redaktion erhalten, in hohem Grade Glauben schenken. Nun hätte ich vorher schon eine Differenz mit Grabnauer gehabt. Ich hatte ihm Wortwülfen gemacht wegen der Taktik, die der „Vorwärts“ in den ganzen Bernstein-Fragen beobachtet hatte, da antwortete mir Grabnauer: Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß die Redaktion auf eigne Verantwortung gehandelt hatte; wir haben mit der Preschkommission über die Sache gesprochen und die hat uns recht gegeben. (Hört! hört!) Regt Euch darüber nicht auf, ich konstatiere bloß die Tatsache, zur Aufregung liegt gar kein Grund vor. Darauf schrieb ich Grabnauer: Das mag stimmen, wenn ihr in der Redaktion die Preschkommission informiert und ihr sagt: das und das droht auszubrechen, es liegt im Partei-Interesse, die Sache möglichst beiseite zu schieben, die Sache nicht zu einer

großen Frage auszuwachsen zu lassen, so begreife ich vollkommen, daß die Kommission, die so gut wie jeder andre der Meinung ist, daß man ohne Not keine Periwürfnisse schaffen soll, zu dem Beschluß gekommen ist, den Standpunkt der Redaktion zu billigen. Wäre ich dabei gewesen, so hätte ich gesagt: die Sache liegt doch etwas anders, wir wollen ja keinen Skandal, aber wir wollen, daß Ihr genau unterrichtet werdet (Sehr richtig!) über das, was in der Partei vorgeht, nicht bloß von der einen Seite, behauere, sondern das bezweckt auch mein Antrag, in vollständiger Weise. Von diesem Vorfall hat Eisner, weil er damals auf Urlaub war, nichts gewußt. Er hat mir nachher selbst gesagt: hätte ich das gewußt, dann wäre mir Ihr Standpunkt erklärlicher gewesen. Die Redaktion hatte sich dann weiter an meinen Bemerkungen gegen Heine wegen der Marburger Stichwahl gestoßen. Ich wandte mich darin gegen die hochfahrende Art, in der Heine die Marburger kritisiert hatte, obgleich diese doch formell und materiell im Rechte gewesen seien. Die Redaktion sagte: da hat ja Bebel ganz vergessen, daß er selbst an dem Beschluß in dieser Frage teilgenommen hat. Auch Gerisch hat sich in diesem Sinne auf der Brandenburger Provinzialkonferenz geäußert. Auch diesen Punkt muß ich mit ein paar Worten klarstellen.

Vor der Wahl am 16. Juni hatten wir im Vorstand beschlossen, wir halten am 17. Juni nachmittags eine Vorstandssitzung ab. Wir sagten uns: wir haben bis dahin so ziemlich die meisten Wahlergebnisse und wissen wie die Stichwahlen stehen. Dann können wir die Situation überschauen und feststellen, was zu tun ist. Nur stellte es sich heraus — wir hätten in München weiter denken sollen, als wir gedacht haben (Vollmar: Sehr richtig!) — dann hättest Du ja weiter denken und gescheiter sein können als wir, ich wäre Dir sehr dankbar gewesen. (Weiterkeit.) Wir hatten in München festgelegt, welche Punkte für unsere Stichwahl-Taktik maßgebend sein sollten. Nun standen wir nach dem 16. Juni vor folgender Situation: In einer Anzahl Wahlkreise standen Kandidaten der freimüthigen Vereinigung in Stichwahl mit ausgesprochenen Bauernbündlern, mit unseren zollwärtigsten Gegnern, von denen wir wußten, daß sie stimmen würden für alle Lebensmittelzölle, für alle Militär- und Flottenpläne, für weitere indirekte Steuern, und daß sie auch für Ausnahmegesetze zu haben sein würden. Auf der andern Seite standen Kandidaten, von denen wir wußten, daß sie zwar auch in Zukunft für Flotten-, Militär-, Kolonial- und weltpolitische Forderungen stimmen würden, daß sie aber für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Wahlrechts eintreten und gegen neue Liebesgaben, indirekte Steuern, hohe Lebensmittelzölle usw. stimmen würden. Ich war es, der im Vorstande die Sache zur Sprache brachte und fragte: wie verhalten wir uns? Nach der Münchener Resolution hätten wir dem kleineren Uebel die Unterstützung verjagen müssen. Damit hätten wir es darauf ankommen lassen, daß das größere Uebel, das nach jeder Richtung hin schlimmer ist, gewählt wird. Auf der einen Seite war der Münchener Beschluß, auf der andern Seite war ein schwerer Schaden für die Partei. Was sollten wir machen? Wir haben hin und her geredet und schließlich kamen wir zu dem Resultat, daß eine offizielle Erklärung nicht abgegeben werden sollte, daß aber auf offiziellem Wege den Parteigenossen ein Wink gegeben werden sollte, wie sie sich verhalten sollten. Sollten dann darüber Beschwerden laut werden, so nahmen wir an, würde der Parteitag sagen: Ihr habt gesündigt, aber Eure Sünde hat der Partei zum Vorteil gereicht; wir wollen Euch vergeben. (Weiterkeit.) So wurde also gehandelt. Die Äußerung des Genossen Gerisch auf der Brandenburger Provinzialkonferenz, ich hätte bei dem Beschluß über die Marburger Stichwahl mitgewirkt, beruht auf einem Irrtum. (Gerisch: Habe ich nicht gesagt.) Das Resultat der Marburger Wahl war mir und der Mehrheit des Vorstandes unbekannt, als wir über die Stichwahl-Taktik berieten. Bekannt war es aber dem Parteibureau, wohin die Marburger, telegraphiert hatten

und wo Pfannluch war, Pfannluch schrieb ihnen dann, getreu dem Münchener Beschluß hat ihr das Recht, auch der Abstimmung zu entzagen. Ich wußte von der Sache nichts. Einige Tage später lese ich in Rühnacht, wohin ich gegangen war, daß der „Vorwärts“ die Marburger Genossen wegen ihres Stichwahl-Beschlusses angegriffen. Da sagte ich mir, das war nicht recht geschickt. Die Marburger haben sich an den Parteitagsbeschuß gehalten; man durfte ihnen nur den guten Rat geben, anders zu handeln. Es kam zu jener Polemik, bei der mir die zweite Erklärung des „Vorwärts“ noch weniger gefallen hat. Die Erklärung Heines war in sehr hochfahrendem Tone gehalten, der durchaus nicht gerechtfertigt war. (Sehr richtig!) Seine hat auf Grund privater Beziehungen sich bezieht, an Herrn v. Gerlach den Wortlaut der „Vorwärts“-Erklärung zu telegraphieren. Darf man sich wundern, daß die Marburger darüber ganz außer sich gerieten? Sie lesen am nächsten Tage die Depesche Heines, während sie die gegenteilige Erklärung des Parteisekretärs Pfannluch erhalten hatten. In Rühnacht erhielt ich vom Genossen Michels aus Marburg einen Brief, der sich über Heine und den „Vorwärts“ beschwerte. Ich erwiderte: Ja, ich bin auch gedregert über die Art, wie Heine vorgegangen, und auch die Art, wie der „Vorwärts“ verfuhr, ist nicht geschickt. Ihr habt zweifellos konform mit dem Münchener Beschluß gehandelt. Aber trotz alledem würde ich Euch, wenn ich die Möglichkeit dazu gehabt hätte, auch geraten haben; Müßigt Herrn v. Gerlach, trotzdem er ein Plotten-, Militär-, Kolonial- und Weltpolitik-Schwärmer ist (Zuruf: Ueberhaupt ein Schwärmer! Große Heiterkeit), weil wir von ihm sicher erwarten können, daß er jeden Angriff auf das allgemeine Stimmrecht und jede Erhöhung der Lebensmittelzölle zurückweisen wird. Das sage ich, obwohl meine Stellung zu Herrn v. Gerlach aus andern Gründen nicht fremdblickig ist. Da, und das ist charakteristisch für die richtige Beurteilung des Falles, antwortete mir Genosse Michels auf meinen Brief: Ja, wenn wir rechtzeitig von der Entscheidung des Vorstandes unterrichtet worden wären, hätten wir auch so gehandelt. So lag die Situation, auf Grund deren ich jene Erklärung an den „Vorwärts“ schickte. In der „Vorwärts“-Redaktion aber dachte man: da ist dem Bebel etwas passiert, er muß selber vergessen haben, was er mit beschloffen hat, da wollen wir ihn durch Aufnahme seiner Erklärung nicht in Verlegenheit bringen. Na, das war ein Irrtum. Das war das eine Moment, weshalb die Redaktion die Aufnahme meiner Erklärung verweigerte. Dazu kam noch ein weiteres. Auer hat erklärt, ihn hätte nicht der Marburger Passus zu seinem Räte bestimmt, sondern die Nachschrift, die sich auf Heine bezieht, die wäre ungebührig. Ich kann aber wirklich nicht begreifen, wo in ihr eine Beleidigung für Heine enthalten gewesen sein soll. Wie lautete sie denn? „Im Begriff, die vorstehende Zuschrift zur Post zu geben, wird mir aus Berlin mitgeteilt: Heine habe unter großer Entrüstung im dritten Wahlkreis geküfert: Bebel sitzt in Rühnacht und schläft und weiß von nichts, um dann plötzlich zu erwachen und Loszuschlagen. Der Genosse, welcher mir diese Mitteilung machte, wohnte der Heineschen Versammlung bei. Der Bericht des „Vorwärts“ über die Heinesche Versammlung enthält diese Äußerung Heines nicht. Hat Heine die ihm unterstellte Äußerung gemacht, so erwidere ich ihm, daß, wenn er in den zwei Monaten, seitdem ich hier sitze, auch nur annähernd so gearbeitet hat, wie ich gearbeitet habe, er sich für einen sehr fleißigen Mann halten darf. Ich gehe nicht hieher, um auf der Warenaustausch zu liegen, sondern, um neben der mir so notwendigen Erholung Arbeiten auszuführen, für die ich in Berlin nicht die nötige Ruhe finden würde.“ Wie konnte sich Genosse Heine davon beleidigt fühlen? Er konnte sich doch gar nicht beleidigt fühlen. Seine Äußerung, die mir berichtet wurde, ist ja auch in der gegenwärtigen Presse mitgeteilt worden, und hier habe ich erfahren, daß in der Pressekommision von zwei Mitgliedern gesagt wurde, Heine habe in der Tat die Äußerung gemacht. Ich schrieb aber

nur: Wenn Heine das gesagt haben sollte, so erwidere ich ihm usw. Ist denn das etwas Beleidigendes? In keiner Weise!

Ich gebe ja gern zu: wäre ich statt in Rühnacht in Berlin gewesen, so wäre die Sache jedenfalls verhütet worden. Ich bin aber immer noch der Meinung, daß die Redaktion des „Vorwärts“ hier einen Rigorismus ausübt hat, der zu weit ging. Jede Redaktion hat allerdings das Recht, Einsendungen und Erklärungen zurückzuweisen, die gegen das Strafgesetz verstoßen oder in denen große Verbalinjurien vorkommen oder in denen Mitteilungen enthalten sind, die vorläufig Parteigeheimnis bleiben sollen, oder die Partei-Interessen verletzen usw.; man kann darüber keine bestimmten Grundsätze aufstellen. Deshalb wäre es die größte Thorheit, wenn der Parteitag darüber eine bestimmte Resolution fassen wollte. Aber in meinem Fall hat nach meiner Ansicht die Redaktion in dem Eifer, mit dem sie glaubte, für die Partei-Interessen einzutreten zu müssen, unrecht gethan. Das Unrecht ist aber gut gemacht worden dadurch, daß sie die Erklärung abgedruckt hat. Damit bin ich zufrieden.

Eisner: Ich glaube, Ihrer aller Empfindung zu entsprechen, wenn ich diese Heine, wirklich keine Redaktionsangelegenheit nicht zum Ausgang einer längeren Debatte mache. (Sehr gut!) Ich verzichte deshalb darauf, auf die Ausführungen Bebel's im einzelnen einzugehen; ich hätte ja vielleicht auch manches auf dem Herzen, ich könnte eine Debatte entfesseln über die Aufnahme von Erklärungen usw., die zu den unangenehmsten Redaktionspflichten gehört, die überhaupt existieren. Nur eine Bemerkung wollen Sie mir gestatten. Es ist ja allerdings ein Prinzip des „Vorwärts“ — und darin mögen Sie uns Unrecht geben —, wir suchen allerdings persönliche Auseinandersetzungen nach Möglichkeit einzubäumen, und es scheint uns diese Möglichkeit in allen den Fällen gegeben zu sein, wo nach unserer Kenntnis der Dinge in den Erklärungen unrichtige oder ungenaue Behauptungen enthalten sind, von denen der betreffende Einsender nichts wissen konnte. Ich stelle nun zweierlei fest. Bebel hat die Loyalität der Redaktion allerdings anerkannt. Er hat uns weiter das formelle Recht zugestanden, Erklärungen abzulehnen. Er hat weiter gesagt, daß es nicht unsere Absicht war — und das war der schwere Vorwurf, der für uns kränkend war —, die Meinungsfreiheit irgend eines Parteigenossen einzuschränken. Dadurch ist der Diskussion der Stachel ausgezogen. Es bleibt nur noch eine sachliche Meinungsverschiedenheit darüber, ob die Gründe, die zur Ablehnung bezw. zum Wunsch der Abänderung — nur darum handelte es sich in dem ersten Falle — führten, ausreichend waren oder nicht. Da liegt keine Prinzipienfrage vor, sondern eine Frage, über die die Genossen verschiedener denken können. Ich habe mich immer noch nicht ganz zu der Anschauung Bebel's bekehrt, ich bin einmal ein Rechthaber (Heiterkeit), und ich habe noch heute meine Anschauung. Ich habe aber keinen Grund, noch weiter über diese Sache zu reden, umsoweniger, als die Parteigenossen im Lande Sehnsucht haben, endlich einmal zu hören, was denn dieser Parteitag tu und will. (Heiterkeit und Beifall.)

Auer: Da mein Name in der Diskussion über diese Angelegenheit wiederholt genannt wurde, so sehe ich mich genötigt, doch auch ein paar Worte hier darüber zum Besten zu geben. Ich sagte voraus, veranlaßt durch Bemerkungen des Genossen Bebel, daß ich mit dem Marburger Fall überhaupt nichts zu tun hatte (Zuruf Bebel's) — ich kann Dich da mißverstanden haben ich höre ja nicht gut. Ich konstatiere nur, daß ich mit dem Marburger Fall gar nichts zu tun hatte, weil ich zu der Zeit nicht in Berlin war, an den Verhandlungen des Parteivorstandes nicht teilnehmen konnte und auch ein schriftlicher Einfluß von meiner Seite nicht ausgeübt worden ist, in keiner Richtung. Im Übrigen glaube ich, daß gerade der Marburger Fall wieder ein neuer Beweis dafür ist, daß wir mit der Festlegung unserer taktischen Haltung auf lange Jahre hinaus in Zukunft etwas vorsichtiger sein sollten. (Vielfaches Sehr richtig!) Ich erwidere

an den Beschluß über die Stichwahl-Laktik in St. Gallen, dem wir direkt entgegen handeln mußten. Ebensovienig hatte ich irgend einen Einfluß ausgeübt oder auch nur ein Urteil abzugeben über die Fürstentwaler Angelegenheit. Diese war noch in der Schwebe, als Eisner unsere Rat haben wollte, und geht mich gar nichts an. Wir wurden nicht gefragt: „Wie denkt Ihr über die Fürstentwaler Erklärung oder über die sich dagegen richtende Erklärung Webels?“ Die Frage wurde gar nicht erörtert, in meiner Unterredung mit Eisner war für mich bestimmend die Schlußnote, die Webel in seiner Erklärung gegen Heine gerichtet hatte. Gerisch und ich haben unsere Ratsschlag nicht als Vorstandsmitglieder und auch nicht im Namen des Vorstandes, sondern aus unserer freien individuellen Meinung gegeben, die sich gestaltet hat aus der Ueberzeugung, daß wir damit im Parteiinteresse handelten. Lesen Sie die Erklärung gegen Heine! Sagen Sie sich, daß dieselbe an uns herantrat acht Tage vor dem Parteitag, überlegen Sie sich die ganze Situation: hätten Sie sich nicht auch gesagt: ach, was soll da zu allem Unbequemem, das bereits im Gange ist, nun noch dieser Ausbruch persönlicher Antiposität in die Parteipresse hineingebracht werden! Es liegt im Interesse der Partei, daß dies nicht geschieht! Mag sein, daß wir darin falsch geurteilt haben, aber es kommt ja nur darauf an, daß wir nach bester Ueberzeugung im Interesse der Partei glaubten so handeln zu müssen. Ich will nur erklären, daß ich auch heute noch der Ueberzeugung bin, da ich einmal gefragt wurde, den für mich und für die Sache richtigen Ratsschlag gegeben zu haben. Es wäre mir ja lieber gewesen, wenn die Frage gar nicht an mich herangetreten wäre. Dann hätte ich auch keine Verantwortung gehabt, aber es ist doch etwas ganz andres, ein Urtheil nicht verhindern zu können oder durch Zustimmung die Verantwortung für dies Urtheil mit zu übernehmen. Letzteres haben wir nicht getan. An unserem guten Glauben dabei zweifelt wohl niemand. Es ist auch meine Ueberzeugung, daß, wenn Webel zu der Zeit in Berlin gewesen wäre, die Sache wohl beigelegt worden wäre. Wenn das Parteivorstands-Mitglied Webel und das Parteivorstands-Mitglied Auer sich über die Sache unterhalten hätten, so wären sie wohl in fünf Minuten darüber einig gewesen, den Parteigenossen Webel zu „vergewaltigen“ und seine Erklärung nicht zu veröffentlichen. (Webel: Daran zweifle ich allerdings!) Ach wir beide, wir haben schon ganz andre Sachen erlebt! (Große Heiterkeit.) Es ist meine Ueberzeugung, daß ich im Partei-Interesse handelte und das war meine Pflicht! (Weifall.)

Gerisch: Ich habe auf der Konferenz für die Provinz Brandenburg in Berlin ausdrücklich erklärt, daß, als wir den Beschluß faßten, uns der Marburger Fall nicht bekannt war. Ich habe zweimal ganz bestimmt erklärt, daß wir den Beschluß nach der Hauptwahl gefaßt haben ohne Kenntnis des Marburger Falles. Wenn für die Aufnahme von Erklärungen bisher nur die von Webel angegebene Maxime bestanden hätte, daß die betreffenden Einwendungen nicht vom rechtlichen Standpunkt aus bedenklich und nicht gegen den guten Ton verstoßen dürfen, dann wäre die Frage auch für die Redaktion keinen Augenblick strittig gewesen. Es sind aber schon früher vielfach Einwendungen zurückgewiesen worden, die weder gegen den guten Ton noch gegen das Strafgesetz verstoßen haben. Für mich war besonders bestimmend, daß wir kurz vorher dem Genossen Bernstein einen sachlichen Artikel abgelehnt hatten; Redaktion und Preßkommission hatten die Aufnahme abgelehnt, der Wunsch, den Streit vor dem Parteitage möglichst einzudämmen, mußte unter Umständen auch gegenüber einem Manne wie Webel angewandt werden. — Was die Marburger Angelegenheit anlangt, so bin ich nicht der Ueberzeugung gewesen, daß Webel die Sache ganz entfallen war. Wir hatten Eisner veranlaßt, die im „Vorwärts“ ausgesprochene Stellung einzunehmen, und nun sollte Eisner als Redakteur nach seinem Empfinden gewissermaßen in seinem eignen Worte gerüffelt werden. Eisner meinte, das könne er sich nicht gefallen lassen. Da ist nicht andres übrig geblieben, als daß die Vorstands-

mitglieder, die an diesem Beschluß teil hatten, Eisner Recht geben mußten gegen Webel. Uns hat nichts ferner gelegen, als Webel irgendwie in seinen Ansichten zu beschränken, sondern wir haben aus den lautersten und besten Motiven Eisner den Rat gegeben.

Heine: Ueber die Marburger Angelegenheit werde ich heute nicht reden, weil Dr. Michels noch nicht gesprochen hat und weil das ja auch streng genommen unter den Punkt Laktik fällt. (Sehr richtig!) Die Frage, inwiefern Zeitungen Einwendungen aufnehmen müssen, ist nicht so leicht zu nehmen. Ich empfinde es als einer der Berliner Abgeordneten oft unangenehm, daß ich, um im „Vorwärts“ zu Worte zu kommen, von der Redaktion abhängig bin. Trotzdem bin ich der Meinung, daß die Redaktion nicht die generelle Verpflichtung hat, alle Einwendungen aufzunehmen. Das Resultat in diesem Fall ist jedenfalls das, daß nicht Webel mundtot gemacht worden ist, sondern ich, ich hatte nämlich in der Sache auch etwas zu sagen, nicht in der Marburger Sache, sondern sonstwas. Ich hatte auch ein Eingekannt an den „Vorwärts“ gebracht, da sagte mir Eisner: Wir haben von Webel etwas abgelehnt, deshalb müssen wir auch Ihre Einwendung ablehnen! Darauf habe ich die Einwendung selbstverständlich zurückgewogen. Alsdann hat Webel selbstverständlich die Möglichkeit gehabt, in der Leipzigerin zu veröffentlichen, was er auf dem Herzen hatte (Heiterkeit. Zuruf: Sie nicht!), nein, ich nicht (erneute Heiterkeit); außerdem hat der „Vorwärts“ nachträglich das abgedruckt, was die Leipzigerin gebracht hatte. Um auch meine Einwendung noch nachträglich abzudrucken, dazu war es inzwischen zu spät geworden. Das erfreuliche Ergebnis dieser großen, angeblich reviditionistischen Schläueit (Heiterkeit) des Dr. Eisner ist also, daß ich mundtot gemacht worden bin und kein andrer. Dann möchte ich noch ein Wort sagen zu meiner angeblichen Aeußerung über Webel vom Schlafen, zumal auch Webel selbst mich gestern ein paar Mal darauf hin angespielt hat. Ich habe in jener Versammlung ein Bild gebraucht, ich habe von Webel gesagt, daß seine Idee, es bestände eine reviditionistische Verschwörung und diese äußere sich in der Haupt- und Staatsaktion der Striechhose (Große Heiterkeit), einfach ein Gespenst ist, ein Traumbild, das ihn nennt hat. Ich sagte: die Sache liegt daran, daß Genosse Webel nicht hier ist, wenn man mit ihm ein Wort sprechen und ihm sagen könnte, wie die Dinge liegen, so würde er sich eines besseren belehren lassen. Da rief mir irgend jemand — wer, weiß ich nicht — zu: „Darf er denn das nicht einmal?“ Darauf sagte ich: Selbstverständlich gönne ich Webel seine Ruhe, er ist der Wächter der Partei, und er hat in diesem Falle von dem Recht eines jeden Wächters Gebrauch gemacht, auch einmal einzuschlafen. Und dann, durch Traumbilder und Gespenster erschreckt ist er aufgewacht (Große Anruhe.) und hat nach meiner Meinung zur unrichtigen Zeit ins Alarmhorn gestoßen. Das war nicht gedacht als eine Beleidigung Webels. Ich hatte hervorgehoben, daß er der Wächter der Partei ist, und wer meine Stellung zu Webel kennt, der weiß, daß ich an alles andre eher denke, als diesen Mann, den ich nicht nur als den Veteran der Partei, sondern auch sonst ganz besonders verehere und für den ich in Duzenden von Fällen eingetreten bin, beleidigen zu wollen. Trotzdem erhob sich in der betreffenden Versammlung einer, der die Auffassung hatte, ich hätte dadurch Webel beleidigen oder kränken wollen. Als ich das hörte, bin ich dann noch einmal dem entgegen getreten. Damit hätte nun eigentlich diese fürchtbar wichtige Angelegenheit abgetan sein können. Sie ist auch so wenig aufgefallen, daß der Berichterstatter des „Vorwärts“ die ganze Sache sehr verändrigungsweise nicht einmal in den Bericht aufgenommen hat. Wenn nicht jemand — wer, weiß ich nicht — es für nötig gehalten hätte, diesen pikanten Vorfall an Webel nach Rückkunft zu schreiben, dann hätte keiner etwas darüber gesagt. Aber der Brave, der das Webel beleidigt hat, hat, wie ich aus Webels eignen Munde weiß, ihm nicht das dazu geschrieben, was ich zur Erklärung gesagt hatte, das hat der

Herr nicht für nötig gehalten. (Gürtl hört!) Bebel hat es mir nicht übel genommen, wie er mir erklärt hat, ich habe ihm selbstverständlich seine Erklärung nicht übel genommen. Die Redaktion des „Vorwärts“ aber wußte aus ihren Informationen, wie die Sache vollständig gewesen war, sie hatte wohl auch Bedenken, diese keine persönliche Geschichte unnötigerweise noch breitzutreten. Darin hat der „Vorwärts“ sehr recht gehabt, denn es wäre wirklich sehr wünschenswert, und jeder von uns wünscht es, daß keine persönliche Reibungen, wie sie im Eifer des Gefechts immer einmal entstehen, nicht über Gebühr fortgesponnen werden. (Stadthagen ruft: Marburger Angelegenheit!) Wollen Sie durch diesen Zwischenruf den Verdacht erwecken, als hätte ich, was die Marburger Stichwahl betrifft, irgend etwas zu verschweigen? So wenig das der Fall ist, so will ich doch jetzt keine Bemerkungen machen, die nicht zu diesem Punkte gehören. Ich muß aber doch einmal bemerken, es geht jetzt schon die ganzen drei Tage so. Fast kein Redner hat seine Rede zu Ende führen können, ohne durch fortwährende Zwischenrufe und Privatgespräche Stadthagens gestört worden zu sein. (Vielfache Aufe: Sehr richtig!) Da kann man es mir nicht verdenken, wenn auch mir einmal, wie Bebel sagt, eine Laus über die Leber läuft! (Heiterkeit und Sehr gut!)

Stadthagen: Heine meinte, ich wollte durch meinen Zwischenruf „Marburger Angelegenheit“ ihn in den Verdacht bringen, als wolle er etwas verschweigen. Das ist unrichtig. Wenn Heine ein ganz klein wenig nachzudenken die Liebenswürdigkeit hätte, so würde er folgendes bemerkt haben: Er hat wieder begonnen, eine Vorlesung über guten Ton zu halten und gemeint, es wäre gut, wenn andre nicht berlebende Äußerungen von Genossen in die Blätter bringen. Da rief ich ihm zu: „Marburger Angelegenheit!“ Ich meinte damit den eigentlich superlativ berlebenden Ton der Heineschen Erklärung. Berlebend, nicht nur gegen einzelne Genossen, sondern gegen die Gesamtpartei. Im übrigen ist auch die von ihm behandelte Sache nicht so harmlos, wie Heine sie hinstellt. Ich zweifle gar nicht daran, daß er richtig nach seinem Gedächtnis zitiert hat, aber drei Ohrenzeugen haben mir bekundet, daß sie dem Sinne nach dasjenige, was der Genosse an Bebel geschrieben hat, von Heine gehört haben, und daß darauf eine s i t r i s c h e U n t e r s e c h u n g erfolgt ist. Es kommt darauf an, ob die Genossen die Worte von Heine so aufgefaßt haben, oder nicht. Wenn Heine von einer großen Anzahl von Genossen mißverstanden wird, so wird er wohl selbst daran schuld sein. Würde er einen klaren und offenen Ton anschlagen, so würde er nicht so mißverstanden werden.

Heine: Von der großen Entrüstung, von der Stadthagen sprach, habe ich in der Versammlung nichts gemerkt, ich merkte erst aus der Rede des Genossen, daß meine Äußerung falsch aufgefaßt worden war. Aber das ist nicht der springende Punkt. Die Hauptsache ist, daß das Referat, das man an Bebel erstattet hat, u n v o l l s t ä n d i g war; daß meine Erklärung, die ein verschuldetes oder unverschuldetes Mißverständnis beseitigte, nicht mit Berichtig ist, um gegen mich Stimmung zu machen.

Es folgt der Teil des Vorstandsberichtes, der sich auf die polnische Frage bezieht.

An Stelle von P f a n n i c h referiert

Gersik: In München wurde uns u. a. der Auftrag, eine Verständigung mit dem Vorstände der polnischen Sonderorganisation herbeizuführen. Es ist Ihnen gewiß noch erinnerlich, daß damals in Oberschlesien sowohl von seiten der Deutschen als auch der polnischen Genossen Kandidaten aufgestellt waren, und es bestand die Gefahr, daß Sozialdemokraten gegeneinander kandidierten würden. Der Parteivorstand ist dem Auftrage nachgekommen, aber die Verhandlungen haben zu einem negativen Ergebnis geführt, unser Verhältnis zur polnischen Bruderpartei ist dasselbe wie allen andern Bruderparteien gegenüber. Nun ist

von seiten der polnischen sozialistischen Partei ein offener Brief an die deutsche Sozialdemokratie gerichtet, worin dem deutschen Parteivorstand die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen aufgebürdet wird. Das nötigt mich, mit einigen Worten auf den Gang der Verhandlungen einzugehen. Auf unsere Anregung fand am 19. Oktober eine Konferenz statt, in der wir uns über die Mittel und Wege zu einer Einigung aussprachen. Von seiten des deutschen Parteivorstandes wurden bezüglich der Organisation folgende Vorschläge gemacht: Anerkennung der polnischen Organisation unter der Voraussetzung, daß die polnische Organisation die Agitation und die Organisation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung Deutschlands zu betreiben hat. Zugehörigkeit der polnischen Organisation zu der Gesamtpartei Deutschlands. Anerkennung des Parteiprogramms und der Parteistatuten. Delegation zum deutschen Parteitag nach den Vorschriften des Organisationsstatuts. Zulässigkeit der Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Partietorte. Ueber diesen Vorschlag wurde keine Einigung erzielt, die polnischen Genossen stellten Forderungen, die wir ohne Aenderung des deutschen Organisationsstatuts nicht erfüllen konnten. Dazu aber hatten wir kein Recht, wir konnten den polnischen Genossen keine anderen Rechte einräumen als anderen Landesorganisationen in Deutschland. Zu Bezug auf die Presse machten wir folgenden Vorschlag: Ein polnisches Organ, redigiert nach den unter Organisation gestellten Forderungen, Errichtung einer Preßkommission, in die ein Vertrauensmann des Parteivorstandes delegiert wird. Hierüber entstand keine Differenz. Die letzte und schwierigste Aufgabe war die Verständigung über die Reichstagskandidaturen. Da hatte der deutsche Vorstand folgende Leitfäden aufgestellt: Aufstellung der Reichstagskandidaturen durch die organisierten Genossen der einzelnen Wahlkreise. Wir hielten uns also streng im Rahmen unserer für alle Genossen geltenden Organisation. Die polnischen Genossen verlangten zunächst, der Genosse Winter dürfe unter keinen Umständen mitkandidieren. Dazu unsere Zustimmung zu geben, haben wir uns geweigert, weil wir nicht in die Rechte der einzelnen Kreise eingreifen wollten. Wir haben vielmehr gefordert, daß wenn der Wahlkreis Deuthen-Tarnowitz Winter aufstellt, Winter auch anzuerkennen ist. Es kam zu keiner Einigung, die Konferenz ist resultatlos verlaufen. Der deutsche Parteivorstand faßte dann das Ergebnis der Verhandlungen in einem Protokoll kurz zusammen und stellte es den Beteiligten zu. Wir forderten auch den polnischen Parteivorstand auf, sich zu erklären, ob er weiteres Entgegenkommen zeigen wolle. Bezüglich der Reichstagskandidaten hatten die polnischen Genossen gefordert: In den polnischen Landesteilen, wo in den einzelnen Wahlkreisen die polnische Bevölkerung nach der letzten Volkszählung die Majorität ausmacht, werden in der Regel nur solche Genossen als Kandidaten aufgestellt, die deutsch und polnisch sprechen, wenn solche vorhanden sind. In dem Protokoll ist nun ein Irrtum unterlaufen. Wir haben nicht, wie es dort heißt, diesen Vorschlag in vollem Umfang akzeptieren wollen, wir waren nur bereit, die Forderung der polnischen Genossen zu erfüllen, daß in den Bezirken mit gemischtsprachiger Bevölkerung, wenn irgend möglich, Kandidaten aufgestellt werden sollen, die beide Sprachen sprechen, wir wollten aber in dieser Hinsicht keinen Zwang und wollten vor allem nicht, daß das Ergebnis der letzten Volkszählung zu Grunde gelegt wird, sondern daß den organisierten Genossen freie Hand gelassen wird. Gestützt auf unser Protokoll, das jenen Irrtum enthielt, nahm nun der polnische Parteivorstand die Leitfäden an und auf derselben Grundlage gelangten die Einigungsvorschläge auf dem polnischen Parteitag zur Annahme. Wir sagten uns: Das trifft nicht zu, ein solches Zugeständnis haben wir nicht gemacht, wir können und dürfen es auch nicht machen, es liegt ein Irrtum vor. Weiter kamen unsere Genossen aus Oberschlesien und sagten: Wenn die polnischen Genossen auch erklären, daß sie das Erfurter Programm anerkennen, so haben sie doch früher Beschlüsse gefaßt, die für sie bindend sind, die aber mit dem Erfurter Programm nichts zu tun haben,

sondern Dinge berühren, die uns als Sozialdemokraten nichts angehen. Die Beschlüsse betreffen die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates. Um die Gemüter zu beruhigen, habe ich dann im Auftrage des Vorstandes ein Rundschreiben an die Agitationskomitees von Breslau, Posen und Oberschlesien gerichtet. Dies Rundschreiben ist in dem offenen Brief des polnischen Parteivorstandes auszugsweise wiedergegeben. Es ist ein Irrtum, wenn dasselbe als eine Erklärung des Parteivorstandes bezeichnet wird; es war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern lediglich zur Information unserer Genossen in den in Frage kommenden Bezirken. In diesem Rundschreiben habe ich im Auftrage des Parteivorstandes, der es vom ersten bis zum letzten Wort gebilligt hat, unsern Genossen gesagt: Was beunruhigt Ihr Euch denn? Wenn die politischen Genossen unser Programm anerkennen, dürfen sie kein Nebenprogramm haben. (Sehr richtig!) Das wäre ja wider Treu und Glauben. Alles, was vorher beschlossen ist, ist dann null und nichtig. Und, fügte ich hinzu, soviel Vertrauen müssen vertragsliebende Teile zu einander haben. Wenn wirklich die polnischen Genossen uns über den Köffel barbieren wollten, dann würde das ja sehr bald erkannt werden, und dann wären wir mit ihnen fertig. Aber zunächst bauen wir auf Treu und Glauben! In diesem Rundschreiben, das die selbstverständlichsten Dinge von der Welt enthält, erblickten die polnischen Genossen einen Wechsel unserer Bestimmung. Das ist um so merkwürdiger, als wir ihnen gegenüber stets den Standpunkt vertreten hatten, daß wir uns auf nationalpolnische Bestrebungen grundsätzlich nicht einlassen können. Aus diesem Grunde hatten wir ja auch der „Gazeta Robotnicza“ die Subvention entzogen, weil da Dinge vertreten wurden, die mit unserem Programm nichts zu tun haben.

Also die polnischen Genossen waren sehr genau unterrichtet, welche Stellung der Vorstand einnahm. Sie konnten unmöglich annehmen, daß wir unsere Bestimmung ihnen gegenüber gemehelt hätten. So lagen die Dinge bis zu jener Konferenz. Nun sind aber die Warnungen der Genossen aus Oberschlesien und Posen nicht eindrucklos an uns vorübergegangen. Treu und Glauben in allen Ehren; aber besser ist doch eine schriftliche Abmachung. Die polnischen Genossen wurden zu einer Schlusskonferenz eingeladen, wo der gegenseitige Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte. Die Beschlüsse wurden protokolllarisch festgestellt und den polnischen Genossen unterbreitet. Nur der Vorsicht halber wurde das Nebenprotokoll noch aufgenommen. Ich kann zugeben: das Ding sieht verdächtig aus (Sehr richtig!); aber es sieht schlimmer aus, als es ist. Nach Lage der Sache blieb uns eben kein anderer Weg offen.

Unter den deutschen Parteigenossen sind die einzelnen Landesorganisationen die Glieder einer Familie; die Gesamtpartei ist jederzeit in der Lage, die Handlungen der einzelnen Landesorganisationen zu kontrollieren und wenn Fehler vorkommen, ein ernsthaftes Wort zu reden. Das haben wir auf unsren Parteitagen oft erlebt. Ich erinnere nur daran, wie Rebel den Badenern den Kopf gewaschen hat. Diese Möglichkeit aber fehlt gegenüber den polnischen Genossen. Mit wenigen Ausnahmen sind die deutschen Parteigenossen außer Stande, die Handlungen der polnischen Partei zu kontrollieren und ihre Beschlüsse zu verfolgen. Nach alledem, was gerade in der polnischen Agitation bisher geschehen ist, war dringende Vorsicht geboten. Sollte die deutsche Partei sich Opfer aufopfern für Dinge, von denen sie garnichts weiß und die sie eventuell garnicht verhindern kann? Bei der großen Verantwortlichkeit, die wir zu tragen haben, entschlossen wir uns zu dem Nebenprotokoll. Ich kann mir schwer denken, daß es einer Behörde sonderlich gelüsten mag, der polnischen Organisation einen Prozeß an den Hals zu hängen. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn die deutsche Sozialdemokratie darin verwickelt ist. Wir sprechen den polnischen Genossen ausdrücklich das Recht zu, im Rahmen des Beschlusses des Londoner Kongresses zu handeln. Die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung wird von uns und

ist von uns jederzeit auf das entschiedenste bekämpft worden. Die polnische Nation hat gar keinen besseren Verteidiger als die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Diese unsere Stellung werden wir nicht aufgeben, aber es ist etwas andres, ob da neherber noch Bestrebungen laufen, die mit der Arbeiterbewegung nicht nur nichts zu tun haben, sondern sie sogar gefährden und hemmen können. Dazu wollten wir unsere Hand nicht bieten. Abgesehen von der Form, die im ersten Augenblick anstößig erscheinen kann, ist unser Verhalten durchaus loyal gewesen. Wir wollen nur die Gewißheit haben, daß in einer Organisation, die wir nicht kontrollieren können, nicht Dinge geschehen, die wir nicht beantworten können. Wir glauben vollkommen korrekt gehandelt und die Interessen sowohl der polnischen Arbeiter, als der Partei wahrgenommen zu haben. Wenn irgend wer, so könnten wir einen Vorwurf erheben. Die ganzen Verhandlungen wären nicht nötig gewesen, wenn die polnischen Genossen uns von vornherein erklärt hätten: In erster Linie kommen bei uns nationale Forderungen. Aber gerade darüber haben sie uns hinweg zu täuschen gesucht. Wir glauben, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben und daß, wenn eine Einigung nicht zustande gekommen ist, die Schuld nicht auf unserer Seite liegt. (Beifall.)

Haenisch: Doctum: Für eine ausgedehnte Polendebatte dürfte hier keine Stimmung vorhanden sein. Deshalb nur einige wenige Bemerkungen, die ich aber machen muß als Vertreter eines Wahlkreises des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, wo eine zahlreiche polnische Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, mit der wir in gutem Einverständnis leben wollen. Die Tatsachen, die in dem offenen Briefe der polnischen Partei mitgeteilt sind, haben auf mich einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. (Sehr richtig!) Aus dem Ton dieses Briefes geht hervor, daß von seiten der Polen alles versucht ist, eine Verständigung zu erzielen, der Brief ist in sehr sympathischem Tone gehalten. (Widerpruch.) Das peinlichste ist für mich das geheime Nebenprotokoll, das ja Gerich schon erwähnt hat; es scheint danach, als habe unser Parteivorstand etwas von den bürgerlichen Diplomaten gelernt. Es wird da verlangt, der polnische Parteivorstand solle erklären, daß kein Sonderprogramm besteht, das die nationale Unabhängigkeit Polens fordert. Das ist nicht nötig, denn das, was im Sonderprogramm stehen soll, ist ja bereits im Erfurter Programm enthalten. Es fragt sich nur, ob von polnisch-sozialdemokratischer Seite eine chaubinistische Propaganda betrieben wird, die mit unsren Grundfragen nicht im Einklang steht. Das wird von der einen Seite behauptet, von der andern bestritten. Leider verstehen die meisten von uns nicht Polnisch, wir sind auf die Uebersetzungen aus der polnischen Presse angewiesen. Nach dem, was Dr. Gumpelowicz und Genosse Georg Haase mir zur Verfügung gestellt haben, verurteilt die „Gazeta Robotnicza“ den Chaubinismus aufs entschiedenste, daß in der Bewegung der polnischen Genossen das nationale Moment schärfer betont wird als bei uns, ergibt sich ganz selbstverständlich eben aus der Unterdrückung des polnischen Volks; Druck erzeugt Gegendruck. Ich stehe in der polnischen Frage noch heute auf dem Standpunkt von Kautsky, Marx und Engels, dem Standpunkt, dem auch Liebknecht in Hamburg unter stürmischen Beifall Ausdruck gegeben hat, als er sagte: Wir dürfen unter unsren polnischen Genossen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit für ebenso gerechtfertigt halten, wie die jedes andren Volkes. (Beifall.)

Kagenstein: Parteigenossen! Ich will nicht eingehen auf die inneren Streitigkeiten unsrer polnischen Genossen. Ich will nur hinweisen auf einige Punkte, in denen meiner Ueberzeugung nach der Parteivorstand in dieser Frage nicht den Parteigrundsätzen entsprechend gehandelt hat. In dem Nebenprotokoll, das Genosse Haenisch hier angezogen hat, wird den polnischen Genossen zugemutet, auf die Wiederherstellung eines nationalen polnischen Staates zu verzichten. Unser Parteiprogramm stellt den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Menschen

und der Selbstbestimmung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinden auf. Dazu gehört natürlich auch das Recht der nationalen Selbstbestimmung, und dazu hat der Parteivorstand sich in Gegensatz gestellt. Das Nebenprotokoll beweist die polnischen Genossen auf die vom Internationalen Kongress 1896 angenommene Resolution betreffend das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen. Wohl, in diesem Beschlusse heißt es: „Der Kongress erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joche des türkischen, nationalen oder andren Despotismus leidet.“ Welcher Unterschied besteht zwischen diesem „Eintreten“ und dem „Fordern“ des nationalen Staates, das hier den Polen unterzogen werden soll? Wer würde von unsren armenischen Genossen etwa verlangen, daß sie für alle Zeiten den türkischen oder zarischen Despotismus anerkennen? (Zustimmung.) Und, von Einzelheiten abgesehen, im Grunde ist der preussische Despotismus in Polen, der dem deutschen Namen zur Ehre gereicht, um nichts besser. Wir stehen doch nicht auf dem Boden der Wiener Kongressakte. So gut wir den Landesorganisationen volle Selbständigkeit in Fragen einräumen, die Landesangelegenheiten sind, so gut haben wir auch die nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen gelten zu lassen. Dafür trägt die Gesamtpartei keine Verantwortung. Es genügt, wenn wir die Polen zur nötigen Klugheit und Besonnenheit heranlassen. Der zweite Punkt betrifft die Forderung der Polen, die man ihnen erst zugestanden und dann abgeschlagen hat, daß in überwiegend polnischen Kreisen die Kandidaten nach Möglichkeit der polnischen Sprache mächtig sein sollen. Man greift sich an den Kopf, daß deraartiges erst gefordert werden muß. Unsere Kandidaten sollen doch Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sein, die man mit Recht tadelt, wenn sie sich dem Verkehr mit ihren Wählern entziehen. Wie sollen sie das sein, wenn sie nur durch Dolmetscher mit ihnen verkehren können? Daß die Polen ihre nationalen Forderungen mehr in den Vordergrund stellen, müssen wir, die unter nationalen Bedrückungen nicht leiden, doch verstehen. Es handelt sich hier nur um eine Frage der Gerechtigkeit, die zugleich in Schule und Kaserne wie vor Gericht eine wichtige materielle Frage ist.

Von polnischer Seite erfuhr ich, daß die Haltung des Parteivorstandes unsrer Genossen in Ober-Schlesien die Agitation erschwert hat und sie überall der chauvinistisch-demokratischen Partei des ausbeutenden Kleinbürgertums gegenüber in eine schwierige Lage bringt. Wir dürfen zu der grundsätztreuen Haltung des Parteivorstandes volles Vertrauen hegen. Darum hoffe ich, daß er auch in dieser Frage den Grundsätzen der Partei und der Gerechtigkeit künftige Rechnung tragen werde. (Beifall.)

Lebedour-Berlin: Ich bin mit den beiden Vorrednern durchaus einverstanden und will ihre Ausführungen nur durch einige wichtige Tatsachen ergänzen. Wie kam der Vorstand überhaupt zu seiner Forderung des vollständigen Verzichts auf irgend welche staatliche Selbständigkeit Polens? Ursprünglich hatte sie der Vorstand gar nicht gestellt; er hatte aber außer der Polnisch-Sozialistischen Partei noch die Gruppe Moska Luxemburg eingeladen und diese Gruppe war es, die folgende Forderung an die polnischen Sozialisten stellte: Als Programm der Partei gilt das Erfurter Programm; die Propaganda der Unabhängigkeit des polnischen Staates kann nicht als bindender Programmpunkt gelten und in der Agitation betätigt werden. Diese Forderung wäre, wenn sie so angenommen worden wäre, ein Schlag ins Gesicht der polnischen Sozialisten in der ganzen Welt gewesen. (Sehr richtig!) Der Vorstand läßt sich von der Genossin Luxemburg in dieser Weise beeinflussen, weil er selbst die polnische Sprache nicht kennt und sich deshalb ein eigenes Urteil über die Agitation der polnischen Sozialisten nicht bilden kann. Da wird denn die Genossin Luxemburg gerufen, oder sie kommt von selbst, und auf die Information dieser Genossin hin, die eine aus-

gesprochene Feindin der polnischen Organisation ist, nimmt er dann Stellung und beschließt über die Schritte, die zur Einigung mit dieser Organisation führen sollen. Ich bin fest überzeugt, daß das Scheitern der Einigung nur auf die Genossin Luxemburg zurückzuführen ist. Allerdings hat der Vorstand die Forderung der Genossin Luxemburg wenigstens abgeschwächt, indem er statt der „Unabhängigkeit des polnischen Staates“ „Wiederherstellung Polens“ setzte. Das kann so ausgelegt werden, als ob man sich nur gegen die Wiederherstellung des ehemaligen Königreichs Polen wende, das auch ein Gewaltstaat schlimmster Art war. Die Genossin Luxemburg tut aber so, als ob die Polen überhaupt nicht auf nationale Selbständigkeit in irgend welcher Zukunft rechnen und danach streben dürften. Die polnischen Sozialdemokraten wären Schufte, wenn sie diese Forderung der Genossin Luxemburg sich zu eigen gemacht hätten. (Sehr richtig!) Aber wie kommt der Vorstand dazu, die Gruppe Luxemburg zu diesen Verhandlungen überhaupt einzuladen? In Lübeck stellte es die Genossin Luxemburg ja so dar, als ob sie die Mehrheit der polnischen Genossen vertrete. Das ist ein hohlerloser Schwindel, und das will ich beweisen! Und diesen Beweis habe ich nicht von den polnischen Genossen, sondern von den deutschen Genossen in der Provinz Posen, wenigstens einem Teil derselben. Es handelt sich um eine Revision bei der „Gazeta Ludowa“, des Organs der Gruppe Luxemburg, das von der Partei im vergangenen Jahre mit 2800 Mark unterstützt worden ist. Leider hat der Vorstand es versäumt, sich über dies Blatt genügend zu informieren; erst jetzt soll die Unterstützung der Zeitung aufhören. Ueber diese Revision habe ich folgenden Brief erhalten: Posen, 12. September. „Zur Information teile Ihnen unterzeichnete Revisionskommission ergebnis mit, daß dieselbe bei der von ihr vorgenommenen Revision der Blätter der „Gazeta Ludowa“ festgestellt hat, daß das genannte Blatt nur ca. 40, genau 37 zahlende Abonnenten zählt. Mit Parteigrüß (folgen Namen).“

Dieser Brief beweist, daß die sogenannte Gruppe der „Gazeta Ludowa“ gar keine Bedeutung hat. Die Tatsache, daß dies Blatt in der Wahrheit, wo alle anderen Blätter aufschwellen, bis auf 37 Abonnenten zusammengeschrumpft ist — anfangs soll es etwa 100 gehabt haben — beweist, daß die angeblich mächtige Organisation, die hinter der Genossin Luxemburg steht, nur in ihrer Phantasie lebt. So steht's mit Kasprzak & Co. Ich glaube, daß der Vorstand künftige die Partei davor bewahren wird, alljährlich für jeden Abonnenten der „Gazeta Ludowa“ 70 Mark auszugeben. Das ist ein etwas zu teurer Preis dafür, daß die Genossin Luxemburg fortwährend die deutschen Genossen mit den polnischen verbeizen kann. Ich hoffe, daß wir heute das letzte Mal von Kasprzak & Co. gehört haben.

Moska Luxemburg: Falls irgend jemand nach den bisherigen Verhandlungen vielleicht den falschen Verdacht schöpfen könnte, daß in der deutschen Sozialdemokratie der Gerechtigkeitsstimm nicht genügend vertreten wäre, so würde er nach dieser kurzen Debatte auf das angenehmste enttäuscht sein. Ich war selbst sehr erfreut, so viele Verteidiger des unterdrückten polnischen Volkes, zu dem zu gehören ich die Ehre habe, hier zu finden. Nur habe ich nicht feststellen können, daß die Sachunde auf derselben Höhe stände wie das Gerechtigkeitsgefühl. (Heiterkeit.) Gaenisch stellte es so dar, als ob der offene Brief der polnischen Sonderorganisation an den Parteitag ein Zeichen ihres außerordentlichen Friedensbedürfnisses sei. Ich habe genau dasselbe sagen müssen. Nur sagte ich mir auch — was sich Gaenisch nicht sagen konnte, weil dies wahrscheinlich das erste Schriftstück ist, das er über diese Frage liest, während ich absolut alles kenne und weiß, was darüber geschrieben ist —: Es ist doch merkwürdig, trotz solcher Liebe und Friedensbedürfnis ist diese Sonderorganisation vor zwei Jahren aus der deutschen Sozialdemokratie ausgetreten! Trotz dieses Friedensbedürfnisses hat diese Sonderorganisation im vorigen Jahre Gegenkandidaten gegen die deutschen und polnischen sozialdemokratischen Kandidaten in Ober-

schleifen aufgestellt! Trotz dieses Friedensbedürfnisses mußte der deutsche Parteivorstand sich in drei langausgedehnten Konferenzen mit dieser Organisation plagen, um den unbedingt notwendigen Frieden in den polnischen Provinzen herzustellen. Es ist eben nicht alles so, wie es aussieht in den Schriften, mit denen man an den Parteitag kommt. Gewöhnlich ist von diesem Friedensbedürfnis sehr wenig zu hören, und das haben wir, die wir in jenen Gegenden zu tun haben, auf das schwerste empfunden. Nach dem offenen Briefe und den Ausführungen der Verteidiger der polnischen Sonderorganisation mußten Sie den Eindruck gewinnen, als ob die polnische unterdrückte Nation von der deutschen Sozialdemokratie unterdrückt würde. Wenn dieser Verdacht berechtigt wäre, so würde ich als Polin, nicht nur als Sozialdemokratin, trotz aller Liebe, die mich in letzter Zeit mit dem deutschen Parteivorstand verbindet (Weiterkeit), die erste sein, die die Fahne der Rebellion gegen den deutschen Parteivorstand erheben würde. (Erneute Weiterkeit.) Aber wer sich ruhig und objektiv über die Vorgänge informiert hat, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß niemand die Rechte, die Freiheit, die Selbstbestimmung und die kulturelle Entwicklungsmöglichkeit des polnischen Volkes verteidigt wie die Sozialdemokratie. Wenn Ledebour Gelegenheit gehabt hat, in den letzten Jahren im Reichstag so schöne Reden zur Verteidigung des unterdrückten polnischen Volkes zu halten, so hat er damit nur einen Auftrag des Mainzer Parteitages ausgeführt. (Ledebour: Das habe ich gar nicht gewußt! — Weiterkeit.) Nun, dann war es unbekannt. (Große Weiterkeit.) Es handelte sich aber dabei um einen Antrag, der nach einer Begründung von mir angenommen wurde. Ich würde die Sozialdemokratie beleidigen, wollte ich des längeren anführen, daß nur sie in ganz Deutschland der wirkliche Hort, die Verteidigung und der Schutz des unterdrückten polnischen Volkes ist. Aber nicht darum handelt es sich, ob die Sozialdemokratie die unterdrückten Völkern schützen soll, denn das ist selbstverständlich, sondern darum, ob die polnischen Sozialisten zusammen mit den deutschen auf gemeinsamem Boden als eine Massenpartei arbeiten sollen oder ob in der Agitation das nationale Moment in den Vordergrund gestellt werden soll. Es versteht sich für uns von selbst, daß jedes unterdrückte Volk das heilige Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit hat, aber wie viele schöne Rechte haben wir nicht! Jeder von uns hat z. B. auch das Recht, zu fliegen (Auer: Hinausfliegen!), aber ich kenne keinen Genossen, der davon Gebrauch macht, ausgenommen etwa, wenn man, wie z. B. Ledebour, sich auf ein Gebiet begibt, wovon man keine Ahnung hat und wo man in der Luft schwebt. (Weiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, ob wir das Recht, sondern ob wir die Möglichkeit haben, etwas zu erringen, und gerade wir, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen, müssen uns vor allem die Frage stellen, ob diese oder jene Aufgabe auf dem Wege der Entwicklung zum Sozialismus liegt, ob sie sich in unsere allgemeinen Bestrebungen zur Emanzipation der Arbeiterklasse einfügt. Es kann nicht Aufgabe des Proletariats sein, neue Klassenstaaten zu schaffen, und wenn die Londoner Resolution von einem Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Nationen spricht, so hatte sie im Auge das Recht der Selbstbestimmung in der sozialistischen Gesellschaft, nicht aber die Schaffung eines neuen Klassenstaates auf kapitalistischem Boden. (Zustimmung.) Es könnte scheinen, als handelte es sich hier nur um eine Doktorfrage; in Wirklichkeit aber handelt es sich um etwas sehr Reales, um ein Moment, das uns in der Agitation stets störend entgegentritt. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich in ihrem Bericht an den Stuttgarter Kongreß in demselben Sinne ausgesprochen. Da haben Sie den Beweis dafür . . . (Die Rednerin verliest die Äußerung der Generalkommission.) (Singer giebt durch ein Glockenzeichen zu verstehen, daß die Redezeit gleich abgelaufen ist). O Gott! (Große Weiterkeit.) Ich bitte die Versammlung zu fragen, ob ich noch reden darf. (Ledebour ruft: Ich beantrage, die Redezeit

für die Genossin zu verdoppeln. — Weiterkeit) — das ist ein Beweis dafür, daß auch die Gewerkschaften mit denselben Schwierigkeiten bezüglich der polnischen Sonderorganisation zu kämpfen haben.

Und die gleichen Streitigkeiten finden sich in Rußland, dort befindet sich diese Richtung im Gegensatz zu den russischen Genossen, zu den jüdischen Sozialisten. Sie sehen, wenn das nationale Sozialisten sind, dann sind es internationale Stänker. (Große Weiterkeit.) Ledebour verbreitet sich hier über die Polenfrage und dabei versteht er kein Wort polnisch, er hat auch weder mit mir, noch mit Winter, noch mit Gogowsky gesprochen, um sich zu informieren. Ich würde ihm die Informationen gern geben. Denn ich würde lieber mit Ledebour Arm in Arm mein revisionistisches Jahrhundert in die Schranken fordern (Große Weiterkeit), als daß ich ihn zum Gegner habe. Er stützt sich nur auf ein paar Informationen von Stänkern, wie wir sie überall haben, wenn auch zum Glück nicht überall Ledeboure sind, die sich zum Schützer dieser Stänker aufwerfen. (Weiterkeit und Beifall.)

Ich schlage folgende Resolution vor:

„Der Parteitag erklärt sich mit der Haltung des Parteivorstandes in den Verhandlungen mit der polnischen Sonderorganisation einverstanden und geht über die Angelegenheit zur Tagesordnung über.“

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, daß die Genossin Luxemburg nochmals zehn Minuten redet, damit sie sich über die 87 Abkommen der „Gazeta Ludowa“ ausspricht. (Sehr gut und Weiterkeit.)

Singer: Ich muß nach der Geschäftsordnung diesen Antrag zur Abstimmung bringen, aber die Art, wie solche Anträge gestellt werden, trägt auch nicht sehr dazu bei, die doch sehr ernste Frage zu klären. (Zustimmung.) Genossin Luxemburg kennt die Geschäftsordnung; hat sie noch mehr zu reden, so hat sie das Recht, sich wieder in die Liste eintragen zu lassen. Der Parteitag wird die Diskussion nicht eher schließen, als bis er glaubt, genügend informiert zu sein. Ledebour täte gut, seinen Antrag zurückzuziehen. (Sehr richtig!)

Ledebour: Ich ziehe meinen Antrag zurück in der Voraussetzung, daß Genossin Luxemburg der freundlichen Einladung Singers folgt. (Mosa Luxemburg ruft: Selbstverständlich! Ich bin schon gemeldet! Sie werden schon noch das Vergnügen haben.)

Singer: Schon bevor Ledebour sprach, war ein genügend unterstützter Schlußantrag eingebracht.

Adolf Braun-Mürnberg begründet den Schlußantrag. Die Polenfrage könne man heute doch nicht lösen und der Parteitag sei in seinen Arbeiten noch weit zurück.

Löbe-Wreslau spricht gegen Schluß. Bis jetzt haben nur Genossen gesprochen, die in den polnischen Gegenden ziemlich oder ganz unbekannt sind. Es wäre wünschenswert, daß noch diejenigen zu Worte kommen, die aus der letzten Wahl noch einiges mitzuteilen haben über das Verhalten der Polnisch-Sozialdemokratischen Partei.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort hat

Pfannkuch: An Stelle des Genossen Gerich, der gezwungen war abzureisen, um morgen einen Termin wahrzunehmen, habe ich das Schlußwort übernommen. Das Sachverhältnis wird hier inneweit so dargestellt, als wenn wir mit den Polen im Kampf lebten, als wenn ein tiefgehender Zwiespalt, ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der deutschen und polnischen Sozialdemokratie entbrannt sei. So stehen die Dinge nicht. Wir stehen mit ganz denselben Gefühlen, wie wir jeder anderen Nation gegenüberstehen, auch den Polen und den Völkern im eignen Lande gegenüber. Wenn der Vorstand in München den Auftrag erhalten hat, eine Einigung herbeizuführen, so konnte das kaum einen

andern Sinn haben, als daß das frühere Verhältnis der Zusammengehörigkeit und Einheit zwischen den deutschen und den in Deutschland lebenden polnischen Genossen wieder herbeigeführt werden sollte. Diese Aufgabe suchten wir nach bestem Ermessen zu erfüllen, leider ist ihre Lösung nicht gelungen. Nun werden wir so hingestellt, als wenn wir Barbaren wären. Wir haben, als die Einigung nicht gelungen war, nach wie vor die aus der internationalen Solidarität sich für uns ergebenden Pflichten in vollem Umfange zu erfüllen gehabt und wir haben sie erfüllt. Man soll doch die Kirche im Dorf lassen. Wir haben die Einheit herzustellen gesucht, die Polen wollten sie nicht, sie meinten, sie müßten den Wettlauf mit den nationalen Großpolen aufnehmen. Wenn sie in dem Wahne leben, damit der Verbreitung des sozialdemokratischen Gedankens unter der polnischen Bevölkerung zu dienen, so sind wir anderer Meinung. In erster Linie ist es, meinen wir, notwendig, das Proletariat zur sozialdemokratischen Weltanschauung heranzuziehen. (Zustimmung.) Wir werden der Partei stets am besten dienen, wenn wir das sozialdemokratische Prinzip als Grundlage der Organisation und Agitation nehmen. (Sehr richtig!) Nun wird auf das Nebenprotokoll hingewiesen und gesagt, das erinnere an die Gepflogenheiten bürgerlicher Ministerien. Warum haben wir denn eine besondere Bestimmung darin niedergelegt? Um den Polen, die der Meinung sind, sie müßten, um das polnische Proletariat zu erziehen, den nationalpolnischen Gedanken pflegen, nicht irgend welche Verlegenheit zu bereiten. Wir haben im guten Glauben gehandelt und Genosse Weibel war es, der den glücklichen Ausweg dieses Nebenprotokolls fand, durch das die Polen nur erklären sollten, sie ständen in der nationalen Frage auf dem durch den Internationalen Kongreß in London gefaßten Beschluß. Ist das so ein unbilliges Verlangen? Nur ein geringes Entgegenkommen hätten die Polen zeigen müssen und das Mandat der Friedenskommission wäre erfüllt gewesen. Die Polen als gesondertes, gleichberechtigtes Glied innerhalb der deutschen Organisation ohne diese Bedingung zuzulassen, dafür übernehme ich kein Mandat. Nachdem die Polen so großen Wert auf den Namen: Polnisch-Sozialistische Partei gelegt hatten, sprachen wir in den Einigungsvorschlägen ganz allgemein von den polnischen Parteigenossen. Die Einigungsvorschläge sollten einem von sämtlichen Polen zu beschickenden Kongreß vorgelegt werden, und der Kongreß sollte souverän der Partei den Namen geben. Darauf eilte der geistige Leiter der Polen, Verfuß, zu uns und sagte: Was ist das, warum steht in den Einigungsvorschlägen nicht der Name unserer Partei: „P. P. S.“? Wir erklärten, den Namen solle der Kongreß der Partei geben. Nun war weiter mit den Leuten nichts zu machen. Die Bedingung des Nebenprotokolls ist das Mindestmaß, was von den Polen zu verlangen ist. Die Polen sind nicht von uns vergeblich, nicht an die Wand gedrückt und kalt gestellt worden. Früher waren sie ein integrierender Bestandteil der deutschen Partei, jetzt müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß sie sich außerhalb dieses Rahmens gestellt haben. Wie auch eine Parteileitung zusammengesetzt sein mag, sie wird sich den Verpflichtungen der internationalen Solidarität nicht entziehen. Nur müssen uns die Polen jetzt ihre Anträge unterbreiten, wir sind nicht mehr so ipso verpflichtet, für sie, als wenn sie zur deutschen Partei gehörten, zu sorgen. Noch auf eins will ich zum Schluß hinweisen. Nachdem die Polen sahen, daß wir auf unserm Beschluß bestanden, wonach nur organisierte Genossen das Recht hätten, einen Reichstagskandidaten zu nominieren, und nicht die Bevölkerung eines Kreises, was ja schon zu den wunderbarsten Erfahrungen geführt hat, gaben sie in dieser Hinsicht nach, und als die Mandate zur Verteilung gelangt waren, hat die deutsche Partei als die kapitalkräftigere sich sofort bereit erklärt, auch für die Kreise, in denen polnische Genossen aufgestellt wurden, einen beträchtlichen Teil der Wahlkosten zu tragen. Wir haben getan, was die Partei-

pflicht erheischte, deshalb ist der Antrag Luxemburg vollkommen berechtigt und ich bitte Sie, ihn anzunehmen. (Zustimmung.)

Singer: Wir haben nun noch die Diskussion mit Ragenstein zu Ende zu führen. Ragenstein hat gemeint, daß über den Antrag Luxemburg, weil er nicht diskutiert worden sei, auch nicht abgestimmt werden könne. Er hat dabei wohl an den Antrag Quard und meine Ansicht darüber gedacht. Aber da lag die Sache ganz anders. Ich habe nie behauptet, daß über einen nicht zur Diskussion gestellten Antrag nicht beschlossen werden könne. Ich habe nur bei dem Antrag Quard darauf aufmerksam gemacht, daß es wunderbar wäre, wenn über einen solchen Antrag zuerst abgestimmt würde. Das ist doch ein Unsinn. Hier liegt nur ein Antrag vor, der unter Billigung des Verhaltens des Vorstandes vorgeschlägt, zur Tagesordnung überzugehen. Darüber können wir ohne weiteres abstimmen.

Die Abstimmung wird vorgenommen und ergibt die Annahme der Resolution Luxemburg.

Lebedeur bittet um die Gegenprobe.

Singer: Wenn das Bureau einig ist, haben wir keinen Anlaß, die Gegenprobe vorzunehmen. (Heiterkeit.)

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Die Genossen Beck, Efftinge, Mannheimer und Paeplow erklären zu Protokoll, daß sie für den Antrag 7 nicht gestimmt haben, weil er nicht weitgehend genug sei.

Schluß 7¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag den 17. September 1903. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Kaden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Kaden mit, daß das Graudenger Mandat von Schwarz nunmehr vom Vertrauensmann und vom Bureau der betreffenden Versammlung bestätigt worden sei.

Das Mandat wird debattelos für gültig erklärt.

Es wird in die Tagesordnung eingetretet.

Zur Verhandlung kommt Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Hierzu liegen die Anträge 69—88, Resolution 100, Antrag 121 und das Amendement 131 zu Antrag 85a vor. Antrag 88 ist zurückgezogen. Sämtliche Anträge finden ausreichende Unterstützung. Berichterstatter Stadthagen: Genossen! Es liegt ja ein so umfangreicher Bericht vor, daß ich mich auf eine kurze Ergänzung beschränken laß. Auf Seite 84 des Berichts wird unter den Fällen, die beweisen, wie gering der Schutz Deutscher im Auslande ist, wenn sie nicht das Glück haben, wohlhabend zu sein, folgendes mitgeteilt: „Ein Seemann mußte wegen schwerer Erkrankung in Sao Paolo zurückgelassen und sollte mit der ersten besten Gelegenheit nach § 48 der Seemanns-Ordnung kostenfrei zurückbefördert werden. Der mit 25 000 Mark Jahresgehalt besoldete Konsul Esche in Sao Paolo gab dem Erkrankten folgende Anweisung an den Kapitän eines Hamburg-Südamerika-Dampfers: „Können Sie Ueberbringer gegen Erstattung der Futterkosten mit nach Hamburg nehmen oder eventuell als Steward oder sonst was beschäftigen?“ Der Fall ist so, wie im Bericht dargelegt, im Reichstag vorgetragen. Aber es lag eine Verwechslung der Person und des Ortes vor. Der Konsul Esche hat